

Wissenschaftsrat

Empfehlungen
zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft
in den neuen Ländern
und im Ostteil von Berlin
– Teil IV –

1992

Herausgegeben vom Wissenschaftsrat
Marienburger Straße 8, D-5000 Köln 51
ISBN 3-923203-43-8

Inhalt

	Seite
Teil IV	
Empfehlungen zu den Geisteswissenschaften an den Universitäten der neuen Länder	5
Empfehlungen zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen an den Universitäten der neuen Länder	125

Inhalt der Teile I bis III

Teil I	
Vorwort	5
Empfehlungen zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Berlin	13
Empfehlungen zur Erneuerung der Lehre und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen der neuen Länder und im Ostteil von Berlin	17
Empfehlungen zu Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft in den neuen Ländern	29
Empfehlungen zum Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten/Technischen Hochschulen in den neuen Bundesländern und im Ostteil von Berlin	57
Empfehlungen zur Lehrerbildung in den neuen Ländern	81
Stellungnahme zur Gründung einer Universität in Erfurt	161
Empfehlungen für die künftige Entwicklung der Kunst-, Musik- und Theaterhochschulen in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin	175
Empfehlungen zu Standorten und Studienangeboten einer Fachhochschulausbildung im Bereich Design/Gestaltung in den neuen Ländern	263
Mitglieder des Wissenschaftsrates	281

Vorsitzender	291
Geschäftsstelle	293
Veröffentlichungen des Wissenschaftsrates	295
Teil II	
Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in Berlin-Ost und Mittweida (Sachsen)	5
Empfehlungen zur Errichtung eines Fachbereiches Sozialwesen an einer Fachhochschule in Potsdam	33
Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern	45
Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen der neuen Länder	145
Empfehlungen zu den Agrar-, Gartenbau-, Forst-, Haushalts- und Ernährungswissenschaften sowie zu Lebensmitteltechnologie und Veterinärmedizin an den Hochschulen der neuen Länder und in Berlin	235
Teil III	
Empfehlungen zur Hochschulmedizin in den neuen Ländern und in Berlin	5

Empfehlungen zu den
Geisteswissenschaften
an den Universitäten der neuen Länder

I n h a l t

	Seite
Vorbemerkung	7
I. Ausgangslage und Zielsetzung	9
1. Gegenstand und Ziele	9
2. Geisteswissenschaften international und in den alten Ländern: Merkmale, Probleme und Perspektiven	11
3. Zur Entwicklung der Geisteswissenschaften in der DDR und an den Hochschulen der neuen Länder	16
4. Ausbildungskapazitäten und Personalstellen in den Geisteswissenschaften in der DDR und in den alten Ländern	22
5. Schwerpunkte und Gliederung der Empfehlungen	25
II. Empfehlungen	28
A. Allgemeine Strukturmerkmale	28
1. Fächerspektrum	28
2. Organisationsstrukturen und fächerübergreifende Schwerpunkte	29
3. Personalausstattung	31
4. Fachdidaktik	34
5. Infrastruktur	36
6. Lehre und Studium	38
6.1. Studienzeiten, Betreuungsrelation und Personalbedarf	38
6.2. Studiengänge	39
B. Einzelne Fächer	41
1. Philosophie	42
2. Geschichte	49
3. Sprach- und Literaturwissenschaften	57
3.0. Allgemeine Bemerkungen	57
3.1. Klassische Philologie	61

3.2. Germanistik	63
3.3. Romanistik	70
3.4. Anglistik/Amerikanistik	73
3.5. Slawistik	77
3.6. Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft	81
3.7. Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft	83
3.8. Kommunikations- und Medienwissenschaften	87
3.9. Übersetzer- und Dolmetscher-Studiengänge	88
4. „Kleine Fächer“	89
C. Einzelne Länder und Hochschulen	100
1. Berlin	102
2. Brandenburg	106
3. Mecklenburg-Vorpommern	108
4. Sachsen	111
5. Sachsen-Anhalt	116
6. Thüringen	118
D. Zusammenfassung	121

Vorbemerkung

Die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der Freistaat Sachsen haben den Wissenschaftsrat gebeten, zur Um- und Neustrukturierung der Geisteswissenschaften an den Hochschulen Stellung zu nehmen. Die nachstehenden Ausführungen entsprechen dieser Bitte, indem sie Maßnahmen und Perspektiven für eine möglichst rasche Neugestaltung geisteswissenschaftlicher Lehre und Forschung an den Universitäten der neuen Länder aufzeigen. Sie beziehen sich daher auf die akute Umbruchsituation der betreffenden Hochschulen und wollen nicht als „Grundsatzpapier“ zur Lage und Zukunft der Geisteswissenschaften überhaupt verstanden sein.

Die in jüngster Zeit mit zunehmender Intensität geführten Diskussionen über Innovationsbedürftigkeit und Innovationspotentiale der Geisteswissenschaften reichen von einer grundsätzlichen Infragestellung dieses ihres Titels bis zu konkreten Vorschlägen zur Einführung neuer, stärker berufsbezogener Studiengänge. Die hierbei erfolgten Anregungen zur Entwicklungsfähigkeit einzelner Fächer und zur kulturwissenschaftlichen Neuorientierung der Geisteswissenschaften allgemein finden in den folgenden Empfehlungen ihren Niederschlag. Allerdings konnte es nicht deren Ziel sein, ein grundlegendes Reformprogramm für die Geisteswissenschaften in ganz Deutschland zu formulieren. Insbesondere bleiben Probleme wie das einer Reform der Magisterstudiengänge weitgehend ausgespart. Auch beschäftigen sich die folgenden Empfehlungen nicht mit der derzeit stark diskutierten Frage einer grundsätzlichen Reform der Universitäten und insbesondere der Universitätslehre generell. Der Wissenschaftsrat bereitet dafür eine besondere Empfehlung vor.

Statt dessen beschränken sich die folgenden Empfehlungen im wesentlichen auf kurz- bis mittelfristige Erfordernisse für eine tragfähige Ausgestaltung der geisteswissenschaftlichen Forschung und Lehre in Orientierung an den in den neuen Ländern vorhandenen Potentialen und Stärken einerseits wie Defiziten andererseits. Daß davon ausgehend mögliche Neuerungen aufgezeigt werden, wo immer sich dies anbietet, gehört ebenso dazu wie die Maßgabe, in einem ersten Schritt die Herstellung bewährter Strukturen zu ermöglichen. Vorrangiges Ziel ist die Schaffung von Voraussetzungen für eine gemeinsame Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften an den Hochschulen in ganz Deutschland.

Der Wissenschaftsrat hat zur Vorbereitung dieser Stellungnahme eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der auch Sachverständige angehörten, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet.

Die Beratungen der Arbeitsgruppe erfolgten in weitgehender Abstimmung mit den Landeshochschulstrukturkommissionen und deren Ent-

würfen zu den einzelnen Fakultäten/Fachbereichen, soweit diese vorlagen.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 3. Juli 1992 verabschiedet.

I. Ausgangslage und Zielsetzung

1. Gegenstand und Ziele

Gegenstand dieser Empfehlungen sind die Geisteswissenschaften als diejenigen Kernfächer der alten Philosophischen Fakultät, die nach der Ausgliederung der Naturwissenschaften sowie der Staats- und Wirtschaftswissenschaften dort verblieben sind: Philosophie, Geschichte, Sprach- und Literaturwissenschaften einschließlich regionalspezifischer Philologien sowie die „Kleinen“ kulturwissenschaftlichen Fächer wie z. B. Ethnologie/Volkskunde/Kulturanthropologie, Klassische Archäologie, Orientalistik, ferner auch Kunstgeschichte und Musikwissenschaft. Zwischen diesen Einzelfächern bestehen teilweise sehr enge Verbindungen. Darüber hinaus gibt es vielfältige Berührungspunkte zu den historisch orientierten Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, für deren Neustrukturierung bereits Empfehlungen des Wissenschaftsrates vorliegen¹⁾ und die im folgenden nicht ausführlich behandelt werden. Auch bleiben Fächer wie Pädagogik/Erziehungswissenschaften, Psychologie, Geographie hier ausgeklammert, obwohl auch diese bisweilen den „Geisteswissenschaften“ zugerechnet werden.

Die Empfehlungen sollen die notwendige Neuordnung der geisteswissenschaftlichen Disziplinen in den Universitäten der neuen Länder erleichtern. Sie beziehen sich

- (1) auf die inhaltliche Bestimmung und organisatorische Ausgestaltung der einzelnen Fächer;
- (2) auf ihren Zusammenhang im Rahmen eines übergreifenden Konzepts von Kulturwissenschaften, zu denen man Geistes- wie Sozialwissenschaften rechnen kann²⁾;
- (3) auf Ansätze zu überregionalen Schwerpunktbildungen, die zwischen den Universitäten der neuen (aber auch der alten) Länder noch genauer abzustimmen wären.

Die Empfehlungen enthalten Vorschläge zur Neustrukturierung der Geisteswissenschaften an den Universitäten. Sie sind komplementär zu den vom Wissenschaftsrat im Juli 1991 vorgelegten Empfehlungen zu den Geisteswissenschaften an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen³⁾, deren Vorschläge zur inhaltlichen Orientierung der Geisteswissenschaften, zur engen Kooperation universitärer und außeruni-

1) Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Rechtswissenschaften in den neuen Ländern. In: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil I. Köln 1992; sowie ders., Empfehlungen zum Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten/Technischen Hochschulen in den neuen Bundesländern und im Ostteil von Berlin, ebd.

2) Vgl. z. B. Wolfgang Frühwald u. a., Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift, Frankfurt/Main 1991.

3) Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Köln 1992.

versitärer Forschung, zur Schwerpunktsetzung und zur organisatorischen Neuordnung hier aufgegriffen werden.

Die Geisteswissenschaften gehören zu den Fächern, in denen nach dem Ende des staatssozialistischen Systems der DDR und nach der Befreiung von einer doktrinären marxistisch-leninistischen Ideologie eine grundlegende Um- und Neuorientierung erforderlich ist, und zwar in inhaltlicher, struktureller und oft auch in personeller Hinsicht. Dieser allgemeine Befund gilt unabhängig davon, daß das vielgestaltige Bild der Geisteswissenschaften in der DDR, in der sich die einzelnen Fächer und ihre Teile sehr unterschiedlich entwickeln konnten, jedes Pauschalurteil verbietet. Im Unterschied zu Fächern wie Rechtswissenschaft oder Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die mit dem Gesellschaftssystem der DDR noch enger verflochten waren, impliziert die Neu- und Umorientierung der geisteswissenschaftlichen Fächer allerdings nicht deren vollständigen Neuaufbau.

Die folgenden Empfehlungen zu den Geisteswissenschaften geben Anregungen für eine zukunftsfähige, differenzierte Ausgestaltung und Weiterentwicklung dieser Fächer an den einzelnen Universitäten, wobei dort vorhandene Leistungspotentiale und Stärken ebenso berücksichtigt werden müssen wie historische Traditionen, spezifische Defizite und Belastungen. Die Empfehlungen umfassen Aussagen zum anzustrebenden Grundbestand an geisteswissenschaftlichen Fächern, Hinweise zu Verknüpfungen mit anderen Kulturwissenschaften, zu der für eine fachliche Mindstdifferenzierung erforderlichen Personalausstattung, zu ortstypischen Besonderheiten und Schwerpunkten, zu wünschenswerten innovativen Entwicklungen und Strukturmerkmalen sowie zur Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen. Angesichts der engen finanziellen Restriktionen der Landeshaushalte, die den Neuaufbau der Hochschulen in den neuen Ländern erheblich erschweren, haben Aussagen zur personellen Grundausrüstung, die die Arbeitsfähigkeit eines Faches sichert, eine besondere Bedeutung, zumal eine Personalausstattung nach Maßgabe aktueller Studentenzahlen nicht sinnvoll ist. Nicht thematisiert werden hier die genaue Art und Ausrichtung der an den einzelnen Universitäten anzubietenden geisteswissenschaftlichen Studiengänge.

Trotz der Konzentration der Empfehlungen auf die neuen Länder wird auch die Situation der Geisteswissenschaften in den alten Ländern nicht völlig ausgeklammert. Zum einen sind deren Probleme in den Diskussionen der letzten Jahre über ihre bisherige fachliche und hochschulpolitische Entwicklung nur allzu deutlich geworden. Zum anderen sind in jenen Diskussionen Perspektiven für wünschenswerte Reformen der Geisteswissenschaften formuliert worden, an die die vorliegenden Empfehlungen anknüpfen konnten.

Die Empfehlungen haben in erster Linie die sechs klassischen Universitäten Greifswald, Halle, Jena, Leipzig, Rostock und – umrißhaft – die Humboldt-Universität Berlin im Blick. Ins einzelne gehende Empfeh-

lungen zur künftigen Entwicklung der Geisteswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin erfordern allerdings eine Gesamt-Berliner Betrachtung und damit eine detaillierte Bestandsaufnahme und vergleichende Betrachtung der Geisteswissenschaften an allen Berliner Universitäten. Diese Aufgabe ließ sich im Rahmen dieser Empfehlungen nicht leisten.

Nicht behandelt werden in diesen Empfehlungen die Pädagogischen Hochschulen. Wo diese als eigenständige Einrichtungen fortbestehen, wird sich ihre Aufgabe im Sinne einer Arbeitsteilung zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen auf die Ausbildung von Grund- und Regelschullehrern konzentrieren.⁴⁾

Auch die Universitätsneugründungen in Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam mußten hier weitgehend unberücksichtigt bleiben. Der Wissenschaftsrat wird zu diesen Neugründungen gesondert Stellung nehmen. Zur geplanten Neugründung einer Universität in Erfurt wurde bereits am 24. Januar 1992 eine Stellungnahme verabschiedet.⁵⁾

Schließlich enthalten die Empfehlungen auch einige knappe Hinweise zur Ausrichtung der Geisteswissenschaften an Technischen Universitäten, an denen eine Etablierung der das ingenieur- und naturwissenschaftliche Studium flankierenden Kulturwissenschaften beabsichtigt ist.

Der Wissenschaftsrat konnte sich mit den folgenden Empfehlungen auf Angaben und Zwischenergebnisse der Landeshochschulstrukturkommissionen stützen, die auf seine Empfehlung hin eingerichtet wurden.⁶⁾ Die folgenden Empfehlungen wollen die noch nicht beendete Arbeit der Landeshochschulstrukturkommissionen unterstützen und zur wünschenswerten Abstimmung zwischen ihnen beitragen.

2. Geisteswissenschaften international und in den alten Ländern: Merkmale, Probleme und Perspektiven

a) Allgemeine Merkmale der Geisteswissenschaften

Der Begriff „Geisteswissenschaften“, der eng auf die humanistische Tradition des deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystems verweist, ist als Sammelbezeichnung für wichtige Kernfächer der alten Philosophischen Fakultät noch immer in Gebrauch, jedoch keineswegs selbstverständlich und unbestritten.

4) Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Lehrerbildung in den neuen Ländern. In: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil I. Köln 1992.

5) Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur Gründung einer Universität in Erfurt, ebd.

6) Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Berlin, ebd.

Die amtliche Hochschulstatistik verwendet den Begriff nicht, sondern zieht die Bezeichnung „Sprach- und Kulturwissenschaften“ vor. Sie umfaßt neben den hier behandelten Fächern die Psychologie und vor allem auch die Pädagogik-Erziehungswissenschaften. Dies hat beispielsweise zur Folge, daß es oft nur mit großen Vorbehalten möglich ist, aus diesen offiziellen Statistiken genaue Angaben zu Studenten und Personalzahlen der Geisteswissenschaften in dem Sinne, in dem diese Bezeichnung hier verwendet wird, zu gewinnen.

Auch in anderen Sprachen hat der Begriff „Geisteswissenschaften“ meist kein direktes Äquivalent. Im Englischen und Französischen kommen die Begriffe „humanities“ und „sciences de l'homme“ am nächsten. Diese sind jedoch – anders als der Begriff „Geisteswissenschaften“ – offen genug, um dem im letzten Jahrzehnt starken Impuls zur Anthropologisierung des Wissens Raum zu geben, der das Wissen von der Natur und von der Geschichte des Menschen auf neue Weise wieder zusammenzuführen sucht. Im Blick auf diese wissenschaftsgeschichtliche Neuorientierung plädiert man seit einiger Zeit auch in Deutschland verstärkt dafür,⁷⁾ den Begriff „Geisteswissenschaften“ durch den Begriff „Kulturwissenschaften“ zu ersetzen. Mit diesem Begriff soll zugleich der tatsächlich bestehenden Vielfalt von Methoden und Gegenständen dieser Fächer Rechnung getragen werden, die ein klassisches Verständnis der Geisteswissenschaften als „verstehender Wissenschaften“ nicht angemessen widerspiegelt. Der Begriff „Kulturwissenschaften“ bezieht auch einen Teil der Sozial- und Verhaltenswissenschaften ein, denn in der Tat ist die Trennung zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften, die seit den 60er Jahren in einem ständigen Dialog arbeiten, heute überholt.

International präsentieren sich die modernen Geisteswissenschaften als ein breites Spektrum thematisch und methodisch ausdifferenzierter Fächer. Hauptarbeitsfelder, Erkenntnisinteressen und Arbeitsmethoden haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Nach wie vor aber haben die methodologischen Grundlagen der deutschen Geisteswissenschaften für den Dialog der Disziplinen eine unersetzbare Bedeutung, wenn es darum geht, einen Gegenstand aus seinem Begriff, aus seiner Geschichte, aus seinem Zeichencharakter oder aus seiner Form, also philosophisch, historisch, sprachlich oder ästhetisch zu verstehen.

Als Teil der Kultur(en), die sie behandeln, sind die modernen Geisteswissenschaften eng in außerwissenschaftliche Zusammenhänge eingebunden, von denen sie bedingt werden und auf die sie einwirken. Dies drückt sich auch in der vielfach geäußerten Erwartung aus, daß die Geisteswissenschaften über ihren Status als positive Wissenschaften und die damit zusammenhängenden Aufgaben der Erkenntnisgewinnung hinaus auch zur kulturellen Orientierung und zur Deutung der Gegenwart beitragen sollen. Diesen Aufgaben werden die Geisteswissenschaften je-

7) Vgl. Frühwald u. a., Geisteswissenschaften heute. a. a. O.

doch nur nachkommen können, wenn sie sich – mehr noch als dies in Deutschland üblich war und ist – stärker für die technischen und industriellen Gegebenheiten des gesellschaftlichen Lebens öffnen und damit auch eine neue Öffnung für Kooperationen mit den Natur- und Technikwissenschaften ermöglichen.

In welchem Umfang und in welcher Weise die Geisteswissenschaften solche besonderen Orientierungsfunktionen wahrnehmen können oder übernehmen sollten, ist umstritten. In allen in den letzten Jahren wieder stärker geführten Debatten um Stellung und Selbstverständnis der Geisteswissenschaften wurde allerdings herausgearbeitet, daß sie einerseits wissenschaftliche Einsichten in die verschiedenen Bereiche der Kultur zu erarbeiten, andererseits aber Orientierungs- und Bildungsleistungen zu erbringen oder wenigstens zu ermöglichen haben, die Gesellschaft und Öffentlichkeit von ihnen erwarten und die von anderen gesellschaftlichen Instanzen nicht oder nur teilweise erbracht werden können. Einigkeit besteht freilich darin, daß eine so geforderte kulturelle Orientierung keine exklusive Aufgabe der Geisteswissenschaften darstellen kann. Ihre Leistungen zur Orientierung von Individuen und Gesellschaften in der Gegenwart reichen von der kritischen Auseinandersetzung mit weiterhin wirksamen Traditionen über Beiträge zur kollektiven Verständigung und Identitätsbildung bis zur Vermittlung von kognitiver und praktischer Bildung, die zum vernünftigen Umgang mit den Problemen einer sich schnell wandelnden Welt in die Lage versetzen kann. Neben der Erzeugung, Überprüfung und Weiterentwicklung von Wissen und Einsichten gehören mithin Leistungen der aufklärenden Vergewisserung und Orientierung zu den Aufgaben der Geisteswissenschaften. Eben dies unterscheidet sie von anderen Wissenschaften und begründet ihre besondere gesellschaftliche Bedeutung. Diese unterschiedlichen Aufgaben und Erwartungen machen das Geschäft der Geisteswissenschaften besonders schwierig, müssen sie doch auch der drohenden Gefahr ihrer Überforderung entgegentreten.

b) Entwicklung und Perspektiven der Geisteswissenschaften in den alten Ländern

Die in den 60er Jahren beginnende und bis zur Mitte der 70er Jahre anhaltende starke Expansion des westdeutschen Hochschulsystems hat auch in den geisteswissenschaftlichen Fächern zu einem enormen Anstieg der Studentenzahlen und zu einer erheblichen Ausweitung der Zahl derjenigen geführt, die hauptberuflich in Lehre und Forschung tätig sind. Dabei wurde diese Expansion überwiegend von Aufgaben in der Lehrerbildung, vom wachsenden Bedarf an Lehramtsabsolventen, getragen. Forschungspolitische Anliegen und eine gezielte Forschungsförderung spielten für den personellen Ausbau der Geisteswissenschaften hingegen eine untergeordnete Rolle. Die großen Kernfächer der alten Philosophischen Fakultät blieben in erster Linie Ausbildungsstätten für Lehrer. Forschungspotentiale wuchsen vornehmlich als Funktion der Kapazitätsausweitung in der Lehrerbildung.

Erst seit Ende der 70er Jahre wandten sich die Studierenden angesichts drastisch verschlechterter Beschäftigungschancen auf dem Lehrerbearbeitungsmarkt in größerer Zahl Magisterstudiengängen zu. Im Unterschied zu Diplomstudiengängen, die auf bestimmte Berufsfelder abzielen und eine starke Berufsorientierung aufweisen sollen, bietet das Magisterstudium größere Variationsmöglichkeiten, so z. B. eine relativ freie Kombierbarkeit von Haupt- und Nebenfächern. Ausbildungsziele und -inhalte orientieren sich statt an beruflichen Tätigkeitsfeldern eher an Systematik und Themen der wissenschaftlichen Einzeldisziplinen. Allerdings gibt es im Gegensatz zu den Rechts-, Wirtschafts-, Ingenieur- und Naturwissenschaften für Absolventen geisteswissenschaftlicher Fächer außerhalb von Schule und Hochschule auch keine klar strukturierten und aufnahmefähigen Teilarbeitsmärkte.

Nach dem Ende der Expansionsphase Mitte der 70er Jahre gerieten die Geisteswissenschaften in der alten Bundesrepublik unter wachsenden externen Rechtfertigungsdruck. Trotz weiter wachsender Studienanfängerzahlen in den Magisterstudiengängen wurden in den Geisteswissenschaften seit 1977/78 keine neuen Stellen mehr geschaffen. Veränderungen in der Studiennachfrage sowie neue Einschätzungen darüber, welche Fächer forschungs- und technologiepolitisch als besonders förderungswürdig zu erachten sind, führten vielfach zu einer Verlagerung von Stellen aus den Geisteswissenschaften.

Parallel dazu stellte sich in den betroffenen Disziplinen eine gewisse Verunsicherung gegenüber den künftigen Aufgaben, dem Stellenwert und Selbstverständnis der Geisteswissenschaften ein. Vielerorts war sogar von einer „Krise der Geisteswissenschaften“ die Rede. Als Anhaltspunkte dafür dienten folgende Entwicklungen: Das enorme Wachstum der Personalstellen in den 60er und 70er Jahren war mit einer rasch zunehmenden Differenzierung nach Fachgebieten und nach theoretisch-methodischen Ansätzen verbunden. Im Zuge der Hochschulreform wurden die traditionellen Philosophischen Fakultäten vielerorts in kleinere Fachbereiche aufgeteilt, Spezialisierung und Differenzierung der Disziplinen beschleunigten sich. Im Ergebnis beider Entwicklungen verstärkte sich die methodische und institutionelle Zersplitterung der Geisteswissenschaften. Zugleich wurde im Gefolge grundlegender gesellschaftlicher Wandlungen wie auch der Expansion des Hochschulsystems der überkommene humanistische Bildungsbegriff zunehmend in Frage gestellt, der den Geisteswissenschaften eine privilegierte Rolle bei der Vermittlung des spezifischen Bildungsprogramms der deutschen Universität zugeordnet hatte.

Gleichzeitig verstärkte sich seit Mitte der 80er Jahre die auch in der breiteren Öffentlichkeit geführte Diskussion um die künftigen Aufgaben der Geisteswissenschaften im allgemeinen und über den Umfang und die Art ihrer Ausbildungsleistungen im besonderen.

In der Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen sind in jüngster Zeit einige Vorschläge erarbeitet worden, die beachtenswerte Perspek-

tiven für die Konsolidierung und Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften aufzeigen.⁸⁾ So scheint Einigkeit darüber zu bestehen, daß ihre eigene Zukunft, aber auch ihre Bedeutung für andere Disziplinen nicht primär in einer weiteren Spezialisierung von Einzelfächern, sondern zunehmend im Versuch einer Öffnung gegenüber fachübergreifenden Fragestellungen und Methoden zu suchen sein werden.

Eine solche „kulturwissenschaftliche Öffnung“ der Geisteswissenschaften läßt sich allerdings nur in fachübergreifenden Arbeitszusammenhängen und neuen Kooperationsformen verwirklichen. Die Zusammenführung verschiedener einzelwissenschaftlicher Perspektiven und Methoden, empirischer und theoretischer Ansätze in gemeinsam zu bearbeitenden integrativen Fragestellungen und „interdisziplinären Programmen“ verspricht einen Ausweg aus der voranschreitenden Zersplitterung und Isolation der geisteswissenschaftlichen Fächer sowohl untereinander als auch gegenüber anderen Disziplinen. Nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Lehre könnten davon produktive Reformanstöße ausgehen.

Gegenstand dieser modernen Geisteswissenschaften wäre demnach „die kulturelle Form der Welt“, wobei Kultur verstanden wird als „Inbegriff aller menschlichen Arbeit und Lebensformen“⁹⁾. Eine solche Definition von „Kultur“ erlaubt es, den Zusammenhang zwischen Geistes-, Sozial- und Verhaltenswissenschaften zum Ausdruck zu bringen, indem sie auf Handlungen (Tätigkeiten) und auf deren Reflexion, auf Lebensbedingungen, Verhaltensweisen, Ideen und Ordnungssysteme der Menschen, auf ihre sprachlichen wie nichtsprachlichen Ausdrucks- und Lebensformen und auf ihre Schöpfungen verweist.

Die wünschenswerte „Modernisierung“ der Geisteswissenschaften durch verstärkte fächerübergreifende Zusammenarbeit bedarf einer gezielten Förderung. Ein Modell hierfür sind „interdisziplinäre Zentren“ innerhalb der einzelnen Universitäten (vgl. hierzu Kapitel II.A.2.). Ein anderes Modell sind die vom Wissenschaftsrat empfohlenen, mit den Hochschulen eng kooperierenden sieben geisteswissenschaftlichen Forschungszentren in den neuen Ländern und in Berlin, die einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung und Stärkung geisteswissenschaftlicher Forschungen im Rahmen fächer- und institutionenübergreifender Kooperationsbeziehungen leisten sollen.¹⁰⁾

Die geforderte Öffnung der Geisteswissenschaften für fachübergreifende Fragestellungen bedeutet natürlich nicht, daß spezialisierte Forschung und Lehre in den einzelnen Fächern zukünftig weniger notwendig wären. Sie bilden die Basis für interdisziplinäre Programme, die

8) Vgl. z. B. Wolfgang Frühwald u.a., Geisteswissenschaften heute, a. a. O., sowie Wolfgang Prinz/Peter Weingart (Hrsg.), Die sog. Geisteswissenschaften: Innenansichten, Frankfurt/Main 1990.

9) Frühwald u. a., Geisteswissenschaften heute, S. 40 f.

10) Vgl. Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Köln 1992.

hohe Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der beteiligten Disziplinen stellen.

Interdisziplinarität setzt Disziplinarität voraus, sie ersetzt diese nicht. Darauf hinzuweisen, ist angesichts der teilweise desolaten Situation der Geisteswissenschaften an den Hochschulen der neuen Länder besonders dringlich. Konsolidierung und Sicherung der Arbeitsfähigkeit in den einzelnen Fächern müssen daher das erste Ziel für die dort erforderliche Neuorientierung der Geisteswissenschaften darstellen.

Auch in der Ausbildung wird die Öffnung für Problemzusammenhänge empfohlen, die jenseits traditioneller Fachzuständigkeiten eine Bearbeitung durch verschiedene Fächer, teilweise bis hin zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften, verlangen. Im Zeichen zunehmender wirtschaftlicher und politischer internationaler Verflechtungen wird von geisteswissenschaftlichen Fächern vielerorts auch ein Beitrag zur Vermittlung „interkultureller Kompetenz“ erwartet, also Wissen über und Verständnis für unterschiedliche Kulturen und Lebensformen z. B. in einem neuen „Europa der Nationalitäten“.

Fähigkeiten zur raschen Erfassung und zu einer für den Verwendungszweck angemessenen sprachlichen Aufbereitung komplexer Sachverhalte werden neben soliden Fremdsprachenkenntnissen als Kompetenzen verstanden, deren Vermittlung durch das Studium, ggf. gestützt durch besondere Studieneinheiten und Kurse, den Absolventen geisteswissenschaftlicher Studiengänge bessere Berufschancen auf dem Arbeitsmarkt verschaffen sollen. Die Anforderungen außerschulischer Tätigkeitsfelder besser zu berücksichtigen und die Arbeitsmarktchancen der Absolventen zu erhöhen, ist auch das Ziel von Versuchen eines stärkeren Einbezuges von Informatikanwendungen in die Fachausbildung. Ferner wird an einigen Universitäten versucht, durch praxisorientierte Veranstaltungsangebote und Praktika berufsrelevante Fähigkeiten zu vermitteln und den Studierenden den Übergang in das Berufsleben zu erleichtern.

Die Einrichtung neuer, stärker berufsorientierter Studiengänge sollte nicht allein Sache der Universitäten sein. Bereits in seinen „Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren“ (Köln 1991) hat der Wissenschaftsrat gerade für den Bereich der praxisbezogenen sprach-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Ausbildung den Wettbewerb zwischen den Hochschulen und die Einrichtung entsprechender Studiengänge an den Fachhochschulen empfohlen (vgl. II.A.5.).

Unabhängig von den Reformversuchen für berufsorientierte Magisterstudiengänge wird an den Universitäten die Lehrerausbildung auch künftig eine wesentliche Aufgabe zumindest der großen geisteswissenschaftlichen Fächer bleiben.

3. Zur Entwicklung der Geisteswissenschaften in der DDR und an den Hochschulen der neuen Länder

Wie in der Stellungnahme zur Gesamtsituation der Geisteswissenschaften

ten in der DDR¹¹⁾ im einzelnen näher ausgeführt, stellen sich die Probleme und Schwachstellen zum Teil anders und durchweg als viel gravierender dar als die oben beschriebenen Probleme der Geisteswissenschaften in den alten Bundesländern. Vorschläge für die notwendige Um- und Neuorientierung der Geisteswissenschaften haben deshalb zunächst den daraus resultierenden besonderen Handlungsbedarf zu berücksichtigen, auch wenn sie die aus den Erfahrungen in den alten Ländern gewonnenen Perspektiven für eine wünschenswerte Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften im Blick behalten sollten.

Der Begriff „Geisteswissenschaften“ wurde – wegen seiner bürgerlich-idealistischen Wurzeln – im offiziellen Sprachgebrauch der DDR vermieden. Die Geisteswissenschaften wurden neben Ökonomie, Soziologie, Sozialpsychologie usw. den „Gesellschaftswissenschaften“ zugeordnet. Entsprechend dem marxistisch-leninistischen Wissenschaftsverständnis hatten diese die Aufgabe zu übernehmen, „Gesetzmäßigkeiten“ der gesellschaftlichen Entwicklung aufzuspüren und gesellschaftlichen Interessen zu dienen, wie sie von der Staats- und Parteiführung definiert wurden.

Obwohl sich diese allgemeine politische Fremdbestimmung und versuchte Instrumentalisierung in den einzelnen Fachgebieten sehr unterschiedlich auswirkten und obwohl auch in den Geisteswissenschaften beachtliche Forschungsleistungen erbracht wurden, führten sie, verbunden mit Kommunikationsbeschränkungen und Restriktionen verschiedenster Art, insbesondere in „politiknahen“ Fächern zu charakteristischen Deformationen. Neben der geforderten Ausrichtung der Arbeiten an marxistisch-leninistischen Doktrinen und einer strikten, von der SED gesteuerten Personal- und Themenauswahl, die von Reisebeschränkungen und Publikationsverboten begleitet wurden, sind unter den Behinderungen vor allem die sehr ungleichgewichtige Förderung der Fächer und Teildisziplinen je nach dem Grad ihrer gesellschaftlich-politischen Nützlichkeit oder Akzeptanz sowie die unterentwickelte Öffentlichkeit und Wissenschaftskommunikation zu nennen. Ähnliche Behinderungen gab es in fast allen Wissenschaften der DDR, doch mußten die geisteswissenschaftlichen Fächer, in denen Kritik und Selbstkritik, der Diskurs und die Konkurrenz unterschiedlichster Fragestellungen eine sehr hohe Bedeutung haben, darunter besonders leiden. Die von außen erzwungene mangelnde thematische und methodische Vielfalt von Forschungsansätzen – bei zum Teil starker Anlehnung an die sowjetischen Wissenschaften – koppelte viele dieser Fächer hinsichtlich neuer Ansätze und produktiver Kontroversen von der aktuellen Entwicklung in den westlichen Ländern ab. Verbunden mit mangelnden Leistungsanreizen führte dieses System bisweilen sogar zum Provinzialismus. Allerdings stieß

11) Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Köln 1992, Kap. A.II.

die politische Instrumentalisierung der Fachwissenschaften insbesondere in politikferneren Gebieten auf deutlich erkennbare Grenzen.

In den 40 Jahren, während derer die DDR bestand, hat es dort keine einzige Universitätsneugründung gegeben. Neu errichtet wurden lediglich – zumeist technische – Spezialhochschulen, denen im Laufe ihrer Entwicklung dann teilweise der Status einer Technischen Hochschule bzw. Universität zuerkannt wurde. Geisteswissenschaftliche Fächer waren und blieben in der DDR auf die bereits vor 1949 bestehenden traditionsreichen Universitäten Berlin, Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock beschränkt. Sie nahmen dort überwiegend Aufgaben in der Lehrerausbildung wahr. Diplom-Lehrer in geisteswissenschaftlichen Fächern wurden jedoch nicht nur an diesen Universitäten, sondern daneben auch an den Pädagogischen Hochschulen der DDR ausgebildet.

Im Gefolge der III. Hochschulreform von 1968/69 wurden die „kleineren“ kulturwissenschaftlichen Fächer unter der Devise „Konzentration und Profilierung“ personell erheblich ausgedünnt, teilweise sogar ausgelöscht, und vielfach unter Verlust ihrer eigenen grundständigen Ausbildung in andere, größere Sektionen zwangsintegriert. Als „kleine Einrichtungen“ wurden sie dort teilweise am Rande des Existenzminimums fortgeführt; sie hatten Dienstleistungsaufgaben für andere Studiengänge zu leisten (z. B. Ur- und Frühgeschichte für den Studiengang Geschichte, Kunstgeschichte für den Studiengang Germanistik).

Durch die „Anweisung zur Förderung ausgewählter gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen“ von 1972 wurde diesen stark reduzierten „Kleinen Fächern“ eine Existenzgarantie eingeräumt, die ihnen, oft gestützt über die Betreuung von Sammlungen, ein minimales Weiterbestehen ermöglichte.

Nach 1968 sollten Forschungsaufgaben in der DDR weitgehend aus den Hochschulen an die Akademie der Wissenschaften verlagert werden. Auch in den Geisteswissenschaften wurde deshalb in den Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR ein Forschungspotential außerhalb der Universitäten geschaffen, das in dieser Struktur und in diesem Verhältnis zur universitären Forschung im Wissenschaftssystem der alten Bundesrepublik keine Entsprechung fand. Dennoch trifft nicht zu, daß es zwischen Hochschulen und Akademie eine Arbeitsteilung derart gegeben habe, daß die Forschung ausschließlich letzterer vorbehalten geblieben wäre, während die Universitäten zu reinen Ausbildungsstätten degradiert worden wären. Zwar bestand zwischen der Akademie und den Hochschulen ein erkennbares Gefälle, soweit Bibliotheksausstattung, Arbeits- und Reisemöglichkeiten betroffen waren. Dennoch wurden auch an den Hochschulen anerkannte Forschungsleistungen erbracht.

Insgesamt gab es sowohl an den Hochschulen als auch an den geisteswissenschaftlichen Instituten der Akademie manche Nischen im Windschatten der Politik, in denen traditionsreiche wissenschaftliche Unternehmungen fortlebten und in denen trotz widriger Umstände professio-

nelle und disziplinäre Identität bewahrt werden konnten. Dies machte es möglich, bedeutende wissenschaftliche Leistungen zu vollbringen, auch wenn diese weniger auf dem Feld neuer theoretischer Ansätze und Entwürfe zu finden waren.

Es ist schließlich auch nicht zu übersehen, daß die Orientierung an marxistischen Grundpositionen in einigen geisteswissenschaftlichen Teilbereichen – etwa in der Agrargeschichte, in der Volkskunde oder in der Literaturgeschichte – wissenschaftlich produktive Impulse zu geben und fruchtbare neue Wege aufzuzeigen vermochte. In ähnlicher Weise führten die zumeist willkürlichen Strukturentscheidungen zur Konzentration und Zwangsintegration geisteswissenschaftlicher Fächer in größere Struktureinheiten an den klassischen Universitäten in einigen Fällen zur Herausbildung interessanter und potentiell vielversprechender Arbeitsbereiche, an die die Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften in den neuen Ländern anknüpfen sollte. Beispiele hierfür sind die „Orient-Archäologie“ an der Universität Halle sowie an der Universität Leipzig die Translationslinguistik und – trotz ihrer hohen politischen Belastung – die „Afrika- und Nahostwissenschaften“.

Insgesamt boten die Geisteswissenschaften in der DDR ein vielfältiges, oft auch ein widersprüchliches Bild. Es läßt sich in dem Befund zusammenfassen, daß politiknahe und gegenwartsbezogene Fachgebiete zwar quantitativ erheblich ausgebaut, oft jedoch inhaltlich stark belastet waren, während weniger gegenwartsbezogene und politikferne Wissenschaftsgebiete quantitativ verkümmerten, aber ihre wissenschaftliche Substanz oft bewahren und weiterentwickeln konnten.

Dasselbe Bild zeigt sich in Form von Unterschieden innerhalb der großen geisteswissenschaftlichen Fächer an den Hochschulen. Während beispielsweise in der Geschichtswissenschaft die Gebiete Geschichte der DDR, des Sozialismus und der Arbeiterbewegung sowie die Zeitgeschichte stark gefördert wurden, blieben alte, mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte ebenso vernachlässigt wie westeuropäische und weite Teile der außereuropäischen Geschichte. Alte Geschichte und Klassische Archäologie waren überhaupt nur noch in Resten vorhanden. Auch in den Sprach- und Literaturwissenschaften wurde die historische Dimension stark vernachlässigt. Klassische Philologie, Mediävistik und Sprachgeschichte überlebten nur in Schrumpfformen, während die Russistik als Teilbereich der Slawistik übermäßig stark ausgebaut war. Äußerst schwach entwickelt waren Lehre und Forschung über Sprache und Literatur nichtsozialistischer Länder, mithin auch Anglistik/Amerikanistik und Romanistik. Zu den vernachlässigten oder nur rudimentär entwickelten Fächern gehörten schließlich auch Kunstgeschichte und Musikwissenschaft.

Wie in allen anderen Fächern auch, war das Studium der Geisteswissenschaften an den Universitäten der DDR durch hohe Spezialisierung und starke Verschulung sowie dadurch gekennzeichnet, daß die Lehre überwiegend von auf Dauer beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeitern

getragen wurde. Dabei führte die meist sehr frühe Einweisung der wissenschaftlichen Mitarbeiter in Dauerstellen zu einem auffälligen Mangel nicht nur an Mobilität zwischen den Hochschulen sowie zwischen den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sondern auch zu einem Mangel an Leistungsanreizen zur Weiterqualifikation. Die entsprechend schweren Defizite in der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung gehören mit zu den – strukturell – bezeichnendsten Schwächen des Hochschulsystems der DDR.

Im Zuge der Entwicklung seit 1989 wurden an allen Universitäten die Marxismus/Leninismus-Sektionen aufgelöst. Die seitdem in Gang gekommene Umstrukturierung der geisteswissenschaftlichen Fächer ist durch Unsicherheit sowohl hinsichtlich der weiteren Zielsetzungen und Inhalte als auch hinsichtlich der organisatorischen und materiellen Bedingungen für die weitere Arbeit geprägt. Auch die Ungewißheit über das persönliche Schicksal der Hochschulmitarbeiter darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Insgesamt ergibt sich auch hier ein äußerst widersprüchliches, facettenreiches und sich rasch änderndes Bild.

Während viele der vormals – gewiß oft erzwungenen und mehr äußerlich beschworenen als inhaltlich akzeptierten – marxistisch-leninistischen Grundpositionen bereits mit dem absehbaren Ende der DDR schnell aufgegeben wurden, kam es nicht oder nur in einigen Ansätzen zur Suche nach einem grundlegenden Neuanfang. Nach Jahrzehnten verordneter ideologischer Grundpositionen und verordneter „Interdisziplinarität“, in deren Gefolge einige Fächer an den Rand ihrer Existenzfähigkeit gerieten, wird der Neuanfang nun des öfteren in Anknüpfung an Bewährtes, im Rückgriff auf herkömmliche Methoden, konventionelle Themen und ältere Arbeitsformen gesucht. Anstelle einer Öffnung gegenüber fachübergreifenden Themen und Arbeitsformen dominiert die Rückbesinnung auf das einzelne Fach. Eine Neigung zur erneuten Abschottung der einzelnen Fächer voneinander, etwa in der strikten philologischen Orientierung der Sprach- und Literaturwissenschaften, ist unübersehbar. In der Vergangenheit hatte ein Rückzug auf rein philologisches Arbeiten oft auch eine abwehrende Funktion gegen die Gefahr ideologischer Vereinnahmung. In der neuen Situation stellt sich dies jedoch anders dar, und ein Fortleben der weiterhin sich abzeichnenden Tendenz könnte die Chancen des Neuanfangs und einer längerfristig produktiven Weiterentwicklung gefährden.

Die Diplomausbildung in den Geisteswissenschaften wurde mittlerweile eingestellt und läuft aus. An den Universitäten wurden bereits zum Wintersemester 1990/91 in den Geisteswissenschaften – Vorgaben der staatlichen Prüfungsordnungen folgend – neue Lehramtsstudiengänge angeboten und eine Fülle teilweise hochspezialisierter Magisterstudiengänge neu eingeführt. Obwohl die für eine solche Ausbildung erforderliche „kritische Masse“ an wissenschaftlichem Personal in vielen Fällen nicht erreicht wird, streben fast alle an den Universitäten verbliebenen „Kleinen Fächer“ und Teilfächer eigene grundständige Studiengänge an.

Zum Teil ist dies als verständliche Reaktion auf den nach 1968 verordneten Entzug eigener Fachstudiengänge zu interpretieren. Zum Teil wird darin aber auch das Bemühen der Fachvertreter erkennbar, Bedeutung und Ausstattung des eigenen Faches zu sichern und auszubauen.

Die organisatorische Neugliederung der Universitäten und die Neustrukturierung der Hochschullandschaft insgesamt sind in den einzelnen neuen Ländern unterschiedlich weit vorangeschritten. Sofern dazu von den Landeshochschulstrukturkommissionen oder von den einzelnen Universitäten die Geisteswissenschaften betreffende Vorschläge vorgelegt worden sind, wurden diese zumeist noch nicht umgesetzt. Allerdings sind für fast alle der hier behandelten „großen“ geisteswissenschaftlichen Fächer sowohl an den sechs klassischen Universitäten als auch an den Neugründungen Potsdam und Cottbus sowie an den beiden Technischen Universitäten Dresden und Chemnitz bereits zahlreiche Gründungsprofessuren ausgeschrieben worden, teilweise finanziert aus Mitteln des Hochschulerneuerungsprogramms.

Erneuerung, Umstrukturierung und der partiell notwendige Neuaufbau der Geisteswissenschaften werden durch die nach wie vor bestehende Unsicherheit über die künftig verfügbare Zahl von Personalstellen erheblich belastet. Angesichts der extremen Finanzknappheit und der vergleichsweise üppigen Personalausstattung aus DDR-Zeiten muß mit erheblichen Stellenkürzungen in den Hochschulen gerechnet werden. Damit sind die Spielräume für die notwendige personelle Erneuerung und für einen Ausbau in den Geisteswissenschaften sehr klein. Hinzu kommt, daß die als ideologisch besonders vorbelastet geltenden Geisteswissenschaften in der Konkurrenz der Fächer und Interessen um insgesamt schmalere Ressourcen unter erheblichem inneruniversitären Druck stehen.

Die notwendige Neuorientierung und personelle Erneuerung in den Geisteswissenschaften stoßen auf zum Teil erhebliche Schwierigkeiten. Zweifellos könnten die Universitäten aus der Auflösung der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR und durch die Beschäftigung ehemals dort tätiger Wissenschaftler aus Mitteln des Wissenschaftler-Integrationsprogramms (WIP) Gewinn ziehen. Doch hat eine tatsächliche Integration in den meisten Fällen bislang kaum stattgefunden. Jedenfalls ist schon jetzt deutlich, daß die nur zweijährige Laufzeit des Hochschulerneuerungsprogramms (HEP) nicht genügen kann, um die Eingliederung von gut bewerteten Beschäftigten der vormals außeruniversitären Institute in die Hochschulen wirksam zu unterstützen. Außerordentlich hinderlich für die Integration von Akademiewissenschaftlern in die Hochschulen wirkt sich auch der Umstand aus, daß für diese unklar ist, wie sich die über das WIP im HEP finanzierten Beschäftigungsverhältnisse auf ihren Stellenhaushalt auswirken. Deswegen hat die Wissenschaftliche Kommission bereits im Juli 1991¹²⁾ und

12) Vgl. Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrates, Stellungnahme zum Hochschulerneuerungsprogramm. Düsseldorf, Juli 1991.

erneut im Januar 1992¹³⁾ eine Verlängerung der Laufzeit des WIP auf fünf Jahre empfohlen. Darüber hinaus sind an den aufnehmenden Hochschulen organisatorische und personelle Vorkehrungen zu treffen, um die bisher noch kaum verbesserte Integration in Gang zu setzen.

Infolge der nur schwierig zu realisierenden Erneuerungsprozesse droht in den Geisteswissenschaften an vielen Universitäten die Gefahr übermäßiger inhaltlicher und personeller Kontinuität. Außerdem herrscht erhebliche Verunsicherung vor. Je länger sich diese Praxis hinzieht, desto geringer werden die Chancen für einen konstruktiven Neubeginn und desto geringer wird die Aussicht, daß die Geisteswissenschaften an den Universitäten der neuen Länder rasch mit denen in den alten Ländern konkurrieren können. Deshalb erkennt der Wissenschaftsrat auch und gerade in den Geisteswissenschaften einen dringenden Handlungsbedarf, durch schnelle Entscheidungen, gezielte Strukturmaßnahmen und Ausbau- bzw. Erneuerungssignale den Neuorientierungsprozeß nachhaltig zu beschleunigen.

4. Ausbildungskapazitäten und Personalstellen in den Geisteswissenschaften in der DDR und in den alten Ländern

Bereits bei einem Vergleich einiger quantitativer Eckdaten werden erhebliche Diskrepanzen in der Entwicklung des Hochschulausbildungssystems in beiden deutschen Staaten vor 1990 deutlich, die den mittel- bis längerfristigen Nachhol- und Umstrukturierungsbedarf an den ostdeutschen Hochschulen illustrieren können: In der DDR stieg die Gesamtzahl der Studierenden von 1949 bis 1970 schneller als in der Bundesrepublik, erreichte 1972 mit 161.000 ihren Höchststand, ging danach als Folge administrativer Beschränkungen des Hochschulzugangs bis 1978 kontinuierlich zurück und stagnierte seit 1980 bei etwa 130.000. Entsprechend den damaligen ökonomischen Leitvorstellungen und nach dem Vorbild der Sowjetunion erfolgte die Expansion des Hochschulwesens während der 50er und 60er Jahre im wesentlichen über die Etablierung einer spezialisierten Hochschulausbildung und über die Neugründung entsprechender Spezialhochschulen, insbesondere im Bereich technischer und betriebswirtschaftlicher Fächer.

Demgegenüber lagen die Zuwachsraten der Studienanfängerzahlen in der alten Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren vielfach unter den Vergleichswerten der DDR, um diese jedoch in den 70er Jahren zu übertreffen. Im Unterschied zur DDR wurde die Expansion nicht administrativ „eingefroren“, sondern setzte sich auch in den 80er Jahren fort. Standen die Studentenzahlen von DDR und Bundesrepublik 1959 im Verhältnis von 1:4, 1970 im Verhältnis von 1:3,5, betrug das Verhältnis bereits 1980 1:12. 1988 standen bei einem Bevölkerungsverhältnis von 1:4

13) Vgl. Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats, Sieben Forderungen für die Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft, Pressemitteilung des Wissenschaftsrates vom 27. Januar 1992.

132.400 Studierenden in der DDR 1.416.000 Studierende in der Bundesrepublik gegenüber.

Bei der Zahl der Hochschulabsolventen ist der Abstand zwischen der DDR und der alten Bundesrepublik geringer als bei den Studentenzahlen, weil in der DDR kürzer studiert wurde und nur wenige Studenten die Hochschule ohne Abschluß verließen. 1988 legten an den Hochschulen der DDR rd. 25.200 Studenten ein Abschlußexamen ab, in der Bundesrepublik waren es 138.600. Die sich daraus ergebende Relation von 1:5,5 unterscheidet sich erheblich von der Relation der Studentenzahlen, die 1988 bei 1:10,7 lag.

Wegen der unterschiedlichen Nomenklatur und der unterschiedlichen Ausbildungsstrukturen ist ein quantitativer Vergleich zwischen der Situation und zwischen den Relationen einzelner Fächergruppen an den Hochschulen der DDR und denen der alten Bundesländer nur sehr begrenzt möglich. Dennoch ist leicht zu erkennen, daß die Hochschulbildung in der DDR, den politischen Leitvorstellungen zur „Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution“ entsprechend, den technischen Wissenschaften bei einer weitgehend fehlenden Differenzierung von Hochschularten und -abschlüssen ein weitaus stärkeres Gewicht zuerkannte, als es in den alten Ländern der Fall war und ist. Bei einer insgesamt wesentlich niedrigeren Hochschulfrequenz lagen die Anteile der Studienanfänger in diesen Disziplinen mit zuletzt ca. 37 % um mehr als die Hälfte über denen in den alten Ländern (24 %).

Das relative Gewicht der hier behandelten Geisteswissenschaften war also an den Hochschulen der DDR weitaus geringer als an denen der alten Bundesrepublik. Nach der amtlichen Hochschulstatistik waren zum Wintersemester 1990/91 an allen Hochschulen der alten Länder insgesamt 359.697 Studierende in den beiden Fächergruppen „Sprach- und Kulturwissenschaften/Sport“ (worunter allerdings auch Pädagogik und Psychologie gerechnet werden) sowie „Kunst/Kunstwissenschaften“ eingeschrieben. Dies entsprach einem Anteil von 24,9 % an allen Studierenden. Demgegenüber entfielen an allen Hochschulen der neuen Länder nur 17.959 Studierende – ein Anteil von 13,8 % – auf die beiden in der Hochschulstatistik der DDR vorgesehenen Fächergruppen „Kultur-, Kunst- und Sportwissenschaften“ sowie „Sprach- und Literaturwissenschaften“.

Besonders krasse Unterschiede zeigen sich bei einem Vergleich von Studenten- und Studienanfängerzahlen in den nicht auf das Lehramt bezogenen Studiengängen (Magister und Diplom). Während diese seit Ende der 70er Jahre infolge der Restriktionen auf dem Lehrerarbeitsmarkt auch für die Geisteswissenschaften in den alten Ländern eine wachsende Bedeutung gewonnen haben, blieben sie in der Hochschulausbildung der DDR, entsprechend dem geplanten Bedarf an solchen Absolventen im Wissenschaftssystem und in gesellschaftlichen Institutionen, ausgesprochen marginal. An den Universitäten und Gesamthochschulen der alten Länder zählte man 1989 insgesamt 33.638 Studienanfänger (erstes

und zweites Fachsemester im WS 1989/90) in Magister- und Diplomstudiengängen in den Fächern Philosophie, Geschichte, Sprach- und Kulturwissenschaften, Kunst- und Musikwissenschaft.

Ohne Berücksichtigung von Diplom-Lehrern und „Sprachmittlern“ waren es 1988 an allen Hochschulen der DDR in den entsprechenden Fächern hingegen nur 401 Studienanfänger im Direktstudium, bei einer Gesamtzahl von 1.537 Studierenden.

Unabhängig von den künftigen Aufgaben der Geisteswissenschaften in der Lehrerbildung und unabhängig von der daraus resultierenden Nachfrage nach Studienplätzen muß im Zuge einer allmählichen Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern an die in den alten Ländern somit auch in den Geisteswissenschaften mit erheblich steigenden Studentenzahlen an den ostdeutschen Hochschulen gerechnet werden.

Während auf die Geisteswissenschaften in der DDR ein deutlich geringerer Anteil an den Gesamtstudentenzahlen entfiel als in der alten Bundesrepublik, lag der Anteil der Geisteswissenschaften am „wissenschaftlichen Personal“ in der DDR deutlich höher. Im Jahre 1988 entfielen in den alten Ländern von 102.100 hauptamtlich beschäftigten Wissenschaftlern 14.600 (ca. 14%) auf die Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften/Sport“. In der DDR waren es zur gleichen Zeit mit einem Gesamtbestand von 38.900 Wissenschaftlern 8.100 (ca. 20%). In diesen Angaben ist der hohe Personalbestand in den Sektionen für Marxismus-Leninismus enthalten, zu dem jedoch keine separat ausgewiesenen Zahlen vorliegen. Deswegen lassen sich aus diesem Vergleich keine Rückschlüsse auf einen möglichen Stellenüberhang ziehen.

Einen gewissen Anhaltspunkt für das künftige Gewicht der Geisteswissenschaften an den Hochschulen der neuen Länder liefert ein differenzierter Blick auf die Verhältnisse in den alten Ländern. An den Universitäten¹⁴⁾ der alten Bundesrepublik gab es 1988 in den hier behandelten geisteswissenschaftlichen Fächern insgesamt 2.713 Professuren (C2 bis C4) und 4.648 weitere Stellen für wissenschaftliches Personal (Assistenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Lektoren). Darin sind die aus Drittmitteln finanzierten Wissenschaftler nicht enthalten.

Eine direkte Umrechnung solcher Zahlen – etwa entsprechend den Bevölkerungsrelationen zwischen alten und neuen Ländern – als Parameter für die Hochschulentwicklungsplanung und für den künftigen Stellenbedarf der Geisteswissenschaften in den neuen Ländern wäre jedoch wenig sinnvoll. Abgesehen von der Problematik eines solchen Verfahrens, das einen kontingenten Ist-Zustand zur Norm deklarieren würde, wären damit keinerlei Hinweise auf die strukturellen Anforderungen der einzelnen Fächer und Hochschulen und auf den dort bestehenden besonderen Handlungsbedarf zu gewinnen.

14) Einschließlich Gesamthochschulen, ohne Pädagogische Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen sowie Theologische Hochschulen.

Deshalb verzichtet der Wissenschaftsrat darauf, in diesen Empfehlungen Planungsdeckdaten für die künftige Gesamtzahl von Studienplätzen und Personalstellen in den Geisteswissenschaften an den Universitäten der neuen Länder vorzulegen.

5. Schwerpunkte und Gliederung der Empfehlungen

Anspruch und Ziel dieser Empfehlungen ist es, unabhängig von der nur schwer abschätzbaren Studienplatznachfrage und dem sich daraus ergebenden Personalbedarf längerfristige Entwicklungsperspektiven für die Geisteswissenschaften an den Hochschulen der neuen Länder aufzuzeigen. Infolge der in den vergangenen Jahrzehnten höchst unterschiedlichen Entwicklung der Geisteswissenschaften in den beiden deutschen Teilstaaten besteht hier – auch mit Blick auf internationale Standards und Entwicklungen – an den Hochschulen der neuen Länder ein dringender Nachhol- und Neuorientierungsbedarf. Die Neustrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Ländern sollte genutzt werden, durch eine entsprechende Ausstattung, Ausrichtung und Organisation der Geisteswissenschaften nicht nur solche Defizite zu korrigieren, die durch ihre Aufgaben und durch ihre Lage im Wissenschaftssystem der DDR entstanden sind.

Vielmehr bietet sich hier auch die Chance, erkennbare Schwachstellen und Fehlentwicklungen der Geisteswissenschaften in den alten Ländern zu vermeiden und Innovationen einzuführen.

Die folgenden Empfehlungen enthalten keinen detaillierten Rahmen-Entwicklungsplan für alle hier behandelten Hochschulen und Fächer. Statt dessen zielen die Empfehlungen darauf ab, ein allgemeines Grundkonzept für ein ausgewogenes, leistungsfähiges Spektrum geisteswissenschaftlicher Fächer, für allgemein wünschenswerte Strukturmerkmale, für die notwendige inhaltliche Differenzierung und personelle Ausstattung der einzelnen Fächer sowie für örtliche Besonderheiten zu präsentieren. Die Vorschläge für solche ortstypischen Schwerpunkte suchen dabei den Erfordernissen einer überregionalen Koordination des Leistungsspektrums der hier behandelten Fächer Rechnung zu tragen.

Ein besonderes Augenmerk wird dabei inhaltlichen und strukturellen Innovationen geschenkt, die sowohl den verschiedenen Einzeldisziplinen längerfristig interessante Entwicklungsperspektiven eröffnen können als auch ihre Einbettung und Kooperation mit anderen Fächern erleichtern sollen. Damit soll einerseits eine Korrektur spezifisch DDR-bedingter Defizite in den Geisteswissenschaften möglich werden, allerdings auch eine Anknüpfung an die an den einzelnen Universitäten zweifellos vorhandenen Stärken, wo immer dies sinnvoll und möglich ist.

Jede der sechs klassischen Universitäten in den neuen Ländern weist aufgrund der Hochschulpolitik der DDR, zum Teil aber auch durch ältere Traditionen, gewisse Besonderheiten auf, die zum Ausgangspunkt künftiger Schwerpunktbildungen werden können. Ein besonderes An-

liegen dieser Empfehlungen ist die Stärkung und Förderung der in der DDR vielfach stark vernachlässigten „Kleinen Fächer“, die ein wertvolles Potential für die angestrebte kulturwissenschaftliche Öffnung der Geisteswissenschaften darstellen. Diese Fächer werden nicht an allen Hochschulen in voller Breite vertreten sein können. Neben örtlichen Schwerpunkten innerhalb der „großen“ lehrerbildenden geisteswissenschaftlichen Fächer prägen Auswahl und Ausrichtung der „Kleinen Fächer“ das geisteswissenschaftliche Profil einer Universität in besonderem Maße.

Es ist ein besonderes Anliegen dieser Empfehlungen, Vorschläge für eine „ortstypische Aura“ der Geisteswissenschaften an den einzelnen Hochschulen zu entwickeln, Akzentsetzungen, die sich aus dem Spektrum der dort vorzusehenden „Kleinen Fächer“, aus besonderen Spezialitäten in den größeren Geisteswissenschaften und aus fachübergreifenden Arbeitsschwerpunkten begründen. Damit soll eine standortspezifische Profilierung der Geisteswissenschaften sowohl im Verbund mit anderen Kulturwissenschaften als auch untereinander möglich werden, gestützt und flankiert durch flexible, gegenüber der fachlichen Gliederung subsidiäre Organisationsstrukturen wie beispielsweise fachbereichsübergreifende inneruniversitäre „Zentren“ oder Arbeitskreise. Besondere Beachtung verdient aber auch die Verknüpfung und Kooperation der Geisteswissenschaften an den einzelnen Universitäten mit den vom Wissenschaftsrat empfohlenen geisteswissenschaftlichen Zentren und anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Solche standortspezifischen Schwerpunkte in Forschung und Lehre sollen dazu beitragen, die Wahlmöglichkeiten der Studierenden zu erweitern, den Wettbewerb zwischen den einzelnen Universitäten zu fördern und die Möglichkeiten wissenschaftlicher Innovationen optimal auszuschoöpfen.

Die nachstehenden Empfehlungen gliedern sich in drei Teile. In Kapitel II.A. werden zunächst Vorschläge für ein wünschenswertes Fächerspektrum der Geisteswissenschaften an allen Universitäten vorgestellt und einige allgemeine Strukturfragen behandelt, die für alle Geisteswissenschaften von Belang sind (Organisationsstrukturen, Personalausstattung, Infrastruktur, Organisation von Lehre und Studium).

Die einzelnen geisteswissenschaftlichen Fächer werden in Kapitel II.B. behandelt. Nach einem kurzen Blick auf ihre bisherige Situation in der DDR und auf die daraus folgenden besonderen Defizite und Stärken werden die für diese Fächer an den einzelnen Hochschulen derzeit geplanten Entwicklungen und Strukturentscheidungen dargestellt, soweit dies angesichts der raschen Veränderungen und unvollständigen Informationen möglich ist. In einem dritten Schritt werden sodann die für eine angemessene Vertretung dieser Fächer notwendigen Fachgebiete erläutert, wünschenswerte Spezialisierungen aufgezeigt und darauf aufbauend eine personelle Ausstattung empfohlen, die unabhängig von der

tatsächlichen Studienplatznachfrage gemäß den allgemein üblichen Standards gewährleistet sein sollte.

Kapitel II.C. enthält schließlich für die einzelnen Länder und Universitäten Vorschläge zum Spektrum der dort zu führenden Geisteswissenschaften, für besondere Akzente innerhalb der einzelnen Fächer und für fachübergreifende Schwerpunkte.

II. Empfehlungen

A. Allgemeine Strukturmerkmale

1. Fächerspektrum

Die wissenschaftliche Bedeutung und Zukunft der Geisteswissenschaften als Teil der Kulturwissenschaften liegt heute weniger denn je in einer immer weiteren fachlichen Differenzierung oder einer methodischen und organisatorischen Abschottung einzelner Fächer und Fachgebiete. Eine fruchtbare Weiterentwicklung verspricht vielmehr ihre methodische und thematische Öffnung sowohl untereinander als auch gegenüber benachbarten Disziplinen mit dem Ziel einer fachübergreifenden Thematisierung von Kultur als Inbegriff aller menschlichen Arbeit und Lebensformen.

Deshalb bedürfen die einzelnen Teildisziplinen der Einbettung in einen Verbund aufeinander bezogener Disziplinen. Erst ein genügend reichhaltiger Fächerverbund ermöglicht fruchtbares wissenschaftliches Arbeiten in Lehre und Forschung. Unbeschadet dessen kann es nicht darum gehen, einem Vollständigkeitsideal das Wort zu reden, das ein bestimmtes Fächerspektrum zu einem in sich geschlossenen Kanon notwendig einzurichtender Fächer erheben würde. Die methodische, thematische und disziplinäre Vielfalt der Geisteswissenschaften – als Teil der Kulturwissenschaften – erlaubt, aber erfordert auch eine ortsspezifische, an der jeweiligen wissenschaftlichen Umgebung ausgerichtete Abstimmung bei der Auswahl der an einer Universität vertretenen Fächer.

Bei lehrerbildenden Fächern ist darauf zu achten, daß die personelle Ausstattung ein Studienangebot im vollen Umfang des Schulfachs erlaubt und daß sich den Studierenden eine hinreichende Zahl sinnvoller Fächerkombinationen bietet.

Auch im Hinblick auf Magisterstudiengänge gilt, daß breite Kombinationsmöglichkeiten die Attraktivität einer Hochschule stärken und deshalb ein wichtiges Kapital im Standortwettbewerb bilden.

Nach Ansicht des Wissenschaftsrates sollten die neuen Länder die Einrichtung neuer Fächer nur dann in Angriff nehmen, wenn die in Kapitel II.B. dieser Empfehlungen aufgezeigte personelle Mindestausstattung und damit auch die notwendige Breite von Lehre und Forschung vor Ort mittelfristig gesichert sind. Erneuerung und Konsolidierung der vorhandenen Fächer und Wiederaufbau der auf Restformen reduzierten Fächer sollten Vorrang haben vor der Komplettierung eines unterstellten Fächerkanons durch einzelne, nicht ausreichend ausgestattete und deswegen kaum zur Arbeitsfähigkeit gelangende Professuren. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den neuen Ländern, für die Geisteswissenschaften mittel- und längerfristige Ausbaukonzepte vorzusehen und einen stufenweisen Aufbau zu planen.

Sofern vorgesehen ist, in das Fächerspektrum an Technischen Hochschulen, die aus jetziger Sicht nicht zu voll ausgebauten Universitäten erweitert werden sollen, neben den dort hauptsächlich vertretenen technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen auch geisteswissenschaftliche Fächer aufzunehmen, sollten diese nach Ansicht des Wissenschaftsrates keinesfalls nur im Sinne eines ergänzenden „studium generale“, sondern in enger Verzahnung mit technisch-naturwissenschaftlich ausgerichteten Studiengängen geführt werden. So könnten beispielsweise das Fach Geschichte mit besonderer Schwerpunktsetzung auf Technikgeschichte, die Kunstwissenschaften schwerpunktmäßig durch Architektur und Baugeschichte und die Philologien unter besonderer Berücksichtigung der Fachsprachenforschung einerseits oder landeskundlicher Lehrangebote andererseits vertreten sein.

2. Organisationsstrukturen und fächerübergreifende Schwerpunkte

Die Geisteswissenschaften weisen an den Hochschulen der alten Länder eine außerordentliche, kaum noch zu überschauende Vielfalt organisatorischer Anbindungen und Institutionalisierungsmodelle auf. Diese Vielfalt korrespondiert mit der Heterogenität ihres jeweiligen disziplinären Selbstverständnisses, ihrer Gegenstände und Arbeitsweisen. An einigen wenigen Universitäten überlebten die großen traditionellen Philosophischen Fakultäten mit einer organisatorischen Binnendifferenzierung nach Instituten und/oder Seminaren für die einzelnen Fächer oder Teilgebiete. An anderen, vor allem neu gegründeten Universitäten wurden organisatorisch nicht weiter untergliederte Ein-Fach-Fachbereiche eingerichtet. Und an einigen Orten gibt es über die jeweiligen Grundformen der Institutionalisierung hinaus vor allem zur Förderung von Forschungsaktivitäten mehr oder minder flexible Querstrukturen (z. B. Fachgruppen, Zentraleinheiten, Universitätsschwerpunkte).¹⁵⁾

Bereits diese reale Vielfalt von Organisationsmodellen, welche jeweils spezifische Vor- und Nachteile aufweisen, läßt erkennen, daß bis ins einzelne Detail gehende Vorgaben und Institutionalisierungsempfehlungen weder möglich noch ratsam sind. Eine generell verbindliche Empfehlung wäre auch deshalb kaum angezeigt, weil die jeweils angemessene Organisationsform von so unterschiedlichen Gesichtspunkten wie der Größe der Universität, Art und Größe der vertretenen Fächer, deren räumlicher Situierung, der Bibliotheksorganisation, angebotenen Studiengängen und Forschungsschwerpunkten abhängt. Auch können durchaus Unterschiede zwischen der korporationsrechtlichen und organisatorischen Zugehörigkeit des wissenschaftlichen Personals bestehen. Auf der Ebene von Entscheidungskompetenzen ist zwischen Personal- und Haushaltsangelegenheiten, akademischen Qualifikationsentscheidungen und Verantwortlichkeiten für angebotene Studiengänge zu unterscheiden.

¹⁵⁾ Vgl. P. Weingart u. a., Die sog. Geisteswissenschaften: Außenansichten, Frankfurt/Main 1991, S. 252 ff.

Allerdings lassen sich einige Bedingungen spezifizieren, die in jedem Fall erfüllt werden müssen:

- a) Um die Zusammenhänge der einzelnen geisteswissenschaftlichen Fächer zu verdeutlichen und um deren Zusammenarbeit zu fördern, sollten grundsätzlich möglichst große Organisationseinheiten angestrebt werden, denen sowohl Haushalts- als auch Qualifikationseinscheidungen zukommen. Allerdings müssen diese Organisationseinheiten überschaubar und funktionsfähig bleiben. An kleineren Universitäten erscheint daher eher das Modell der Philosophischen Fakultät(en) von Vorteil, während sich an größeren Universitäten die Einrichtung nicht zu kleiner Fachbereiche empfiehlt.
- b) Was die weitere Binnengliederung der Fachbereiche/Fakultäten angeht, wird sich eine Gliederung in fachliche Einheiten (in der Regel aus mehreren Professuren bestehend) anbieten („Abteilungen“, „Seminare“, „Institute“). Falls an größeren Universitäten Institute eingerichtet werden, sollten diese primär als wissenschaftliche Arbeitseinheiten mit möglichst durchlässigen Grenzen verstanden werden. Kleinstinstitute („Ein-Mann-Institute“) sollten ausgeschlossen bleiben.
- c) Für die Organisation der und die Verantwortung für die Lehre ist eine lehrstuhlübergreifende (und in der Regel institutsübergreifende) Organisationsform unverzichtbar. Im Regelfall wird dies der Fachbereich sein.
- d) Quer zu diesen für die disziplinäre Situierung der Fächer und für die Zuordnung der einzelnen Wissenschaftler *primären* Organisationsformen (Fakultät, Fachbereich, Institut) empfiehlt der Wissenschaftsrat fachübergreifende, flexible Organisationsformen, welche die geforderte Kooperation der einzelnen Fächer erleichtern und die kulturwissenschaftliche Öffnung der Geisteswissenschaften befördern können. Solche gegenüber der Fachzuordnung subsidiären interdisziplinären Forschungsbeziehungen sollten, wo immer sachdienlich, als „Querstrukturen“ institutionalisiert werden – etwa in Form festgefügtter Arbeitskreise oder inneruniversitärer Zentren, die Wissenschaftler aus verschiedenen Fächern, gestützt durch Doppelmitgliedschaften in Fachbereichen/Instituten und Zentren, zusammenführen. Um das Ziel einer Förderung der fachübergreifenden Zusammenarbeit erreichen zu können, sollten diese inneruniversitären Zentren auch mit Sach- und Personalmitteln ausgestattet sein, die eine Mitarbeit für die einzelnen Wissenschaftler attraktiv machen. Anders als die vom Wissenschaftsrat empfohlenen und derzeit in Gründung befindlichen außer- bzw. *interuniversitären* Zentren¹⁶⁾, mit denen gegebenenfalls enge Zusammenarbeit anzustreben ist,

16) Vgl. Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Köln 1992.

sollten die *inneruniversitären* Zentren jedoch nur zeitlich befristet eingerichtet werden. Eine regelmäßige Begutachtung unter Beteiligung externer Wissenschaftler sollte darüber entscheiden, ob eine (wiederum nur mittelfristige) Verlängerung des Zentrums sinnvoll erscheint, ob es seine Aufgabenstellung verändern oder ob es aufgelöst werden sollte.

- e) Der Wissenschaftsrat spricht sich deswegen dafür aus, auf der Ebene der Hochschule einen zentralen Pool mit Forschungsmitteln und befristeten Personalstellen einzurichten, der von einer Forschungskommission verwaltet und in einem inneruniversitären Wettbewerb vergeben wird. Die Ressourcen müssen flexibel verwendbar bleiben und dürfen nicht in die permanente Grundausstattung einzelner Arbeitseinheiten eingehen.

Der zentrale Pool zur Mittelvergabe für Forschungsprojekte sollte dagegen auf Dauer bestehen. Zum einen ist nur auf diese Weise die für wechselnde Schwerpunktbildungen im Sinne der genannten inneruniversitären Zentren erforderliche Flexibilität zu gewährleisten. Zum anderen wäre dadurch auch ein Anreiz zur Bildung kleinerer Arbeitsgruppen geschaffen, die sich für bestimmte Forschungsvorhaben um Mittel aus dem Pool bewerben können.

Mit der Bildung solcher fächerübergreifender Schwerpunkte, die entweder gewachsene wissenschaftliche Traditionen fortführen oder innovative Entwicklungen aufgreifen, können die Geisteswissenschaften an den einzelnen Universitäten ein ortsspezifisches Profil gewinnen. Dieses sollte die örtlichen Stärken betonen und vor allem auch die Einbettung der „Kleinen Fächer“ berücksichtigen. Auch im Interesse eines stärkeren Wettbewerbs zwischen den einzelnen Hochschulen ermuntert der Wissenschaftsrat die neuen Länder nachdrücklich zur Bildung solcher ortsspezifischer Universitätsschwerpunkte.

3. Personalausstattung

Ziel muß eine personelle Ausstattung sein, die es den Universitäten in den neuen Ländern erlaubt, die jeweiligen Fachgebiete in Forschung und Lehre konkurrenzfähig zu vertreten. Die Personalausstattung eines geisteswissenschaftlichen Faches läßt sich nicht aus den aktuellen oder den erwarteten Studentenzahlen ableiten, wie dies in fälschlicher Umkehrung der für Zwecke der Berechnung von Zulassungszahlen entwickelten Kapazitätsverordnung (KapVo) bisweilen angenommen wird. In Abschnitt II.B. dieser Empfehlungen werden die für eine angemessene Vertretung der hier behandelten geisteswissenschaftlichen Fächer in Lehre und Forschung notwendigen fachlichen Differenzierungen/Fachgebiete aufgezeigt und darauf aufbauend eine „normale“ Personalausstattung („Normalausstattung“) vorgestellt. Dabei wird davon ausgegangen, daß zumindest die obligatorischen, möglichst aber auch die anderen für eine qualifizierte Ausbildung notwendigen Lehrgebiete durch Professuren vertreten sein sollten.

Innerhalb der für die einzelnen Fächer vorgeschlagenen *Normalausstattung* bleiben hinreichende Spielräume für ortsspezifische Profile und Schwerpunktbildungen. Diese Normalausstattung sollte längerfristig nicht wesentlich unterschritten werden. In Abhängigkeit von der Größe einer Universität und von den Studentenzahlen können und sollten über diese Normalausstattung hinaus weitere Professuren eingerichtet werden.

Allerdings wird der Auf- und Ausbau der einzelnen Fächer, realistisch betrachtet, an den verschiedenen Universitäten nur schrittweise erfolgen können. Bei den nachfolgenden fachspezifischen Empfehlungen zur personellen Ausstattung (vgl. II.B) wird daher neben der *Normalausstattung* noch eine *Mindestausstattung* unterschieden. Die jeweiligen Angaben hierzu benennen Minimalanforderungen, denen von Beginn an Genüge geleistet werden muß.

Der Wissenschaftsrat sieht es grundsätzlich für die Mindestausstattung eines Faches, das als Hauptfach studiert werden kann, als erforderlich an, daß dieses Fach im Interesse eines Mindestmaßes an Pluralität mit wenigstens einer C4- und einer C3-Stelle ausgestattet wird. (Zur Zahl der Mitarbeiter s. u.). Dieser Grundsatz gilt unabhängig von der Studentenzahl. Im übrigen sollte sich die Personalausstattung der „Kleinen Fächer“ an deren konkreten Aufgaben und ihrer Verankerung am Ort ausrichten. Das jeweilige fachliche Umfeld und die ortsspezifischen Schwerpunkte machen insoweit verschiedene Zahlen und Arten von Personalstellen erforderlich.

Ausführungen zur Fachdidaktik finden sich im folgenden Abschnitt (II.A.4.). In den fachspezifischen Empfehlungen (Kap. II.B.) wird dementsprechend auf explizite Angaben zur erforderlichen oder wünschenswerten Vertretung der Fachdidaktik verzichtet. Dafür einzurichtende Professuren sind in den Angaben zur personellen Ausstattung der einzelnen Fächer nicht enthalten, dürfen jedoch insgesamt nicht fehlen.

Die bei der Normalausstattung zur unabdingbaren Mindestausstattung hinzukommenden Professuren beziehen sich in der Regel auf ortsspezifische Schwerpunktbildungen. Dies soll jedoch nicht bedeuten, daß solche die verschiedenen Universitäten unterscheidende Profilierungen nicht auch schon bei den Berufungen im Rahmen der Mindestausstattung berücksichtigt werden könnten. Im Gegenteil, ungeachtet der fachlichen Breite, die von jedem Inhaber einer von vorerst nur wenigen Professorenstellen abgedeckt werden muß, sollte bereits bei deren Besetzung auf eine entsprechende Profilierung geachtet werden, die dann durch Einrichtung weiterer Professuren verstärkt werden könnte.

Bereits bei der fächerspezifischen Ausdifferenzierung der Mindestausstattung und hier insbesondere im Falle der „Kleinen Fächer“, vor allem aber im Zuge der darüber hinausgehenden Auf- und Ausbaubestrebungen ist es dringend geboten, daß eine überregionale und – mit Blick auf die Hochschulstandorte Halle und Leipzig sowie Berlin und Potsdam –

auch länderübergreifende Abstimmung von Studienangeboten und Schwerpunktbildungen erfolgt. Ein forciertes Ausbauen weniger Schwerpunkte an ausgewählten Orten verdient nach Auffassung des Wissenschaftsrats den Vorzug vor dem Bestreben, an möglichst allen Orten gleichzeitig ein möglichst weites Spektrum von Fachgebieten aufzubauen.

Bei der Definition der Professuren und ihrer Besetzung muß berücksichtigt werden, daß die innere Vielfalt der Zugriffe, Fragestellungen und Methoden eine wichtige Bedingung der Leistungsfähigkeit geisteswissenschaftlicher Forschung und Lehre zu sein pflegt. Dieser Grundsatz wurde in der DDR aus politisch-ideologischen Gründen systematisch verletzt. Ihm ist durch Neuberufungen Rechnung zu tragen. Die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern unterschiedlicher Herkunft aus Ost und West – als Mitglieder ein und desselben Fachbereichs ist dringend anzustreben. In der Regel dürfte das Ziel weder in der völligen Ersetzung des bisher in den geisteswissenschaftlichen Bereichen tätigen wissenschaftlichen Personals durch Neuberufungen und Neubesetzungen aus dem Westen noch in der ausschließlichen Weiterbeschäftigung bisher in diesen Bereichen tätiger Wissenschaftler liegen, sondern in einer angemessenen Kombination von Neuberufung und Weiterbeschäftigung („Durchmischung“). Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang auch der wissenschaftliche Nachwuchs: Im sogenannten Mittelbau sollte auf eine starke Berücksichtigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern aus den neuen Ländern geachtet werden.

Stärker als bisher sollten Wissenschaftler aus dem Ausland als Hochschullehrer und Mitarbeiter in den geisteswissenschaftlichen Fächern gewonnen werden. Dies ist in anderen Ländern – z. B. USA – viel üblicher als in Deutschland und entspricht dem Sachverhalt, daß auch die Geisteswissenschaften auf internationaler Kooperation und Kommunikation beruhen.

Die Relationen zwischen den verschiedenen Stellenarten für wissenschaftliches Personal sollten ebenso wie die Lehrdeputate für promovierte wissenschaftliche Mitarbeiter möglichst flexibel gestaltet werden. Insbesondere empfiehlt es sich, in der Personalausstattung keine starke Differenzierung zwischen C4- und C3-Professuren vorzunehmen. Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die eine besondere Bedeutung für die weitere Entwicklung der einzelnen Fächer hat, sollten auch Hochschuldozenturen für habilitierte Nachwuchswissenschaftler zur Verfügung stehen.

Im Durchschnitt sollten auf eine Professur eine Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter oder Assistenten, Mittel zur Beschäftigung von zwei wissenschaftlichen Hilfskräften sowie eine halbe bis eine ganze Stelle für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter (ohne Bibliothekskräfte) entfallen. Auf eine explizite Festlegung eines Anteils der Stellen für Assistenten an der Gesamtzahl der Stellen für wissenschaftliche Mitar-

beiter/Assistenten wird hier verzichtet, weil sich diese Differenzierung in der Realität nicht bewährt hat und – solange es solche Differenzierungen gibt – die Assistentenstellen flexibel vergeben werden und nicht unbedingt einzelnen Professuren zugeordnet werden sollten.

Allerdings sind die genannten Richtgrößen rein rechnerisch zu verstehen. Je nach Fach ist ebenso von einer möglicherweise höheren Anzahl von wissenschaftlichen Mitarbeitern/ Assistenten auszugehen, wie umgekehrt diese Rechengrundlage keine feste Zuordnung im Sinne eines Anspruches – derart, daß jeder Professur eine Assistentenstelle zustünde – impliziert. In vielen Fällen wird ein Teil dieser Stellen dem ganzen Fachbereich/Institut, nicht einzelnen Professuren zugehören. In welcher Höhe die Zahl der tatsächlich einzurichtenden Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter/Assistenten bzw. wissenschaftliche Hilfskräfte vom angegebenen Durchschnitt abweicht, ist fachspezifisch und hier nicht zuletzt nach Maßgabe der Lehranforderungen zu entscheiden. In Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten kann sich auch der Bedarf an Stellen für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter z. B. zur Betreuung von Seminarbibliotheken oder von Sammlungen als höher darstellen. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und um die für die Fortentwicklung des Faches notwendige Elastizität zu sichern, sollten Dauerstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter nur in Ausnahmefällen und nur für klar definierte Aufgaben eingerichtet werden. Der Anteil unbefristeter Stellen im akademischen Mittelbau ist gering zu halten.

Für die Fremdsprachenausbildung in den sprach- und literaturwissenschaftlichen Fächern, aber auch für Hörer aller Fakultäten, ist auch eine angemessene Zahl von Stellen für muttersprachliche Lektoren einzurichten. An der Vermittlung breiter Fremdsprachenkenntnisse besteht in den neuen Ländern ein besonders großer Nachholbedarf. Zusätzlich können Gastprofessuren, deren Inhaber regelmäßig wechseln, zu einer verbesserten Ausbildung beitragen. Gerade auch in personell schwächer besetzten Fächern bieten solche Gastprofessuren ein probates Instrument, in der Lehre Abwechslung und Breite zu sichern und Monotonie zu verhindern.

4. Fachdidaktik

Eine Reihe der geisteswissenschaftlichen Fächer hat auch künftig wesentliche Aufgaben in der Lehrerbildung, wobei der Fachdidaktik eine besondere Rolle zukommt. Dies gilt um so mehr, als die Fachdidaktik sich nicht ausschließlich auf Belange des Schulunterrichts bezieht, sondern auch allgemeine Fragen der Vermittlung und Wirkung fachwissenschaftlicher Erkenntnisse z. B. in der Öffentlichkeit berücksichtigt.

Aufgaben und Gegenstand der Fachdidaktik sind einmal die Auswahl fachlicher Inhalte als Unterrichtsgegenstände und Lernziele für Schüler unterschiedlicher Schularten und Schulstufen und damit zusammenhängend die Entwicklung von Curricula. Zum anderen geht es um die

Entwicklung von Unterrichtsmethoden und von Verfahren der lernzielbezogenen Leistungsbeurteilung. Schließlich reflektiert die Fachdidaktik auf Bedingungen und Funktionen der Vermittlung fachwissenschaftlicher Erkenntnisse in der Öffentlichkeit, also etwa im Bereich der Geschichte auf Geschichtsbewußtsein, Tradition, Erinnerung und Kritik. Diese Aufgaben haben sowohl fachwissenschaftliche wie verhaltenswissenschaftlich-pädagogische Aspekte, die eine systematische Verknüpfung und Integration dieser beiden Aspekte und der sie fundierenden Fach- und Verhaltenswissenschaften erfordern. Für die geisteswissenschaftlichen Fächer mit umfangreichen Aufgaben in der Lehrerbildung ist daher eine entsprechende personelle Ausstattung der Fachdidaktik erforderlich.

Die Institutionalisierung der Fachdidaktik sollte der Notwendigkeit einer doppelten Einbindung der Fachdidaktiken Rechnung zu tragen versuchen und einseitige Lösungen entweder alleinige Zuordnung zu den Erziehungswissenschaften oder alleinige Zuordnung zu den Fachwissenschaften – vermeiden. In den Empfehlungen zur Lehrerbildung in den neuen Ländern hat der Wissenschaftsrat zwei Organisationsmodelle vorgeschlagen¹⁷⁾, die beide eine Kooperation der Fach- und der Verhaltenswissenschaften, wie sie für Aufgaben in der Lehrerbildung unerlässlich ist, ermöglichen:

- Bei einer Zuordnung zu den Fachwissenschaften wird die institutionelle Zuordnung der Fachdidaktiker zu einer Verhaltenswissenschaft durch die verbindliche Zweitmitgliedschaft im Fachbereich Erziehungswissenschaft oder Psychologie geschaffen.
- Bei einer Institutionalisierung der Fachdidaktik in einem erziehungswissenschaftlichen Fachbereich oder einer fachübergreifenden, aber noch bereichsspezifischen Organisationsform wird die institutionelle Verbindung zu den Fachwissenschaften durch obligatorische Mitgliedschaften der Fachdidaktiker im jeweils einschlägigen Fachbereich sichergestellt.

Als ein drittes Modell bietet sich für bestimmte Bereiche, namentlich die Didaktik des Sprachunterrichts, eine kooperative Organisation anstelle der beiden vorgenannten Institutionalisierungsformen der Fachdidaktik an. Sie besteht darin, daß der Vertreter der Angewandten oder der Kontrastiven Sprachwissenschaft (Bereich Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft), die sprachwissenschaftlichen Fachvertreter der jeweiligen Fremdsprachen-Philologie und Vertreter der deutschen Sprachwissenschaft zunächst die Bereiche feststellen, in denen aufgrund struktureller Unterschiede deutsche Schüler Schwierigkeiten mit dem Erwerb der jeweiligen Fremdsprachen haben müssen. In einem

17) Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Lehrerbildung in den neuen Ländern. In: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil I. Köln 1992, S. 113 f.

weiteren Schritt werden dann, in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Pädagogik/Didaktik/Psychologie, Modelle für die optimale Vermittlung der problematischen Strukturen entwickelt. Eine solche kooperative Lösung vermeidet nicht nur die stets gegebene Gefahr des Dilettantismus. Sie erübrigt zudem spezifische Fachdidaktik-Stellen für jede einzelne Sprache, die dann den Fachwissenschaften zugute kommen können. Sie erfordert statt dessen jedoch einen höheren gemeinsamen, über die einzelne Disziplin hinausgehenden Lehr- und Forschungsaufwand und ist deshalb letztlich zwar nicht kostengünstiger, aber durch die Kooperation von Fachleuten ungleich effektiver.

5. Infrastruktur

Die Geisteswissenschaften sind heute längst nicht mehr reine Buchwissenschaften. In wachsendem Maße nutzen auch sie elektronisch gestützte Informationstechniken und neue Medien. Dennoch bleiben gut ausgestattete Bibliotheken und leistungsfähige Bibliothekssysteme in allen Kulturwissenschaften wesentliche Grundbedingungen für erfolgreiche Lehre und Forschung.

Die Hochschulbibliotheken in den neuen Ländern können diesen Anforderungen bei weitem nicht Genüge leisten. Bei einer oftmals sehr guten Ausstattung mit Altbeständen an Literatur gibt es empfindliche Bestandslücken vor allem bei der nach 1945 in westlichen Ländern erschienenen wissenschaftlichen Literatur. Räumliche Unterbringung, Erschließung und Nutzungsmöglichkeiten der Buchbestände sind an vielen Standorten nur als katastrophal zu bezeichnen. Eine rasche Verbesserung dieser Situation verlangt deshalb besondere Aufmerksamkeit und ist eine unerläßliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung geisteswissenschaftlicher Fächer an den dortigen Universitäten.

Die neuen Länder haben bereits eine Reihe von Neubauvorhaben für Hochschulbibliotheken zur Aufnahme in den Rahmenplan angemeldet. Der Wissenschaftsrat hat am 24. Januar 1992 „Empfehlungen zur Sicherung der Literaturversorgung an den Hochschulbibliotheken der neuen Länder und im Ostteil von Berlin“ verabschiedet, die auf notwendige und dringliche Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Aufstellung und Zugänglichkeit der Bestände sowie für die Beschaffung von über das Hochschulbauförderungsgesetz zu finanzierenden Büchergrundbeständen abzielen. Der Wissenschaftsrat unterstreicht an dieser Stelle noch einmal den erheblichen Bedarf an Investitions- und Sachmitteln für den Aufbau einer leistungsfähigen Literaturversorgung, auf die die Geisteswissenschaften in besonderem Maße angewiesen sind.

Der Wissenschaftsrat sieht in einem einschichtigen Bibliothekssystem, einer möglichst weitgehenden baulichen Zusammenfassung der Buchbestände und in der Freihandaufstellung Vorteile gegenüber dem in Deutschland an alten Universitäten vorherrschenden zweischichtigen System von Universitäts- und Institutsbibliotheken. Die Etablierung

eines einschichtigen Systems und die Ausschöpfung seiner Leistungsmöglichkeiten durch eine generelle Freihandaufstellung eines möglichst großen Teils der Bestände setzt jedoch räumliche Bedingungen voraus, die derzeit und möglicherweise auch auf längere Sicht nicht allorts gegeben sind. Daher kann es aufgrund der Gegebenheiten am Ort notwendig werden, von dieser Grundregel abzuweichen. In jedem Fall sollten aber eine möglichst gute und freie Zugänglichkeit sowie – sofern die Größe der Hochschule und die örtlichen Verhältnisse dies erlauben – die Zusammenfassung möglichst breiter fachlicher Bestände an einem Ort gesichert sein. Hierbei ist z. B. auch an ein einschichtiges Bibliothekssystem aus zentraler Universitätsbibliothek und möglichst großen, dezentralen Fachbereichsbibliotheken zu denken.

In einigen geisteswissenschaftlichen Fächern gehören Videotheken inzwischen zu den für leistungsfähige Forschung und Lehre notwendigen Infrastruktureinrichtungen. Dank wesentlich verbesserter Leistungen und Techniken hat die Nutzung moderner Rechner für die Bearbeitung von Forschungsvorhaben, aber auch für die Lehre, in allen Bereichen der Geisteswissenschaften in den letzten Jahren enorm zugenommen, wenn auch in den einzelnen Fächern und Fachgebieten in sehr unterschiedlichem Maße. Die Anwendungsfelder gehen über bloße Textverarbeitung mittlerweile weit hinaus. Die Verfügbarkeit leistungsfähiger Rechner hat in vielen geisteswissenschaftlichen Fächern eine stärkere Hinwendung zu quantitativen Methoden ermöglicht und sowohl in den historischen Wissenschaften als auch in den Sprach- und Literaturwissenschaften wichtige neue Arbeitsfelder erschlossen (z. B. in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Linguistik, in den Medienwissenschaften). Eine angemessene Rechnerausstattung – je nach Bedarf und Fachgebiet bis hin zur Ebene von Workstations – sowie Möglichkeiten zur Nutzung von Datenbanken (z. B. zur Literaturrecherche) sowie von Datennetzen (z. B. DFN) gehören deshalb ebenfalls zu den heute unverzichtbaren Voraussetzungen für gute Forschung und Lehre in den geisteswissenschaftlichen Fächern.

Die Universitäten in den neuen Ländern sollten ein möglichst reichhaltiges Angebot für die Vermittlung von Fremdsprachen nicht nur für Studierende der Sprach- und Literaturwissenschaften, sondern auch für Hörer aller Fakultäten gewährleisten. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, für diesen sprachpraktischen Unterricht ein zentrales Sprachlehrinstitut einzurichten. Eine solche Organisationsform der Fremdsprachenvermittlung kommt vor allem für Latein- und Griechischkurse sowie für das Englische und die romanischen und slawischen Sprachen in Betracht, in denen eine große studentische Nachfrage gesichert ist.

Sprachlehrangebote für weniger nachgefragte Sprachen wie z. B. manche slawische oder asiatische Sprachen sollten hingegen grundsätzlich von den sprach- und literaturwissenschaftlichen Fachbereichen übernommen werden, ggf. mit Ausnahme von allgemeineren Einführungskursen.

6. Lehre und Studium

6.1. Studienzeiten, Betreuungsrelation und Personalbedarf

Die vielfach geäußerte Kritik am geisteswissenschaftlichen Studium in den alten Ländern läßt sich in drei Punkten zusammenfassen: Lange Studienzeiten, niedrige Studienerfolgsquoten (d. h. eklatantes Mißverhältnis von Studienanfänger- und Absolventenzahlen) und eine in der Regel ausschließliche Fachorientierung der Ausbildungsinhalte und -ziele. Kenntnisse, Fähigkeiten und Arbeitstechniken, wie sie für eine spätere Berufstätigkeit der Absolventen außerhalb von Hochschule und Wissenschaft relevant sein könnten, würden nicht oder nur unzureichend vermittelt, so daß viele Absolventen erhebliche Schwierigkeiten beim Übergang in einen Beruf hätten und in aufwendigen Umschulungsmaßnahmen für zumeist nicht ausbildungsadäquate Berufstätigkeiten nachqualifiziert werden müßten.

Bei der Neuordnung der Studiengänge an den Universitäten der neuen Länder sollten diese Probleme bedacht und einer Lösung zugeführt werden. Dies betrifft zunächst die Studienzeiten. Sie waren an den Hochschulen der DDR dank straff organisierter Studiengänge, entsprechend terminierter Prüfungen und Wiederholungsmöglichkeiten sowie nicht zuletzt auch dank wesentlich besserer Personalrelationen und gesicherter Berufsperspektiven sehr viel kürzer als in der Bundesrepublik. Vorgegebene Studienzeiten wurden fast immer eingehalten – wenn auch um den Preis einer weitgehenden Verschulung des Studiums, einer praktisch aufgehobenen Studierfreiheit und einer strikten Einbindung der Studenten in „Seminargruppen“ oder „Kollektive“. Der Wissenschaftsrat hielt es für verfehlt, wegen solcher in der Vergangenheit überzogenen Lenkungsmaßnahmen nunmehr auf eine deutliche Strukturierung der Studiengänge, z. B. durch feste Studienabschnitte, durch eine obligatorische Studienberatung und durch eine angemessene Zahl studienbegleitender Prüfungen, zu verzichten. Die Unterteilung von Grundstudium, Hauptstudium und Aufbaustudium hat sich im Kern bewährt, wobei der Raum für Aufbaustudiengänge in dem Maße zunimmt, in dem es gelingt, die Studienzeiten für das Grund- und Hauptstudium kurz zu halten.

Neben dem Einsatz fortgeschrittener Studenten als Tutoren innerhalb von und begleitend zu Grundstudienveranstaltungen sollten – in Anknüpfung an die Praxis angelsächsischer Hochschulen, aber auch an die „Seminargruppen“ der ehemaligen DDR – auch die Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter kontinuierliche Beratungsaufgaben für eine feste Gruppe von Studenten übernehmen und diese als „Mentoren“ durch ihr Studium hindurch begleiten. Effektive Beratungsgespräche und enge Kontakte zu den Lehrenden sind geeignete Mittel, die Herausbildung klarer Studienperspektiven zu unterstützen.

Eine für den Studienerfolg maßgebliche kompetente Vermittlung von Lehrinhalten erfordert nach Ansicht des Wissenschaftsrates, daß die Lehre in geisteswissenschaftlichen Studiengängen im wesentlichen

durch Professoren erbracht wird. Dies gilt auch und gerade für das Grundstudium.

Enge und umfangreiche Kontakte zwischen Lehrenden und Studierenden bilden eine wichtige Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium und damit auch für kürzere Studienzeiten. Hohe Zulassungszahlen und ungünstige Betreuungsrelationen gefährden diese Ziele.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt den neuen Ländern, für eine Übergangsphase von fünf Jahren von einer Berechnung der Zulassungszahlen nach Höchstlastbedingungen abzusehen und, die Möglichkeiten der Kapazitätsverordnung (KapVO) nutzend, eine entsprechend niedrigere Zulassungszahl für die geisteswissenschaftlichen Fächer vorzusehen. Deren Neuorientierung und weiterer Auf- und Ausbau würden bei der Zulassung von Studierenden nach den dafür einschlägigen Höchstlastbedingungen erheblich belastet. Die KapVO ist insbesondere nicht als Instrument zur Ermittlung des Personalbedarfs einzusetzen. Die daraus abgeleiteten übermäßig großen Betreuungsrelationen würden die angestrebte Verbesserung der Ausbildungsqualität gefährden und die nicht zuletzt deshalb unbefriedigende Ausbildungssituation in den Geisteswissenschaften an den Universitäten der alten Ländern rasch auch an denen der neuen Länder herbeiführen.¹⁸⁾

6.2. Studiengänge

Die Studienangebote in den Geisteswissenschaften sollten – wo immer dies durch den Zuschnitt der Fächer und die Vorschriften der staatlichen Prüfungsordnungen möglich ist – grundsätzlich sowohl Magister- als auch Lehramtsstudiengänge umfassen. Zwischen Lehramts- und Magisterstudiengängen sollte ein Höchstmaß an Durchlässigkeit gewährleistet sein, möglichst bis gegen Ende des Studiums. Ferner empfiehlt es sich, eine wechselseitige Anerkennung äquivalenter Examensleistungen zuzulassen. Bei Kandidaten, die sich beide Examina sichern wollen, verkürzt sich dadurch das Studium gegebenenfalls um ein ganzes Jahr.

Die Magisterstudiengänge sollten nicht zu schmal auf einzelne Fächer oder Fachgebiete ausgelegt werden. Sie sollten auch unkonventionelle Kombinationen mit anderen, nicht nur benachbarten Fächern und darüber hinaus – wo immer dies sinnvoll und möglich ist – bereits innerhalb des Magisterstudiengangs eine Öffnung gegenüber anderen Fächern im Sinne von „Kombinationsstudiengängen“ vorsehen. Insbesondere die Öffnung fremdsprachlicher Prüfungsfächer für Studierende ganz anderer Fachrichtungen stellt eine wichtige Aufgabe dar, die in den jeweiligen Prüfungsordnungen berücksichtigt werden sollte. Gemeinsam von Wissenschaftlern verschiedener Fächer getragene Lehrveran-

¹⁸⁾ Vgl. bereits Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft in den neuen Ländern. In: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil I, Köln 1992; sowie Wissenschaftsrat, Empfehlungen für die Planungen des Personalbedarfs der Universitäten, Köln 1990.

staltungen sind wünschenswert und sollten angeboten werden, wo immer dies möglich ist. Darüber hinaus ist eine möglichst flexible Anrechnung von Lehrveranstaltungen und dort erbrachten Leistungsnachweisen für alle Studiengänge vorzusehen.

Eine solche Öffnung der geisteswissenschaftlichen Fächer empfiehlt sich auch deshalb, weil es den Universitäten nur auf diese Weise möglich sein wird, in den „Wettbewerb der Hochschulen“ einzutreten, wie er nach Ansicht des Wissenschaftsrates die Hochschulentwicklung der kommenden Jahre kennzeichnen sollte. Insbesondere für den Bereich der Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften hat der Wissenschaftsrat nachdrücklich zur Einrichtung von Studiengängen an Fachhochschulen geraten, die beispielsweise „auf konzeptionelle und administrative Tätigkeiten im Dienstleistungssektor vorbereiten oder für Tätigkeiten qualifizieren, die neben betriebswirtschaftlichen Kenntnissen auch Sprachkompetenzen erfordern.“¹⁹⁾ Bei der Einrichtung vergleichbarer Studienangebote an den Universitäten sollte daher auf die zunehmende Bedeutung der Fachhochschulausbildung geachtet und eine universitäts-spezifische Profilierung angestrebt werden, die Doppelungen vermeidet.

Weitere Beiträge zu einer dringend erwünschten Reform geisteswissenschaftlicher Studien könnten – abgesehen von dem Erwerb berufspraktisch verwertbarer Kenntnisse und Arbeitstechniken z. B. durch Informatik- oder BWL-Kurse – in fremdsprachenorientierten Eingangsstudien sowie in interdisziplinären Projektstudien bestehen. Beide Unterrichtsmodelle zielen darauf ab, die enge fachliche Spezialisierung – übrigens nicht nur von Studenten der Geisteswissenschaften – aufzubrechen, Perspektiven zu erweitern und damit auch den reflektierten Umgang mit spezialisiertem Fachwissen einzuüben.

Die sich abzeichnende Verflechtung verschiedensprachlicher Regionen in Europa und die für 1993 angestrebte Niederlassungsfreiheit in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft machen gerade in größeren Staaten mit ihrer vorwiegend einsprachigen Bevölkerung eine Verstärkung der Mehrsprachigkeit auf allen kultur- und sozialwissenschaftlichen Studiengebieten notwendig. Ein zusätzlicher Spracherwerb wird allerdings, wie Erfahrungen zeigen, für das Fachstudium nur dann wirksam, wenn er schon in den ersten Semestern erfolgt. Empfehlenswert erscheint deshalb die Möglichkeit eines Magisterstudiengangs, der im ersten Studienjahr die Konzentration auf zwei Fremdsprachen ermöglicht, die nicht philologisch ausgerichtet sein sollten. Das erlaubt eine Orientierung, die im Anschluß daran ein besonders zielstrebiges Studium ermöglicht.

Eine fächerübergreifende Zusammenarbeit wird für die Geisteswissenschaften auch notwendig, wenn sie sich, der alten europäischen Tradition der Artistenfakultät folgend, überkommenen oder neuen Formen

¹⁹⁾ Wissenschaftsrat, „Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren“ (Köln 1991), S. 78.

einer Propädeutik bzw. Grundausbildung für alle Fakultäten in stärkerem Ausmaß und in besser organisierten Formen widmen. Insbesondere in den neuen Bundesländern, in denen ein marxistisch-leninistisches Grundstudium als orthodoxe und einseitige Form einer solchen Grundausbildung auszuräumen war, ist diese Ausräumung meist ersatzlos geschehen. Da auch an den Universitäten der alten Bundesländer der Wunsch nach der Einrichtung solcher Lehrveranstaltungen immer wieder erhoben wird, böte die Neueinrichtung geisteswissenschaftlicher Fakultäten die Gelegenheit, mindestens für deren Studenten, aber auch für Studenten aller Fakultäten Konzepte für ein derartiges Lehrangebot zu erarbeiten, dem auch die Aufgabe zufiele, den Ort der fachwissenschaftlichen Ausbildung im Gefüge der Wissenschaften wie der individuellen und gesellschaftlichen Lebensgestaltung sichtbar zu machen.

Interdisziplinäre Projektstudien, die durch eine scharfe Begrenzung ihres Gegenstandes auf ein praxisbezogenes, jedoch nicht fachspezifisches, sondern fachübergreifend zu bearbeitendes Thema gekennzeichnet sind, sollten als Wahlpflicht-Veranstaltungen in der zweiten Studiehälfte (Hauptstudium) angeboten werden. In einem solchen ein- oder zweisemestrigen, das Fachstudium begleitenden Projekt würden – je nach Zuschnitt und Definition des Themas – unterschiedliche disziplinäre Kompetenzen und Perspektiven aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, Natur- und Technikwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zusammengeführt. Das Studienziel sollte dabei weniger in der Herstellung einer Konvergenz der verschiedenen wissenschaftlichen Zugänge liegen als vielmehr in der Erfahrung unterschiedlicher Kompetenzen und Interessenlagen sowie in der Einsicht, daß eine Lösung alltäglicher komplexer Gegenwartsprobleme über fachwissenschaftliches Wissen hinaus politische, soziale und wirtschaftliche Prioritäts- und normative Wertentscheidungen erfordert.

In den Philologien sollten Exkursionen in das jeweilige Sprachgebiet in den Studienordnungen vorgesehen werden. Diese Exkursionen sollten im Zusammenhang von Projektstudien vorbereitet und durchgeführt werden. Wo immer sinnvoll und möglich, sind Exkursionen auch in anderen Studiengängen wünschenswert. Vor allem in den Philologien sollten die Studierenden darüber hinaus auch längerfristige Studienaufenthalte an ausländischen Hochschulen absolvieren und bei der Organisation von ihrer Heimatuniversität unterstützt werden. Dies könnte insbesondere dadurch geschehen, daß in Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen integrierte Auslandsstudiengänge entwickelt werden.

II. B. Einzelne Fächer

Vorbemerkung: Die folgenden Abschnitte zu den einzelnen Fächern bzw. Fächergruppen gliedern sich jeweils in

- a) eine Skizze der Situation des Faches in der DDR bzw. zur Entwicklung des Faches allgemein,

- b) eine Beschreibung der an den Hochschulen geplanten Entwicklungen gemäß dem derzeitigen (Frühjahr 1992) Planungsstand; sowie
- c) Empfehlungen, insbesondere zur personellen Mindest- und Normalausstattung.

1. Philosophie

a) Zur Situation des Faches in der DDR

Die Philosophie ist eine Disziplin besonderer Art, da sie keinen festen Gegenstandsbereich hat und häufig, gerade auch im Hinblick auf ihre Grundlagenorientierung, in ein problematisches Verhältnis zu ideologischen Systembildungen tritt. In diesem Fall dient sie vor allem Legitimationszwecken. Im Wissenschafts- und Hochschulsystem der DDR kam der Philosophie eben deshalb eine prominente Funktion und Stellung zu, die sie von den übrigen Geisteswissenschaften (mit Ausnahme der Geschichte) deutlich unterschied. Dies macht es – auch im Hinblick auf den hier besonders dringlichen Erneuerungsbedarf – sinnvoll, die Situation dieses Faches ausführlicher darzustellen als die anderen hier behandelten Fächer.

Zur Aufgabe der Philosophie an den Hochschulen und am ehemaligen Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR gehörten die Legitimation des sozialistischen Staats- und Gesellschaftssystems und die gesellschaftliche Bewußtseinsbildung innerhalb dieses Systems. Innerhalb der Wissenschaften hatte die Philosophie – reduziert auf marxistisch-leninistische Philosophie – die Rolle einer Leitdisziplin, im Rahmen der Hoch- und Fachschulausbildung die Funktion der Sicherung eines marxistisch-leninistischen Pflichtprogramms für Studierende aller Fachrichtungen:

An den Hochschulen war sie in eigenständigen Sektionen Marxistisch-Leninistische Philosophie und Marxismus-Leninismus organisiert. Letztere waren mit Ausnahme der Technischen Universität Dresden und der Universität Greifswald, die ein Fernstudium mit dem Studienziel „Diplom-Philosoph“ anboten, keine immatrikulierenden Einrichtungen. Die an allen Universitäten und Hochschulen der DDR existierenden Sektionen Marxismus-Leninismus wurden 1990 ohne irgendwelche Nachfolgeeinrichtungen aufgelöst. Als grundständiges Studium konnte Marxistisch-Leninistische Philosophie – und keine andere – in einem zehensemestrigem Direktstudium oder in einem elfsemestrigem Fernstudium an den Sektionen Marxistisch-Leninistische Philosophie der Humboldt-Universität Berlin und der Universitäten Halle, Leipzig und Jena sowie (nur als Fernstudium) an dem Institut für Marxistisch-Leninistische Philosophie in Greifswald und an der Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften in Dresden studiert werden. Darüber hinaus gab es an der Universität Leipzig seit 1974 einen weiteren selbständigen Studiengang für Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus.

Diese immatrikulierenden Sektionen und Institute – von diesen und nur von diesen ist im folgenden die Rede – entstanden im Zuge der III. Hochschulreform im Jahre 1969 aus den vormaligen Instituten für Philosophie. Damit wurde endgültig die Identifikation von Marxismus und Philosophie unter dem Titel „Marxistisch-Leninistische Philosophie“ vollzogen. Im Dezember 1989 waren in den genannten Hochschulen insgesamt 68 Hochschullehrer und weitere 126 wissenschaftliche Mitarbeiter tätig:

Universität	Professoren	Dozenten	wissensch. Mitarbeiter
Berlin (HU)	12	11	43
Leipzig	11	4	29
Halle	4	7	24
Jena	3	3	14
Greifswald	3	3	4
Dresden (TU)	4	3	12

Die Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften geht auf die 1924 an der Technischen Hochschule Dresden eingerichtete kulturwissenschaftliche Abteilung zurück. Nach 1945 wurde diese Abteilung um ein philosophisches Seminar erweitert. Beide Einrichtungen waren dann Bestandteile des philosophischen Instituts, das 1968 in die Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften umgewandelt wurde. Nicht übernommen wurden aus dieser Sektion die Bereiche Philosophie, Soziologie und Kulturwissenschaften. Geblieben ist der Bereich Technik- und Wirtschaftsgeschichte.

Als Ziel des Philosophiestudiums in der DDR wurde postuliert: „Die Studenten müssen nach Abschluß ihres Studiums fähig sein, als Propagandisten der marxistisch-leninistischen Philosophie zu arbeiten, an der sozialistischen Bewußtseinsentwicklung und der Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten mitzuwirken und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie in Forschung und Lehre zu fördern.²⁰⁾ Auch vom Lehrkörper wurde ein entsprechend motiviertes Wirken verlangt und notfalls erzwungen.

Die organisierte Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Philosophie bedeutete nicht nur eine weitgehende Ideologisierung des philosophischen Denkens, sondern auch dessen parteipolitische Instrumentalisierung. Sie war mit einer weitgehenden ideologischen Disziplinierung verbunden und führte schon in den 50er Jahren zur Entlassung bzw. Zwangsexmatrikulation nicht konform denkender Wissenschaftler und zur Zwangsexmatrikulation ähnlich denkender oder als so denkend verdächtigster Studenten.

²⁰⁾ Studienplan für die Grundstudienrichtung Marxistisch-Leninistische Philosophie zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR, Berlin 2/1981, S. 3.

Verstärkt wurde diese „Gleichschaltung“ und angestrebte parteipolitische Instrumentalisierung der Philosophie durch die nach sowjetischem Vorbild vollzogene institutionelle Trennung von Forschung und Lehre in Akademie einerseits und Hochschule andererseits. Zwar hat sich dieses Prinzip in der vorgesehenen Absolutheit nicht realisieren lassen. Dennoch hat es nicht unwesentlich zur Dogmatisierung und Erstarrung marxistisch-leninistischen Philosophierens beigetragen, wurde doch auch die Forschung der Leitung, Planung und Kontrolle durch die SED unterworfen. Die Folge war eine weitgehende Abkoppelung von modernen Entwicklungsrichtungen im Fach Philosophie, die vor allem von Westeuropa und Nordamerika bestimmt wurden. Wahrgenommen und aufgearbeitet wurde diese Entwicklung nur unter der dogmatisch verkürzten Perspektive einer sogenannten „Kritik der bürgerlichen Philosophie“. Systematische Bereiche der Philosophie wie Wissenschaftstheorie, Erkenntnistheorie, Sprachphilosophie und Ethik konnten nur ansatzweise und dann auch noch zumeist dogmatisch verkürzt verfolgt werden. Selbst in der Philosophiegeschichte dominierte die Auseinandersetzung mit Entwicklungen und Theorien des 19. und des 20. Jahrhunderts, während ältere Ansätze und Grundströmungen zumeist vernachlässigt wurden.

Trotz normierter Studienpläne konnten sich über Forschungsarbeiten, die zum Teil an historische Traditionen anschlossen, an den Sektionen und an dem der Sektion „Marxismus-Leninismus“ angegliederten Institut für Marxistisch-Leninistische Philosophie unterschiedliche Schwerpunkte und Profile herausbilden. Zu diesen lokalen Besonderheiten gehörten die Konzentration auf Erkenntnistheorie und Geschichte der Philosophie in Leipzig, auf philosophische Fragen der Naturwissenschaften in Berlin, auf die Periode der klassischen deutschen Philosophie in Jena, auf die (sozialwissenschaftlich verstandene) Wissenschaftstheorie in Halle, auf Sprachphilosophie in Greifswald, auf Technikphilosophie und spätmittelalterliche Philosophie in Dresden. Solche Entwicklungen wurden auch durch die Anfang 1970 beginnende Ausgliederung des Fachgebietes Logik aus dem Verband der durch den Marxismus-Leninismus dominierten Philosophie begünstigt. Vor allem in Leipzig, aber ansatzweise auch an den fünf übrigen Universitäten, führte dies zu einem Verständnis der Logik als einer Strukturwissenschaft und zur Ausdifferenzierung eines besonderen Wissenschaftsbereiches, der Lehrveranstaltungen für alle Fächer der Universität einschließlich der Mathematik anbot und lediglich aus verwaltungstechnischen Gründen zunächst noch der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie angeschlossen blieb. Die ihm angehörenden Wissenschaftler sind daher nicht im oben angegebenen Personalbestand dieser Sektionen berücksichtigt worden. An der Universität Leipzig handelte es sich hier um drei Professoren, zwei Dozenten und zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, an der Humboldt-Universität Berlin um einen Professor, zwei Dozenten und zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, an der Universität Jena um einen Professor und an der Universität Halle um einen Professor und einen wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Vor allem die Entwicklung der Logik seit den 70er Jahren, aber auch die anderen örtlichen Besonderheiten lassen erkennen, daß sich die Philosophie in der DDR in einigen Bereichen dem völligen Zugriff der Partei zu entziehen vermochte und dabei auch Verbindungen zu westlichen philosophischen Entwicklungen, insbesondere innerhalb der analytischen und konstruktivistischen Philosophie, halten konnte. Die parteipolitische Ideologisierung und Dogmatisierung der marxistisch-leninistischen Philosophie war in den früher als „Historischer und dialektischer Materialismus“ und als „Kritik der bürgerlichen Philosophie“ bezeichneten Fachgebieten/Bereichen besonders groß, in der Philosophiegeschichte im allgemeinen geringer und in der Logik nahezu nicht gegeben. In den 80er Jahren zeichnete sich ein allmählicher Erosionsprozeß des Marxismus-Leninismus ab, der sich auch in zunehmenden Versuchen ausdrückte – möglichst sogar im Kontakt mit westlichen Philosophen –, neue Denkansätze zu erarbeiten.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

Die Regierungen der neuen Länder und des Landes Berlin haben spätestens im Dezember 1990 beschlossen, die für Philosophie immatrikulierenden Einrichtungen nicht als Landeseinrichtungen zu übernehmen, sondern gemäß Art. 13 Abs. 1 des Einigungsvertrages abzuwickeln. Davon ausgenommen blieb lediglich der Bereich Logik an der Universität Leipzig.

Infolge der besonderen ideologischen Belastungen und der durch sie bewirkten Verwerfungen der Philosophie in der DDR wird in den Hochschulen der neuen Länder ein völliger Neuaufbau des Faches erforderlich.

An der Humboldt-Universität Berlin und an den Universitäten Halle, Jena und Leipzig wurden bereits zum WS 1991/92 Magisterstudiengänge in Philosophie angeboten (Haupt- und Nebenfach). Der Lehrbetrieb in diesen neuen Studiengängen und in den Studienprogrammen, die den schon bisher dort Studierenden einen Studienabschluß als „Diplom-Philosoph“ ermöglichen sollen, wird von Gastdozenten aus den alten Bundesländern und von Wissenschaftlern mit Zeitverträgen, vor allem aus dem akademischen Mittelbau, abgedeckt. An allen sechs klassischen Universitäten der neuen Länder ist die Bildung von „Instituten für Philosophie“ vorgesehen.

Der Neuaufbau des Faches hat in allen neuen Ländern bereits begonnen. Für alle in Frage kommenden Universitäten haben die neuen Länder, Empfehlungen des Wissenschaftsrates folgend, Struktur- und Berufungskommissionen eingesetzt. Die Ausrichtungen der für die einzelnen Universitäten bereits ausgeschriebenen Philosophie-Professuren weisen ein hohes Maß an Kongruenz auf und tragen den Grunderfordernissen des Faches an einer Universität Rechnung. Im einzelnen sind folgende Professuren geplant (und zu einem erheblichen Anteil bereits ausgeschrieben worden):

An der Humboldt-Universität Berlin sind insgesamt 10 Professuren geplant, darunter 1 für Theoretische Philosophie, 1 für Praktische Philosophie mit Schwerpunkt Ethik, 1 für Praktische Philosophie mit Schwerpunkt Sozial- und Rechtsphilosophie, 1 für Wissenschaftstheorie der Naturwissenschaften, 1 für Wissenschaftstheorie der Kulturwissenschaften, 1 für Philosophie mit Schwerpunkt Logik und 1 für Philosophische Propädeutik. Ferner werden 3 Professuren mit spezielleren Schwerpunkten wie Cognitive Science, Angewandte Ethik, Technikfolgenabschätzung und Deutscher Idealismus angestrebt. Zu den Aufgaben aller Professuren soll jeweils die Vertretung einer Periode der Geschichte der Philosophie in Forschung und Lehre gehören.

An der Universität Greifswald sind folgende 4 Professuren geplant: 1 mit Schwerpunkt Erkenntnistheorie, Logik oder Sprachphilosophie, 1 für Praktische Philosophie, 1 mit Schwerpunkt Ästhetik und/oder Kulturphilosophie und 1 mit Schwerpunkt Philosophische Anthropologie und Geschichtsphilosophie oder Religionsphilosophie.

An der Universität Rostock sind 3 Professuren geplant: 1 für Theoretische Philosophie, 1 für Praktische Philosophie und 1 für Formale Philosophie.

An der Universität Halle sind insgesamt 3 Professuren geplant, und zwar jeweils eine für die Schwerpunkte Theoretische Philosophie, Praktische Philosophie und Geschichte der Philosophie.

An der Universität Jena sind 6 Professuren geplant, 1 für Philosophie mit Schwerpunkt Logik/Methodologie und Wissenschaftstheorie der Naturwissenschaften, 1 für Philosophie mit Schwerpunkt Theoretische Philosophie und Schwerpunkt Wissenschaftstheorie der Kulturwissenschaften, 2 für Philosophie mit Schwerpunkt Praktische Philosophie: Ethik sowie 2 mit Schwerpunkt Geschichte der Philosophie (Deutscher Idealismus).

An der Universität Leipzig sollen die beiden Schwerpunkte Theoretische Philosophie und Praktische Philosophie mit jeweils 2 Professuren vertreten sein, wobei in beiden Fällen die eine Professur zugleich eine Epoche oder Richtung der philosophischen Tradition und die zweite ein Spezialgebiet (Kognitionswissenschaften oder Philosophie der experimentellen Wissenschaften bzw. Kulturphilosophie oder philosophische Anthropologie) vertreten soll. Ferner soll es eine Professur für Geschichte der Philosophie mit systematischem Schwerpunkt geben. Die Logik soll mit 2 Professuren, die Wissenschaftstheorie mit 1 Professur verankert sein. Später soll außerdem eine Professur für Spezialphilosophie und Semiotik hinzukommen. Die Rechtsphilosophie soll mit 1 Professur innerhalb der Juristischen Fakultät vertreten sein.

Das Land Sachsen beabsichtigt für die Technische Universität Dresden 1 Professur für Praktische Philosophie (Schwerpunkt Ethik), 1 Professur für Theoretische Philosophie, 1 Professur für Technikphilosophie

und 1 Professur für Logik und Wissenschaftstheorie als Anfangsausstattung des Instituts für Philosophie.

Für die vom Land Brandenburg neu gegründeten Universitäten sind nach dem gegenwärtigen vorläufigen Planungsstand in Potsdam 1 Professur für Geschichte der Philosophie, 1 Professur für Sozialphilosophie und 2 Professuren für Praktische Philosophie, in Frankfurt/Oder 1 Professur für philosophische Grundlagen kulturwissenschaftlicher Analyse, in Cottbus 1 Professur für Ethik und Technikphilosophie vorgesehen.

c) Empfehlungen

Die genannten Ausschreibungen beschränken sich – mit Ausnahme jener für die Humboldt-Universität, wo im Anschluß an die große, mit der Berliner Universität verbundene Tradition in der Philosophie ein besonderer institutioneller Schwerpunkt entstehen soll – im wesentlichen auf die Erfüllung der Grunderfordernisse des Faches Philosophie an einer Hochschule. Zu diesen Grunderfordernissen einer fachlichen Mindestdifferenzierung gehören, einer alten und bewährten Einteilung entsprechend, die Theoretische und die Praktische Philosophie. Unter Theoretischer Philosophie sind vor allem die Bereiche Erkenntnistheorie, allgemeine und fachspezifische Wissenschaftstheorie, Sprachphilosophie und (soweit nicht gesondert vorgesehen) Logik zu verstehen. Die Praktische Philosophie umfaßt die Bereiche Ethik, Politische Philosophie, Rechtsphilosophie und (soweit nicht gesondert vorgesehen) Anthropologie, Kulturphilosophie und Ästhetik.

Beiden Bereichen der Theoretischen und der Praktischen Philosophie kommt in Forschung und Lehre gleiches Gewicht zu, wobei Teile der Theoretischen Philosophie wie z. B. Logik und Sprachphilosophie auch propädeutische Aufgaben für die Bereiche der Praktischen Philosophie und für andere Disziplinen erfüllen. Die Bereiche der Praktischen Philosophie weisen im übrigen – vor allem dann, wenn etwa Anthropologie und Ästhetik hinzukommen – eine größere Ausdifferenzierung auf, denen hier in besonderem Maße auch interdisziplinäre Bezüge zu anderen Wissenschaftsbereichen – etwa zu den Sozialwissenschaften – entsprechen.

Die Philosophie ist mit ihren Bereichen der Theoretischen und der Praktischen Philosophie eine systematische, keine historische Disziplin. Gleichwohl nimmt die Philosophiegeschichte in Forschung und Lehre einen großen Raum ein, der unter besonderen ortsspezifischen Bedingungen neben der Wahrnehmung der Geschichte der Philosophie durch die systematischen Professuren auch die Einrichtung einer Stelle für Geschichte der Philosophie (aber immer mit systematischem Bezug) rechtfertigen kann. Auch die Beschäftigung mit Philosophiegeschichte steht unter einem systematischen, keinem rein historischen Interesse. Philosophiegeschichte ist Teil der argumentativen und begründungsorientierten Form der Philosophie und muß daher auch in enger Verbindung mit ihren systematischen Aufgaben gesehen und betrieben werden. Das quantitative Übergewicht rein philosophiehistorischer Arbeiten hat im

übrigen dazu geführt, daß Philosophie häufig als reines Exempel einer Geisteswissenschaft angesehen wird. Ihr systematischer Ort liegt aber zwischen allen Disziplinen, was insbesondere in der disziplinären Bedeutung erkenntnistheoretischer und wissenschaftstheoretischer Arbeiten bzw. der historischen Entwicklung der Erkenntnistheorie zur (allgemeinen und speziellen) Wissenschaftstheorie deutlich wird.

Da die genannte Fächer- und Bereichsvielfalt innerhalb der Philosophie breite Kompetenzen erfordert, hält der Wissenschaftsrat als personelle *Normalausstattung* dieses Faches an einer Hochschule insgesamt 3 Professuren (mit den Denominationen Logik und/oder Allgemeine Wissenschaftstheorie, Theoretische Philosophie, Praktische Philosophie) und etwa 2 weitere Professuren zur besonderen Berücksichtigung einzelner Bereiche (z. B. Philosophische Anthropologie, Rechtsphilosophie, Kulturphilosophie oder Ästhetik) für erforderlich.

Die Einrichtung einer Professur für Logik und/oder Allgemeine Wissenschaftstheorie entspricht der modernen Wissenschaftsentwicklung (z. B. der innerhalb der Logik hin zur mathematischen Logik) und entlastet den Bereich der Theoretischen Philosophie von solchen Aufgaben, die als philosophische Aufgaben vornehmlich im Bereich anderer Disziplinen (z. B. der Mathematik oder der Naturwissenschaften) liegen. Sie setzt daher ein hinreichend ausgeprägtes naturwissenschaftliches Umfeld voraus.

Als *Mindestausstattung* des Faches Philosophie sind somit zwei Professuren für Theoretische und Praktische Philosophie sowie eine weitere Professur erforderlich.

Die bei der Normalausstattung hinzukommenden Professuren sollten zur gezielten ortstypischen Profilierung der Philosophie an einer Universität bzw. zur Verstärkung des ortstypischen Profils eingesetzt werden. Solche Besonderheiten sollten dabei insbesondere das disziplinäre Umfeld bzw. spezifische Fächerkonstellationen und Schwerpunktbildungen der jeweiligen Hochschule, aber auch die dortigen Traditionen der Philosophie berücksichtigen.

Philosophiehistorische Aufgaben in Forschung und Lehre sollten, entsprechend der Rolle der Philosophiegeschichte innerhalb des systematischen Profils der Philosophie, von allen Professuren wahrgenommen werden, wie dies auch in den Ausschreibungen für die Professuren an der Humboldt-Universität vorgesehen ist. Einzelne Phasen der Philosophiegeschichte (z. B. Antike Philosophie oder Mittelalterliche Philosophie) oder bestimmte Aspekte der Philosophiegeschichte (z. B. Geschichte der Logik oder Geschichte der Ethik) wären dabei als fest etablierte Forschungs- und Lehrgebiete mit den Professuren zu verbinden. Hingegen hält es der Wissenschaftsrat nicht für empfehlenswert, jenseits und quer zu dieser vorgeschlagenen Systematik des Faches reine philosophiehistorische Professuren einzurichten. Diese könnten die Verbindung zu den systematisch orientierten Teilen der Philosophie allzu leicht verlieren und die Philosophie als eine überwiegend historische

Disziplin erscheinen lassen, was dem Entwicklungsstand und den Anforderungen an das Fach nicht länger gerecht würde. In analoger Weise gilt dies für besondere philosophische Orientierungen und Ansätze (z. B. Phänomenologie, Hermeneutik, marxistische Philosophie), die keine durch Stellen definierte Institutionalisierung erfahren sollten. Diese gehören zum jeweiligen Profil der Philosophie, aber nicht zu ihrem normalen Stellenbestand.

Insgesamt bietet der Neuaufbau der Philosophie in den neuen Ländern die Chance, daß sie ihre grundlagenorientierten Aufgaben an den dortigen Hochschulen sachlich und institutionell besser wahrnimmt, als dies an den Hochschulen der alten Länder vielfach der Fall ist. Dazu sind in Abstimmung mit anderen Fächern und Disziplinen sowohl geeignete institutionelle Vorkehrungen (z. B. Zentrumsbildungen) als auch organisatorische Absprachen (z. B. Aufnahme der Philosophie in die Studienordnungen anderer Fächer) erforderlich.

Neben und in Verbindung mit der genannten Grundlagenorientierung sind bei einem Neuaufbau des Faches Besonderheiten des universitären Umfeldes und sich daraus ableitende Möglichkeiten zur Schwerpunktbildung zu beachten. Einige Vorschläge hierzu sind in Abschnitt II. C. dieser Empfehlungen enthalten.

2. Geschichte

a) Zur Situation des Faches in der DDR

Neben der Philosophie spielte die Geschichtswissenschaft im Wissenschaftssystem und an den Hochschulen der DDR eine besondere Rolle für die von der „Partei der Arbeiterklasse“ angeleitete Gestaltung der „sozialistischen Gesellschaft“ und für die Legitimation dieses Systems durch eine scharfe Abgrenzung von „bürgerlicher Ideologie“ und „Imperialismus“. Sie hatte der Erarbeitung und Vermittlung eines partei- und staatstragenden Geschichtsbildes zu dienen. Dieses betonte die Funktion von Klassenkämpfen und eine gesetzmäßige Abfolge einzelner historischer Epochen und postulierte den Sozialismus als Ziel aller Geschichte.

Hauptaufgabe der Hochschulen war dabei die Ausbildung von Diplom-Lehrern mit der Fachkombination Geschichte/Staatsbürgerkunde oder Geschichte/Deutsch. An den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen der DDR waren nach der amtlichen Hochschulstatistik im Jahre 1988 insgesamt 2 927 Studenten für diese Lehramtsstudiengänge eingeschrieben. „Diplom-Historiker“ wurden hingegen in weit geringerer Zahl (1988 gab es insgesamt nur 267 Direktstudierende) ausschließlich an den sechs klassischen Universitäten ausgebildet, mit einem deutlichen Übergewicht der Humboldt-Universität Berlin und der Universität Leipzig.

An allen diesen Universitäten war die Geschichtswissenschaft in eigenen Sektionen für Geschichte bzw. Geschichtswissenschaft organisiert.

Die Alte Geschichte wurde jedoch – wie z. B. in Jena oder in Halle – manchenorts auch in eigenständige Sektionen Altertumswissenschaften bzw. Orient- und Altertumswissenschaften einbezogen.

Die politische Indienstrahmung der Geschichte führte zunächst in allen Teilgebieten des Faches zur Forderung nach einer strikten Orientierung an historisch-materialistischen Betrachtungsweisen, oft auch im Sinne einer dogmatischen Anwendung marxistisch-leninistischer Grundsätze. Es fehlte an der notwendigen inhaltlichen und methodischen Vielfalt. In einigen Bereichen (z. B. in der Zeitgeschichte) führte dies nicht selten dazu, daß die Grenze zwischen Geschichtswissenschaft, Geschichtspropaganda und Geschichtsklitterung überschritten wurde. Darüber hinaus bewirkte dies aber auch einen sehr ungleichgewichtigen Ausbau der verschiedenen Fachgebiete, je nach dem Grad ihrer vermeintlichen Nützlichkeit, Notwendigkeit und Akzeptanz. Vor allem politiknahe Teilbereiche wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, aber auch die Neuere/Neueste Geschichte insgesamt waren personell stark überbesetzt. Politikfernere Teilbereiche wie die Mittelalterliche und vor allem die Alte Geschichte hatten zwar in geringerem Maße unter politischer Fremdbestimmung und deren Folgen zu leiden. Dafür wurden sie aber an den Hochschulen stark dezimiert und an einigen sogar ganz abgebaut. Auch die Landesgeschichte wurde nicht gemäß ihrer Bedeutung gefördert.

Weniger stark zurückgenommen, doch deutlich vernachlässigt wurde das Teilgebiet Deutsche bzw. Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit. Die Geschichte der Bundesrepublik war ebenso wie die Geschichte Westeuropas und Nordamerikas an den Hochschulen nicht oder kaum vertreten. Die sogenannte Orientforschung, d. h. die Erforschung von Geschichte, Sprachen, Kultur und Geographie Afrikas und Asiens, war hingegen an zwei Universitäten breiter ausgebaut: die Asien-/ Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin und die Nordafrika-/ Nahostwissenschaften an der Universität Leipzig.

Seit den 80er Jahren war in der Geschichtswissenschaft der DDR eine größere Aufgeschlossenheit auch gegenüber vorher vernachlässigten oder sogar tabuisierten Gegenstandsbereichen, Methoden und Fragestellungen zu beobachten. Diese – allerdings schwach bleibenden – Ansätze zu einer weniger selektiven, eher ganzheitlichen Sicht auf die Geschichte unter Einschluß neuer sozialgeschichtlicher Fragestellungen erbrachten Forschungsergebnisse und Wertungen, die sich von früher üblichen Klischees und dogmatischen Lehrsätzen unterschieden.

Interessante, auch in den westlichen Ländern beachtete Neuorientierungen der Geschichtswissenschaft gingen nicht nur von Teilbereichen der Sozialgeschichte aus. Auch in der Volkskunde wurde schon früh eine produktive Verbindung von herkömmlich-volkskundlichen mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansätzen verfolgt. Ähnliches gilt für die Agrargeschichte und die vergleichende Revolutionsforschung, die zu den Stärken der Geschichtswissenschaften in der DDR zu rechnen sind,

und für andere Teilbereiche, in denen empirisch sorgfältige und ertragreiche Forschungen vorgelegt wurden.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

Anders als die Philosophie ist die Geschichte in den Hochschulen der neuen Länder nicht überall abgewickelt worden. Allerdings ist auch in der Geschichtswissenschaft an den Hochschulen der neuen Länder eine grundlegende paradigmatische Neuorientierung notwendig, d. h. eine über die bisherigen Ansätze weit hinausgehende Öffnung gegenüber neuen Fragestellungen, Methoden und Arbeitsfeldern. Diese kann und muß ebenso wie eine gezielte Stärkung bisher vernachlässigter Teilbereiche im wesentlichen durch neu zu besetzende Professuren erfolgen.

Die Länder Berlin und Thüringen haben gemäß Artikel 13 Abs. 1 des Einigungsvertrages zum 31. 12. 90 die Sektionen/Fachbereiche Geschichte der Humboldt-Universität Berlin und der Friedrich-Schiller-Universität Jena nicht als Landeseinrichtungen übernommen, wobei die Abwicklungsentscheidung des Landes Berlin in der Folge gerichtlich zurückgenommen wurde. An der Universität Leipzig wurden lediglich die Wissenschaftsbereiche Geschichte der UdSSR, der KPdSU und des Sozialistischen Weltsystems, Geschichte der DDR und der SED sowie Methodik des marxistisch-leninistischen Unterrichts als Teilbereiche der Sektion Geschichtswissenschaft abgewickelt. In Halle erfolgten keine Abwicklungen im Bereich der Geschichtswissenschaften, desgleichen in Greifswald und Rostock.

An der Humboldt-Universität Berlin werden – abgesehen von zwei ur- und frühgeschichtlichen (1 C4 und 1 C3) und 3 ethnologisch-volkskundlichen Professuren (1 C4 und 2 C3) – 20 geschichtswissenschaftliche Professuren geplant (davon voraussichtlich 17 C4 und 3 C3). In 13 Fällen sind – bis Mitte März 1992 – Ausschreibungen erfolgt und Rufe ergangen: 2 in Alter Geschichte, 2 in Mittelalterlicher Geschichte, 1 in Geschichte der frühen Neuzeit, 1 in Neuerer Geschichte (Schwerpunkt 19. Jahrhundert), 1 in Neuerer Geschichte (Schwerpunkt 20. Jahrhundert), 1 in Zeitgeschichte, 1 in Preußischer Geschichte, 1 in Sozialgeschichte, 1 in Wissenschaftsgeschichte, 1 in Westeuropäischer Geschichte und 1 in Osteuropäischer Geschichte (Schwerpunkt Rußland und Sowjetunion). (7 dieser Rufe wurden bis Mitte März 1992 bereits angenommen.) – 2 weitere Professuren befinden sich auf dem Weg durch die beschlußfassenden Instanzen: 1 für Landesgeschichte mit Schwerpunkt Berlin-Brandenburg und 1 für Geschichte Ost-Mitteleuropas (19./20. Jahrhundert). – 5 weitere Professuren werden von der Struktur- und Berufungskommission geplant: 1 für Nordamerikanische Geschichte, 1 für Lateinamerikanische Geschichte, 1 für Geschichte der internationalen Beziehungen, 1 für historische Fachinformatik (als Stiftungsprofessur) und 1 für Fachdidaktik. – Der überwiegende Teil der schon vor 1989 hier lehrenden und forschenden Hochschullehrer ist daneben weiter im Amt. – Im Ergebnis wird der Fachbereich Geschichtswissenschaft der HUB mit bis zu 20 neu berufenen, vorwiegend aus den westlichen Bundesländern

kommenden Geschichtsprofessoren – zuzüglich einer noch nicht feststehenden Zahl weiterbeschäftigter Hochschullehrer aus DDR-Zeiten – einer der größten in Deutschland sein, auch wenn man die bis zu 5 weiteren ihm angehörigen Professuren (Ur- und Frühgeschichte sowie Ethnologie) nicht mitrechnet.

An der Universität Rostock sollen – neben einer Professur für Alte Geschichte – voraussichtlich 6 Professuren für Geschichte bestehen: Mittelalterliche Geschichte, Neuere Geschichte, Neueste Geschichte, Neueste Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Zeitgeschichte nach 1945, Europäische Geistesgeschichte einschließlich Historische Methodologie sowie Mecklenburgische Landesgeschichte. Hinzu kommt eine Professur für Didaktik der Geschichte.

An der Universität Greifswald sind – gleichfalls neben einer Professur für Alte Geschichte – 7 Professuren geplant: 3 davon wie in Rostock für Mittelalterliche Geschichte (einschließlich Historische Hilfswissenschaften), Neuere und Neueste Geschichte, außerdem je 1 für Hansegeschichte, Mittelosteuropäische Geschichte (Polen und/oder Baltikum), Nordische Geschichte und Pommersche Landesgeschichte. Auch in Greifswald soll eine Professur für Didaktik der Geschichte hinzukommen.

In Jena sind 7 Professuren (C4) neu ausgeschrieben worden: je 1 für Alte Geschichte, Mittelalterliche Geschichte, Landesgeschichte Thüringens, Frühe Neuzeit, 19./20. Jahrhundert, Zeitgeschichte sowie Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

An der Universität Halle soll das „Institut für Geschichte“ aus 8 Professuren (C4 und C3) bestehen: Geschichte des Mittelalters, Neuere Geschichte (16.-18. Jahrhundert), Neuere und Neueste Geschichte (19. und 20. Jahrhundert-Gründungsprofessur), Zeitgeschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Osteuropäische Geschichte und Landesgeschichte Sachsen-Anhalts. Vorgesehen ist, zwecks Verknüpfung mit dem entstehenden Zentrum für Aufklärungsforschung und innerhalb desselben, 1 weitere Professur für Geschichte des 18. Jahrhunderts (gemeinsame Berufung). 1 Professur für Alte Geschichte gehört dem Institut für Altertumskunde an.

Mit einer Ausnahme sind diese Professuren noch nicht ausgeschrieben worden. Lehre und Forschung werden weiterhin durch Hochschullehrer wahrgenommen, die bereits vor 1989 im Amt waren. Sie werden durch Gastprofessoren unterstützt.

An der Universität Leipzig sollen im Institut für Geschichte zukünftig 11 Professuren bestehen: Mittelalterliche Geschichte, Mittelalterliche und Byzantinische Geschichte, Frühe Neuzeit, Neuere und Neueste Geschichte (Stiftungsprofessur), Neuere Geschichte, Neuere Geschichte und Zeitgeschichte, Geschichte Ost- und Südosteuropas, Vergleichende Geschichtswissenschaft mit Schwerpunkt Iberoamerika, Archivwissenschaft und historische Hilfswissenschaften, Sozialgeschichte, Sächsische Landesgeschichte. Hinzu kommt eine Professur für Didaktik der Ge-

schichte einschließlich Theorie der Geschichte. Ur- und Frühgeschichte sowie Alte Geschichte aus dem Institut für Altertumskunde sollen in Zweitmitgliedschaft im Institut für Geschichte vertreten sein. In einer Ausbauphase sollen 4 weitere Professuren eingerichtet werden: Zeitgeschichte Ost- und Südosteuropas, Geschichte des Mittelalters, Vergleichende Geschichtswissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Westeuropa, Methoden empirischer Geschichts- und Kulturwissenschaften.

Im Freistaat Sachsen wird das Fach Geschichte ferner auch an der TU Chemnitz-Zwickau und an der TU Dresden vertreten sein. Für die TU Chemnitz-Zwickau sind innerhalb eines Instituts für Philosophie, Psychologie und Geschichte 5 Geschichtsprofessuren (inkl. Alte Geschichte) geplant. An der TU Dresden soll es ein eigenes Institut für Geschichte geben (innerhalb der Fakultät für Philosophie, Geschichts- und Sozialwissenschaften). Dort sollen zunächst 9 Professuren für Geschichte bestehen. In einer Ausbauphase soll eine weitere Professur hinzukommen. Ferner soll an diesem Institut auch die Klassische Philologie vertreten sein (zunächst mit einer latinistisch ausgerichteten, mittelfristig auch mit einer gräzistisch ausgerichteten Professur).

An der Universität Potsdam soll das Fach Geschichte einen von drei profilbildenden Schwerpunkten ausmachen. Dazu soll das Fach mit insgesamt 14 Professuren (darunter eine für Didaktik der Geschichte) nach seiner klassischen Strukturierung in Altertum, Mittelalter, Frühe Neuzeit, Neuere Geschichte und Zeitgeschichte vertreten sein.

Während die Universitäten Berlin und Jena die volle Chance des Neuaufbaus nutzen können, wird es in Greifswald, Halle, Leipzig und Rostock darauf ankommen, daß es gelingt, trotz der unumgänglichen Reduktion der bisherigen Personalausstattung eine hinreichende Anzahl von Neuberufungen von außen durchzuführen, so daß eine produktive Kombination von Wissenschaftlern verschiedener Orientierung und verschiedener Sozialisation – aus Ost und West – erreicht wird.

c) Empfehlungen

Die Geschichtswissenschaft befaßt sich auf der Grundlage kritisch gesicherter Quellen mit der Geschichte der Menschen, ihrer Lebensbedingungen und Lebensformen, ihrer Einstellungen, Tätigkeiten und Schöpfungen. Sie erforscht die Voraussetzungen und Erscheinungsformen des historischen Wandels, wobei sie Politik, Sozialstruktur, Wirtschaft und Kultur als gesellschaftliche Teilsysteme ebenso untersucht wie den Wandel ganzer Gesellschaften in ihrem Zusammenhang. In den letzten Jahrzehnten hat sie sich vornehmlich der Untersuchung von Strukturen und Prozessen zugewandt, in jüngster Zeit auch der Geschichte der Erfahrungen und Lebensweisen. Ereignisse, einzelne Personen und deren Handlungen stehen nicht länger im Mittelpunkt ihres Interesses, dürfen jedoch nicht vernachlässigt werden. Auch hat die Politikgeschichte ihre traditionelle Leitfunktion eingebüßt, während kultur- und sozialgeschichtliche Fragen und die Verknüpfung verschiedener Perspektiven und Methoden an Interesse gewonnen haben. Zugleich vollzog sich

eine weitgehende Öffnung der Geschichtswissenschaft gegenüber sozialwissenschaftlichen Methoden und Erkenntnisinteressen. Moderne Geschichtswissenschaft versteht sich daher als Geistes- und Sozialwissenschaft zugleich.

Die herkömmliche periodische Untergliederung der Geschichtswissenschaft in die Teilfächer Alte, Mittelalterliche und Neuere/Neueste Geschichte bildet zwar nach wie vor das primäre innerfachliche Differenzierungsmerkmal. Quer dazu bestehen aber mit Landesgeschichte, Wirtschaftsgeschichte und Sozialgeschichte epochenübergreifende Kernfächer der Geschichtswissenschaft, die durch regionalbezogene oder sonstige Spezialisierungen sowie historische Hilfswissenschaften ergänzt werden können.

An den größeren Universitäten der alten Länder ist die Geschichtswissenschaft mittlerweile überwiegend in eigenständigen Fachbereichen organisiert. Allerdings gibt es auch hier noch eine große Vielfalt unterschiedlicher Institutionalisierungsformen (Seminare, Institute, Abteilungen), und zwar nicht nur dort, wo die klassische Philosophische Fakultät als Grundstruktur fortbesteht.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, das Fach an allen Hochschulen mit geisteswissenschaftlichen Studienangeboten in ausreichendem Umfang zu etablieren. Es pflegt vielfältige Austauschbeziehungen zur Philosophie, zu den Sozialwissenschaften, zu allen Sprach- und Literaturwissenschaften, zur Kunstwissenschaft, zur Archäologie und zur Volkskunde/Ethnologie. Diese Disziplinen bezeichnen das notwendige Umfeld, aus dem für Historiker fruchtbare Möglichkeiten zur Forschungskoooperation bzw. für die Kombination von Studienfächern resultieren.

Im Hinblick auf diese Zusammenhänge, aber auch zur Sicherung einer bundesweit vergleichbaren und einheitlichen Lehrerausbildung in diesem Fach, sind Alte Geschichte, Mittelalterliche Geschichte, Neuere Geschichte und Zeitgeschichte als epochenspezifische Teilfächer sowie Landesgeschichte und Wirtschafts- und Sozialgeschichte als epochenübergreifende Ergänzungen unentbehrlich. Als personelle *Mindestausstattung*, die ein funktionsfähiges Potential an historischer Lehre und Forschung sichern kann, empfiehlt der Wissenschaftsrat daher für das Fach Geschichte sieben Professuren mit folgenden Denominationen: Alte Geschichte, Mittelalterliche Geschichte, Neuere Geschichte (Schwerpunkt 16. bis 18. Jahrhundert), Neuere Geschichte (Schwerpunkt 19./20. Jahrhundert), Zeitgeschichte (vor allem seit 1945), Landesgeschichte und Sozialgeschichte (diese eventuell in Verbindung mit Kulturgeschichte). Dabei muß – schon im Rahmen der Mindestausstattung – die Geschichte von nichtdeutschen Ländern innerhalb und außerhalb Europas gebührend berücksichtigt werden, um die immer noch dominierende Ausrichtung auf deutsche Geschichte in der hiesigen Geschichtswissenschaft zu mildern.

Um eine *Normalausstattung* zu erreichen, sollten zwei weitere durch Professuren vertretene Teilfächer zur Verstärkung der örtlichen Schwerpunktbildung hinzukommen.

Eine Professur für Wirtschaftsgeschichte sollte nach Ansicht des Wissenschaftsrates auf jeden Fall dann innerhalb der Geschichtswissenschaft eingerichtet (und dort eventuell mit der Sozialgeschichte verknüpft) werden, wenn die Wirtschaftsgeschichte (noch) nicht in den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachbereichen der Hochschule vertreten ist. Wo dies der Fall ist, sollte eine enge Kooperation zwischen der Professur für Wirtschaftsgeschichte im Fachbereich Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften und der Professur für Sozialgeschichte (eventuell Sozial- und Kulturgeschichte) im Fachbereich Geschichtswissenschaften angestrebt werden.

Die Vertretung der Zeitgeschichte (vor allem nach 1945) durch eine eigene Professur (gegebenenfalls C3), die nicht in allen Universitäten der alten Länder gewährleistet ist, erscheint angesichts der großen Bedeutung dieses Gebietes – besonders der Geschichte der DDR – für die politische Kultur, für das kollektive Selbstverständnis und für die Zukunftsorientierung in den neuen Ländern besonders wichtig. Im Bereich der Zeitgeschichte sollten die vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten mit der Politikwissenschaft ausgeschöpft werden, z. B. auch durch Doppelmitgliedschaften der Stelleninhaber in beiden Fachbereichen/Instituten.

Eine wünschenswerte Ergänzung der personellen Mindestausstattung erkennt der Wissenschaftsrat ferner in einer Vertretung der Alten Geschichte sowie der Mittelalterlichen Geschichte durch jeweils zwei Professuren mit chronologisch oder regional unterschiedlichen Schwerpunkten.

Für eine qualifizierte Ausbildung im Fach Geschichte sind darüber hinaus weitere Lehrangebote in Geschichtstheorie, in den wichtigsten Fremdsprachen (Latein, Griechisch, Französisch, Englisch) und in grundlegenden Theorien und Methoden der Sozialwissenschaften vorzusehen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, durch Einrichtung zweier Professuren für weitere Teilgebiete der Geschichte im Rahmen der Normalausstattung an den einzelnen Universitäten unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen. Eine solche standortspezifische Profilierung ist geeignet, den Studierenden Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schwerpunkten zu bieten, den Wettbewerb zwischen den einzelnen Hochschulen zu fördern und wissenschaftliche Innovationsmöglichkeiten auszuschöpfen. Dabei sollten regionale und lokale Traditionen des jeweiligen Hochschulstandortes und Kooperationsmöglichkeiten mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen berücksichtigt werden.

Die „profilbildenden“ Professuren können etwa der Geschichte einzelner Teile Europas, der außereuropäischen Geschichte, der historischen Komparatistik oder einzelnen systematischen Teilbereichen gewidmet

sein. Innerhalb der Hochschule sind regionalwissenschaftliche Schwerpunkte in Abstimmung und in gemeinsamer Trägerschaft mit anderen Fächern/Fachbereichen anzustreben. Professuren für Ost- und Südosteuropäische Geschichte und für die Geschichte Nord-, West- und Südeuropas sind ebenso wünschenswert wie Professuren mit einem außereuropäischen Schwerpunkt in Afrika, im Nahen Osten, in Südasiens, in Ostasien, in Latein- oder in Nordamerika, jeweils möglichst unter Betonung des historischen Vergleichs.

Beim Auf- und Ausbau der Geschichtswissenschaft an den Universitäten der neuen Länder sollte neueren wissenschaftlichen Entwicklungen wie der Kultur- und Mentalitätsgeschichte besonders Rechnung getragen werden, z. B. in Verbindung mit der Sozialgeschichte. Auch die Einrichtung von Professuren für Wissenschafts- und/oder Technikgeschichte verspricht besondere Innovations- und Entwicklungschancen. Als weitere Ergänzungen der Grundausstattung kommen Vor- und Frühgeschichte, Byzantinistik, Theorie und Geschichte der Geschichtswissenschaft sowie Historische Hilfswissenschaften (ggf. verbunden mit Mittelalterlicher Geschichte und/oder Landesgeschichte) in Betracht, ferner Spezialgebiete wie Unternehmensgeschichte, Geschichte der Geschlechterbeziehungen oder Jüdische Geschichte. Besondere Beachtung verdienen schließlich auch Verknüpfungen des Faches Geschichte mit historischen Teilgebieten in anderen Disziplinen wie z. B. Rechtsgeschichte, Kirchengeschichte, Agrargeschichte oder Medizingeschichte.

Die Bildung solcher ortstypischer Schwerpunkte und die Förderung von Spezialgebieten darf allerdings nicht zu Lasten der Kernbereiche des Faches Geschichte gehen. Eine Behebung der oben beschriebenen wissenschaftlichen Defizite, die – gemessen an westdeutschen und internationalen Standards – infolge der vergangenen Entwicklung des Faches an den Hochschulen der neuen Länder bestehen, sollte nach Ansicht des Wissenschaftsrates höchste Priorität besitzen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Universitäten der neuen Länder, durch neue, auch fachübergreifende Organisationsformen und Kooperationen mit außeruniversitären Institutionen eine gezielte Abhilfe für diese Mängel zu suchen. Möglichkeiten hierfür wären z. B.

- in Historischer Landeskunde eine Kooperation zwischen Landesgeschichte, regionaler Sprachgeschichte und Namenkunde, Volkskunde und Archäologie sowie ein Zusammenwirken mit Archiven, Bodendenkmalpflege, Historischen Landeskommissionen und Projekten der ehemaligen AdW;
- in moderner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte eine Kooperation zwischen Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft sowie ein Zusammenwirken mit der in Halle eingerichteten Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Ländern (KOSOPOWA) oder mit dem Zentrum für Zeitgeschichtliche Studien in Potsdam;

- in slawischer Altertumskunde und Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen eine Kooperation zwischen Geschichte, Archäologie und Slawistik mit dem Ziel einer Stärkung der historischen Komponente in der Slawistik sowie Zusammenwirken mit verschiedenen Projekten der ehemaligen AdW zur Siedlungsarchäologie, Namenkunde, Regionalgeschichte;
- z. B. durch historisch-philologische Regionalschwerpunkte in den einzelnen Universitäten zu Nordeuropa, zum Baltikum, zu Rußland, Ost-Mitteleuropa und dem Balkan, aber auch zu Westeuropa gemäß länderübergreifenden Absprachen.

Auch für ein kulturwissenschaftliches Begleitstudium an Technischen Universitäten bildet die Geschichte ein Kernfach, das durch eine den Aufgaben entsprechende personelle Grundausstattung zu sichern ist. Für solche Fälle bieten sich Schwerpunkte in der Neueren und Neuesten Geschichte, aber auch in der Wirtschafts-, Sozial- oder Technikgeschichte an.

Maßgebliche Gesichtspunkte für die inneruniversitäre Organisation der Geschichtswissenschaft sind die Studiengänge, die Bibliothekssituation und die Größe der Hochschule. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, grundsätzlich die Bildung eigenständiger Fachbereiche und einen Verzicht auf weitere Binnengliederungen nach Instituten o.ä. anzustreben, um den Zusammenhang des Faches zu betonen und um die Zusammenarbeit in Lehre und Forschung zu erleichtern. Dabei ist sich der Wissenschaftsrat bewußt, daß über die angemessene Form zur Erreichung dieser Ziele in Ansehung örtlicher Gegebenheiten entschieden werden muß. Ein Höchstmaß an Flexibilität sollte aber gesichert und eine Isolation einzelner Teilbereiche vermieden werden.

3. Sprach- und Literaturwissenschaften

3.0. Allgemeine Bemerkungen

Anders als die international ausgerichteten Disziplinen der Kunst- und Musikwissenschaft und anders auch als das Fach Geschichte blieben die philologischen Disziplinen seit ihrer Ablösung aus der Klassischen Philologie durchweg auf eine Nationalsprache oder auf spezifische Sprachregionen eingegrenzt. Dieser Zuschnitt entspricht der bedeutenden kulturpolitischen Rolle, die den volkssprachlichen Philologien bei der Entfaltung der europäischen Nationalstaaten zufiel. Zu dessen Verfestigung trägt aber nicht zuletzt auch die Einteilung der Schulfächer bei, denen neben dem Spracherwerb jeweils auch die Literatur eines Sprachgebietes zugeordnet bleibt.

Die starke Prädominanz dieser regionalen Gliederung und die Korrespondenz der Philologien mit je verschiedenen Schulfächern haben eine systematische Theoriebildung über ihren Gegenstand, Sprache und Literatur, lange behindert. Zwar hat sich eine von der Verwandtschaft der indogermanischen Sprachen ausgehende Vergleichende Sprachwissen-

schaft schon seit dem frühen 19. Jahrhundert vor allem in Deutschland verselbständigt, eine systematische oder vergleichende Literaturwissenschaft blieb dagegen an deutschen Universitäten bis 1945 gegenüber ost- und westeuropäischen sowie nordamerikanischen Entwicklungen deutlich zurück. Die spät einsetzende und dann rasch nachgeholte Entwicklung der Linguistik in Deutschland und die Einrichtung von Studiengängen für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg tragen deshalb nicht nur einer neuen politischen Orientierung nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch der notwendigen Ausfüllung eines langjährigen Defizits Rechnung.

Auch in den einzelnen Philologien haben sich aufgrund der Anreicherung systematischer Fragestellungen seit den 60er Jahren sprachwissenschaftliche und literaturwissenschaftliche Fachrichtungen innerhalb des Lehrkörpers und im Studienangebot so weit verselbständigt, daß in den größeren neusprachlichen Philologien daraus jeweils eigene Teilstudiengänge entstanden sind. Dort, wo an kleineren Universitäten – wie in Konstanz und in Bielefeld – Sprachwissenschaftler und Literaturwissenschaftler sich jeweils über die einzelnen Philologien hinweg zu gemeinsamen Forschungen und einem abgestimmten Lehrangebot verbinden konnten, war der von einer solchen Kooperation ausgehende innovative Effekt auf Forschung und Lehre alsbald unverkennbar.

Auch angesichts der wünschbaren Konzentration einer die Einzelsprachen übergreifenden Sprach- und Literaturwissenschaft bleiben die einzelnen Philologien als Forschungs- und als Lehrgebiet jeweils auch ein Grundlagenfach für die kulturwissenschaftliche Erschließung einer ethnischen oder politischen Region. Allerdings wird die zunehmende Verflechtung der Nationalsprachen und -kulturen, die mit dem Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft und der Öffnung zu den mittel- und osteuropäischen Staaten zu erwarten ist, auch diesen Aufgabenbereich der Sprach- und Literaturwissenschaften weiterhin verändern.

Schließlich bleibt die Lehrerausbildung für die Schulfächer – deren Reform allerdings ebenso zu bedenken ist – eines der wichtigen Aufgabefelder der Klassischen Philologie, der Germanistik und der größeren neusprachlichen Philologien; das darüber hinausreichende Berufsspektrum für Absolventen eines Magister-Studiums hat sich zwar mit der Entwicklung des Weiterbildungsbereichs, der Unterhaltungs- und Freizeitindustrien sowie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen weiter angereichert, jedoch noch nicht zu spezifischen Beschäftigungsmustern verfestigt.

Die literatur- und sprachwissenschaftlichen Disziplinen an den DDR-Universitäten waren mit der Auflösung der philologischen Institute seit 1969/1970 in der Regel in getrennten „Sektionen“ organisiert, die wiederum von getrennt voneinander operierenden staatlichen Stellen kontrolliert wurden. Deren Lenkung war am stärksten dort, wo die Gegenstände der Lehre und Forschung in enger Berührung mit den schulischen, kulturpolitischen und ideologischen Leitlinien der Staatsführung stan-

den. Im Mittelpunkt der zentralen Aufmerksamkeit stand die sogenannte „Erbtheorie“, die darauf ausgerichtet war, die literatur- und sprachgeschichtlichen Entwicklungen im Sinne der auf den „Sozialismus“ zusteuernden historischen Fortschrittslinien zu interpretieren. Die daraus resultierenden Belastungen wirkten sich vor allem im Hinblick auf die älteren, vor allem die mittelalterlichen Epochen aus, die in Forschung und Lehre nur eine untergeordnete Rolle spielten, auf die „spätbürgerlichen“ Entwicklungen des 20. Jahrhunderts, die vorwiegend nur Gegenstand der „Auseinandersetzungen“ sein durften, und auf den Umgang mit der zeitgenössischen DDR-Literatur und deren Autoren, soweit sie den „sozialistisch-realistischen“ Kanonisierungen widersprachen. In theoretischer Hinsicht blieb die „Realismus“-Theorie dominant, wenn es in den letzten zwei Jahrzehnten auch Bemühungen gab, sie zu entdogmatisieren.

Im Schatten der politisch-ideologischen Behinderungen und am Rande der offiziellen Doktrinen waren bemerkenswerte Leistungen möglich vor allem durch Rückbesinnung auf die philologischen Traditionen, durch unorthodoxen Gebrauch marxistischer Anregungen, durch seriöse wissenschaftliche Editionstätigkeit und durch Einschleusung neuerer theoretisch-systematischer Entwicklungen auch transphilologischer Provenienz, die zum Teil bis in die theoretische Linguistik und die Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft hineinreichten. Daneben entwickelten sich eine umfangreiche Fachsprachenforschung und unterschiedliche Richtungen einer funktional bzw. kommunikativ orientierten Linguistik.

Eine Neustrukturierung der Sprach- und Literaturwissenschaften sollte der oben ausgeführten dreifachen Bindung

- der Verselbständigung sprachwissenschaftlicher und literaturwissenschaftlicher Forschungs- und Lehrgebiete über die Grenzen einzelner Philologien hinweg,
- der fundierenden Rolle der einzelnen Philologien bei der Konzeption regional begrenzter, kulturwissenschaftlicher Forschungs- und Lehr-einheiten
- und schließlich ihrer Aufgabe der Lehrerbildung für einzelne Schul-fächer

gleichermaßen Rechnung tragen. Das macht über ihre bisherige disziplinäre Einteilung hinaus zusätzliche oder neuartige Verstreбungen erforderlich. Andererseits gibt der komplexe Aufgabenbereich der Sprach- und Literaturwissenschaften den einzelnen Universitäten aber auch die Chance zu profilgebenden Schwerpunkten und Kombinationen. Dabei zeichnen sich verschiedene Möglichkeiten ab, der einen oder der anderen Funktion durch eine entsprechende Binnengliederung ein besonderes Gewicht zu geben.

1. Nicht sogleich an allen, wohl aber an den größeren Universitäten könnte die Einrichtung einer Allgemeinen Sprachwissenschaft und einer Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft die Möglichkeit geben, der systematischen Sprach- bzw. Literaturforschung und -lehre durch eigene Studiengänge Gewicht zu verleihen.
2. Dort, wo die Zusammenfassung aller, mindestens der Neueren Philologien zu einem Fachbereich dessen verträgliche Größe sprengen würde, kann die Einrichtung je eines sprachwissenschaftlichen und eines literaturwissenschaftlichen Fachbereichs von erheblichem Gewicht für eine effektivere Kooperation der Philologien sein.
3. Regionalwissenschaftliche Zentralinstitute, wie sie in Berlin existieren und in und außerhalb von Berlin weiterhin geplant sind, können die ihnen zuzuordnenden Sprach- und Literaturwissenschaften als Grundlagenfächer eines kulturwissenschaftlichen Studienangebots aufnehmen.
4. Für die mediävistischen Bereiche der Philologien, die in der DDR durchweg stark reduziert oder mit Professuren überhaupt nicht mehr versehen waren, empfiehlt sich mindestens an einer Universität ein engerer Zusammenschluß in Kooperation mit einem Lehrstuhl für Mittellateinische Philologie; so könnte einem allenthalben noch anhaltenden Defizit in der Erforschung des Austausch- und Ablösungsprozesses zwischen der „lingua franca“ und den Volkssprachen produktiv begegnet und damit zugleich ein profilgebender Forschungsschwerpunkt eingerichtet werden.
5. Die Germanistik als landessprachliche Philologie sollte sowohl im Rückblick auf ihre vergangene Instrumentalisierung zu einer besonderen ideologischen Steuerung der philologischen Arbeit als auch im Vorausblick auf ihre zukünftig stärker vermittelnden Aufgaben auf keinen Fall als selbständiger Fachbereich von den anderen Philologien abgetrennt werden.

Die aus diesen Möglichkeiten jeweils gewählte, primäre Binnenstruktur der Sprach- und Literaturwissenschaften sollte wegen der beschriebenen Komplexität ihrer Aufgaben in jedem Falle ergänzt werden durch eine Querstruktur, die Gelegenheit zur Assoziation von sprach- und literaturwissenschaftlichen Forschungen mit komplementärer systematischer bzw. regionaler Zielsetzung gibt. Ein Forschungsausschuß, dem Mitglieder aller Philologien angehören, sollte diese und andere schwerpunktsetzende Projekte koordinieren.

Dort, wo alle Sprachwissenschaften und/oder alle Literaturwissenschaften in einer Institution (z.B. einem Fachbereich) zusammengefaßt werden, muß die Vertretung von einzelnen Sparten der Linguistik nicht unbedingt in allen einzelnen Philologien wiederholt werden. Dasselbe gilt für die Vertretung historischer Epochen und systematischer Felder im Bereich der Literaturwissenschaften. Eine solche Konzentration kann wiederum Positionen zur Besetzung jeweils profilbildender Wissen-

schaftsgebiete freigeben. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die dieser Empfehlung folgenden Stellenpläne der einzelnen Philologien zu variieren.

Dort, wo eine regionale Zusammenfassung einzelner Philologien mit anderen Kulturwissenschaften bevorzugt wird, sollte einzelnen Wissenschaftlern die Etablierung eines Forschungsverbundes bzw. die zusätzliche Zugehörigkeit zu Einrichtungen für Allgemeine und Vergleichende Sprach- bzw. Literaturwissenschaft erleichtert werden.

3.1. Klassische Philologie

a) Zur Situation des Faches in der DDR

Die Klassische Philologie gehört zum traditionellen Kernbestand der Philosophischen Fakultät an den Universitäten, wie das 19. Jahrhundert sie entstehen ließ. Die deutschen Universitäten genossen auf diesem Gebiet stets einen hohen internationalen Ruf. Ihrem Herkommen nach ist die Klassische Philologie Teil der Altertumswissenschaft, zu der man Klassische Philologie, Alte Geschichte, Klassische Archäologie und zum Teil auch Indogermanistik rechnet. Die genannten Fächer sind in der Forschung eng miteinander verflochten, und jedes Studium der alten Sprachen schließt eine Beschäftigung mit Alter Geschichte, Klassischer Archäologie und Indogermanistik ein. Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich die Klassische Philologie jedoch mehr und mehr zum Basisfach der neueren Philologien entwickelt. So wird die florierende Rezeptionsforschung von Vertretern aller Philologien betrieben, und das Studium des Lateinischen wird sehr oft nicht mehr mit dem des Griechischen, sondern mit dem einer neueren Philologie verknüpft. Beide Aspekte, das traditionell hohe Ansehen der Klassischen Philologie in Deutschland wie die jüngere Entwicklung des Faches, sind bei der Neugestaltung der Klassischen Philologie an den Universitäten in den neuen Ländern zu berücksichtigen.

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war die Klassische Philologie an allen ostdeutschen Universitäten vertreten. Ungeachtet dieser langen Tradition wurde das Fach in der DDR kaum mehr gepflegt. Wie der Unterricht im Lateinischen und Griechischen an den Schulen, wurde die Klassische Philologie auch an den Universitäten extrem vernachlässigt. Bezeichnend für diese Situation ist etwa der Umstand, daß für das Projekt „Althochdeutsches Wörterbuch“ der Sächsischen Akademie der Wissenschaften seinerzeit nur mit Mühe ein geeigneter Mitarbeiter mit den entsprechenden Lateinkenntnissen gefunden werden konnte. In Greifswald war die Klassische Philologie etwa 20 Jahre lang überhaupt nicht vertreten. An der Humboldt-Universität in Berlin sowie an der Universität Leipzig war lange Zeit kein Lehrstuhl besetzt.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

An der Humboldt-Universität Berlin soll es 2 Professuren in einem Institut für Klassische Philologie und Neogräzistik geben, 1 für Latinistik,

1 für Gräzistik. Hinzu kommt eine Professur für Fachdidaktik Latein und Altgriechisch.

An den Universitäten Greifswald und Rostock sind jeweils zwei Professuren (Latinistik/Gräzistik) für Klassische Philologie geplant.

An der Universität Halle sind – in Mitgliedschaft zu einem Fachbereich „Klassische Altertumswissenschaften“, in dem auch Alte Geschichte und Klassische Archäologie vertreten sein sollen – drei Professuren für Klassische Philologie geplant: Gräzistik, Latinistik sowie Lateinische Philologie mit Schwerpunkt Mittel- und Spätlatein.

An der Universität Jena sollen die Klassischen Philologien mit insgesamt 4 Professuren vertreten sein: 2 für Griechisch und 2 für Latein.

In Leipzig soll die Klassische Philologie – im Rahmen eines „Instituts für Altertumswissenschaften, Klassische Philologie, Archäologie und Alte Geschichte“ – zunächst durch 3 Professuren vertreten sein: Gräzistik, Latinistik sowie Byzantinische und Neugriechische Philologie. In einer Ausbauphase soll außerdem eine Professur für Klassische Philologien und ihre Didaktik hinzukommen.

Innerhalb Sachsens ist ferner auch an der Technischen Universität Dresden die Einrichtung einer Professur für Klassische Philologie mit Schwerpunkt Latinistik vorgesehen. Diese soll dem „Institut für Geschichte“ und zugleich – in Zweitmitgliedschaft – dem „Institut für Sprach- und Literaturwissenschaften“ angehören. Für eine Ausbauphase ist außerdem eine weitere Professur mit Schwerpunkt Gräzistik geplant. An der TU Chemnitz-Zwickau soll in einer späteren Ausbauphase eine Professur für Latinistik eingerichtet werden.

An der Universität Potsdam soll die Klassische Philologie mit 2 Professuren (Latein/Griechisch) vertreten sein.

c) Empfehlungen

Die Kernfächer der Klassischen Philologie, Latinistik und Gräzistik, sollten im Grundsatz an allen Universitäten in den neuen Ländern vertreten sein. Ein Verzicht auf die Klassische Philologie würde im Verbund der geisteswissenschaftlichen Fächer eine Lücke verursachen, die sowohl die Geschichtswissenschaft als auch die Philosophie und die Neueren Philologien in Forschung und Lehre beeinträchtigen würde. Auch mit Blick auf die Lehrerausbildung besteht einiger Nachholbedarf. An eng benachbarten Hochschulen wie im Falle der Universitäten in Berlin und Potsdam kann dabei – zumindest für eine erste Ausbaustufe – auch an Doppelmitgliedschaften einzelner Professuren in den entsprechenden Fachbereichen verschiedener Universitäten gedacht werden.

Neben Latinistik und Gräzistik kommen als weitere an einzelnen Universitäten – oder doch zumindest jeweils an einer Universität – einzurichtende Fächer insbesondere Byzantinistik sowie Mittel- und Neulatein in Betracht. An verschiedenen Orten finden sich darüber hinaus An-

sätze zu einer Erweiterung der Klassischen Philologie durch eine besondere Erforschung der Neogräzistik, der Papyrologie und Epigraphik, der Antikerezeption, der altgriechischen Lexik im Deutschen und der Rolle fremder Sprachen in der griechisch-römischen Antike. Solchen Schwerpunktbildungen kommt eine wichtige Rolle für längerfristige Entwicklungsperspektiven der Klassischen Philologie zu. Sie sollten daher unterstützt werden.

Für eine Neuorientierung des Fachs erscheint ferner von Bedeutung, daß – stärker als in der Vergangenheit üblich – Sprachwissenschaft, Religionswissenschaft und spätantike/frühmittelalterliche Literaturen in das Zuständigkeitsgebiet der Klassischen Philologie einbezogen werden. Insbesondere die Sprachwissenschaft sollte neben der Literaturwissenschaft wieder verstärktes Gewicht erlangen. Dabei könnten auch indogermanistische Fragestellungen innerhalb der Klassischen Philologie mitbetreut werden.

Hinsichtlich der Organisationsstruktur bieten sich zwei Modelle an. Eine – ihrem Herkommen entsprechende – Zuordnung der Klassischen Philologie zu einem Fachbereich für „Alttertumswissenschaften“ ist ebenso denkbar und üblich wie eine Zuordnung zum Fachbereich „Sprach- und Literaturwissenschaften“. Welche Lösung an den einzelnen Standorten zu bevorzugen ist, hängt u.a. davon ab, welche institutionelle Anbindung für die Alte Geschichte (Alttertumswissenschaften/ Geschichtswissenschaften) vorgesehen ist. In jedem Fall sollte darauf geachtet werden, daß die Möglichkeit zum Besuch althistorischer, archäologischer und indogermanistischer Lehrveranstaltungen bzw. die Anerkennung von Leistungsnachweisen aus dem Bereich dieser Fächer gewährleistet ist. Gegebenenfalls könnte sich auch eine Doppelmitgliedschaft einzelner Professoren in verschiedenen Fachbereichen anbieten.

Unabhängig von der jeweils gewählten Organisationsstruktur sollten Klassische Philologie, Alte Geschichte und Klassische Archäologie aus Gründen der Kostenersparnis nach Möglichkeit gemeinsame Bibliotheken haben.

Ein Seminar oder Institut für Klassische Philologie benötigt *mindestens* zwei Professuren (C4/C3) für die beiden Kernfächer Latinistik und Gräzistik. Zur *Normalausstattung* sollte wenigstens eine weitere Professur hinzukommen, die Byzantinistik oder Mittel- und Neulatein bzw. in Abhängigkeit von den universitätsspezifischen Schwerpunkten eines der anderen oben genannten Spezialgebiete vertreten sollte.

3.2. Germanistik

a) Zur Situation des Faches

Gegenüber der älteren, paritätischen Einteilung des Faches in Ältere und Neuere Germanistik hat die Entwicklung einer synchronen Linguistik seit den 60er Jahren allgemein zu einer Dreiteilung des Faches in Linguistik und/oder Sprachgeschichte, Mediävistik und Neuere Deut-

sche Literatur geführt. Da die Mediävistik an den Universitäten der DDR jedoch in der Regel nur stark eingeschränkt fortgeführt worden ist, bedarf sie an einigen Universitäten einer Neueinrichtung. Weiterhin gehören zur Germanistik die Fachrichtungen Didaktik des Deutschen und Deutsch als Fremdsprache.

Der Gegenstandsbereich der sprachwissenschaftlichen Germanistik hat sich neben den traditionellen Fachrichtungen der germanischen und deutschen Sprachgeschichte durch die Verselbständigung der Linguistik systematisch verbreitert und differenziert und mit neuen Nachbarwissenschaften, der Informatik, der Psychologie, der Soziologie sowie mit medizinischen Fächern lebhaft verbunden. Ebenso hat sich in der literaturwissenschaftlichen Germanistik mit der (Wieder-) Erweiterung des Literaturbegriffs über die fiktionale Literatur hinaus und der Einbeziehung medienwissenschaftlicher Fragestellungen eine Fülle neuer Studien- und Forschungssparten etabliert, die auch in der Lehre Berücksichtigung finden müssen. In der DDR lag das Schwergewicht der literaturwissenschaftlichen Forschung insbesondere auf der Epochenarstellung der Literaturgeschichte und deren kultur- und sozialgeschichtlicher Einbettung. Rhetorik und Stilistik hatten hier an einzelnen Universitäten in der Lehre breiteren Raum als in den alten Ländern der Bundesrepublik. Deshalb besteht an den Universitäten der neuen Länder einerseits die Chance, unter Einbeziehung neuer, insbesondere kultur- und mentalitätsgeschichtlicher Fragestellungen spezifische Schwerpunkte zu entwickeln, ebenso aber auch die Notwendigkeit, Defizite in systematischer, insbesondere zeichen- und kommunikationstheoretischer Literaturwissenschaft aufzuholen.

Die Studienordnungen des Faches sind wegen der starken Ausbreitung seiner Teilfächer in den letzten beiden Jahrzehnten in der Regel so angelegt, daß im Anschluß an ein gemeinsames Grundstudium mindestens im Hauptfachstudium aus den drei Teilfächern ein Haupt- und ein Nebenfach gewählt werden können. Einige Länder der alten Bundesrepublik halten allerdings, ebenso wie seinerzeit die Universitäten der DDR, für das Lehramtsstudium an einer Regelung fest, die lediglich die Wahl eines Hauptgebietes und zweier Nebengebiete für das Examen zuläßt. Die Didaktik des Deutschen, die als Zusatzangebot für die Lehrerbildung gebraucht wird, bietet dort, wo Pädagogische Hochschulen nicht (mehr) existieren, auch einen eigenen Studienabschluß in Kombination mit Linguistik oder Neuerer deutscher Literatur an.

Das Fach Deutsch als Fremdsprache ist an einer wachsenden Zahl von Hochschulen als Aufbaustudiengang oder als Nebenfach zum Hauptfach Deutsche Sprache hinzugekommen. Früher als die alte Bundesrepublik Deutschland hatte die DDR an einigen Universitäten und in ihrem Herder-Institut in Leipzig Deutsch als Fremdsprache (bzw. Auslandsgermanistik) studierbar gemacht. Auch die zugehörigen landeskundlichen Studien für ausländische Germanisten werden am Herder-Institut in neuer Weise fortgeführt.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

Die Neustrukturierung der Germanistik ist an allen Universitäten der neuen Bundesländer im Gange, nirgends jedoch schon abgeschlossen. Soweit gegenwärtig erkennbar, folgen die geplanten Lehrstuhlbezeichnungen in aller Regel der bisherigen Aufteilung auf historische Epochen bzw. Jahrhunderte, letzteres meist in enger gefaßter Ausschreibung, als es an den Universitäten in den alten Ländern die Regel ist. Einige Hochschulen – etwa Rostock, Greifswald, Leipzig – planen ein besonderes germanistisches Profil durch die Einbeziehung dialektaler Varianten des Deutschen. Im einzelnen sind folgende Professuren geplant:

An der Humboldt-Universität Berlin soll die Germanistik mit insgesamt 26 Professuren vertreten sein. Diese außergewöhnlich hohe Stellenzahl ergibt sich durch die geplante Integration der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft in die Germanistik.

Für die Universität Greifswald sind insgesamt 8 Germanistik-Professuren geplant: Sprachwissenschaft, Deutsche Sprache der Gegenwart, Ältere deutsche Literatur, Neuere und Neueste deutsche Literatur, Neuere deutsche Literatur mit Schwerpunkt 16.–18. Jh., Neuere deutsche Literatur mit Schwerpunkt 19. bis Mitte 20. Jh., Niederdeutsch und Deutsch als Fremdsprache. Ferner ist eine Professur für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur vorgesehen.

An der Universität Rostock sind folgende 5 Professuren geplant: Germanistische Sprachwissenschaft/Deutsche Sprache der Gegenwart, Ältere deutsche Sprache, Neuere deutsche Literatur, Neueste deutsche Literatur, Niederdeutsche Philologie und Mediävistik. Ferner soll, der Germanistik zugeordnet, eine Professur für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft eingerichtet werden. Hinzu kommt außerdem eine Professur für die Didaktik der deutschen Sprache und Literatur.

An der Universität Halle sind im Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaften 5 Professuren geplant: Geschichte der deutschen Sprache und der älteren deutschen Literatur, Germanistische Sprachwissenschaft mit Schwerpunkt Textlinguistik, Neuere und neueste deutsche Literatur, Deutsche Sprache der Gegenwart und Fachjournalismus. – Ferner gibt es an der Universität Halle ein Institut für Sprachwissenschaft/Phonetik, für das im Zuge einer Reformierung der Binnenstruktur des Fachbereichs und dessen Studiengängen eine derzeit noch nicht näher bestimmte personelle Ausstattung vorgesehen ist.

An der Universität Jena sind insgesamt 12 Germanistik-Professuren vorgesehen: 4 für Germanistische Sprachwissenschaft, 1 für Sprechwissenschaft, 5 für Germanistische Literaturwissenschaft und 2 für Mediävistik. Hinzu kommen 2 Professuren für Deutsch als Fremdsprache und eine Professur für Fachdidaktik.

Für die Universität Leipzig ist ein Institut für Germanistik mit 12 Professuren geplant: Ältere deutsche Literatur unter besonderer Berücksichtigung der deutschsprachigen Literatur im östlichen Europa (Stiftungs-

professur), Ältere deutsche und lateinische Literatur des Mittelalters und der frühen Neuzeit, Neuere deutsche Literatur I, Neuere deutsche Literatur II, Neueste deutsche Literatur, Kinder- und Jugendliteratur (unter Einschluß der internationalen Entwicklung), Geschichte der deutschen Sprache, Germanistische Linguistik, Deutsche Sprache der Gegenwart I (Textlinguistik, Stilistik), II (Lexikologie, Wortbildung, Fachsprachen) und III (Soziolinguistik, Dialektologie) sowie – in Verbindung mit der Leitung des Herder-Instituts – Deutsch als Fremdsprache. Außerdem soll dem Institut für Germanistik eine Professur für Niederländische Sprach- und Literaturwissenschaft, Nordistik angehören. Die Didaktik soll mit 3 Professuren vertreten sein: Deutsche Literatur und ihre Didaktik, Didaktik des Muttersprachenunterrichts, Deutsch als Fremdsprache einschließlich ihrer Didaktik. In einer Ausbauphase soll das Institut außerdem um eine zweite Professur für Neueste deutsche Literatur sowie um eine Professur für Germanistische Linguistik (Psycholinguistik) ergänzt werden.

Darüber hinaus soll ein Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft mit 8 Professuren eingerichtet werden: Historische und systematische Kommunikationswissenschaft, Buch-, Verlagswesen und Bibliothekswissenschaft, Empirische Kommunikations- und Medienforschung, Medienwissenschaft/Medienkultur, Allgemeine und spezielle Journalistik I (Hörfunk und Fernsehen), Allgemeine und spezielle Journalistik II (Printmedien), Öffentlichkeitsarbeit/Medienökonomie/Kultur- und Medienmanagement sowie Medienpädagogik und Didaktik der Weiterbildung. In einer Ausbauphase sollen 2 weitere Professuren hinzukommen.

Als zentrale Einrichtung der Universität Leipzig ist außerdem ein Literatur-Institut mit 1 Leiterstelle, vier Gastdozenturen (Lyrik, Prosa, Dramatik, Philosophie) und einer Vertretung der Komparatistik vorgesehen.

Weitere Germanistik-Professuren sind innerhalb des Freistaates Sachsen an der TU Dresden und an der TU Chemnitz-Zwickau geplant. An der TU Dresden soll es innerhalb der Fakultät für Sprach-, Literatur- und Kunstwissenschaften ein Institut für Sprach- und Literaturwissenschaften mit 4 Professuren im Bereich der Germanistik geben: Deutsche Literatur des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, Neuere Deutsche Literatur, Germanistische Linguistik und Sprachgeschichte, Neueste deutsche Literatur. Für die TU Chemnitz-Zwickau ist innerhalb einer einzigen Philosophischen Fakultät ein Institut für Sprach- und Literaturwissenschaften geplant, in dem die Germanistik mit 5 Professuren vertreten sein soll: Deutsche Literatur- und Sprachgeschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, Deutsche Literatur der Neuzeit, Germanistische Linguistik, Deutsche Literatur der Neuesten Zeit einschließlich Kinder- und Jugendliteratur sowie Deutsch als Zweitsprache. Ferner ist der Germanistik eine Professur für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft zugeordnet.

An der Universität Potsdam sollen die Philologien und hierunter der Fachbereich Germanistik in besonderer Konzentration auf die frühe Neuzeit sowie bio-bibliographische und regionale Forschungen zur deutschen Literatur des 17. Jahrhunderts und der Frühaufklärung einen profilgebenden Schwerpunkt darstellen. Es sind insgesamt 12 Professuren geplant: 4 für Neue deutsche Literatur, 4 für Sprachwissenschaft, 2 für Mediävistik, 2 für Deutsch als Fremdsprache. Hinzu kommen 2 Professuren für Didaktik der Deutschen Sprache und Literatur.

c) Empfehlungen

Germanistik ist für alle Universitäten der neuen Länder vorzusehen. Für eine angemessene personelle Ausstattung des Fachs erscheint es notwendig, daß folgende Forschungsfelder durch Professuren vertreten oder mitvertreten sind:

1. Sprachwissenschaft:

Mindestens sollte eine Professur die Ältere und eine die Neuere Sprachgeschichte vertreten. Die Linguistik bedarf in allen Fällen in der Lehre einer Vertretung der Phonologie und Phonetik, der Morphologie, Syntax und Semantik, einer breiten Vertretung von Grammatiktheorien, der Wortbildungslehre und Textanalyse sowie einer Wahrnehmung der Psycholinguistik und Soziolinguistik, gegebenenfalls ergänzt durch Patholinguistik. Dabei braucht selbstverständlich nicht jedes der genannten Gebiete durch eine eigene Professur vertreten zu sein.

Besondere Aufmerksamkeit sollte bei allen Professuren, die sich mit der gegenwärtigen deutschen Sprache befassen, den Strukturen des Deutschen im Vergleich zu den europäischen Nachbarsprachen gewidmet werden. Die an fast allen Hochschulen vorgesehenen Professuren für „Deutsch als Fremdsprache“, die einer Tradition der DDR-Germanistik entsprechen, sind in diesem Zusammenhang besonders zu begrüßen. Die Inhaber der entsprechenden Professuren sind die genuinen Gesprächspartner der Fremdsprachenphilologien bei der unter II.A.4. vorgeschlagenen kooperativen Lösung der sprachlichen Fachdidaktik. Die kontrastive Betrachtung der deutschen Sprache sollte sich jedoch nicht auf die Professuren für Deutsch als Fremdsprache beschränken. Sie könnte vielmehr zum Markenzeichen einer „offenen Germanistik“ in den neuen Bundesländern werden. Wegen dieser Offenheit nach außen sollte innerhalb der Germanistik, auch wenn an der jeweiligen Hochschule ein zentrales Sprachlehrinstitut eingerichtet ist, die sprachliche Ausbildung von ausländischen Germanistik-Studenten durch besonders auf sie eingestellte Lehrkräfte gesichert sein.

Die vorliegenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates unterstreichen an vielen Stellen die Notwendigkeit der Kooperation und die Schaffung von Konvergenzpunkten zwischen verschiedenen Disziplinen. Eher ungünstig für das Erreichen dieses Ziels ist ein an einigen Hochschulen gerade in der Germanistik besonders deutliches Bestreben, möglichst viele dieser Disziplinen in das eigene Fach zu integrieren. Im Bereich der

Sprachwissenschaft geht es dabei besonders um die allgemein-sprachwissenschaftlichen Aspekte, die ebensowenig eine Domäne der Germanistik sind wie etwa die Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft.

2. Mediävistik:

Die sprachgeschichtlichen Besonderheiten der Mediävistik verlangen von den Vertretern der mittelalterlichen Literatur stets auch die Fähigkeit zur Lehre in den altdeutschen und frühneuhochdeutschen Dialekten. Im übrigen werden die Mediävisten ihre Arbeitsfelder nach den früheren oder den späteren Jahrhunderten ihres Bereichs (der an einzelnen Universitäten bis 1700 reicht) oder auch nach einzelnen literarischen Gattungen untergliedern; doch ist die Universalausbildung in ihrem Fach ein Vorzug der meisten Mediävisten. Er läßt bei einer Neugründung viele Kombinationen, aber auch die Bildung gemeinsamer Forschungsschwerpunkte bei breitem Lehrangebot zu.

3. Neuere deutsche Literatur:

Die Epochenaufteilung nach Barock, Aufklärungszeitalter, Klassik und Romantik, Realismus, Klassischer Moderne, NS-Zeit und Exilliteratur, Gegenwartsliteratur dient als grobes Raster zur Aufstellung der Lehrpläne, sollte jedoch nicht zur lebenslangen Festlegung von Professuren auf bestimmte Jahrhunderte der Literaturgeschichte führen. Die einseitige Bevorzugung epochenbegrenzter Ausschreibungen zieht nicht nur die Gefahr nach sich, traditionelle Interpretationsmuster zu verfestigen, sondern auch die größere Gefahr, epochenübergreifende Themenbereiche wie Texttheorie, Rhetorik, Metrik, Gattungsgeschichte u.a. aus dem Studienangebot zu verdrängen. Wichtig wird in diesem Zusammenhang neben Literaturtheorie auch eine besondere Beachtung des Zusammenhangs zwischen Literatur und anderen Künsten bzw. anderen Medien sowie die Beobachtung des literarischen Lebens (Distribution und Rezeption der Literatur, Institutionen der Literatur, Kanonbildung, Zensur), so daß bei Lehrstuhlausschreibungen auch diese Bereiche jeweils mit vertreten werden sollten. Wie eigene sprachwissenschaftliche Angebote, so sollten auch Angebote zur kulturvergleichenden Textinterpretation für ausländische Germanistikstudenten vorhanden sein. Dort, wo eine zugehörige Spezialbibliothek für Kinder- und Jugendliteratur vorhanden ist, wie in Berlin, ist die Einrichtung einer Professur für dieses Gebiet wünschenswert.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgabengebiete ist eine Mindestausstattung mit folgenden Professuren erforderlich: eine Professur für Linguistik und eine Professur für Sprachgeschichte; eine Professur für Mediävistik und drei Professuren für Neuere deutsche Literatur, die nach Epochen in frühere Neuzeit, 18. bis 20. Jahrhundert und 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart eingerichtet werden können, dabei aber alternativ oder zusätzlich mit einzelnen der obengenannten Arbeitsgebiete versehen sind.

An allen Universitäten ist allerdings zu erwarten, daß die Zahl der eingeschriebenen Studenten eine Aufstockung der Professorenstellen über die Mindestausstattung hinaus bald notwendig macht. Einerseits sollte dies dazu dienen, den Zeitraum des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit mit einer eigenen Professur zu bedenken; andererseits wird die Ergänzung durch bisher vernachlässigte und noch nicht vorgesehene Fachgebiete in vielen Fällen Ausschreibungen nötig machen, die von der bisherigen Binnenstruktur des Faches abgehen. Bei solchen Neudefinitionen ist darauf zu achten, daß weder die enge Epocheneinteilung bisherigen Stils noch auch andere Spezifikationen allzuweit getrieben werden; vielmehr bedarf es gerade wegen der notwendigerweise schrittweisen Neueinrichtung des gesamten Faches einer Ausschreibungspraxis, die auch die Kombination verschiedener Fachgebiete zuläßt. Nur so ist binnen kurzem ein vielfältiges Studienangebot zu sichern.

Falls Deutsch als Fremdsprache eingerichtet wird, sollte dieses Fach mindestens mit einer Professur vertreten sein. Ferner sollte es eigene Lehrbeauftragte für Landeskunde geben, wenn diese auch für ausländische Studenten eingerichtet wird.

Darüber hinaus sollten Forensische Rhetorik, Rezitation und Sprech-erziehung durch einen Hochschullehrer oder einen Mitarbeiter in Dauerstellung angeboten werden. Insbesondere für Lehramtskandidaten ist ein derartiges Angebot von Bedeutung.

Neben der damit umrissenen Mindestausstattung sollte jede Universität wegen der außerhalb des Lehramts zwar vagen, aber eben darum auch beträchtlichen Breite der Berufsaussichten für Absolventen der Germanistik im Rahmen der Normalausstattung ein bis zwei Professuren ganz oder zusätzlich für profilgebende Forschungs- und Lehrgebiete einrichten. Allgemein sind dazu neben den bereits genannten Gebieten wie Literatur- und Medienwissenschaft, Literatur im öffentlichen Leben, Rhetorik/Stilistik und Jugendliteratur auch spezielle Ausrichtungen auf Theaterwissenschaft, Computerästhetik und empirische Literaturwissenschaft ins Auge zu fassen.

Beim Ausbau solcher Schwerpunkte sollte jeweils Kontakt mit den anderen Philologien gesucht und gegebenenfalls auch die gemeinsame Beteiligung an Studienangeboten oder aber die Neueinrichtung eines Faches Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft erwogen werden (vgl. dazu die Ausführungen unter 3.0. „Allgemeine Bemerkungen“ und 3.6. „Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft“).

Sehr wünschenswert wäre schließlich – jedenfalls an der einen oder anderen Universität – eine der Germanistik angelagerte „Schreibwerkstatt“ als fakultäts-/fachbereichszentrale Einrichtung, in der Arbeitsgemeinschaften von Studenten und Professoren mit Schriftstellern, Publizisten und Journalisten, Redakteuren, Werbetextern u. a. die eigene Schreibkultur zum Gegenstand der Erforschung und Übung machten; so könnte der Gewinn, den im 18. Jahrhundert noch jeder Adept der schönen Wissenschaften beim Verlassen der Universität mit hoher

Wahrscheinlichkeit davongetragen hatte, auch künftigen Absolventen der deutschen Universitäten – und den Professoren womöglich schon am Orte – zugute kommen.

Für ein Institut für Literatur als Bildungs- und Begegnungsstätte für Schriftsteller wurden in Leipzig bereits Modellvorstellungen entwickelt. Der Wissenschaftsrat sieht hierin eine interessante Bereicherung für die Universität.

3.3. Romanistik

a) Zur Situation des Faches in der DDR

Verglichen mit der entsprechend guten Vertretung der romanistischen Sprach- und Literaturwissenschaften an den Hochschulen der alten Bundesländer war das Fach in der DDR weitgehend unterrepräsentiert. Lediglich an der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR gab es eine größere Zahl von Romanisten.

Einer der Hauptgründe für die zahlenmäßig schwache Repräsentanz der Romanistik in den Hochschulen der DDR liegt in der geringen Rolle, die das Französische als Schulfach spielte. Das Spanische wurde sogar nur an fünf Schulen unterrichtet, das Italienische, Portugiesische und Rumänische an keiner einzigen.

Das Romanische Institut der Universität Jena wurde Ende der 50er Jahre aus personalpolitischen Gründen geschlossen. Das Romanische Institut der Universität Rostock verschwand Mitte der 60er Jahre durch die Installierung der „Sektion Lateinamerikanistik“. Das Romanische Institut Leipzig wurde durch die Hochschulreform 1969 parzelliert; die Teile wurden verschiedenen neugebildeten Sektionen einverleibt. Wo die Romanistik weiter bestand, wurden die Italianistik, Iberoromanistik, Rumänistik und Lateinamerikanistik nur noch in rudimentärer Form betrieben, die romanische Mediävistik kam zum Erliegen. Die französische Literaturgeschichte war, von Ausnahmen abgesehen, auf die Zeit vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart konzentriert. Professuren für die Romanischen Sprachwissenschaften, für die nichtfranzösischen romanischen Literaturen und für die Landeskunde waren an allen sechs Universitäten entweder nicht oder nur in geringer Anzahl vorhanden.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

Der Auf- bzw. Ausbau der Romanistik ist an allen Universitäten der neuen Länder geplant. An den einzelnen Hochschulen ist folgende Ausstattung vorgesehen:

Das Institut für Romanistik an der Humboldt-Universität soll mit 12 Professuren in den Lehr- und Forschungsgebieten Sprachwissenschaft (5 Professuren), Literaturwissenschaft (6 Professuren) und Fachdidaktik (1 Professur) ausgestattet werden.

An der Universität Greifswald sind insgesamt 4 Professuren vorgesehen: 2 für Sprachwissenschaften, 1 für Literaturwissenschaft und 1 für Romanische Philologie/Mediävistik.

An der Universität Rostock soll die Romanistik mit 4 Professuren vertreten sein, davon 2 für Literaturwissenschaft und 2 für Sprachwissenschaft.

Die Romanistik an der Universität Halle soll über 4 Professuren verfügen: 1 für Romanische Sprachwissenschaft, 2 für Romanische Literaturwissenschaft (Schwerpunkte: Galloromanistik und Italianistik einerseits, Iberoromanistik andererseits) und 1 für Vergleichende romanische Sprachwissenschaft.

An der Universität Jena soll die Romanistik (ebenso wie Anglistik und Slawistik) mit 5 Professuren vertreten sein: 1 für Romanische Literaturwissenschaft, 2 für Romanische Philologie, 1 für Iberoromanische Literatur und 1 für Rumänische Literaturwissenschaft. Hinzu kommt eine Professur für die Didaktik des Französischen.

An der Universität Leipzig soll die Romanistik mit 6 Professuren vertreten sein: 2 für Romanische Sprachwissenschaft, 1 für Romanische Sprachgeschichte und Literatur des Mittelalters, 2 für Romanische Literaturwissenschaft und 1 für Angewandte Linguistik, Übersetzungswissenschaft und Romanische Fachsprachen. Hinzu kommt eine Professur für Didaktik der romanischen Sprachen. In einer Ausbauphase sollen zwei weitere Professuren für Romanische Literaturwissenschaft (eine davon mit Schwerpunkt Lateinamerika) sowie je eine Professur für Romanische Sprachwissenschaft (ebenfalls mit Schwerpunkt Lateinamerika) und für Landeskunde eingerichtet werden.

Das übergreifende Institut für Sprach- und Literaturwissenschaften an der TU Dresden soll zunächst über zwei romanistische Fachgebiete (Literaturwissenschaft und Sprachwissenschaft) mit jeweils einer Professur verfügen. Geplant sind weiterhin die Einrichtung von Fachgebieten für Frankreichstudien und italienische Kulturgeschichte. (Italienische Kunst- und Kulturgeschichte soll ferner im Rahmen des Instituts für Kunst- und Musikgeschichte vertreten sein.)

Französisch und Spanisch sollen den Schwerpunkt der Romanischen Sprachwissenschaft an der TU Chemnitz-Zwickau bilden. Als weitere Fachgebiete der Romanistik innerhalb des Instituts für Sprach- und Literaturwissenschaften sind die Romanische Literaturwissenschaft und die Kultur- und Länderkunde der romanischen Länder vorgesehen. Der Bereich soll durch 3 Professuren vertreten werden. Im Hinblick auf die genannte Schwerpunktbildung ist außerdem die Einrichtung einer Professur für Hispanistik geplant.

An der Universität Potsdam sollen 7 Romanistik-Professuren eingerichtet werden: 3 für Romanische Literaturwissenschaft (Französisch, Französisch/Italienisch und Französisch/Spanisch), 1 für Linguistik und Angewandte Sprachwissenschaft (mit möglichst breiter romanistischer

Orientierung), Romanische Sprachwissenschaft (ebenfalls möglichst breit angelegt), Interkulturelle Kommunikation und Lateinamerikanistik. Eine weitere Professur ist für die Didaktik der Romanischen Sprachen vorgesehen.

c) Empfehlungen

Die Romanistik sollte an allen Hochschulen der neuen Bundesländer vertreten sein. Dies gilt auch für den Ausbau der TU Dresden und der TU Chemnitz-Zwickau. Wegen der weltweiten Ausdehnung von Kulturen, die auf romanischen Sprachen basieren, sind romanistische Forschung und Lehre in ihrer ganzen zeitlichen (Mittelalter, Renaissance, Aufklärung, Neuzeit) und räumlichen Ausdehnung auch für zahlreiche andere Disziplinen von hoher Bedeutung. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auch den außereuropäischen Bereichen der Romania – vor allem Afrika, Nord-, Mittel- und Südamerika – gewidmet werden, die zunehmend an Bedeutung gewinnen.

In Anbetracht der Breite des Spektrums der Kern- und Randbereiche des Fachs, der Fülle der Perspektiven in der Forschung und der Vielzahl der Studiengänge ist als *Mindestausstattung* für die Romanistik – abgesehen von den Technischen Universitäten – von fünf Professuren auszugehen. Eine Konzentration auf jeweils zwei der drei „großen“ Sprach- und Literaturgebiete (Galloromania, Italo-romanica und Iberoromanica), vertreten durch jeweils zwei Professuren, erscheint sinnvoll, wenn das jeweils dritte Gebiet durch eine weitere Professur berücksichtigt wird. Da die Romanistik an der Mehrzahl der Universitäten neu aufgebaut werden muß, sollte die Chance zur Profilbildung – auch gegenüber den Universitäten in den alten Bundesländern – zumal in den „neuen“ Bereichen der Romanistik konsequent genutzt werden. Eine weitere Professur im Rahmen der Normalausstattung sollte daher der Schwerpunktbildung in Bereichen wie den folgenden dienen: Frankophonie, Lusophonie, Hispanophonie (eingeschlossen die Vereinigten Staaten), Kreolsprachen auf französischer und portugiesischer Basis, Lateinamerika, Rumänistik, interkulturelle Kontakte, Erst-Verschriftlichung von Sprachen. An mindestens einer Universität sollte die Italianistik mit dem Fach „Neulatein“ verbunden werden, an mindestens einer Universität sollte zugleich das Fach „Mittellatein“ eingerichtet werden.

Bei C4-Stellen darf erwartet werden, daß die Inhaberin oder der Inhaber im Bereich der Sprach- und Literaturwissenschaft neben einem Haupt-Arbeitsgebiet jeweils ein bis zwei weitere romanistische Schwerpunktgebiete mitbetreuen kann. Es sollte also auf keinen Fall die Vertretung der alleinigen Sprachwissenschaft/Literaturwissenschaft des Französischen, Italienischen etc. angestrebt werden, sondern stets die Verklammerung mehrerer Gebiete in einer Person. In der Sprachwissenschaft sollten historische Sprachstufen, in der Literaturwissenschaft sollte die mittelalterliche Literatur stets berücksichtigt werden.

Angesichts der Querverbindungen zu anderen Disziplinen sollten die Chancen zur kooperativen Forschung und Lösung von Problemen konsequent genutzt werden. In der historischen romanistischen Sprachwissenschaft bietet sich eine Zusammenarbeit mit dem Vertreter der Klassischen Philologie an, der sich um die lateinische Sprachwissenschaft kümmert. In der Forschung zu den romanischen Kreolsprachen liegt eine Zusammenarbeit mit dem Vertreter der anglistischen Sprachwissenschaft nahe, der sich mit den Varietäten des Englischen befaßt. Andere Bereiche, etwa die Fachsprachenforschung, sollten – im Verein mit anglistischen, germanistischen, slawistischen Sprachwissenschaftlern – in Zusammenarbeit mit einem Lehrstuhl für Fachsprachenforschung (im Bereich der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft) bearbeitet werden. Für die literaturwissenschaftliche Romanistik aller Epochen ist eine intensive Zusammenarbeit nicht nur mit Vertretern der anderen Literaturwissenschaften, sondern auch mit den Vertretern der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft angezeigt. Für die romanischen Literaturen des Mittelalters empfiehlt sich eine besonders enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Vertretern der Germanistik, Germanistik/Nordistik, der Anglistik und des Mittellateins, im Falle der Iberoromanistik auch mit der Arabistik. Generell sollte bei der Schwerpunktbildung die Ausrichtung anderer Disziplinen (nicht nur des jeweiligen Fachbereichs, sondern der Kulturwissenschaften insgesamt) berücksichtigt werden.

Für jede der romanischen „Nationalsprachen“ (Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch) sollten von Anfang an mindestens zwei Lektorate vorhanden sein, für die übrigen vertretenen Sprachen zumindest eines. Für die drei „großen“ Sprachbereiche wird – je nach der studentischen Nachfrage – sehr bald ein drittes Lektorat eingerichtet werden müssen. Für Französisch und Spanisch sollte es am besten schon von Anfang an eingeplant sein, sofern nicht (wie es Frankreich bereits vereinbart hat) die romanischen Länder den Hochschulen mit Lektoratenstellen zu Hilfe kommen.

3.4. Anglistik/Amerikanistik

a) Zur Situation des Faches in der DDR

Ähnlich wie in der alten Bundesrepublik Deutschland waren Anglistik und Amerikanistik im engeren Sinn (im folgenden zusammengefaßt als: Anglistik) in der DDR überwiegend philologisch orientiert, beschränkten sich also weitgehend auf Sprach- und Literaturwissenschaft. Desgleichen gab es in beiden Teilen Deutschlands auf dem Gebiet der Anglistik nur relativ wenige Ansätze zur Interdisziplinarität in Forschung und Lehre.

Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland war die Zahl der anglistischen Hochschullehrer in der DDR jedoch sehr gering, und zwar sowohl an der Akademie der Wissenschaften der DDR (wo es, verglichen mit der Anglistik, sehr viel mehr Romanisten gab) als auch im Hochschulbereich. Wie in allen Universitätsfächern war das Zahlenverhältnis

zwischen Hochschullehrern und Studenten auch in der Anglistik weit besser als an den westdeutschen Hochschulen, wobei die Lehre überwiegend von einem auf Dauerstellen beschäftigten Mittelbau getragen wurde. Die Zahl der Professoren und der befristeten Mitarbeiter war dagegen klein. So gab es 1990 zum Beispiel in Halle keinen einzigen Professor für Anglistik und in Greifswald nur einen. Der Anteil der wissenschaftlichen Lehre war im Vergleich zur Sprachpraxis und Landeskunde sehr viel kleiner als in den alten Ländern. Es dominierte die Lehrerausbildung; der Diplom-Studiengang Anglistik spielte nur eine geringe Rolle.

Trotz zentralistischer Planung war die inhaltliche Ausrichtung der einzelnen Professuren für Anglistik an der Mehrzahl der Universitäten arbiträr. Nur in Leipzig und an der Humboldt-Universität Berlin gab es eine Ausstattung mit Professuren, bei der die Mehrzahl der Teilgebiete der Anglistik im Sinne einer Mindestausstattung vertreten war. An den kleineren Universitäten fehlten dagegen wichtige Teilgebiete des Faches. So waren etwa die Gebiete Sprachgeschichte und mittelalterliche englische Literatur an mehreren Universitäten nicht vertreten; englische Literaturgeschichte war in der Lehre weitgehend auf die Literatur der Zeit Shakespeares und des 20. Jahrhunderts beschränkt.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

Die Anglistik soll an allen Universitäten in den neuen Ländern vertreten sein, beim Stand der Planungen allerdings zum Teil unterhalb der Mindestausstattung.

An der Humboldt-Universität Berlin sind insgesamt 10 Professuren innerhalb eines Instituts für Anglistik und Amerikanistik geplant, eine davon für Übersetzungswissenschaft als profilbestimmender Besonderheit. Neben diesem Lehr- und Forschungsgebiet sollen die Sprachwissenschaft (3 Professuren), die Literaturwissenschaft (4 Professuren) und die Keltologie (1 Professur) vertreten sein. Ferner soll ein Großbritannien-Zentrum mit mindestens 2 Professuren entstehen. Darüber hinaus ist im Rahmen der Sprachwissenschaft die Fortführung des bereits bestehenden Schwerpunkts Konfrontative Linguistik geplant. Daneben soll 1 Professur für Fachdidaktik eingerichtet werden.

Die Universität Greifswald soll insgesamt über 4 Professuren auf den Gebieten Englische Sprachwissenschaft, Englische Literatur und Landeskunde, Amerikanistik/Literatur und Landeskunde Nordamerikas, Ältere englische Sprache und Literatur/Mediävistik sowie über 1 Professur für Didaktik moderner Fremdsprachen verfügen.

An der Universität Rostock soll es 4 anglistische Professuren geben: Anglistische Sprachwissenschaft, Geschichte der Literatur Britanniens, Geschichte der englischen Sprache und Varietäten des Englischen, Geschichte der Literatur Nordamerikas. Hinzu kommt eine Professur für Fremdsprachendidaktik mit Schwerpunkt Englisch.

Die Planung für die Anglistik an der Universität Halle sieht 4 Professuren vor: Englische Literatur, Englische Sprachwissenschaft, Amerikanische Literatur sowie Landeswissenschaft USA und Großbritannien.

An der Universität Jena soll die Anglistik mit 5 Professuren vertreten sein: 2 Professuren für Sprachwissenschaft, 3 Professuren für Literaturwissenschaft. Außerdem soll 1 Professur für Didaktik eingerichtet werden.

An der Universität Leipzig soll ein Institut für Anglistik und Amerikanistik mit 8 Professuren bestehen: je 1 Professur für Englische Literatur und Amerikanische Literatur, 2 Professuren für Englische Sprachwissenschaft, 1 Professur für Amerikanische Sprache und Varietäten des Englischen, 1 Professur für Angewandte Sprach- und Übersetzungswissenschaft und Englische Fachsprachen und je 1 Professur für Geschichte, Kulturgeschichte und Landeskunde Englands bzw. Nordamerikas. Hinzu kommt eine Professur für Didaktik der Anglistik. Erweitert werden soll dieses Spektrum durch eine zweite Professur für Englische Literatur und eine für Außerenglische Literaturen.

Die weitere Planung für Sachsen sieht vor, dem Institut für Sprach- und Literaturwissenschaften der TU Dresden zunächst 3 anglistische Professuren zuzuordnen (Englische Literaturwissenschaft und Landeskunde, Anglistische Sprachwissenschaft und Geschichte der englischen Sprache, Amerikanische Literaturwissenschaft und Landeskunde). Daneben ist die Einrichtung 1 Professur für Didaktik der westeuropäischen Sprachen geplant. In einer zweiten Phase soll dieser Bereich durch zwei weitere Professuren für Nordamerika- bzw. Großbritannienstudien ergänzt werden. An der TU Chemnitz-Zwickau soll die Anglistik mit vier Professuren vertreten sein: Englische und amerikanische Literaturwissenschaft, Anglistische Sprachwissenschaft, Amerikanistik, Englische und amerikanische Kultur- und Länderkunde.

An der Universität Potsdam sollen der Anglistik 9 Professuren zugeordnet werden: je 1 Professur für Englische Sprachgeschichte (mit mittelalterlicher Literatur), Englische Sprache der Gegenwart, Angewandte Sprachwissenschaft (mit Schwerpunkt Sprachlehrforschung, Psycholinguistik, Computerlinguistik, Soziolinguistik), 2 Professuren für Englische Literatur, 1 Professur für Amerikanische Literatur sowie 1 für Englischsprachige Literaturen außerhalb Englands und der USA, 1 Professur für Amerikanische Literatur und Kulturgeschichte und 1 Professur für Geschichte und Kulturgeschichte Großbritanniens. Hinzu kommt eine Professur für Englische Fachdidaktik mit Schwerpunkt Didaktik der Literatur und Kulturgeschichte.

c) Empfehlungen

Die Anglistik ist für die Vollständigkeit des geisteswissenschaftlichen Fächerspektrums an einer Universität unabdingbar. Anglistische Forschung und Lehre sind auch für zahlreiche andere Fächer von hoher Bedeutung.

Für eine angemessene Vertretung der Anglistik ist eine Mindestausstattung mit Professuren erforderlich, die wenigstens die traditionellen Lehr- und Forschungsgebiete des Fachs abdecken. Bei diesen Kerngebieten handelt es sich um: systematische Linguistik, Geschichte der englischen Sprache, englische Literatur des Mittelalters (sie wird in der alten Bundesrepublik meistens vom Sprachhistoriker mitvertreten, denkbar ist jedoch auch eine eigene Professur), neuere englische Literatur (16. bis 20. Jahrhundert) und Amerikanistik.

Hierbei handelt es sich um die Mindestanforderung in den „klassischen“ Teilgebieten der Anglistik. Neuere Entwicklungen des Faches sind dabei noch nicht berücksichtigt. Es sollte daher jeder Universität die Möglichkeit gegeben werden, über diese Mindestausstattung hinaus eine Schwerpunktbildung vorzunehmen, bei der neueren Entwicklungen des Fachs, aber auch bereits bestehenden Schwerpunkten Rechnung getragen wird. Dabei sollte vor allem berücksichtigt werden, daß

- die binäre Gliederung des Faches in Anglistik und Amerikanistik heute obsolet ist und daß die Literaturen und Kulturen der englischsprachigen Länder außerhalb Großbritanniens und der USA als drittes Gebiet eine stärkere Berücksichtigung finden sollten (wegen der Größe dieses Gebiets wird eine einzige Professur in der Regel nur einen Teil des Gebiets abdecken können);
- die binäre Gliederung des Faches in Sprach- und Literaturwissenschaft zunehmend als zu eng empfunden und eine Orientierung auf den anglophonen Kulturraum, bei der Sprache und Literatur nach wie vor eine wichtige, aber nicht mehr eine exklusive Rolle spielen, als notwendig angesehen wird. Dieser kulturgeschichtlichen Orientierung kann durch die Einrichtung eigener Professuren Rechnung getragen werden, aber auch durch die Berufung kulturgeschichtlich ausgewiesener Wissenschaftler auf literaturgeschichtliche Professuren.

An jeder Universität sollte jedenfalls mindestens eines der folgenden Teilgebiete des Faches durch eine zusätzliche Professur vertreten sein: Literaturen und Kulturen der englischsprachigen Länder außerhalb Großbritanniens und der USA; „New Englishes“ (Varietäten der englischen Gegenwartssprache); Englische Kulturgeschichte/Sozialgeschichte; Amerikanische Kulturgeschichte/Sozialgeschichte; Angewandte Sprachwissenschaft; Medienwissenschaft; gegebenenfalls Englische Literatur des Mittelalters. Bereits vorhandene örtliche Schwerpunktbildungen – darunter auch die für Dolmetscher- und Übersetzungswissenschaft – sollten dabei berücksichtigt und unterstützt werden. Die gegenwärtige Knappheit an finanziellen Mitteln sollte jedenfalls nicht dazu führen, daß nur die „klassischen“ Teilgebiete der Anglistik vertreten sind und für örtliche Schwerpunktbildungen keine Möglichkeit mehr besteht.

Bei der Einrichtung von kulturgeschichtlichen Professuren sollte nicht nur angestrebt werden, die sogenannte Landeskunde zu einem wissenschaftlichen Fach auszubauen, sondern über diese Professuren eine kul-

turgeschichtliche Neuorientierung des Faches zu bewirken. Als eine gute Möglichkeit, eine solche Öffnung der Anglistik in Richtung auf benachbarte Fächer und insbesondere in Richtung auf eine kulturgeschichtliche Konzeption zu erreichen, bieten sich gegebenenfalls auch Doppelmitgliedschaften von Wissenschaftlern anderer Fächer (wie z. B. Geschichte, Politologie, Soziologie, Philosophie, Kulturgeographie, Theologie usw.), die englandbezogene Forschung betreiben, in den Instituten/Fachbereichen der Anglistik an, desgleichen die Einrichtung von historisch-philologischen Regionalschwerpunkten oder von andersartigen interdisziplinären Zentren an einzelnen Universitäten.

Mit Blick auf die traditionellen Teilgebiete ergibt sich eine personelle *Mindestausstattung* von fünf Professuren: zwei Professuren für Geschichte der englisch-sprachigen Literatur, wobei diese beiden Professuren unterschiedliche Schwerpunkte (z. B. „Literatur des Mittelalters“, sofern diese nicht durch den Sprachhistoriker mitvertreten wird, „Literatur der Neuzeit“ bzw. „Literatur des 16. bis 18. Jahrhunderts“ und „Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts“) haben sollten, eine Professur für Amerikanistik, eine Professur für Linguistik und eine Professur für Sprachgeschichte, wobei diese nach Möglichkeit auch das Gebiet „Englische Literatur des Mittelalters“ mitvertreten sollte.

Bereits bei der Besetzung der Professuren für diese Kerngebiete, die hier nach den traditionellen Denominationen aufgeführt wurden, sollte auf eine Öffnung des Faches auf die obengenannten kulturgeschichtlichen Aspekte hin geachtet werden. Im Rahmen der *Normalausstattung* sollte wenigstens eine weitere Professur zur Verstärkung des jeweils ortsspezifischen Schwerpunktes hinzukommen.

Soweit die in Abschnitt b) dargestellten Planungen erkennen lassen, wird die personelle Ausstattung der Anglistik an mehreren Hochschulen in den neuen Ländern höchstens die Mindestausstattung erreichen oder sogar noch unterhalb dieser bleiben. Der Wissenschaftsrat hält dies für bedenklich, da unter diesen Umständen wünschenswerte Schwerpunktbildungen – z. B. englischsprachige Kulturen und Literaturen außerhalb Großbritanniens und der USA – kaum realisierbar sind.

Mehr als nur die personelle Mindestausstattung ist beim derzeitigen Planungsstand lediglich in Leipzig vorgesehen, wo ein Schwerpunkt „Anglophone Afrikanistik“ empfohlen wird, in Jena, wo ein mediävistischer Schwerpunkt realisiert werden könnte, in Potsdam, wo ein kulturgeschichtlicher Schwerpunkt vorgesehen ist und ein amerikanischer Schwerpunkt möglich wäre, sowie an der Humboldt-Universität Berlin, wo ein Großbritannien-Institut geplant ist. Der Wissenschaftsrat befürwortet die genannten Planungen derartiger Schwerpunkte.

3.5. Slawistik

a) Zur Situation des Faches in der DDR

Die Slawistik vertritt innerhalb des Fächerkanons der Philosophischen Fakultät die slawischen Sprachen (schwerpunktmäßig Russisch, Pol-

nisch, Tschechisch, Serbokroatisch, Bulgarisch und Altkirchenslawisch) sowie deren Sprach- und Literaturwissenschaft nebst Kultur-, Volks- und Landeskunde dieser Sprachräume in Geschichte und Gegenwart. Die Entwicklung des Fachs verlief in der DDR und in der alten Bundesrepublik Deutschland unterschiedlich.

In inhaltlicher Sicht war in der DDR besonders auffällig: eine starke Akzentuierung des Russischen, die an den kleineren Universitäten einer breiteren Slawistik wenig Platz zugestand; die Vernachlässigung älterer slawischer Literaturen und Sprachzustände (Mediävistik); die besondere Betonung sprachpraktischer und auch landeskundlicher Kenntnisse, unterstützt durch Kurz- und Langzeitaufenthalte in slawischen Ländern.

Mit Blick auf die personellen Gegebenheiten unterschied sich die Situation der Hochschulen in der DDR von der in der alten Bundesrepublik durch das relativ hohe Durchschnittsalter des wissenschaftlichen Personals sowie durch eine vergleichsweise große Stellenplanziffer im Bereich von Professoren und „Mittelbau“ (in der Regel Dauerstellen) und daraus ableitbar durch eine relativ hohe Spezialisierung der einzelnen Wissenschaftler.

In beiden deutschen Teilstaaten war die Slawistik mit wenigen Ausnahmen identisch mit slawischer Sprach- und Literaturwissenschaft, so daß fächerübergreifende bzw. interdisziplinär orientierte Aufgabenfelder meist nur im Rahmen der sprach- und literaturwissenschaftlichen Professuren vertreten werden.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

Für die Humboldt-Universität Berlin ist die Slawistik in ihrer vollen Breite vorgesehen. Insgesamt sind 7 Professuren, 3 sprachwissenschaftliche und 4 literaturwissenschaftliche, geplant, ferner eine Professur zur Didaktik des Russischen und eine Gastprofessur.

An der Universität Greifswald sollen 5 Professuren eingerichtet werden: Slawische Sprachwissenschaft, Slawische Literaturwissenschaft, Polonistik, Ukrainistik und Baltistik.

An der Universität Rostock soll die Slawistik mit 3 Professuren vertreten sein: Slawische Sprachwissenschaften, Slawische Literaturwissenschaft, Russische Sprache der Gegenwart.

Ebenso wie in der Anglistik und Romanistik an der Universität Halle sollen auch in der dortigen Slawistik 4 Professuren besetzt werden: Slawische Philologie/Sprachwissenschaft, Slawische Philologie/Literaturwissenschaft, Russische Sprachwissenschaft, Südslawistik.

Die Slawistik an der Universität Jena soll mit 5 Professuren vertreten sein: je eine für Literaturwissenschaft, Sprachwissenschaft, Polnisch,

Tschechisch und Serbokroatisch. Daneben ist die Einrichtung 1 Professur für Didaktik des Russischen vorgesehen.

Auch an der Universität Leipzig soll die Slawistik (incl. Sorabistik) in ihrer vollen Breite und mit entsprechend ausgeprägter Spezifizierung der Professuren vertreten sein. Insgesamt sind 8 Professuren geplant: 1 für Slawische Sprachgeschichte und Sprachwissenschaft, 1 für Ostslawische Sprachwissenschaft, 1 für Slawische Literaturwissenschaft und Kulturgeschichte, 1 für Slawische Sprach- und Übersetzungswissenschaft, 1 für Südslawische Sprach- und Übersetzungswissenschaft, 1 für Angewandte Sprach- und Übersetzungswissenschaft und Slawische Fachsprachen sowie – innerhalb eines Seminars für Sorabistik – 1 für Sorabistik und 1 für Westslawische Literaturwissenschaft und Kulturgeschichte.

Weiterhin sind im Freistaat Sachsen an der TU Dresden vorläufig 3 Professuren in der Slawistik vorgesehen (Sprachgeschichte und Sprachwissenschaft, Literaturwissenschaft, neueste Literatur und Didaktik). Später soll dieses Angebot durch 1 Professur im Fachgebiet Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft Osteuropas erweitert werden. An der TU Chemnitz-Zwickau soll die Slawistik zunächst nur von der Professur für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft mitvertreten werden. Erst in einer zweiten Ausbauphase sollen dann 2 Professuren für Slawistik eingerichtet werden.

An der Universität Potsdam soll der Fachbereich Slawistik 6 Professuren umfassen: Ostslawische bzw. Westslawische Sprachwissenschaft, Russische bzw. Westslawische Literatur und Kultur sowie Angewandte Linguistik. Daneben soll es eine Professur für Didaktik des Russischen geben.

c) Empfehlungen

Zur Vollständigkeit des geisteswissenschaftlichen Fächerspektrums an einer Universität gehört zweifellos die Slawistik in einer über die Sprach- und Literaturwissenschaft hinausgehenden Mindestausstattung. Dabei wird es jedoch weder möglich noch notwendig sein, das Fach an allen Universitäten der neuen Länder in gleicher Stärke einzurichten bzw. auszubauen. Während die Universitäten Leipzig und Berlin (HU) eine Slawistik in voller Breite garantieren sollten, sollten die anderen Universitäten gezielte Schwerpunkte setzen. Örtliche Besonderheiten sind ebenso wie gewachsene Traditionen und fächerübergreifende Strukturen für die Entwicklung bzw. Neubegründung der Slawistik an den einzelnen Universitäten von Bedeutung (näheres dazu in Teil II.C).

Wenngleich die Sprach- und Literaturwissenschaft sowie die o.g. Sprachen den Kristallisationspunkt innerhalb der Slawistik bilden und deshalb nicht ohne Grund in Forschung und Lehre an den Universitäten der alten wie der neuen Länder im Vordergrund standen, zeichnen sich in jüngerer Zeit innovative Tendenzen ab, denen verstärkt nachgegangen

werden sollte. Die Neustrukturierung der slawistischen Lehre und Forschung an den Universitäten der neuen Länder bietet hierzu Möglichkeiten, deren Verwirklichung wesentliche Impulse auf die weitere Entwicklung des Fachs insgesamt ausüben könnte. Allerdings ist auch hierbei zu beachten, daß innovative Bereiche in Übereinstimmung mit gewachsenen Traditionen und neuen, fächerübergreifenden Strukturen (Institute für interdisziplinäre und areale Forschung, wissenschaftliche Zentren, Forschungskollegs u.ä.) herausgebildet und das Prinzip der Komplementarität dem der Duplizität vorgeordnet werden sollte, insbesondere im Hinblick auf dasselbe Bundesland (z. B. Rostock und Greifswald sowie FU und HU Berlin) oder „Nachbaruniversitäten“ (wie Leipzig und Halle).

Insbesondere in zweierlei Hinsicht könnten die neuen Strukturen in den neuen Bundesländern seit längerer Zeit im Fach allgemein bestehende Desiderata verwirklichen: Zum einen bedarf es einer Ergänzung der Literatur- und Sprachwissenschaft durch interdisziplinär orientierte Bereiche, die sich möglichst auf einen größeren Teil der Slavia erstrecken sollten: Kultur- und Geistesgeschichte, slawische Volkskunde, Medien- und Kommunikationswissenschaften, Translationslinguistik, Fachsprachenforschung u.ä. Auch die vernachlässigte Mediävistik und die Sprachlehrforschung fallen hierunter, ebenso die Ergänzung der Slawistik durch eine ihrerseits kulturgeschichtlich erweiterte Baltistik. Zum anderen bieten sich im sprachlichen Bereich mögliche Schwerpunktbildungen innerhalb der sogenannten kleineren slawischen Sprachen (wie Ukrainisch, Weißrussisch, Slowenisch).

Bei der Auswahl und Ausrichtung der innovativen Bereiche ist zu berücksichtigen, daß aus diesen auch der Lehramtsstudiengang Russisch, der neben dem Magisterstudiengang an allen Slawischen Seminaren eingerichtet werden sollte, einen anteiligen Nutzen ziehen kann.

Mit Blick auf die Stellenausstattung der slawistischen Seminare/Institute erscheint aus den o. g. Gründen ein deutlicher Unterschied zwischen den Universitäten Leipzig und Berlin (HU) einerseits und den übrigen Universitäten in den neuen Ländern andererseits notwendig.

Die sprachliche, inhaltliche und methodische Breite des Faches bringt es mit sich, daß im Rahmen einer fachlichen Mindestausstattung neben einer Professur für Slawische Sprachwissenschaft und einer für Slawische Literaturwissenschaft (C4-Stellen) zumindest ein, möglichst aber zwei weitere Schwerpunkte im zuvor definierten Sinn durch Hochschullehrer-Stellen (Professuren, Dozenturen, Gastprofessuren) vorgesehen werden sollten.

Die Aufgaben, die an die Slawistik in Leipzig und Berlin (Humboldt-Universität) gestellt sind, lassen für diese Universitäten eine personelle *Normalausstattung* von 7 bis 9 Professuren als realistisch erscheinen. Wegen der an diesen beiden Universitäten möglichen größeren Spezialisierung sollte unbedingt darauf geachtet werden, daß auch innovative

Bereiche im zuvor definierten Sinne Berücksichtigung finden (trotz objektiver Schwierigkeiten, bei nur nationalen Ausschreibungen geeignete Bewerber für diese Bereiche zu gewinnen).

Diese Empfehlung führt dazu, daß an der Humboldt-Universität Berlin ein großer, über die übliche Normalausstattung hinausgehender Fachbereich eingerichtet wird. Der Wissenschaftsrat sieht dies als Ausdruck einer konsequenten Schwerpunktbildung zwischen Freier Universität und Humboldt-Universität. An der Humboldt-Universität sollten vorwiegend die neueren slawischen Sprachen und Literaturen (hierbei Schwerpunkt Russisch) in Forschung und Lehre vertreten werden. Im übrigen müssen Probleme der Abstimmung zwischen Humboldt-Universität und Freier Universität Berlin gesondert bedacht werden.

3.6. Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft

a) Zur Entwicklung des Faches

Obwohl Literaturtheorie und komparatistische Literaturstudien zur Praxis aller Philologien gehören, sind sie dort zumeist von den jeweiligen Hauptrichtungen nationalphilologischer Forschung geprägt. In der Bundesrepublik Deutschland kam es erst nach dem Zweiten Weltkrieg zur Einrichtung selbständiger Studiengänge für Vergleichende oder für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft. Der Doppelname kennzeichnet dabei auch die unterschiedliche Einflußnahme, die jeweils das französische Vorbild einer *Littérature comparée* und das angelsächsische Vorbild einer *Comparative Literature* auf die Ausrichtung des Faches nahmen. Der erste Begriff nimmt die mehr literaturtheoretische Orientierung angelsächsischer Disziplinen, der zweite die charakteristische Tradition vergleichender romanischer Literaturwissenschaften auf. Wenn auch an den Universitäten der Bundesrepublik Deutschland durchweg eine Kombination beider Richtungen angestrebt wurde – daher der Doppelname –, ist doch ihr wechselnd starker Einfluß an der unterschiedlichen Ausrichtung der Fächer bei verschiedenen Universitäten immer noch zu erkennen. Auch ein dritter Traditionsstrang, die Erforschung des Nachlebens der Antike in den modernen europäischen Literaturen, ist in das Forschungs- und Lehrprogramm des Faches, z. B. in Bonn, eingegangen.

In den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland gibt es derzeit an 20 Universitäten eigene Studiengänge der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft. In der DDR gab es zwar Ansätze, ein Fach „Weltliteratur“ einzurichten oder auch Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft als Nebenfach anzubieten, doch haben die in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland dazu entwickelten Studiengänge an den Universitäten der DDR keine Entsprechung gefunden. Bei der Einrichtung dieses Faches wird es sich dort deshalb durchweg um Neugründungen handeln müssen.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

Pläne zur Einrichtung der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft als selbständiges Fach sind bisher von keiner der Universitäten in den neuen Ländern bekannt. An der TU Chemnitz-Zwickau soll das Fach mit einer, der Germanistik zugeordneten, Professur vertreten sein. Desgleichen ist für Rostock eine – ebenfalls der Germanistik zugeordnete – Professur für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft geplant. An den übrigen Hochschulen soll das Fach lediglich im Rahmen einzelner neuphilologischer Professuren (wie z. B. Allgemeine und Romanische Literaturwissenschaft) mitbetreut werden.

c) Empfehlungen

Nach Ansicht des Wissenschaftsrates ist mit zunehmender Nachfrage an einer Ausbildung in Allgemeiner und Vergleichender Literaturwissenschaft zu rechnen. Dazu werden sowohl die wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlüsse in Europa als auch die wachsende Rolle privater Informations- und Unterhaltungsmedien beitragen. Insbesondere in letzterem Bereich dürfte dem Fach in Zukunft erhöhte Bedeutung zukommen, da sein Gegenstandsbereich nicht zuletzt systematischer Natur ist und daher auch einen Sektor innerhalb der Medienwissenschaften mit zahlreichen Verbindungslinien zu anderen Kulturwissenschaften bildet.

Für den Zusammenhang des geisteswissenschaftlichen Fächerspektrums an einer Universität ist das Fach Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft ebenso wichtig, wie seine Einrichtung umgekehrt nur an denjenigen Universitäten sinnvoll erscheint, deren geisteswissenschaftliches Profil hinreichend weit gefächert ausgebaut wird. Als eigener Studiengang sollte das Fach mindestens an der Humboldt-Universität und an der Universität Leipzig angeboten werden. Als *Mindestausstattung* sind dabei zwei Professuren vorzusehen, die sich nach den Schwerpunkten „Allgemeine Literaturtheorie“ und „Komparatistik“ differenzieren sollten. Eine Differenzierung kann aber auch durch eine unterschiedliche Orientierung auf den Vergleich der Literatur mit anderen Künsten erfolgen.

An den kleineren Universitäten sollten ein oder mehrere Lehrstühle innerhalb der Philologien mit einer Orientierung auf die Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft ausgeschrieben werden, um so die Vorstufe zur mittelfristigen Einrichtung eines selbständigen Studienganges zu bilden.

Für eine angemessene Vertretung des Fachs bedarf es der Einrichtung eines eigenen Studiengangs. Darüber hinaus hat die Erfahrung gezeigt, daß das Fach dort, wo es in Form einer eigenen Organisationseinheit (Institut) vertreten ist, ein markanteres Forschungs- und Lehrprofil ausbilden konnte. Bei der Studienanlage ist darauf zu achten, daß den Studenten auch ein linguistisches Grund- bzw. Begleitstudium gesichert ist für den Fall, daß die örtlichen Regelungen eine freie Kombination der

Studienfächer erlauben. Andernfalls sollte als eines der zu wählenden Nebenfächer eine Philologie empfohlen werden. Doch ist gleichzeitig auf die Kombinationsmöglichkeit mit nichtphilologischen Fächern zu achten. Eine Zwischenprüfung (Übersetzungsübung) in zwei Fremdsprachen sollte spätestens zum Abschluß des Grundstudiums obligatorisch sein. Zur Vervollständigung des Lehrangebots sollten Abmachungen mit den benachbarten Einzelphilologien über die gegenseitige Anrechnung einer begrenzten Zahl von Lehrveranstaltungen getroffen werden.

Angesichts der erforderlichen Varietät des Lehrangebots ist die Vertretung des Fachs durch *zumindest* zwei Professuren anzustreben. Eine Spezifizierung der Professuren nach einer Generalorientierung an den deutschsprachigen und angelsächsischen, den romanischen oder den slawischen Sprachen empfiehlt sich, ist jedoch nicht zwingend, da Forschung und Lehre des Fachs in aller Regel auch ihre an anderen Literaturen gewonnenen Erkenntnisse vergleichend auf die Literatur der Landessprache beziehen. Da die Komparatistik sich im übrigen schon seit längerem nicht mehr nur auf den Vergleich zwischen verschiedenen Nationalliteraturen, sondern mehr und mehr auf den Vergleich zwischen den verschiedenen Künsten oder auf die unterschiedliche Funktion literarischer Gattungen in verschiedenen Kulturstufen und Mediensystemen bezieht, können auch diese Arbeitsfelder Akzente für die Binnengliederung abgeben. Da für den sehr weiten Gegenstandsbereich des Fachs nur eine verhältnismäßig kleine Personalausstattung zur Verfügung steht, ist die zusätzliche Einrichtung einer periodischen Gastprofessur hier von besonderem Gewinn.

Auch für Übersetzungstheorie und -praxis sollte eine eigene Vertretung oder eine Gastdozentur für Praktiker eingerichtet werden, da sich schon jetzt ein deutlicher Anstieg des Bedarfs an literarischen Übersetzungen abzeichnet.

Die Möglichkeit der örtlichen Profilierung, die der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft als „kleinem“ Fach leichter gegeben ist als den durch die Lehrerausbildung stärker regulierten „großen“ Philologien, sollte von Fall zu Fall auch zu dem Versuch genutzt werden, Autorenarbeit in den verschiedenen Sparten gegenwärtiger Textproduktion begleitend zu beobachten oder gar selbst zu erproben. Das erfordert, neben weiteren Mitteln für Gasteinladungen, einen Aufwand für technisches Gerät und für einen Studioraum in einer Größenordnung, die zwar nicht unerheblich ist, im Vergleich zur Ausstattung des neuen Nachbarfaches Informatik jedoch bescheiden bleibt.

3.7. Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft

a) Zur Entwicklung des Fachs

Die heutigen Sprachwissenschaften haben wie die Literaturwissenschaften ihre Wurzeln in den historisch entstandenen Philologien des 19. Jahrhunderts. Die Sprachwissenschaft war zunächst historisch-ver-

gleichend: Es ging um die Ende des 18. Jahrhunderts entdeckte Verwandtschaft der sogenannten indogermanischen Sprachen. Neben den historischen Philologien der Gräzistik, Latinistik, Germanistik, Romanistik, Slawistik, Keltologie und der – sehr spät entstandenen – Anglistik gab es jedoch schon im 19. Jahrhundert eine Richtung der Sprachwissenschaft, der es nicht vorrangig um Erscheinungen des Sprachwandels ging, sondern um das Funktionieren lebendiger Sprachen. Weitere wichtige Impulse brachte insbesondere der „sprachliche Strukturalismus“. Im Mittelpunkt steht dabei eine synchronische, auf das Funktionieren einer Sprache ausgerichtete Betrachtung. Sowohl als „Strukturelle Sprachwissenschaft“, als „Allgemeine Sprachwissenschaft“, wie auch als „Sprachtypologie“ oder „Sprachliche Universalienforschung“ hatte es diese Richtung der Sprachwissenschaft in Deutschland jedoch sehr schwer angesichts der dominierenden historischen Sprachbetrachtung. Entsprechende Lehrstühle sind deshalb im allgemeinen erst spät eingerichtet worden.

Die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft hat die sterile Opposition zwischen einer nur synchronischen oder einer nur diachronischen Betrachtung heute durch eine nützliche Synthese im allgemeinen überwunden. Ihren Vertretern – die sich als Allgemeine Sprachwissenschaftler gerne auch „Linguisten“ nennen – kommen heute vor allem vier Aufgaben zu:

- Sie müssen den Systemcharakter von Sprachen deutlich machen. Zu diesem Zweck werden Strukturanalysen auf den Ebenen der Laute, der Wörter, der Sätze und der Texte unterschiedlicher Sprachen durchgeführt. Ein Ziel ist es dabei, durch kontrastive Untersuchungen, also durch Vergleiche zwischen den „Grammatiken“ verschiedener Sprachen, Einsichten in historische und systematische Zusammenhänge von Sprachen zu gewinnen und zu vermitteln.
- Ein zweites wesentliches Anliegen der Allgemeinen Sprachwissenschaft ist es, eine Theorie der menschlichen Sprachfähigkeit zu entwickeln, also die Frage zu beantworten, was den Menschen dazu befähigt, eine Muttersprache und weitere Sprachen zu erwerben und welche (biologischen, phylogenetischen, neurophysiologischen, kognitiven) Voraussetzungen das Erlernen, das Sprechen und das Verstehen ermöglichen.
- In einem dritten Bereich von Aufgaben geht es darum, über Sprache als Instrument der Kommunikation nachzudenken und die vielfältigen Verwendungsweisen von Sprache in der Kommunikation innerhalb einer Kultur und zwischen verschiedenen Kulturen zu erforschen und zu beschreiben. Solche Untersuchungen müssen nicht nur die – medial und konzeptionell – mündliche bzw. schriftliche Realisierung von Sprache mit einbeziehen, sondern immer auch nicht-sprachliche Mittel der Kommunikation wie Gestik und Mimik. Diese Forschungen zielen darauf ab, die Bedingungen zwischenmenschlicher Verständigung zu erkunden und gegebenenfalls zu verbessern.

- Ein viertes, relativ junges Aufgabengebiet besteht darin, Erkenntnisse der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft zu „implementieren“. Dabei geht es namentlich darum, entweder Aspekte menschlicher Sprachfähigkeit im Computer-Modell zu simulieren, oder darum, sprachwissenschaftliches Wissen eher anwendungsorientiert für die Bereiche der automatischen Sprachanalyse oder Sprachsynthese nutzbar zu machen.

Mit allen vier Aufgabenbereichen ist die Allgemeine Sprachwissenschaft ein Konvergenzpunkt für die einzelsprachlichen Philologien. Umgekehrt ist der Allgemeine Sprachwissenschaftler aber auch auf die enge Zusammenarbeit mit den Vertretern einer Vielzahl von Philologien angewiesen, nicht zuletzt solcher Disziplinen, deren Gegenstand relativ „exotische“ Sprachen sind. Nur im engen wechselseitigen Kontakt werden die Synergie-Möglichkeiten zwischen den Vertretern des Besonderen und des Allgemeinen fruchtbar; dies um so mehr, als der Allgemeine Sprachwissenschaftler selbst stets nur mit einer begrenzten Zahl von Sprachen arbeiten kann.

An den Universitäten der ehemaligen DDR waren – nach hoffnungsvollen Anfängen in den 50er Jahren – seit Ende der 60er Jahre sowohl die Allgemeine wie die historisch-vergleichende Sprachwissenschaft starken Behinderungen ausgesetzt. Die Kampagnen der Staatspartei gegen die „bürgerliche“ Linguistik betrafen nicht nur moderne Entwicklungen der Allgemeinen und der Theoretischen Sprachwissenschaft; die Gängelung wirkte sich vielmehr bis in die Sprachwissenschaften der einzelnen Philologien hinein aus, wo überdies in der Tendenz nur noch die Beschäftigung mit Sprache, Literatur und Kultur von „sozialistischen Brudervölkern“ gefördert wurde. Der Nachholbedarf im Bereich der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft ist also enorm.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

Die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft ist in den Planungen für die Universitäten der neuen Länder in unterschiedlichem Maße berücksichtigt. Für Greifswald und Rostock ist jeweils nur eine Professur für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft vorgesehen. In Jena soll neben der Allgemeinen Sprachwissenschaft auch die Indogermanistik wieder eingerichtet werden. An der Humboldt-Universität Berlin soll die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft innerhalb der Germanistik vertreten sein. In Halle ist ein Seminar für Sprachwissenschaft/Indogermanistik mit zwei Professuren geplant, von denen eine für Angewandte und Allgemeine Sprachwissenschaft vorgesehen ist.

Für Leipzig ist ein „Institut für Allgemeine und Angewandte Sprachwissenschaft“ mit drei Professuren (Allgemeine Sprachwissenschaft, Angewandte Sprachwissenschaft und Fachsprachenlinguistik) geplant. Für Dresden sind zwei Professuren (Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft, Angewandte Linguistik und Fachsprachenforschung) innerhalb des Instituts für Sprach- und Literaturwissenschaften vorgesehen.

hen. An der TU Chemnitz-Zwickau soll es drei Professuren geben: Fachsprachen und Fachsprachenvermittlung, Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft (unter Einbeziehung der Slawistik), Interkulturelle Kommunikation.

An der Universität Potsdam soll die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft einen profilierenden Schwerpunkt bilden und dazu mit sieben Professuren ausgestattet sein: Syntaxtheorie/Theoretische Morphologie, Semantiktheorie/Theorie des Lexikons, Phonetik/Phonologie, Spracherwerb, Sprachverarbeitung, Sprachtypologie und Sprachwandel, Historisch-vergleichende Grammatik.

c) Empfehlungen

Die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft sollte an allen großen Universitäten vertreten sein. Wegen des Umfangs, den das Fach inzwischen erreicht hat, sollte es überall durch *mindestens* zwei Professuren vertreten sein.

Die erste der beiden Professuren ist ein Lehrstuhl für Sprachtheorie und Sprachvergleich. Hier sollten der Aspekt des Vergleichs von Sprachen und die dazugehörigen Grammatiktheorien im Vordergrund stehen. Die natürlichen Gesprächspartner für diesen Lehrstuhl sind in erster Linie die Vertreter der Philologien. Das Aufgabengebiet der Professur kann den Bereich der Indogermanistik mit einschließen, sollte sich jedoch nicht in den Aufgaben der traditionellen Indogermanistik erschöpfen.

Der zweite der Lehrstühle, die überall einzurichten sind, ist eine Professur, die schwerpunktmäßig der sprachlichen Kommunikationswissenschaft gewidmet sein sollte. Hier bestehen Beziehungen zur Mentalitätsforschung, zur Ethnologie, Verhaltensforschung (Ethologie), Soziologie und Anthropologie.

An einigen Hochschulen sollte zu diesen zwei Professuren noch eine dritte hinzukommen oder alternativ zur zweiten eingerichtet werden, die dem Gebiet der Computerlinguistik dient, die sowohl als eher angewandte Disziplin als auch, parallel zu den theoretischen Aufgaben der Professur für Sprachtheorie und Sprachvergleich, als Theoretische Sprachwissenschaft bzw. Theoretische Linguistik betrieben werden kann.

Für alle genannten Lehrstühle können auch Beziehungen zur Biologie, zur Verhaltensforschung, Neurophysiologie, Psychologie, oder zur Kognitionswissenschaft förderlich sein.

Eine weitere Alternative, die zur besonderen Profilbildung einer Hochschule beitragen kann, ist ein Lehrstuhl für Fachsprachenforschung. Da ein großer Teil der Probleme, die sich bei der Produktion und der Rezeption fachsprachlicher Texte zeigen, nicht an Einzelsprachen gebunden ist, empfiehlt sich auch hier die Etablierung der übergreifenden Perspektive. Soll ein solcher Lehrstuhl seine volle Wirksamkeit entfalten, so

setzt dies freilich eine intensive Zusammenarbeit mit den einzelnen Sprach- und Literaturwissenschaften voraus.

Auch der zweite der Lehrstühle – sprachliche Kommunikationswissenschaft – kann, wenn er im Sinne einer kontrastiven Kommunikationsforschung aufgefaßt wird, zum Konvergenzpunkt für fächerübergreifende Forschungen werden. Dies gilt dann, wenn sprachwissenschaftliche Vertreter der einzelnen Philologien und Vertreter der sprachwissenschaftlichen Germanistik zusammen mit der kontrastiven Kommunikations- oder Sprachwissenschaft die Probleme bestimmen, die es den deutschen Schülern schwer machen, das adäquate sprachliche Verhalten in jeweils anderen Kulturen zu erlernen und wenn, wiederum gemeinsam, didaktisch gute Lösungen für solche Probleme erarbeitet werden.

Bei kleineren Universitäten kann der Aufbau sukzessive erfolgen. Dabei können die einzelnen Universitäten unterschiedliche Akzente setzen. Große Universitäten wie die Humboldt-Universität oder die Universität Leipzig sollten dagegen – wegen der Schlüsselfunktion der Allgemeinen Sprachwissenschaft für die einzelnen Philologien – von Anfang an zwei Professuren aus diesem Bereich einrichten.

Ähnlich wie im Falle der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft sollte auch für den Bereich der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft eine periodisch zu besetzende Gastprofessur eingerichtet werden. Eine einzige Gastprofessur sowohl für die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft wie für die Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft dürfte dabei ausreichen, wenn jedes Fach sie abwechselnd besetzen kann.

3.8. Kommunikations- und Medienwissenschaften

Fächer und Studiengänge, die der Verbreitung und der wachsenden sozialen, politischen und auch wirtschaftlichen Bedeutung der Kommunikationsmedien (Presse, Rundfunk, Television, Telefon, Plakate etc.) Rechnung tragen, sind an den Universitäten der alten Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten in verschiedener Größenordnung eingerichtet worden. In der DDR ist dagegen, nach sowjetischem Vorbild, die Journalistenausbildung an einer Universität, in Leipzig, konzentriert gewesen. Dort wird gegenwärtig ein verhältnismäßig groß dimensioniertes, kommunikationswissenschaftliches Institut vorbereitet, das Kommunikations- und Medienforschung und eine für Printmedien und für audiovisuelle Medien je spezifische Journalistenausbildung vorsieht. Ein besonderer Kontakt dieser Einrichtung zu dem „Institut für Kunst, Musik und Theaterwissenschaften“ wäre allerdings wünschenswert. Auch die Technische Universität Dresden plant die Einrichtung eines kommunikationswissenschaftlichen Instituts unter Erweiterung auf Medienwissenschaft mit besonderer Berücksichtigung moderner Kommunikationstechnologien.

Bei der Einrichtung von Kommunikationswissenschaften mit einer speziellen Journalistenausbildung ist nicht nur auf eine Mindestgröße von fünf Professuren für historische, systematische und empirische Kommunikationswissenschaft sowie für Print- und für audiovisuelle Medienwissenschaft zu achten, sondern auch darauf, daß sie nur an Universitäten mit hinreichend breitem sozial- und geisteswissenschaftlichem Fächerspektrum eingerichtet werden. Denn ein kommunikationswissenschaftliches Studium und insbesondere die Journalistenausbildung verlangen eine breite Auswahlmöglichkeit für ein Fachstudium in einem anderen Fach, da zur Ausübung publizistisch vermittelnder Tätigkeiten der Erwerb von Fachkenntnissen in einer kultur- oder auch naturwissenschaftlichen Disziplin gehört. Aus beiden Gründen: wegen der Mindestausstattung einer zeitgerechten Kommunikationswissenschaft in ihren verschiedenen Sparten und wegen der notwendigen Breite des kultur- und auch naturwissenschaftlichen Fächerspektrums an derselben Universität, ist ein großzügiger Ausbau an der Universität Leipzig und eine spezielle Berücksichtigung der Medientechnologie an den Technischen Universitäten bzw. Hochschulen, nicht jedoch an jeder Universität zu empfehlen. In Berlin, wo an der Freien Universität Kommunikationswissenschaften über einen eigenen Fachbereich verfügen, ist bei der Ausstattung der Humboldt-Universität mit diesen Fächern neben einer Berücksichtigung der Filmwissenschaft eine Koordination mit der Freien Universität wünschenswert. In Frage kommt in diesem Bereich auch eine interuniversitäre Einrichtung, die u. U. auch Potsdam einschließt – dies insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende Errichtung eines Berlin-Brandenburgischen Fernseh- und Rundfunkverbundes.

Da die Kommunikations- und Medienwissenschaften zwischen den Geistes- und den Sozialwissenschaften einzuordnen sind, und entsprechend Kontakte sowohl zu den Sprach-, Literatur und Kunstwissenschaften als auch zur Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft unterhalten müssen, und da auch ihr Anteil an der Berufsausbildung in den Gebieten Journalismus, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Medienmanagement entsprechend der allgemeinen Interessenahme an den Produkten dieser Arbeitsgebiete rasch zunimmt, ist bei der Einrichtung dieser Wissenschaften und ihrer Studiengänge eine überregionale Absprache und Planung auch zwischen den einzelnen Bundesländern, besonders wünschenswert.

3.9. Übersetzer- und Dolmetscher-Studiengänge

Für diese Studiengänge (bisher an den Universitäten Leipzig und Humboldt-Universität Berlin) bieten sich grundsätzlich zwei unterschiedliche Lösungen an: entweder organisatorische Einbindung in die Universität (wie bisher) oder aber Übergang an die Fachhochschule.

Qualität und internationales Ansehen der Abschlüsse – auch im Hinblick auf die Integration in Europa – lassen Vorteile für eine Einbindung

in die Universität erkennen; andererseits ist unverkennbar, daß die beiden Universitäten durch hohe Zahlen von Studenten in diesen Studiengängen sehr stark belastet würden.

Der Wissenschaftsrat hält beide Lösungen für denkbar, weist aber darauf hin, daß auch bei einem evtl. Übergang an eine Fachhochschule die hohe Qualität in der Ausbildung unbedingt gesichert bleiben muß. Dieses kann nur erreicht werden, wenn (in berufspraktischer wie theoretischer Hinsicht) qualifizierte Professoren berufen werden.

Inwieweit Doppel-Mitgliedschaften an Universität und Fachhochschule angestrebt werden, muß den lokalen und Qualifikations-Bedingungen überlassen bleiben.

4. „Kleine Fächer“

Vorbemerkung:

Unter der Bezeichnung „Kleine Fächer“ sind hier solche Disziplinen zusammengefaßt, die keine Schulfächer sind (wie Geschichte und die „Großen Philologien“) und keinen systematischen Anspruch vertreten (wie Philosophie, Soziologie). Sie werden hier grob in zwei Gruppen eingeteilt: *Gruppe 1* umfaßt Fächer, die eine bestimmte Dimension von Kultur zum Gegenstand haben: Kunstgeschichte, Musikwissenschaft, Theaterwissenschaft, Religionswissenschaft, Ethnologie resp. Kultur-anthropologie und Volkskunde sowie Archäologie (Klassische Archäologie, Ur- und Frühgeschichte). *Gruppe 2* umfaßt die Fächer, die sich mit außereuropäischen Sprachen und Kulturen beschäftigen, wie etwa die zahlreichen Orient- und Asienwissenschaften (von Ägyptologie und Hethitologie über Assyriologie, Turkologie, Islamwissenschaft, Semitistik, Indologie, Sinologie, Zentralasienkunde usw. bis Japanologie), dazu Indogermanistik, Afrikanistik, Altamerikanistik sowie die „Kleinen Philologien“ (die zwar [auch] europäisch, aber kein Schulfach sind) wie Judaistik, Byzantinistik, Neogräzistik, Mittel- und Neulatein, Baltistik, Finno-Ugristik, Nordistik.

a) Zur Situation der Fächer in der DDR

In der DDR sind im Zuge der Dritten Hochschulreform alle nicht gegenwartsbezogenen und im Hinblick auf die politischen Ziele des Regimes instrumentalisierbaren Fächer stark reduziert bis abgebaut worden. Davon waren alle historisch orientierten Fächer betroffen. Dafür wurden die gegenwartsbezogenen Fächer der Orient- und Asienwissenschaften und der Afrikanistik in Berlin und Leipzig in einem im Westen unbekanntem Umfang ausgebaut und differenziert. Die starke Vernachlässigung der Kunst-, Musik- und Theaterwissenschaften an den Universitäten wurde bis zu einem gewissen Grad dadurch ausgeglichen, daß diese Fächer an einzelnen Kunst-, Musik- und Theaterhochschulen vertreten

waren.²¹⁾ So bot die Theaterhochschule „Hans Otto“ in Leipzig in Verbindung mit dem an der Universität Leipzig zu studierenden zweiten Fach Kulturwissenschaft/Ästhetik einen eigenständigen Diplomstudiengang Theaterwissenschaften an. Dennoch blieben auch für diese Fächer erhebliche Defizite zu konstatieren. Bis 1945 war die Musikwissenschaft an allen Universitäten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vertreten. Mit Ablauf der 60er Jahre gab es einen eigenständigen Studiengang Musikwissenschaft nur noch an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie an den Universitäten Leipzig und Halle; an den übrigen Universitäten wurde lediglich noch eine Lehrerzusatzausbildung im Fach Musik angeboten. Kunstgeschichte konnte zuletzt nur an den Universitäten Berlin (Humboldt-Universität), Halle und Leipzig, Theaterwissenschaft nur an der Humboldt-Universität Berlin studiert werden.

Ähnlich war die Situation mit Blick auf Ethnologie und Volkskunde. Ethnologie bzw. „Ethnographie“, wie sich das Fach in Anlehnung an die sowjetische Wissenschaft nannte, gab es nur noch an der Humboldt-Universität zu Berlin und in Leipzig. Das Fach Volkskunde war in der DDR nur an der Humboldt-Universität zu Berlin vertreten, wobei selbst dort der Studienbetrieb nicht durchgängig, sondern durch mehrjährige Phasen unterbrochen war, in denen ausschließlich ein Fernstudium als Kursprogramm angeboten wurde.

Die Situation in Klassischer Archäologie, Ur- und Frühgeschichte und einem Teil der Fächer in Gruppe 2 war vergleichbar. Klassische Archäologie war nur in Halle und Jena, Ur- und Frühgeschichte in Halle, Jena und Leipzig als Studienfach zugelassen. Die klassischen Fächer der Orientalistik wurden weitgehend abgebaut. Assyriologie (mit Sumerologie, Hethitologie, Ugaritistik) gab es überhaupt nicht mehr, Sinologie nur in Leipzig, Indologie in Halle und Berlin (Humboldt-Universität). Dafür waren aber gegenwartsbezogene sprach- und landeskundliche Fächer an der HUB und an der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften in einer Differenziertheit vertreten, die im Westen ihresgleichen sucht. In Berlin betraf das die angebotenen Sprachen (Koreanistik, Mongolistik, Mandchuristik, Tibetologie usw.), in Leipzig den differenzierten sprach-, geschichts-, wirtschafts-, agrar- und politikwissenschaftlichen Zugang, alles mit eindeutig politisch-ideologischer Zweckbindung, entsprechend den ähnlich angelegten Regionalinstituten in Rostock (Lateinamerika) und Greifswald (Nordeuropa).

Gleichwohl gab es fraglos auch zu Zeiten der DDR herausragende wissenschaftliche Leistungen und besondere Stärken im Bereich der „Kleinen“ Fächer. So hat sich beispielsweise die Klassische Archäologie in Rostock (ohne dort als Studienfach studierbar zu sein) durch ihre Grabungen in Histria an der rumänischen Schwarzmeerküste hervorgetan, in Berlin hat die dortige Ägyptologie in Zusammenhang mit den bedeu-

21) Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen für die künftige Entwicklung der Kunst-, Musik- und Theaterhochschulen in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, in diesem Band, Teil I, S. 175 ff.

tenden Ausgrabungen in Mussawwarat es-Sufra einen Schwerpunkt Sudanarchäologie ausgebildet, der sich inzwischen zu einem eigenständigen und in Deutschland einzigartigen Fach entwickelt hat, in Leipzig hat sich die Ägyptologie, die dort auch ein bedeutendes Museum zu verwalten hat, auf hohem Niveau halten können und in Halle haben sich verschiedene Fächer zu einer „Sektion Orientarchäologie“ zusammengenigt, die eine Historische und Vergleichende Kunstgeschichte und Archäologie des Orients (von Algier bis Japan) anbietet.

Allgemein ist jede der sechs hier in Betracht stehenden Universitäten sowohl durch ältere Traditionen als auch aufgrund der Hochschulpolitik der ehemaligen DDR („Konzentration und Profilierung“) durch eine oder mehrere Besonderheiten geprägt, die nicht vollkommen nivelliert, sondern zum Ausgangspunkt sinnvoller Schwerpunktbildungen und Profilierungen gemacht werden sollten. Einzelheiten dazu finden sich in Teil C der Empfehlungen.

b) An den Hochschulen geplante Entwicklungen

In den für die verschiedenen Hochschulstandorte bislang entwickelten Planungen sind die Vorstellungen hinsichtlich der Auswahl und der jeweiligen organisatorischen Einbindung der „Kleinen Fächer“ unterschiedlich weit konkretisiert. Aus diesem Grund wie auch wegen der nahezu unübersehbaren Vielfalt der „Kleinen Fächer“ steht die folgende Beschreibung in besonderem Maße unter dem Vorbehalt einer bloß vorläufigen und insgesamt nur cursorisch möglichen Darstellung.

Gruppe 1

Klassische Archäologie, Ur- und Frühgeschichte, Byzantinistik, Neograzistik, Mittel- und Neulatein:

An allen Universitäten gibt es Pläne, diese und andere Altertumswissenschaften in eigenen Instituten zusammenzufassen, was vor allem aus bibliothekstechnischen Gründen ökonomische Vorteile hat. Die Strukturpläne für die Universitäten Rostock und Greifswald sehen vor, den Stellenbestand eines solchen Instituts auf die beiden Universitäten zu verteilen, um vorhandene Forschungstraditionen fortsetzen zu können. Daher soll Alte Geschichte in Rostock mit Schwerpunkt Griechische Geschichte, in Greifswald mit Schwerpunkt Römische Spätantike/Frühes Mittelalter betrieben werden. Die Fächer Ur- und Frühgeschichte und Klassische Archäologie sollen jeweils nur an einer der beiden Universitäten auf C4-Ebene, das jeweils andere Fach auf C3-Ebene vertreten sein.

An der Humboldt-Universität Berlin soll die Ur- und Frühgeschichte im Rahmen des geschichtswissenschaftlichen Fachbereichs mit zwei Professuren vertreten sein. Im übrigen sind 29 Professuren für Kunst- und Kulturwissenschaften vorgesehen, deren nähere Denomination den Unterlagen nicht zu entnehmen ist. In Halle und Jena waren die Altertumswissenschaften schon zu DDR-Zeiten angemessen vertreten.

Die Universität Halle plant fünf Professuren für Klassische Altertumswissenschaften, und zwar – neben Gräzistik, Latinistik und Alte Geschichte – je eine für Klassische Archäologie sowie Spät- und Mittel-latein.

In Leipzig hat die Klassische Archäologie eine sehr bedeutende Vasensammlung zu betreuen (11 000 Objekte), für die noch eine angemessene Aufstellung gefunden werden muß.

Geplant ist je eine Professur für Klassische Archäologie, Ur- und Frühgeschichte sowie Byzantinische und Neugriechische Philologie. In einer Ausbauphase soll eine weitere Professur für Klassische Archäologie hinzukommen.

Kunstgeschichte, Musikwissenschaft, Theaterwissenschaften, Religionswissenschaft, Ethnologie/Kulturanthropologie/Volkskunde:

Die Ethnologie soll in Leipzig einerseits ihre traditionellen Forschungsgebiete Nordafrika und Naher Osten beibehalten, andererseits eine Ausweitung in theoretischer wie praktischer Hinsicht erfahren. Die Religionswissenschaft soll mit zwei Professuren innerhalb des Instituts für Philosophie vertreten sein. Kunst-, Musik- und Theaterwissenschaften sollen in einem Institut mit insgesamt elf Professuren vertreten sein, die eng – zum Teil in Zweitmitgliedschaft mit den Hochschulen für Musik und Theater bzw. Grafik und Buchkunst – kooperieren sollen.

Musikwissenschaft und Kunstgeschichte sind ferner in Rostock, Greifswald, Potsdam, Halle, Jena und Dresden vorgesehen.

Wie in Leipzig soll die Religionswissenschaft auch in Potsdam im Rahmen der Philosophie angeboten werden. Für Dresden ist ein entsprechender Ausbau des Instituts für Philosophie geplant.

Gruppe 2

Orientalistik:

In Berlin stehen die geplanten Entwicklungen im Zeichen der Abstimmungsproblematik zwischen Humboldt-Universität und Freier Universität. Die derzeit wohl allgemein favorisierte Lösung sieht vor, die fernöstlichen Fächer (Indologie, Sinologie, Koreanistik, Mongolistik, Japanologie) an der Humboldt-Universität und die nahöstlichen Fächer (Ägyptologie, Assyriologie, Vorderasiatische Archäologie, Islamwissenschaft/Arabistik, Semitistik, Iranistik sowie Judaistik) an der Freien Universität zu konzentrieren. Offen ist die Zuordnung der Sudanarchäologie, die einerseits in den an der Humboldt-Universität geplanten Schwerpunkt Afrikanistik, andererseits zu der an der Freien Universität verankerten Ägyptologie gehört.

In Leipzig ist der Wiederaufbau der einst weltweit führenden, schon in der Nazi-Zeit demontierten Orientalistik geplant. Neben den beiden Professuren für Ägyptologie und Altorientalistik innerhalb des Instituts für Altertumswissenschaften soll es im Institut für Orientalistik und Afrika-

nistik Professuren für Arabistik und Orientalische Philologie mit Sprachgeschichte, Modernes Arabisch sowie Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft im Vorderen Orient geben. Die Afrikanistik soll mit vier weiteren Professuren für die Ethnologie, die Sprachen und Literaturen sowie die Geschichte Afrikas vertreten sein. Ferner ist für Leipzig die Einrichtung eines Ost- und Südasieninstituts mit zunächst fünf Professuren geplant: Sanskritistik und indische Altertumskunde, Klassische Sinologie, Moderne Sinologie/Gesellschaft und Wirtschaft Chinas, Moderne Japanologie/Gesellschaft und Wirtschaft Japans sowie Tibetologie/Altaistik. In der nächsten Ausbaustufe sollen Professuren für Moderne Indologie/Gesellschaft und Wirtschaft Indiens, Klassische Japanologie sowie Sprachen, Geschichte und Kulturen Südostasiens hinzukommen.

Halle plant neben Professuren für Judaistik und Indologie ein Seminar „Orientalische Archäologie und Kunst“. Die in Halle ausgezeichnet vertretene Arabistik (mit Ausrichtung auf Klassisches Arabisch) soll in Richtung Semitistik ausgeweitet werden. Besondere Bedeutung hat weiterhin die international hochangesehene Abteilung Sprachen des Orients Christianus.

In Jena gibt es Besonderheiten, die sonst an keiner Universität gegeben sind: die Kaukasiologie und die Indonesistik. Sie sollen weiterhin durch Professuren vertreten sein. Ferner soll in Verbindung mit der Hilprecht-Sammlung (sumerische Rollsiegel u. a.) ein altorientalisches Seminar eingerichtet werden. Darüber hinaus ist an die Einrichtung der Fächer Islamwissenschaft/Arabistik und Judaistik gedacht, ferner an den Aufbau eines Zentrums für Japan-Studien.

Sonstige Kleine Fächer:

In Greifswald soll das ehemalige Regionalinstitut Nordeuropa nach erheblichen Umstrukturierungen als inneruniversitäres Zentrum weitergeführt und z. T. ausgebaut werden. Vorgesehen sind drei Professuren für Nordische Philologie (Nordische Literaturwissenschaft, Nordische Sprachwissenschaft, Mediävistik und Historische Sprachwissenschaft) sowie eine Professur für Fennistik.

c) Empfehlungen

Allgemeines zu den Fächern der Gruppe 1

Kunstgeschichte, Musik- und Theaterwissenschaft:

Kunstgeschichte und Musikwissenschaft sollten an allen Universitätsorten studierbar sein. Die geographische, chronologische und typologische Ausdehnung machen das Fach Kunstgeschichte über die sachbezogene und die wissenschaftstheoretische Forschung hinaus für viele wissenschaftliche Disziplinen zur Bezugswissenschaft, insbesondere für Geschichte, Landeskunde, Landesgeschichte, Volkskunde, Ethnologie, Klassische Archäologie und alle Philologien. Hinzu kommt der reiche Bestand an Baudenkmalern und Kunstwerken in Mecklenburg-Vor-

pommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, der eine breite wissenschaftliche Forschung und Ausbildung in Kunstgeschichte als notwendig erscheinen läßt. Auch die zahlreichen kommunalen und staatlichen Museen und Kunstsammlungen erfordern eine wissenschaftliche Betreuung und Erschließung, die für das Fach Kunstgeschichte ein wichtiges Aufgabenfeld darstellen.

Vergleichbares gilt für die Musikwissenschaft. Auch ihr kommt eine wichtige Rolle bei der Integration zahlreicher Disziplinen wie bei der Pflege wertvoller musikgeschichtlicher Bestände in den neuen Ländern zu. Das Musikinstrumenten-Museum in Leipzig beispielsweise zählt zu den drei größten in der Bundesrepublik Deutschland, und die Universitätsbibliothek in Rostock zeichnet sich durch besonders wertvolle musikalische Quellen aus.

An jedem Universitätsort sollten Kunstgeschichte und Musikwissenschaft als selbständige Studiengänge angeboten werden. Falls diese Fächer an einem Ort auch als Kunst- und Musikhochschulen vertreten sind, empfiehlt der Wissenschaftsrat, kooperative Lösungen zu suchen, die zu einem institutionenübergreifenden Angebot von Studiengängen führen können. Auch sollten geographisch eng benachbarte Universitäten prüfen, inwieweit gemeinsame Studiengänge möglich und vorzusehen sind.

Auch die Theaterwissenschaft kann zu einer kulturwissenschaftlichen Öffnung der Philologien beitragen und eine wichtige Klammerfunktion für verschiedene geisteswissenschaftliche Fächer gewinnen. Gleichwohl kann bezweifelt werden, ob ein Ausbau wie in den alten Ländern sinnvoll ist. Die Theaterwissenschaft sollte aber auf jeden Fall da, wo sie bereits vorhanden ist – an der Humboldt-Universität Berlin und in Leipzig – erhalten bleiben und ausgebaut werden. Dabei sollte die theoretisch-philologisch-germanistische Orientierung der Theaterwissenschaft, wie sie in den alten Ländern üblich ist, vermieden werden und die in der ehemaligen DDR bewährte Praxisorientierung des Fachs (auch durch Zusammenarbeit mit Theaterhochschulen) erhalten bleiben. Ferner sollten Institute für Theaterwissenschaft möglichst einen Lehrstuhl für Filmwissenschaft einschließen und damit auch zu den Kommunikations- und Medienwissenschaften in nähere Verbindung treten. Deshalb ist mit einer Mindestausstattung von drei Lehrstühlen zu rechnen, die neben Berlin und Leipzig allerdings nur dort eingerichtet werden sollten, wo sie von Universitäten und Kunsthochschulen gemeinsam getragen werden können. Bei drei Lehrstühlen sollte einer besonders der Theatergeschichte, ein anderer der Allgemeinen Theaterwissenschaft und ein dritter der Filmwissenschaft zugerechnet werden.

Im gesamtdeutschen Bezug stellt die stärkere Berücksichtigung musikethnologischer Forschung und Lehre ein Desiderat dar. Dem steht eine zunehmende Nachfrage nach einem vermehrten Angebot musikethnologischer Lehrveranstaltungen gegenüber, die auf Dauer nicht nur durch Lehraufträge abzudecken ist. Durch Fortführung des Lehrstuhls für

Musikethnologie an der Humboldt-Universität sowie durch Neuausrichtung bestehender und Einrichtung neuer Stellen gerade auch in den neuen Ländern sollte die musikethnologische Forschung und Lehre erweitert werden.

Volkskunde/Ethnologie/Kulturanthropologie:

Die Volkskunde gilt als Bezugswissenschaft in den Geschichtswissenschaften, insbesondere in der Sozial- und Landesgeschichte, in den Kunst- und Kulturwissenschaften und in den Philologien, aus denen sie herausgewachsen ist. Darüber hinaus kommt der akademischen Volkskunde eine weitreichende kulturpolitische Bedeutung zu, die über die Zusammenarbeit mit Museen, Denkmalpflege etc. und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen weit hinausgeht und bis in den Bereich der öffentlichen Kulturarbeit hineinreicht, in dem zunehmend Arbeitsfelder für Volkskundler zu erwarten sind. Diese Akzentverlagerungen im Fach haben seit den 70er Jahren in den alten Bundesländern neben „Volkskunde“ zu den Fachbezeichnungen „Europäische Ethnologie“, „Empirische Kulturwissenschaft“ und „Kulturanthropologie und europäische Ethnologie“ geführt. Insgesamt hat sich das Fach von der Altertumsforschung hin zu kulturanalytischen Fragestellungen zur Alltagskultur orientiert. Ein regionaler Aspekt, vielfach historisch vertieft, mit einer Tendenz zur Konzentration auf untere bis mittlere Sozialschichten, bleibt leitend.

Neben kulturwissenschaftlichen Perspektiven in die Vergangenheit ist seit einiger Zeit besonders die Analyse der Veränderung in der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit in den Mittelpunkt gerückt. Dazu kommen Fragen der Kultur in der Freizeitgesellschaft, neue Bewegungen, die historische Muster aufnehmen, die Pluralisierung der Kultur, die Ethisierung der Regionen und die Probleme interkultureller Konfliktfelder. Die Ansätze in diesen Bereichen reflektieren neue Forschungsfelder des Faches und dürften in Zukunft an Gewicht gewinnen. Sie indizieren einen zusätzlichen Ausbildungsbedarf und weisen auf neue Berufsfelder hin, die von der Analyse gegenwärtiger Kulturformen her zu bestimmen sind: öffentliche Kulturarbeit in Museen, verschiedenen Medien, der Erwachsenenbildung und der Schule.

Auch Ethnologie und Kulturanthropologie zeichnen sich nicht zuletzt durch ihre komparatistische und theoriebildende Funktion im Zusammenhang kulturwissenschaftlicher Disziplinen aus. Ebenso hat die regional spezialisierte Ethnologie in jüngerer Zeit auch in außeruniversitären Berufsfeldern aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Politikberatung, Publizistik/Medien an Bedeutung gewonnen. Trotz der entsprechenden Größe, die das Fach in den alten Bundesländern daher erreicht, sind eine Reihe von Desideraten zu verzeichnen, so auf den Gebieten der kognitiven Anthropologie und der anthropologischen Linguistik, im Bereich der Anwendung quantitativer und statistischer Theorien und der Geschichte der Ethnologie. Hier könnte die Einrichtung der

beiden Fächer an den Universitäten in den neuen Ländern Abhilfe leisten.

Volkskunde/Ethnologie/Kulturanthropologie sollten möglichst überall zumindest mit einem der drei Fächer, an größeren Universitäten (Humboldt-Universität Berlin, Universität Leipzig) auch gemeinsam vertreten sein. Für geographisch eng benachbarte Universitäten ist die Möglichkeit der Konzentration solcher Fächer an einer Institution zu prüfen. In jedem Fall sollte jedoch darauf geachtet werden, daß in jedem der neuen Länder sowohl die Volkskunde als auch Ethnologie/Kulturanthropologie wenigstens an einer Universität vertreten ist.

Klassische Archäologie, Ur- und Frühgeschichte, Byzantinistik, Neogräzistik, Mittel- und Neulatein:

Die Klassische Archäologie ist nicht nur als Wissenschaft der materiellen Hinterlassenschaft der griechischen und römischen Antike (Kunst, Gebrauchsgegenstände, Architektur, Topographie etc.) von großer Bedeutung. Sie stellt vielmehr eine wesentliche Ergänzung von Alter Geschichte und Klassischer Philologie dar. Die Kenntnis ihrer Methoden und Ergebnisse ist für ein sinnvolles Arbeiten in diesen Fächern unbedingt vorauszusetzen. Die altertumswissenschaftlichen Studiengänge schreiben deswegen in der Regel auch den Besuch archäologischer Veranstaltungen vor.

In der Regel sollte deswegen die Klassische Archäologie an den Universitäten mit voll ausgebauter Klassischer Philologie and Alter Geschichte vertreten sein.

Für die Bibliothek (sowie die Gliederung in Institute) ist auf die Ausführungen zur Klassischen Philologie (II.B.3.1) zu verweisen.

Für die Ur- und Frühgeschichte, die sich mit der materiellen Kultur vom Paläolithikum bis zum Mittelalter Europas (und potentiell anderer Kulturen der Welt) befaßt, gilt Entsprechendes. Sie behandelt die frühesten Epochen der europäischen Geschichte. Sie wird zunehmend wichtig als Ergänzung der Mediävistik (Mittelalterarchäologie), wobei gegenüber der Klassischen Archäologie ein gewisser Nachholbedarf besteht.

Archäologie und Ur- und Frühgeschichte sind darüber hinaus zuständig für Sammlungen (Leipziger Vasensammlung mit 11 000 Objekten; ur- und frühgeschichtliche Sammlungen in Greifswald, Halle und Jena). Sie lehren Grabungstechnik, arbeiten oft mit Naturwissenschaft zusammen bei Verfahren der Alters- und Herkunftsbestimmung (Dendrochronologie, Radiokarbon, Thermolumineszenz) oder Projekten wie Paläoklimatologie, Limnologie usw. Ur- und Frühgeschichte kümmert sich auch in Form von Rettungsarchäologie und Denkmalpflege um die regionalen „Bodenschätze“, wobei sich je nach Art der anfallenden Funde besondere Schwerpunkte herausgebildet haben (z. B. mittelalterliche Stadtkernforschung in Greifswald, Neolithikum in Halle, Bronzezeit in Jena). Auch aus diesem Grund sollte es in jedem der neuen Länder an einer Universität vertreten sein.

Byzantinistik und Neogräzistik, Mittel- und Neulatein werden in Deutschland notorisch zu wenig betrieben. Es ist deswegen dringend zu empfehlen, daß diese Fächer mindestens einmal in den neuen Ländern vertreten sind (außer Berlin, wo Byzantinistik/Neogräzistik sowie Mittel- und Neulatein an der Freien Universität gelehrt werden).

Religionswissenschaft:

Religionswissenschaft gehört zu den vergleichenden und theoriebildenden Disziplinen und ist daher geeignet, integrierend zu wirken und eine Vielzahl spezialisierter Kulturwissenschaften in gemeinsamen Fragestellungen zusammenzufassen. Das Fach hat traditionellerweise seinen Schwerpunkt in einer der großen nichtchristlichen Religionen, zum Beispiel Islam (Leipzig), Buddhismus (Bonn, Marburg), Iran (FU Berlin), Hinduismus und griechisch-römische Antike (Tübingen), antikes Judentum, Islam (Bremen). Die Institutionalisierung interdisziplinärer Zusammenarbeit in Studiengängen und Forschungszentren für Vergleichende Religionswissenschaft ist jedoch noch weitgehend Desiderat. Hier bieten sich in den neuen Ländern – vor allem in Berlin, Leipzig, Halle und Jena – Möglichkeiten, anknüpfend an örtliche Schwerpunkte religionswissenschaftliche Zusammenarbeit aufzubauen, die nicht ungenutzt bleiben sollten.

Allgemeines zu den „Kleinen Fächern“ im engeren Sinn (Gruppe 2)

Als „Kleine Fächer“ werden in der Regel diejenigen Fächer bezeichnet, die traditionellerweise nur ihren eigenen Nachwuchs ausbilden und nicht in außeruniversitäre Berufe weiterführen. Zu „Orientalistik“ zusammengefaßte Fächer (Ägyptologie, Assyriologie, Sumerologie, Hethitologie, Westsemitische Sprachen und Kulturen, Vorderasiatische Archäologie, Islamwissenschaft, Kaukasiologie, Indonesistik, Koreanistik, Sinologie, Tibetologie, Mongolistik, Altaistik, Mandschuristik, Japanologie und anderes mehr) sowie die Fächer, die sich der Erforschung bestimmter außerorientalischer Sprachen und Sprachgruppen widmen wie z. B. Finno-Ugristik, Baltistik, Afrikanistik, usw. Dazu kommen Fächer wie Byzantinistik, Neogräzistik, Judaistik, Mittel- und Neulatein, die zwischen Spätantike und Renaissance bzw. zwischen dem christlichen Abendland und dem Osten die Brücke schlagen. Die ursprünglichen Sprachwissenschaften haben sich fast durchweg zu Kulturwissenschaften ausgeweitet. Sie basieren zwar sämtlich auf dem Studium einer oder mehrerer orientalischer Sprachen, meist im Zusammenhang mit einem (oder mehreren spezifischen Schriftsystemen), beschäftigen sich aber nicht mehr allein mit der Entzifferung und grammatisch-lexikalischen Erschließung von Texten, sondern widmen sich der Rekonstruktion der durch sie sowie durch archäologische Funde usw. zugänglichen kulturellen Welten in allen ihren Aspekten wie Geschichte, Recht, Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Technik, Sprache, Literatur, Religion, Philosophie, Kunst, Archäologie. Sie sind daher Kulturwissenschaften im Sinne einer integralen Erforschung von Kultur. Das macht sie in zunehmendem Umfang zu Bezugswissenschaften für Fächer, die sich auf einzelne sol-

cher kulturellen Dimensionen spezialisieren wie Literaturwissenschaft, Kunstgeschichte, Rechtsgeschichte, Religionswissenschaft, Wirtschaftsgeschichte, Politische Wissenschaft usw. Je deutlicher sich Fragestellungen einer allgemeinen Kulturtheorie, Vergleichenden Religionswissenschaft, Kulturanthropologie und Historischen Anthropologie als transdisziplinäre Schwerpunkte herausbilden und in Zentren interdisziplinärer Zusammenarbeit organisieren, desto größer wird das Interesse an denjenigen Fächern, die es mit integralen Kulturen zu tun haben.

Die wirtschaftliche Vernetzung der Staatenwelt führt in verschiedenen Sparten des Berufslebens zu einem neuen Bedarf an „interkultureller Kompetenz“, wie ihn gerade die „Kleinen Fächer“ vermitteln. Daher weisen vielerorts Fächer wie Sinologie, Japanologie, Islamwissenschaft bzw. Arabistik wie auch die Ethnologie wesentlich höhere Studentenzahlen auf als zum Beispiel Klassische Philologie. Diese Tendenz wird sich noch verstärken.

Diese Entwicklung gilt zwar vor allem für diejenigen Fächer, die sich mit den modernen Verhältnissen außereuropäischer Länder und Kulturen beschäftigen (eine besondere Stärke der Humboldt-Universität und der Universität Leipzig). Aber auch das Interesse an den alten Sprachen und Kulturen der außereuropäischen Welt hat in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen. Trotzdem ist es schon im Hinblick auf die beschränkten Berufsmöglichkeiten sinnvoll, „Kleine Fächer“ nur in Auswahl und nur an einigen der in Frage stehenden Universitäten anzusiedeln. Sie sind daher ganz besonders geeignet, zur „ortstypischen Aura“ einer Universität beizutragen. In den alten Ländern stoßen Versuche, einzelne solcher Fächer in integrative Formen der Lehre (Lehrverbund, Graduiertenkolleg) oder Forschung zusammenzufassen, vielfach immer noch auf Mißtrauen und Unverständnis, und werden auch durch die Kapazitätsverordnungen stark behindert. An den neuen Universitäten der neuen Länder sollten solche Fehlentwicklungen vermieden und fächerübergreifende Kooperationsformen gefördert werden. Dabei gilt es aber zu berücksichtigen, daß diese Fächer erst einmal einen Prozeß der internen Reorganisation durchmachen müssen, bevor sie in fächerübergreifende Strukturen integriert werden können. Aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit herrscht an den Universitäten der neuen Länder derzeit das Bestreben vor, nach der Überintegration im DDR-Regime zunächst zur Disziplinarität zurückzufinden, um sich später auf Interdisziplinarität einstellen zu können.

Dieser Wunsch sollte respektiert, die überfachliche Zusammenarbeit jedoch gleichwohl durch geeignete Maßnahmen gefördert werden. Gerade für die „Kleinen Fächer“ erscheint eine Integration in fächer-/fachbereichsübergreifende Organisationsformen wie zum Beispiel inneruniversitäre Zentren als besonders wichtig. Sie könnten dadurch einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die innovativen und positiven Aspekte der ehemaligen DDR-Regionalinstitute und -studien („area-studies“) unter Einbezug anderer als nur philosophischer Fächer weiterzuführen.

Einen verstärkten Ausbau verdienen die zwischen Antike und Neuzeit sowie zwischen den verschiedenen kulturellen Zentren des Mittelalters vermittelnden Fächer wie Byzantinistik, Osmanistik, Judaistik und Neogräzistik. Der geschichtlichen Verflechtung des europäischen Mittelalters mit Byzanz und mit der islamischen Welt kann die einseitige Beschäftigung mit den lateinischen und nationalsprachlichen Traditionen nicht gerecht werden.

Auf die jeweils sinnvolle Auswahl der an den einzelnen Universitäten einzurichtenden „Kleinen Fächer“ kann im einzelnen erst in Teil II.C. der Empfehlungen eingegangen werden. An dieser Stelle seien lediglich jene Fächer angesprochen, deren Einrichtung an (mindestens) einer Universität wichtige Defizite im Bereich der „Kleinen Fächer“ beheben könnte. Die folgende Liste nennt also nur neueinzurichtende oder besonders auszubauende Fächer:

- Turkologie: Dieses Fach ist, gemessen an seiner Bedeutung, an der deutschen Tradition auf diesem Gebiet und an dem hohen Stellenwert der in der Berliner Turfansammlung bearbeiteten Materialien in der gegenwärtigen deutschen Universitätslandschaft erheblich unterrepräsentiert. Hier gilt es, bestehende Kontakte zur russischen und sonstigen östlichen Forschung zu nutzen, sowie an bestehende ethnoarchäologische Projekte in Zentralasien und am Schwarzen Meer anzuschließen.
- Iranistik: Für Iranistik gilt entsprechendes wie für Turkologie. Die ehemals große deutsche Tradition auf diesem Gebiet droht endgültig abzureißen. Zu erwägen wäre die Einrichtung einer Religionswissenschaft mit Schwerpunkt Iranistik in Halle, die eine integrierende Funktion in bezug auf die im interdisziplinären Zentrum für Orientarchäologie kooperierenden Fächer ausüben könnte.
- Judaistik: Dieses als selbständige Disziplin in Deutschland überhaupt erst nach 1945 entstandene Fach ist, gemessen an der Bedeutung des Judentums sowohl an sich als auch im Rahmen der deutschen Vergangenheit, noch immer an deutschen Universitäten erheblich unterrepräsentiert (voll ausgebaut als Institut mit Lehrstuhl, Mitarbeitern, Bibliothek nur in Berlin (FU), Köln und Frankfurt).
- Japanologie: Durch die weltwirtschaftlichen Verflechtungen hat der ostasiatische Raum und ganz besonders Japan eine Bedeutung gewonnen, die eine ständig wachsende Nachfrage nach dem Fach Japanologie zur Folge hat.
- Koreanistik: Die Pflege dieses Faches verdankt sich den guten politischen Beziehungen der ehemaligen DDR zu den sozialistischen „Bruderländern“ und führte zur Ausbildung von im Westen kaum vorhandenen und erhaltenswerten Kompetenzen.

In jedem der genannten Bereiche könnte bereits die Einrichtung einer zusätzlichen Professur – etwa auch in Form von Stiftungslehrstühlen – einen großen Zugewinn bedeuten. Hinsichtlich der personellen *Normal-*

ausstattung gelten für jedes Fach beider Fächergruppen die generellen Ausführungen von II.A.3. Das heißt, daß für jedes Fach, das als Hauptfach geführt wird, zwei Professuren (C4/C3) vorgesehen werden sollten, um das für ein Hauptfach erforderliche Lehrangebot von durchschnittlich 14 bis 18 SWS realisieren zu können.

Wo ein Fach nur an einem Studiengang mitwirkt ohne eigenen Studienabschluß, z. B. durch Vermittlung notwendiger Sprachkenntnisse für das Studium der vorderasiatischen Archäologie, kann es ggf. genügen, dieses Fach nur durch einen Lektor, einen wissenschaftlichen Mitarbeiter bzw. einen Lehrbeauftragten zu vertreten.

II.C. Einzelne Länder und Hochschulen

Eine tragfähige, differenzierte und leistungsfähige Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften an den Hochschulen setzt voraus, daß die Um- und Neustrukturierung nicht allein in Orientierung an den Einzelfächern geschieht, sondern vor allem auch mit Blick auf günstige Bedingungen für deren Kooperation. In Kapitel II.B. wurde unter der erstgenannten Perspektive ausgeführt“ welche Rahmenbedingungen für eine angemessene Vertretung der einzelnen Disziplinen gegeben sein müssen, darunter nicht zuletzt die personelle Ausstattung. Die dabei erfolgte Unterscheidung zwischen Mindest- und Normalausstattung benennt Aufbaustufen, da eine sofortige Einrichtung aller Professuren, die für eine, gemessen an den wissenschaftlichen Standards, „normale“ Funktionsfähigkeit der universitären Forschung und Lehre notwendig sind, nicht immer möglich sein wird. Der Wissenschaftsrat betont, daß die in einem ersten Schritt anzustrebende Mindestausstattung in keinem Fall schon genügen kann und daher durchgängig die angegebene Normalausstattung die mittelfristig maßgebliche Richtgröße darstellt.

Im folgenden wird eine mögliche Stufenfolge für die Einrichtung der empfohlenen Schwerpunkte bzw. der dafür notwendigen ergänzenden Professuren nicht immer ausdrücklich angegeben. Dennoch ist klar, daß gerade die folgenden Empfehlungen vielfach mittelfristigen Charakter haben. Bei den Entscheidungen, welche Schwerpunkte in welchen Zeiträumen auf- bzw. ausgebaut werden sollen, ist eine sinnvolle Abstimmung zwischen den Hochschulen und Ländern anzustreben.

Ziel der folgenden regionalspezifischen Vorschläge ist es, durch Angaben von besonderen Akzenten innerhalb der einzelnen Fächer, insbesondere aber von fächerübergreifenden Schwerpunkten, Möglichkeiten aufzuzeigen, um sowohl aus den einzelnen Fächern heraus als auch durch interdisziplinäre Verknüpfungen das innovative Potential der Geisteswissenschaften zu stärken. Dazu wird es – quer zu der in Kapitel II.B. nur aus darstellungstechnischen Gründen dominierenden Einzelfachperspektive – vor allem auf die Kooperation zwischen den Fächern und Fachgebieten ankommen, die nicht zuletzt erlauben sollte, auch

und gerade solchen Fragerichtungen einen institutionellen Rückhalt zu geben, die zwischen den traditionellen Fächern angesiedelt sind.

Ein besonderer Abstimmungsbedarf besteht schließlich auch in Hochschulregionen wie Berlin/Potsdam sowie Leipzig/Halle und Rostock/Greifswald, wo es auf Grund von Bevölkerungszahl und historischen Bedingungen gerechtfertigt ist, mehrere Universitäten auf engem Raum nebeneinander zu erhalten. Um so größer ist hier der Abstimmungsbedarf, um die Einrichtung überflüssiger Kapazitäten zu verhindern (Sparsamkeit), um optimale Wahlmöglichkeiten für die Studierenden zu schaffen (Konkurrenz) und um Gewinne aus der Zusammenarbeit zu ziehen. (Synergie).

Der Wissenschaftsrat begrüßt die Bemühungen der Landeshochschulstrukturkommissionen, entsprechende Abstimmungen zu erreichen, und empfiehlt die Fortsetzung dieser Arbeit. Allerdings ist die Abstimmung in der bisherigen Planung noch zu wenig erreicht worden. Dies gilt vor allem für die Abstimmung über die Landesgrenzen hinweg, z. B. zwischen Berlin und Brandenburg im Hinblick auf die Hochschulregion Berlin/Potsdam. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, in solchen Fällen folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Im Falle der „Kleinen Fächer“ (zumindest derer, die in Abschnitt II.B.4. als „Gruppe 2“ zusammengefaßt werden) bedarf es der Rechtfertigung durch besondere Gründe, wenn sie an mehr als einer Universität einer solchen Hochschulregion angesiedelt werden. Grundsätzlich ist Konzentration an einem Standort anzustreben, wobei die Übernahme von Serviceaufgaben für die übrigen Universitäten notwendig ist.

2. In der Regel werden Disziplinen – vor allem die „größeren“ Fächer mit Aufgaben in der Lehrerbildung – an mehreren Standorten vertreten sein. In diesen Fällen ist Komplementarität in den fachlichen Schwerpunktsetzungen anzustreben.

3. Wo gleiche Disziplinen an mehreren Standorten bzw. Disziplinen mit komplementärer Ausrichtung in größerer räumlicher Nähe angesiedelt sind, ist die Einrichtung von dauerhaften interuniversitären Kooperationsformen dringend zu empfehlen. Zu denken ist an gemeinsame Arbeitsstellen, die hochschulübergreifende Einrichtung von Graduiertenkollegs, gemeinsame Forschungsschwerpunkte, Sonderforschungsbereiche und dergleichen, die gemeinsame Beteiligung an Programmen wie Erasmus und Tempus, das Zusammenwirken in der Lehre bei Prüfungen und bei der Benutzung der Bibliotheken.

4. Die fünf vom Wissenschaftsrat in Berlin und Potsdam empfohlenen und dort bereits gegründeten geisteswissenschaftlichen Zentren sind besonders geeignete Institutionen für die interuniversitäre Koordination geisteswissenschaftlicher Forschung.

5. Ein besonderer Abstimmungsbedarf besteht gegenwärtig bei der Realisierung des HEP/WIP-Programms. Die Integration der den Hochschulen zugewiesenen Wissenschaftler ist bisher zumeist nicht gelungen.

Einzelne Hochschulen sind dadurch überfordert, denn die Transferströme betreffen bisher vor allem einzelne Standorte (vor allem Humboldt-Universität und Potsdam). Die Einbindung in bestehende außeruniversitäre Forschungsinstitutionen und der Transfer in Hochschulen der alten Bundesländer sollten im Rahmen des HEP/WIP-Programms ermöglicht und die Integration an den neuen Standorten durch besondere Organisationsanstrengungen gewährleistet werden. Eine zeitliche Verlängerung des HEP/WIP-Programms und der Integrationsfristen ist notwendig.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, institutionelle Vorkehrungen zu schaffen, um die notwendige Abstimmung in den Hochschulregionen herbeizuführen, sofern diese mehrere Länder einbeziehen und insofern über den Kompetenzbereich der einzelnen Landeshochschulstrukturkommissionen hinausgehen. Ferner bittet der Wissenschaftsrat die Länder, geeignete Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß interuniversitäre Kooperationen in der Lehre über die Ländergrenzen hinweg möglich werden.

Die folgenden Vorschläge sind vor dem Hintergrund der vorstehenden allgemeinen Ausführungen zu sehen. Sie versuchen, aus überregionaler Perspektive Anregungen zu geben für bestimmte Schwerpunktbildungen, die im einzelnen „vor Ort“ konkretisiert werden müssen und häufig nur mittelfristig realisierbar sein werden. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und verzichten bewußt darauf, für jeden Hochschulstandort auf alle Fächer einzugehen. Unbeschadet der vorangehenden Angaben zur Mindestausstattung der Fächer wollen sie – darüber hinausgehend – zu ortsspezifischer Profilbildung anregen und eine angemessene Verteilung von Schwerpunkten fördern.

1. Berlin

Entsprechend der in Kapitel I.1. dargelegten Anlage dieser Empfehlungen stehen die folgenden Vorschläge zur Humboldt-Universität Berlin unter dem Vorbehalt einer erst in einem späteren Arbeitsschritt zu leistenden detaillierteren Bestandsaufnahme und vergleichenden Betrachtung der Geisteswissenschaften an allen Berliner Universitäten.

Trotz der vor Gericht erfolgreich angefochtenen Abwicklung des vormaligen Fachbereichs Geschichte und des vormaligen Instituts für Philosophie geht der Neuaufbau dieser Fächer an der Humboldt-Universität zügig voran. Für eine angemessene Balance zwischen Neuberufungen und Weiterbeschäftigung ist Sorge zu tragen (vgl. Kapitel II.A.3.). Die ausgeschriebenen Professuren lassen in beiden Fächern ein künftiges Profil erkennen, das nicht nur deren Grunderfordernissen, sondern auch der besonderen Bedeutung und Tradition dieser Fächer in Berlin Rechnung trägt. Für die vorgesehenen philosophischen Professuren für Cognitive Science und Technikfolgenabschätzung empfiehlt sich eine enge Kooperation mit der Technischen Universität Berlin. Der Wissenschaftsrat begrüßt, daß in der Philosophie ein besonderer institutioneller Schwerpunkt entstehen soll, der zugleich enge Kooperationsbeziehungen zum

neu errichteten „Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie“ ermöglicht. Die wünschenswerte möglichst enge Verknüpfung dieses Zentrums mit den korrespondierenden Fächern an den Berliner Universitäten wird auch im Fach Geschichte durch eine eigene Professur für Wissenschaftsgeschichte berücksichtigt.

Beim Aufbau der Forschungs- und Lehrschwerpunkte im Fach Geschichte ist auf die Kooperation der Zeithistorie (bes. der DDR) mit dem in Potsdam entstehenden Zentrum für zeithistorische Studien hinzuwirken. In Teilbereichen, die an der Humboldt-Universität wie an der Freien Universität (z. T. auch an der Technischen Universität) stark ausgebaut sind bzw. werden, ist die interuniversitäre Kooperation zu institutionalisieren. Dies gilt z. B. für die Sozialgeschichte in Verbindung zu den historisch orientierten Sozialwissenschaften. Im übrigen wird empfohlen, dafür Sorge zu tragen, daß international vergleichende Fragestellungen innerhalb der verschiedenen Teilgebiete gebührend zur Geltung kommen. Der vorgesehene Ausbau der historischen Dimension der Asien- und Afrikawissenschaften bietet hierfür eine gute Gelegenheit.

Empfohlen wird ferner – bezogen auf Gesamtberlin – ein Forschungs- und Studienschwerpunkt „Alte Welt“ unter Einschluß von Alt-Syrien, Israel, Ägypten, Kleinasien, Sudan, Mesopotamien und Persien inklusive der entsprechenden Sprachen und Schriften. Ein solches nach Osten erweitertes Konzept von „Alter Geschichte“ entspricht dem z. B. in den USA und in Israel praktizierten Verständnis des Faches und würde die Einbindung einer Reihe von Forschergruppen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften in den Lehrbetrieb ermöglichen. Längerfristig wäre die Ergänzung um eine Professur für Christlichen Orient wünschenswert.

In den „Kleinen Fächern“ der Geisteswissenschaften, zu denen die Landeshochschulstrukturkommission Berlin eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet hat, besteht wegen deren vielfältiger Interdependenzen untereinander und mit anderen Fächern sowie wegen der großen Vielfalt dieser Fächer an den drei Berliner Universitäten eine kaum zu überschauende Lage. Trotz des unbestreitbar großen Umstrukturierungs- und Rekonstituierungsbedarfs in diesen Fächern an der Humboldt-Universität muß hier deshalb von konkreten Vorschlägen für Art, Umfang und Ausrichtung dieser Fächer abgesehen werden. Unbeschadet der dafür notwendigen weiteren Abstimmungen erscheint dem Wissenschaftsrat allerdings die Fortführung und Konsolidierung der Fächer Sudanarchäologie mit Ägyptologie, Finno-Ugristik (unter Berücksichtigung der Potentiale des ehemaligen Zentralinstituts für Sprachwissenschaft), Iranistik, Koreanistik und Turkologie an der Humboldt-Universität als empfehlenswert.

Die Weiterführung und der Ausbau der Volkskunde/europäischen Ethnologie (neben und in Verbindung mit der hier auch vertretenen „empirischen Kulturwissenschaft“) an der Humboldt-Universität sind zu begrüßen, zumal hier auf erfolgreichen Traditionen der Humboldt-Univer-

sität aufgebaut werden kann und eine entsprechende Schwerpunktsetzung an den anderen Universitäten der Berliner Hochschulregion fehlt.

Die Landeshochschulstrukturkommission Berlin hat im Oktober 1991 Vorschläge zur Weiterentwicklung der Philologien an allen drei Berliner Universitäten vorgelegt. Darin hat sie sich dafür ausgesprochen, die großen Philologien und die Klassische Philologie an der Humboldt-Universität in voller Breite anzubieten, da sie zum Grundbestand des Fächerkanons gehören und als Kombinationsfächer unentbehrlich sind. Der Wissenschaftsrat begrüßt den Vorschlag, die Klassische Philologie an der Humboldt-Universität möglichst unter Nutzung von entsprechenden Potentialen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (insbesondere des früheren Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie), die vom Wissenschaftsrat positiv bewertet worden sind, auszubauen.

Für eine Konsolidierung und Stärkung der Germanistik an der Humboldt-Universität hat der Neuaufbau des bisher vernachlässigten Bereiches „Deutsche Sprache und Literatur des Mittelalters“ (Mediävistik) oberste Priorität. Die Neuere Literaturwissenschaft sollte um einen Lehrstuhl mit besonderer Berücksichtigung der neuen Medien ergänzt werden. In der germanistischen Sprachwissenschaft sollte neben der funktionalen auch die generative Grammatik ausgebaut werden.

Weiterhin bieten sich besondere Bibliotheks- und Archivbestände dazu an, in Berlin je einen Lehrstuhl für Kinder- und Jugendliteratur sowie für das literarische Leben Berlins vorzusehen. Deutsch als Fremdsprache sollte in Koordination mit der kleineren Einrichtung an der Freien Universität an der Humboldt-Universität ausgebaut werden. Während die Niederlandistik künftig an der Freien Universität zentriert sein sollte, erscheint ein Ausbau der Bereiche Nordistik/Skandinavistik im Zusammenhang mit der geplanten Einrichtung eines Nordeuropa-Instituts an der Humboldt-Universität sinnvoll.

Mittelfristig sollte auch die Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Humboldt-Universität vertreten sein. Bevor dort ein förmlicher Studiengang dafür eingerichtet werden kann, sollte für die notwendigen Vorarbeiten und für ein entsprechendes Lehrangebot das an dem vom Wissenschaftsrat empfohlenen Zentrum für Literaturforschung vorhandene Potential genutzt werden. In dieser Vorbereitungsphase sollte in Absprache mit dem Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft der Freien Universität Berlin ein Konzept entwickelt werden, das die Schwerpunkte des an der Humboldt-Universität einzurichtenden Studiengangs definiert und die jeweilige Profilierung der komparatistischen Lehre und Forschung an den beiden Hochschulen (ggf. unter Einbeziehung auch der Universität Potsdam) aufeinander abstimmt.

Ferner empfiehlt es sich, die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft als selbständigen Schwerpunkt einzurichten. Entsprechend den lokalen Gegebenheiten und Ressourcen könnte dabei ein besonde-

rer Akzent auf den Bereich der Theoretischen und der Computerlinguistik incl. automatische Übersetzung liegen. Wegen der bündelnden Wirkung für die einzelnen – in Berlin insgesamt stark vertretenen – Philologien sollten aber die anderen Schwerpunkte – sprachliche Kommunikationswissenschaft, Sprachtheorie und Sprachvergleich, Fachsprachenforschung, Kontrastive Sprachwissenschaft – ebenfalls vorhanden sein. Auf diese Weise könnte die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft an der Humboldt-Universität zu einem effektiven Konvergenzpunkt für die vielen – z. T. in Deutschland äußerst seltenen – an ihr vertretenen Philologien werden. Dazu ist allerdings dringend davon abzuraten, sie, wie es die Planungen vorsehen, der dortigen Germanistik zu subsumieren. Gerade in einer von der Germanistik unabhängigen Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft in dem oben unter II.B.3.7. beschriebenen Sinne ergäbe sich eine einmalige Chance der Profilierung gegenüber der Freien Universität Berlin. Diese Chance ist um so größer, als das interuniversitäre „Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft, Sprachtypologie und Universalienforschung“ seine Arbeit in unmittelbarer Nähe zur Humboldt-Universität aufgenommen hat und optimale Möglichkeiten zu fruchtbarer Kooperation bietet. -

Unter Gesichtspunkten einer überregionalen Koordination unterschiedlicher Schwerpunkte innerhalb der einzelnen Fächer und im Sinne der angestrebten kulturwissenschaftlichen Öffnung der Geisteswissenschaften, die z. B. in Form regionalwissenschaftlicher Forschungen und Lehre erfolgen kann, erscheint die geplante Gründung eines interdisziplinären Großbritannien-Institutes an der Humboldt-Universität als empfehlenswert, zumal die dafür benötigten Potentiale unterschiedlicher Fachgebiete an den drei Berliner Universitäten gesichert scheinen und das Vorhaben Unterstützung auch aus Großbritannien genießt. Eine sehr enge Verknüpfung zwischen dem Großbritannien-Institut und der Anglistik an der Humboldt-Universität ist dringend erwünscht.

Abschließende Vorschläge für künftige Forschungs- und Lehrschwerpunkte in der Slawistik an der Humboldt-Universität sind – abgesehen von der generellen Empfehlung, an der Humboldt-Universität vorwiegend die neueren slawischen Sprachen und Literaturen mit Schwerpunkt Russisch zu erforschen und zu lehren – derzeit noch nicht hinreichend zu begründen. Dazu bedarf es einer genaueren Kenntnis der künftigen Struktur des Faches an den beiden übrigen Berliner Universitäten sowie an der neugegründeten Universität Potsdam. Der Wissenschaftsrat geht jedoch davon aus, daß an der Humboldt-Universität alle relevanten Bereiche der Slawistik incl. Übersetzungswissenschaften durch Professuren abgedeckt sind.

In der Romanistik sollten alle drei Kernbereiche (Gallo-, Ibero- und Italo-Romania) an der Humboldt-Universität vertreten sein. Zur Profilbildung gegenüber der Freien Universität empfiehlt sich eine Schwerpunktbildung innerhalb der Bereiche der Lusophonie, der gesamten Frankophonie (Afrika, Nordamerika, Karibik), der Luso-Kreolsprachen (ggf. der gesamten Kreolsprachen) und des Rumänischen.

2. Brandenburg

Das Land Brandenburg, in dem bis dahin nur vier kleinere selbständige Hochschulen (Pädagogische Hochschule Potsdam, Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften Potsdam, Hochschule für Bauwesen Cottbus) gelegen waren, hat im Sommer 1991 drei neue Universitäten gegründet: die Technische Universität Cottbus, die Europa-Universität Frankfurt/Oder und die Universität Potsdam. Die Universität Potsdam ist bereits in das Hochschulverzeichnis in der Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz aufgenommen. Zu den Aufnahmeanträgen für die Universitäten Cottbus und Frankfurt/Oder wird der Wissenschaftsrat gesondert Stellung nehmen.

An allen drei Standorten, insbesondere in Potsdam, sind geisteswissenschaftliche Fächer/Fachbereiche vorgesehen. An der Europa-Universität Frankfurt/Oder wird die Einrichtung einer kulturwissenschaftlichen Fakultät geplant, die – soweit derzeit erkennbar – vom traditionellen Aufbau abweichen wird, um die Geistes- und Sozialwissenschaften wie auch die geisteswissenschaftlichen Disziplinen untereinander enger als in der Regel üblich miteinander zu verschränken. Die vom Land bereits genehmigte Fakultät „Philosophie und Sozialwissenschaften“ der Technischen Universität Cottbus soll primär Serviceaufgaben für ingenieurwissenschaftliche Studiengänge übernehmen, jedoch keine eigenständigen Studienangebote führen. Im Hinblick auf die noch zu erarbeitenden Stellungnahmen zu Cottbus und Frankfurt/Oder werden an dieser Stelle jedoch keine Empfehlungen ausgesprochen. Für die Universität Potsdam gibt der Wissenschaftsrat folgende Anregungen:

Die Geisteswissenschaften an der Universität Potsdam sollen nach den Vorstellungen des Gründungssenats, der Strukturkommission und der Brandenburgischen Landeskommision zur Planung der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ihr besonderes Profil durch Schwerpunktbildungen in den Bereichen der Geschichtswissenschaft, der Philologien und der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft erhalten. Dabei wird durchweg der Versuch propagiert, eine spezifisch kulturgeschichtliche Akzentuierung zu erreichen und daher insbesondere Fragestellungen zu fördern, die quer zu den traditionellen Facheinteilungen stehen. Dazu sollen fakultätsübergreifende Anknüpfungspunkte nicht nur zwischen den in den Philosophischen Fakultäten I und II zusammengefaßten Fächern, sondern auch zu denen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen wie auch der Juristischen Fakultät gesucht werden.

Der Wissenschaftsrat begrüßt diese Perspektive im Grundsatz, kritisiert jedoch, daß es zu dessen genauerer Ausgestaltung bislang noch zu kaum einer Abstimmung mit Berlin gekommen ist. Diese ist um so dringlicher, als die angestrebte personelle Ausstattung vermutlich nur schrittweise wird erreicht werden können.

In Geschichte ist ein Schwerpunkt Brandenburg-Preußische Geschichte geplant. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates sollte dies unterstützt werden. Insbesondere die sehr gute Archivlandschaft in Potsdam läßt ein solches Vorhaben als aussichtsreich erscheinen. Abstimmung und Kooperationen mit Berliner Einrichtungen sollten angestrebt werden.

Ferner ist im Rahmen der geschichtswissenschaftlichen Fakultät ein Schwerpunkt Deutsch-Jüdische Geschichte vorgesehen, in Zusammenarbeit mit einem neuen Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Geschichte. Der Wissenschaftsrat nimmt dazu zum derzeitigen Zeitpunkt nicht abschließend Stellung. Jedoch ist bereits jetzt darauf hinzuweisen, daß die Realisierung eines solchen Schwerpunkts auch das Angebot einer Sprachausbildung in Hebräisch, nach Möglichkeit auch Jiddisch voraussetzt. Um dies zu gewährleisten, wie auch zur sonstigen genaueren Ausgestaltung eines solchen Schwerpunkts empfiehlt sich eine enge Abstimmung mit den auf diesem Gebiet im Hochschulraum Berlin-Potsdam bereits bestehenden Schwerpunkten, etwa dem Institut für Judaistik an der Freien Universität sowie dem Schwerpunkt für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin.

Ein dritter Schwerpunkt soll in der Erforschung der Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der ehemaligen DDR liegen. Hierzu wird eine enge Kooperation mit dem Zentrum für zeit-historische Studien durch gemeinsame Berufungen sowie die Einbindung der am Zentrum tätigen Wissenschaftler in die Lehre angestrebt. Der Wissenschaftsrat unterstützt diese Bestrebungen ebenso wie das Vorhaben, eine Arbeitsgruppe „Ostelbische Gutsherrschaft“ der Max-Planck-Gesellschaft einzurichten.

In den Philologien läßt die geplante Fachstruktur nach Auffassung des Wissenschaftsrates noch nicht die Querverbindungen erkennen, die für die angestrebte innovative Ausrichtung der Sprach- und Literaturwissenschaften wünschenswert ist. Statt eines Nebeneinanders der einzelnen Nationalphilologien sollte ein Verbund derselben das Ziel sein, in den auch der dritte geplante Schwerpunkt, Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft, einbezogen wird. Durch entsprechend enge Kooperation könnten die Sprach- und Literaturwissenschaften in Potsdam ein Profil gewinnen, das sie trotz des bereits reichhaltigen Angebots der Berliner Hochschulen zu einer interessanten Alternative oder Ergänzung macht.

Beispielsweise bietet sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Romanistik und der Anglistik, in der auch speziell eine anglistische Amerikanistik geplant ist, an. Dazu sollte in der Romanistik der Bereich „Lateinamerika“, eingeschlossen die Hispanophonie Nordamerikas, stärker als vorgesehen, vertreten und mit dem Bereich „Frankophonie Nordamerikas“ (Kanada, Louisiana, Karibik) verknüpft werden. In der Romanistischen Sprachwissenschaft sollte die Didaktik – zusammen mit Vertretern der Deutschen, der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft und der Pädagogik – in der kooperativen Variante realisiert

werden (vgl. II.A.4., das dritte der drei genannten Modelle). Ferner sollten die jeweils in der Anglistik und in der Romanistik geplanten Professuren für „Angewandte Sprachwissenschaft“, die in der Romanistik geplante Professur für „Interkulturelle Kommunikation“ und eine der germanistisch-sprachwissenschaftlichen Professuren – unter Einsparung von zwei Stellen – als Professur für „Kontrastive Sprachwissenschaft“ und für sprachliche „Kommunikationswissenschaft“ in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Philologien realisiert werden. Entsprechende Stellen für Fachdidaktik könnten so, was die Sprachwissenschaft angeht, in der Anglistik und Romanistik anders besetzt werden.

Der geplante Bohemistik-Schwerpunkt innerhalb der Westslawistik verdient es, hervorgehoben zu werden.

Sollte der starke Ausbau der Allgemeinen Sprachwissenschaft ansonsten im vorgesehenen Umfang verwirklicht werden können, so wären die Schwerpunkte in Phonologie/Phonetik, in Psycholinguistik (Sprachverarbeitung) und auf dem Gebiet „Sprachtypologie/Sprachwandel“ in der deutschen Forschungslandschaft besonders interessant.

Des weiteren liegt es bei der Ausstattung der Philologien in Potsdam und insbesondere auch im Blick auf die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft nahe, zumindest bei einer Professur die Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft zu berücksichtigen. Nicht zuletzt medienkomparatistische Ansätze wären dabei von besonderem Wert.

3. Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige der fünf neuen Länder mit zwei alten klassischen Universitäten, die in den Geisteswissenschaften über ein nahezu identisches Fächerspektrum verfügen. Gleichzeitig ist Mecklenburg-Vorpommern unter den neuen Ländern sowohl das bevölkerungsärmste als auch in einer finanziell besonders schwierigen Situation. Der Wissenschaftsrat unterstützt die Absicht, dennoch beide Hochschulstandorte aufrecht zu erhalten. Dazu ist es in besonderem Maße notwendig, nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Geisteswissenschaften an den beiden Universitäten Greifswald und Rostock in Art und Ausrichtung der dort jeweils geführten Fächer so aufeinander abgestimmt werden können, daß angesichts knapper Ressourcen an beiden Orten die für eine erfolgreiche Arbeit in Lehre und Forschung jeweils notwendige kritische Masse gesichert werden kann.

Ferner erscheint es dringlich, zu weitgehende Überschneidungen in den Fachgebieten oder Schwerpunkten, die an den beiden Universitäten gepflegt werden, zu vermeiden. Beim derzeitigen Stand der Planungen erkennt der Wissenschaftsrat hier entsprechend dem Grundsatz, daß ein tragfähiger Ausbau einer begrenzten Anzahl von Fächern den Vorzug vor dem Bestreben verdient, an allen Standorten gleichzeitig ein möglichst vollständiges Fächerspektrum aufzubauen, noch erheblichen Abstimmungsbedarf.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die geplante Verteilung der Altertumswissenschaften auf die Universitäten Rostock und Greifswald, die – anstatt überall alles in gleicher Dichte anzubieten – die Schwerpunkte in Rostock auf das Griechische, in Greifswald auf das Lateinische setzt. In Rostock wurde die Klassische Archäologie, die bereits in der Vergangenheit einige international beachtete wissenschaftliche Aktivitäten entwickelt hat (Histria-Grabung an der rumänischen Schwarzmeerküste, internationale Tagungen), zum Kristallisationspunkt des Wiederaufbaus, in Greifswald gilt Entsprechendes für die Ur- und Frühgeschichte mit ihrem Schwerpunkt in der Mittelalter-Archäologie und Stadtkernforschung. Die Fächer Ur- und Frühgeschichte sowie Klassische Archäologie sollten zunächst nur an jeweils einer der beiden Universitäten vertreten sein.

Im Vergleich der beiden Standorte bietet Greifswald bessere Anknüpfungsmöglichkeiten für die Bildung besonderer – auch fachübergreifender – Schwerpunkte in den Geisteswissenschaften als die Universität Rostock. Der Wissenschaftsrat regt an, an der Universität Greifswald ein „Interdisziplinäres Zentrum für Nordistik/Baltistik“ zu errichten. Mit diesem Zentrum sollte eine enge Kooperation der sprach- und literaturwissenschaftlichen Fächer (Nordistik einschließlich Skandinavistik, Baltistik als Nachbardisziplin der Slawistik und Allgemeine Sprachwissenschaft – jedoch ohne Finno-Ugristik) mit den Fächern Geschichte, Volkskunde, Kunstgeschichte sowie Ur- und Frühgeschichte ermöglicht werden.

Diese regionale Ausrichtung auf Nordeuropa sollte auch die ortstypischen Schwerpunkte in den letztgenannten Fächern bestimmen. Über den allgemeinen personellen Grundbedarf hinaus empfiehlt der Wissenschaftsrat daher für die Geschichte an der Universität Greifswald einen Schwerpunkt „Nordeuropäische Geschichte/Hanseforschung“, für die Kunstgeschichte einen Schwerpunkt zur Kunstgeschichte des Ostseeraumes, für die Slawistik einen polonistischen Schwerpunkt.

Auch das Fach Ur- und Frühgeschichte könnte mit seinen bisher schon entwickelten interessanten Ansätzen zur Mittelalterarchäologie und Stadtkernforschung an diesem Zentrum für Nordistik/Baltistik mitwirken.

Als möglicher fachübergreifender Schwerpunkt der Germanistik an der Universität Greifswald bieten sich Forschungen zur Verflechtung und Interdependenz der Literaturen Nordeuropas und Deutschlands an, gegebenenfalls speziell am Beispiel der ins Deutsche übersetzten Literaturen aus dieser Region.

In der Romanistik sollte der zweite Schwerpunkt neben der Galloromania in der Itoloromania liegen.

Ein kompletter Neuaufbau ist im Bereich der Klassischen Philologie erforderlich.

Ferner sollte ein Lehrstuhl für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft (im Sinne von Sprachtheorie und Sprachvergleich) eingerichtet werden. Die für „interkulturelle Kommunikation“ vorgesehene Stelle sollte als Lehrstuhl für sprachliche Kommunikationswissenschaft ausgebracht werden und – wie die vorgesehene Fachsprachenforschung – in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Philologien realisiert werden. Im Rahmen der geplanten Angewandten Sprachwissenschaft wird die Berücksichtigung kontrastiver Fragestellungen empfohlen, durch die im Verein mit der Pädagogik/Psychologie, den Philologien und der sprachwissenschaftlichen Germanistik die sprachwissenschaftliche Fachdidaktik mitgestaltet wird.

Die bereits erfolgten Ausschreibungen für Professuren in der Philosophie tragen den Grunderfordernissen des Faches Rechnung, wobei sich über die allgemeine Grundlagenorientierung der Philosophie hinaus in Greifswald eine stärker geisteswissenschaftliche Ausrichtung des Faches anbietet.

An der Universität Rostock war das Profil der Geisteswissenschaften in der Vergangenheit maßgeblich geprägt durch die Sektion für Lateinamerika-Wissenschaften, die von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns wegen ihrer einseitigen politischen Ausrichtung auf die Interessen Kubas und kommunistischer Befreiungsbewegungen zum Jahresende 1990 gemäß Artikel 13 Abs. 1 des Einigungsvertrages abgewickelt worden ist. Unter der Voraussetzung einer stärkeren Profilierung von Greifswald auf die Geisteswissenschaften und von Rostock auf naturwissenschaftlich-technische Disziplinen bieten sich für die Entwicklung eines künftigen Profils der Geisteswissenschaften an der Universität Rostock grundsätzlich zwei Möglichkeiten an:

Erstens: Die Universität Rostock ist die einzige klassische Universität in den neuen Ländern, an der auch eine Technische Fakultät besteht. Nach einer Entscheidung des Landes vom Januar 1992 sollen – Empfehlungen des Wissenschaftsrates folgend – die universitären Ingenieurwissenschaften in Mecklenburg-Vorpommern künftig an der Universität Rostock konzentriert und die bisherige Technische Hochschule Wismar künftig als Fachhochschule fortgeführt werden. Dieser Sachverhalt läßt es als erwägenswert erscheinen, besondere Schwerpunkte in den Geisteswissenschaften in der Behandlung von Fragen der Technikentwicklung und Technologiefolgenabschätzung zu suchen, z. B. durch eine Professur für Technikgeschichte im Fach Geschichte und durch eine stärker natur- und ingenieurwissenschaftliche Ausrichtung der Philosophie.

Die zweite Möglichkeit für die Bildung einer „ortstypischen Aura“ der Geisteswissenschaften an der Universität Rostock liegt – auch im Hinblick auf die bestehenden Pläne – in der Errichtung eines neuen „Interdisziplinären Zentrums zur Erforschung der indigenen Kulturen Amerikas“, das in der Bundesrepublik Deutschland einzigartig wäre. In einem solchen Zentrum könnten Romanistik (durch einen entsprechenden Schwerpunkt auf Iberische und Iberoamerikanische Literaturen), Angli-

stik (durch einen entsprechenden Schwerpunkt Amerikanistik) und Geschichte (durch einen Schwerpunkt Amerikanische und Iberoamerikanische Geschichte) zusammenwirken. Ein solches Zentrum böte ferner einen geeigneten Rahmen, in Rostock das Fach Ethnologie/Kultur-anthropologie mit den Schwerpunkten Indianische Stammeskulturen und Präkolumbianische Archäologie aufzubauen.

In der Phase der Neuordnung dürfte die Universität Rostock mit dem Aufbau eines solchen „altamerikanisch“ ausgerichteten Zentrums finanziell überfordert sein. Im Hinblick auf einen späteren Ausbau wird daher die Einrichtung dieses Schwerpunktes auf mittlere bis längere Sicht empfohlen.

Auch das Fach Ethnologie sollte demgemäß erst in einer zweiten Aufbauphase eingerichtet werden. Gleiches gilt für die Volkskunde und Kunstgeschichte. Musikwissenschaft dagegen ist – ähnlich wie die Indogermanistik – an der Universität Rostock bereits prominent vertreten und sollte daher weiter gepflegt werden.

In der Romanistik könnte der zweite Schwerpunkt neben der Galloromania die Iberoromania sein. Eine Profilierung im Bereich „Lateinamerika“ sollte dann erfolgen, wenn das vorgeschlagene Zentrum für die Erforschung der indigenen Kulturen Nord-, Mittel- und Südamerikas realisiert wird.

Dabei kann in der romanistischen Lateinamerika-Forschung nach der Abwicklung der entsprechenden Sektion nur ein völliger Neuanfang in Frage kommen.

Die Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft könnte traditionsgemäß mit einem indogermanistischen Schwerpunkt betrieben werden. Dabei sollte jedoch darauf geachtet werden, daß die Indogermanistik auch im Kontext nicht-indogermanischer Sprachen erscheint. Die geplante Angewandte Sprachwissenschaft sollte im Verein mit den Philologien als eine kontrastive Sprachwissenschaft konzipiert werden, in der die besonderen Schwierigkeiten berücksichtigt werden, die deutsche Lernende mit romanischen, slawischen etc. Sprachen haben. Auf diese Weise kann Sprachdidaktik sinnvoll in Zusammenarbeit mit den Philologien betrieben werden. Die im Bereich der Germanistik geplante Professur für Textlinguistik könnte mehr als nur germanistischen Belangen dienen. Gegen die Übersetzungswissenschaft als einen Rostocker Schwerpunkt bestehen keine Bedenken.

4. Sachsen

Mit knapp 5 Mio Einwohnern und 13 Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen ist Sachsen das bevölkerungs- und zugleich hochschulreichste neue Bundesland. Bei einem starken Übergewicht der Ingenieurwissenschaften und Technischen Hochschulen gibt es aber im Freistaat Sachsen mit Leipzig nur eine einzige klassische Universität, die al-

lerdings zu Zeiten der DDR nach der Humboldt-Universität Berlin das zweite Zentrum der Geisteswissenschaften darstellte.

Im März 1992 wurde ein Hochschulstrukturgesetz für den Freistaat Sachsen verabschiedet. Danach ist vorgesehen, die bisher nur ingenieur- und naturwissenschaftliche Fächer führende Technische Universität Dresden um Geistes- und Sozialwissenschaften zu ergänzen und sie – teilweise auch im Zuge der Integration der örtlichen Pädagogischen Hochschule – zu einer vollausgebauten Universität zu erweitern. Im Zusammenhang mit der Eingliederung der bisher selbständigen Pädagogischen Hochschule Zwickau in die Technische Universität Chemnitz soll auch deren Fächerspektrum um ausgewählte Geistes- und Sozialwissenschaften ergänzt werden.

Zentrum der Geisteswissenschaften im Freistaat Sachsen wird auch künftig die Universität Leipzig sein. Diese verfügte schon während der letzten Jahrzehnte über ein außerordentlich reiches Spektrum von teilweise sehr breit ausgebauten geisteswissenschaftlichen Fächern, an deren örtliche Traditionen und auch jüngsthin noch bestehende Stärken die Neuorientierung und Umstrukturierung der Geisteswissenschaften anzuknüpfen hat.

Als Schwerpunkte des Faches Philosophie an der Universität Leipzig empfiehlt der Wissenschaftsrat Logik sowie Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte, wobei letztere in enge Verbindung mit den Arbeiten am Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften gebracht werden sollte.

Anknüpfend an starke Traditionen (zum Teil unter dem Namen „Kultur- und Universalgeschichte“) soll an der Universität Leipzig der Geschichtswissenschaft besonderes Gewicht eingeräumt werden, über die Mindestausstattung hinaus. Dabei soll neben der Landesgeschichte die Vergleichende Geschichtswissenschaft (Komparatistik) ein profilbildendes Element darstellen. Dafür empfiehlt der Wissenschaftsrat als wünschenswerte regionale Schwerpunkte Westeuropäische Geschichte, Iberoamerikanische Geschichte, Geschichte des Vorderen Orients (in Kooperation mit anderen Fachgebieten) und Geschichte Afrikas. Im Interesse einer engeren Verbindung der Universität Leipzig mit dem dortigen „Zentrum für die Geschichte und Kultur Ost-Mitteleuropas“ sollte darüber hinaus in jedem Fall auch eine Professur für Ost-/Südosteuropäische Geschichte vorgesehen werden. Den Leipziger Traditionen entsprechend sollte der Sozialgeschichte – bzw. der Sozial- und Kulturgeschichte – besonders Rechnung getragen werden. Dazu wird die Einrichtung einer eigenständigen Professur für Sozialgeschichte (neben einer Professur für Wirtschaftsgeschichte, statt in Verschmelzung mit ihr) empfohlen. Überdies wird empfohlen, eine Professur für Theorie und Geschichte der Geschichtswissenschaft einzurichten, die ansonsten an den Universitäten der neuen Bundesländer ganz fehlen würde (auch an der Humboldt-Universität Berlin nicht vorgesehen ist) und gerade nach dem tiefen Umbruch in der Geschichtswissenschaft seit 1989 im Bereich

der ehemaligen DDR besondere Aufgaben hat. Hierfür könnte die Einwerbung einer Stiftungsprofessur erwogen werden.

In der Germanistik besitzt die Sprachwissenschaft einen traditionellen Schwerpunkt in der breiten Ausfächerung von Studien zur Gegenwartssprache und in der Dialektologie; beides sollte hier, in Verbindung mit einer gut auszubauenden Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft, weiter gepflegt werden. In der Literaturwissenschaft empfiehlt es sich nicht, eine Aufteilung der Arbeitsgebiete in der neueren deutschsprachigen Literatur nach Nationalitäten als Lehrstuhlbezeichnungen fortzuführen. Dagegen sollte die Kinder- und Jugendliteratur durch einen eigenen Lehrstuhl vertreten sein. Komplementär zur Wiedererrichtung der einzelnen Philologien sollte die Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft mittelfristig zu einem Hauptfach entwickelt und dazu mit mindestens zwei Lehrstühlen ausgestattet werden.

Für die Romanistik und Anglistik an der Universität Leipzig werden regionale Schwerpunkte als spezielles Profil empfohlen, das eine fruchtbare Vernetzung verschiedener Fächer und eine fachübergreifende Zusammenarbeit ermöglichen soll. In der Anglistik sollte dazu das Spezialgebiet „Anglophone Afrikanistik“ vorgesehen werden. Erforderlich dafür ist, daß die für den weiteren Ausbau vorgemerkte Professur für englischsprachige „Außereuropäische Literaturen“ tatsächlich eingerichtet wird und eine Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für „Afrikanische Sprachen und Literaturen“ erfolgt. Von Seiten der Romanistik sollte dieser Schwerpunkt durch das Fachgebiet „Frankophonie/Lusophonie in Afrika“ verstärkt werden.

In der Romanistik sollten die Gallo-, die Italo- und die Iberoromania vertreten sein. Auch der in den Planungsunterlagen nicht vorgesehene Schwerpunkt „Lateinamerika“ sollte an einer Universität dieser Größe nicht fehlen (allerdings nicht nur auf Kuba beschränkt). Zur Profilbildung könnten neben Luso- und Frankophonie – wie sie sich in Zusammenarbeit mit dem genannten anglistischen Schwerpunkt empfehlen – die romanischen Kreolsprachen insgesamt sowie das Rumänische dienen. In der Sprachwissenschaft gibt es für diese Bereiche z.T. gute Grundlagen, während die romanistische Literaturwissenschaft weitgehend erst aufgebaut werden muß.

Die sprachwissenschaftliche Fachdidaktik sollte nach dem kooperativen Modell (vgl. II.A.4., dritte Variante) – unter Einbeziehung von Germanistik, Allgemeiner und Vergleichender Sprachwissenschaft sowie Pädagogik/Psychologie – auf der Grundlage der Ergebnisse der kontrastiven deutsch-romanischen Sprachwissenschaft gestaltet werden.

Für die Leipziger Slawistik empfiehlt der Wissenschaftsrat einen über die Grunderfordernisse deutlich hinausgehenden Ausbau, der sich in seinen Schwerpunkten auch an den Arbeiten des neuen „Zentrums für die Geschichte und Kultur Ost-Mitteleuropas“ orientieren sollte. Neben der Sorabistik, die in Kooperation mit dem Sorbischen Institut e.V. in Bautzen weitergeführt werden sollte, empfiehlt der Wissenschaftsrat als

Schwerpunkte die Ukrainistik/Weißrussistik sowie gegebenenfalls auch südslawische Sprachen. Innovative und zugleich traditionsreiche Elemente würden ferner Translationslinguistik und die Fachsprachenforschung darstellen.

Konsolidierungs- und ausbaubedürftig ist auch die Klassische Philologie, für die sich als sinnvolle Erweiterungen bzw. Besonderheiten Neogräzistik und/oder Mittel- und Neulateinische Philologie anbieten.

Die Planungen der Sächsischen Hochschulstrukturkommission sind, soweit sie, wie in Dresden, eine Einbettung der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft in die Sprach- und Literaturwissenschaften vorsehen, zu begrüßen. Wegen der kulturwissenschaftlichen Breite Leipzigs sollte der Bereich der Allgemeinen und Vergleichenden Sprachwissenschaft relativ gut ausgebaut sein. So ist auch wegen des Ost- und Südasiens-Schwerpunkts eine Professur für „Sanskritistik und indische Altertumskunde“ durchaus angebracht.

Was die „Kleinen Fächer“ innerhalb der Geisteswissenschaften angeht, empfiehlt der Wissenschaftsrat, an der Universität Leipzig einerseits an die dortige Tradition der Altorientalistik wiederanzuknüpfen und andererseits die in Deutschland in dieser Differenziertheit einzigartige Beschäftigung mit dem modernen Orient inklusive Afrika in veränderter Form weiterzuführen. Dabei sind auch islamisches Recht und die Literatur islamischer Kulturen angemessen zu berücksichtigen. Auf dem Gebiet der Altorientalistik, (d. h. Assyriologie als eine Professur, plus ergänzende Ausrichtung – Sumerologie, oder Ugaristik, oder Hethitologie – als weitere Professur), Ägyptologie (Professur vorhanden), Indologie (zweite Professur erforderlich) sollte Leipzig die sinnvolle philologische Ergänzung zu Halle bilden, wo der Schwerpunkt auf der Archäologie und Kunstgeschichte der entsprechenden Kulturen und Epochen liegt. Das Fach Arabistik soll seinen Schwerpunkt im modernen Arabisch behalten, aber um eine Professur für Klassisches Arabisch ergänzt werden.

Für wünschenswert hält der Wissenschaftsrat ferner die Einrichtung eines Faches Zentralasienkunde, das in enger Verbindung mit den bereits vorhandenen Fächern Indologie und Sinologie zur Entwicklung eines Asienzentrums beitragen könnte.

Für die Kunstgeschichte an der Universität Leipzig empfiehlt der Wissenschaftsrat die besondere Berücksichtigung der Denkmalpflege, durch die auch die kunsthistorische Ausbildung ein besonderes Profil erhalten könnte.

Leipzig war die einzige Universität der DDR, die das Fach Außereuropäische Ethnologie/Völkerkunde führte. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, es nach einer notwendigen Neuorientierung in einer über die Grunderfordernisse hinausgehenden Ausstattung fortzuführen und auf die regionalen Schwerpunkte Afrika und Zentralasien auszurichten.

Als besonderes fächerübergreifendes Profil der Geisteswissenschaften an der Universität Leipzig und als integrierenden Rahmen für die fächerübergreifende Zusammenarbeit empfiehlt der Wissenschaftsrat die Bildung eines „Interdisziplinären Zentrums für Vergleichende Religionswissenschaft“. Es sollte seinen Schwerpunkt in der Islamwissenschaft haben. Hier könnten Religionsgeschichte, Religionssoziologie und Religionsphilosophie, altorientalische Fächer, Fächer des modernen Orients und afrikanische Regionalstudien zusammenwirken, um die spezifisch religionswissenschaftlichen Aspekte der interkulturellen Kontakte und Konflikte in Geschichte und Gegenwart zu bearbeiten.

Gemäß dem Landeshochschulstrukturgesetz für den Freistaat Sachsen sowie den Empfehlungen der Sächsischen Hochschulkommission soll die Technische Universität Dresden im Zuge ihrer Erweiterung zur voll ausgebauten Universität um geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer ergänzt werden. Dazu ist die Einrichtung zweier Fakultäten vorgesehen, in denen die Geisteswissenschaften in Form von Philosophie, Geschichts- und Sozialwissenschaften einerseits und Sprach-, Literatur- und Kunstwissenschaften andererseits zusammengefaßt sind. In einer dritten Fakultät sollen psychologische und pädagogische Disziplinen zusammengefaßt sein.

Entsprechend der bisherigen natur- und technikwissenschaftlichen Ausrichtung der TU Dresden empfiehlt es sich, für profilbildende Schwerpunktsetzungen in den geisteswissenschaftlichen Fächern insbesondere Aufgaben im Bereich der Erforschung der technischen Kultur vorzusehen. Der Wissenschaftsrat begrüßt daher die Bestrebungen, Professuren für Technikphilosophie und Technikgeschichte einzurichten und gegebenenfalls in Form eines Forschungskollegs oder Zentrums kooperativ zu organisieren. Ebenso findet die geplante Schwerpunktsetzung in der Fachsprachenforschung Unterstützung.

Soweit die Planungen erkennen lassen, wird die personelle Ausstattung in den Sprach- und Literaturwissenschaften nicht die Höhe der in Teil II.B.3. genannten Mindestausstattungen erreichen. Der Wissenschaftsrat hält dies vor dem Hintergrund der empfohlenen Profilbildung zunächst für angemessen und empfiehlt in den weiteren Planungen auch eine Berücksichtigung der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft, die die Einzelphilologien in Lehre und Forschung unterstützen und bei einer Ausrichtung auf Medienkomparatistik die technikorientierte Profilbildung der Geisteswissenschaften an der TU Dresden verstärken könnte.

Kunst- und Musikgeschichte sollen zu einem großen Teil in Kooperation mit der Kunst- bzw. Musikhochschule vertreten werden. Der Wissenschaftsrat unterstützt diese Bemühungen.

Für die Technische Universität Chemnitz-Zwickau ist die Einrichtung einer Philosophischen Fakultät geplant, an der – aus dem Bereich der hier behandelten Geisteswissenschaften – die Fächer Philosophie, Geschichte, Musik sowie Sprach- und Literaturwissenschaften vertreten

sein sollen. Hierzu gilt das oben in Abschnitt II.A.1. zu den geisteswissenschaftlichen Fächern an Technischen Hochschulen Gesagte.

5. Sachsen-Anhalt

Auch in Sachsen-Anhalt ist die seit längerem vorbereitete Neustrukturierung der Hochschullandschaft noch nicht abgeschlossen. Zwischen der Pädagogischen Hochschule Halle/Köthen und der Universität Halle besteht bezüglich der Lehrerbildung ein Kooperationsangebot; über eine eventuelle Integration in die Universität Halle ist noch nicht endgültig entschieden. Die Lehrerbildung in Magdeburg soll mit dem Schwerpunkt „Berufspädagogik“ an der TU Magdeburg fortgeführt werden. Hiermit verbunden ist zunächst der Aufbau eines Fachbereiches Geistes-, Erziehungs- und Sozialwissenschaften, an dem die Fächer Deutsch, Englisch, eine romanische Sprache, Russisch, Geschichte, Religion und Sozialkunde – zunächst für die Ausbildung zum Lehramt – vertreten sein werden.

Die Landeshochschulstrukturkommission Sachsen-Anhalt hat bekräftigt, daß die Geisteswissenschaften auch künftig den besonderen Schwerpunkt der Universität Halle darstellen sollen und daß deren Auf- und Ausbau an dieser Universität dementsprechend besondere Beachtung verdient. Auf eine erhaltenswerte Vielfalt der Fächer sei besonderes Gewicht zu legen. Dem ist zuzustimmen.

Der Wissenschaftsrat unterstützt die Anregung der Landeshochschulstrukturkommission, im Fachbereich Kunst- und Altertumswissenschaften eine neue Binnenorganisation mit dem Ziel einer Konzentration und besseren Abstimmung der einzelnen Fachgebiete und Studiengänge vorzunehmen. Eine solche Revision empfiehlt der Wissenschaftsrat darüber hinaus auch für den Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaften.

Fachliche Schwerpunkte in den einzelnen Geisteswissenschaften an der Universität Halle sollten sich nach Möglichkeit an den Perspektiven einer Kooperation mit dem neuen „Zentrum für die Erforschung der europäischen Aufklärung“ und der neu eingerichteten „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Ländern“ (KSPW) orientieren.

Für die Philosophie empfiehlt der Wissenschaftsrat neben einer besonderen Berücksichtigung der Aufklärungsforschung Logikgeschichte und Wissenschaftsforschung oder allgemeine Wissenschaftstheorie als weitere Schwerpunkte. Auch in der Geschichte empfehlen sich Geschichte der europäischen Aufklärung und Zeitgeschichte (in Kooperation mit der KSPW) als besondere Schwerpunkte. Durch die große Landwirtschaftliche Fakultät an der Universität Halle erkennt der Wissenschaftsrat hier auch einen besonderen Anlaß zur Pflege der Agrargeschichte als systematischer Teildisziplin, sofern diese nicht bereits in der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität angeboten wird. Mögliche regionale Schwerpunkte der Geschichte sollten mit Blick auf die beson-

dere Bedeutung der Orientarchäologie an dieser Universität im Bereich der außereuropäischen Geschichte gesucht werden (z. B. Geschichte des Alten Orients). Im Rahmen der angestrebten Erneuerung und Umstrukturierung der Geisteswissenschaften an der Universität Halle hält der Wissenschaftsrat einen zügigen Neuaufbau wichtiger Teilbereiche der Geschichte in der von der Gründungskommission der Universität und der Landeshochschulstrukturkommission vorgesehenen Weise für vorzuziehend.

In der Germanistik und in den neusprachlichen Philologien sollte die europäische Aufklärung über die Mindestausstattung hinaus als ein gemeinsamer Schwerpunkt betrachtet und als besonderes Forschungs- und Lehrgebiet ausgestaltet werden. Auch der Ansatz zu einer Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft ist in Kooperation mit dem Zentrum für europäische Aufklärungsforschung gegeben und verdient mittelfristig einen Ausbau.

In der Romanistik sollte der zweite voll ausgebaute Schwerpunkt die Iberoromanistik (gegenüber der Italoromanistik in Jena) sein. In der Iberoromanistik liegt, wegen der traditionell guten Qualität der klassischen Arabistik in Halle, eine Zusammenarbeit im Bereich der Kulturbeziehungen nahe, die auf der iberischen Halbinsel zwischen Islam, Judentum und Christentum bestanden. Zur weiteren Profilbildung der Romanistik in Halle sollten, komplementär zur anglistischen Amerikanistik, die Franko- und die Hispanophonie in Nordamerika dienen. Auch von seiten der Romanistik, wie der Literaturwissenschaften überhaupt, empfiehlt sich eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Aufklärungsforschung.

Für die Slawistik empfiehlt der Wissenschaftsrat, anknüpfend an bisherige Traditionen in Halle, den Schwerpunkt südslawische Sprachen und Literaturen zu pflegen und durch eine eigene südslawistische Professur zu fördern. Darüber hinaus kommt die Stärkung der bisher an den Universitäten der neuen Länder nur schwach entwickelten Mediävistik durch eine eigene Professur in Betracht.

Eine Fortführung der renommierten Arabistik mit ihrer speziellen Ausrichtung auf klassisches Arabisch in Halle sollte gesichert und die geplante Ausweitung des Faches in Richtung Semitistik ebenso unterstützt werden wie die Einrichtung einer Professur für Judaistik.

Für die Bildung einer „ortstypischen Aura“ der Geisteswissenschaften an der Universität Halle empfiehlt der Wissenschaftsrat, anknüpfend an die fruchtbaren Ansätze der Sektion Orientarchäologie ein „Interdisziplinäres Zentrum für Orientarchäologie“ zu errichten. An diesem integrativen fachübergreifenden Schwerpunkt, der in Deutschland einzigartig wäre, sollten die Fächer Vorderasiatische Archäologie, Byzantinische bzw. Christliche Archäologie, Islamische Archäologie und Kunstgeschichte, Indische und Ostasiatische Archäologie und Kunstgeschichte mit den entsprechenden Philologien (Arabistik, Indologie und Sprachen des Orients Christianus: in Halle ausgezeichnet vertreten) zusammenwirken.

ken, möglichst unter Hinzuziehung von Fachgebieten der Theologischen Fakultät (Biblische Archäologie, Ostkirchenkunde, Armenienkunde.) Dazu wären auch Beiträge aus der Turkologie und Sinologie wünschenswert, die im Hinblick auf Leipzig in Halle zumindest in der Aufbauphase noch nicht als eigenständige HF-Studiengänge ausgebaut zu werden brauchen. Für die Archäologie empfiehlt sich ein Schwerpunkt zentralasiatische und vorderasiatische Archäologie, für die Kunstgeschichte ein Schwerpunkt indische und/oder byzantinische Kunstgeschichte (Oriens Christianus). Neben Leipzig und gegebenenfalls Rostock sollte Halle die zweite beziehungsweise dritte Universität in den neuen Ländern sein, die außereuropäische Ethnologie/Völkerkunde als eigenständiges Fach führt, das hier ein besonderes Profil durch die Beschäftigung mit der Archäologie Zentralasiens erhalten könnte.

6. Thüringen

Nach der im Gang befindlichen Neuordnung der Hochschullandschaft Thüringens und auch nach der – allerdings erst für die zweite Hälfte der 90er Jahre in Frage kommenden – Gründung einer neuen Universität in Erfurt soll die Friedrich-Schiller-Universität Jena als einzige klassische Universität des Landes mit einem starken Gewicht der Geisteswissenschaften fortgeführt werden. Darüber hinaus sind geisteswissenschaftliche Fächer auch an der jedenfalls mittelfristig als eigenständige Einrichtung fortbestehenden Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen vorgesehen, jedoch nur in den für die Lehrerbildung für die Grund- und Regelschule notwendigen Fächern und Ausrichtungen. Dazu werden in diesen Empfehlungen keine Vorschläge unterbreitet.

Das Land beabsichtigt, zur Abrundung der ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer mittelfristig auch an der Technischen Hochschule Ilmenau sowie an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, wo diese Fächer eine deutliche Akzentuierung im Bereich künstlerischer Gestaltung aufweisen sollen, Geisteswissenschaften mit eigenständigen Studiengängen zu etablieren. Allerdings liegen dafür zur Zeit noch keine abschließenden Pläne vor.

Soweit es sich beim derzeitigen Planungsstand erkennen läßt, wird das künftige Profil der Geisteswissenschaften an der Universität Jena – mit Ausnahme des Schwerpunkts „Weimarer Klassik und Deutscher Idealismus“ – weniger in fachübergreifenden thematischen Schwerpunkten als in der Vielfalt unterschiedlicher Ansätze und Arbeitsvorhaben liegen. Eine traditionell besonders starke Ausprägung, die auch nach der III. Hochschulreform in der DDR nicht nivelliert worden ist, weisen an der Universität Jena die Altertumswissenschaften auf. Diese traditionellen Stärken verdienen auch künftig besondere Beachtung. Zur Ergänzung und Stärkung der Klassischen Philologie empfiehlt der Wissenschaftsrat, in Jena das Fach Mittel- und Neulatein mit einer eigenen Professur zu verankern.

Der Wissenschaftsrat begrüßt, daß das bereits bestehende Institut für Altertumswissenschaften, in dem Klassische Philologie, Klassische Archäologie und Alte Geschichte zusammengeführt werden, zur Betonung dieses Profils fortgeführt wird, wobei die dort tätigen Wissenschaftler über Doppelmitgliedschaften an die jeweiligen Hauptfachbereiche angebunden bleiben sollten.

In der Philosophie und in der Geschichte steht ein grundlegender personeller Neuaufbau kurz vor dem Abschluß, nachdem das Land Thüringen die entsprechenden ehemaligen Sektionen gemäß Artikel 13 Abs. 1 des Einigungsvertrages zum Jahresende 1990 nicht übernommen und abgewickelt hat. Als mögliche besondere Schwerpunkte der Philosophie in Jena empfehlen sich nach Auffassung des Wissenschaftsrates Idealismusforschung und – anknüpfend an die Arbeiten Gottlob Freges – Logik/Sprachphilosophie.

Für die Geschichte, die Kunstgeschichte und die Neueren Philologien bietet sich als gemeinsamer Schwerpunkt die Epoche der deutschen Klassik und des deutschen Idealismus an. Dabei sollte in der Germanistik ein besonderes Gewicht auch auf die literarische Rezeption dieser Epoche jenseits der deutschen Grenzen und insbesondere in Osteuropa gelegt werden.

Für die Romanistik empfiehlt der Wissenschaftsrat eine Schwerpunktbildung in der Italianistik, die Verbindungen zum Fachgebiet Mittel- und Neulatein nahelegt. Als ein möglicher regionaler Schwerpunkt kommt das Fachgebiet Rumänistik in Betracht, in dem Sprachwissenschaft und Volkskunde, begleitet durch eine Beschäftigung mit rumänischer Literatur, zusammenwirken sollten.

Ferner könnten Romanistik wie Anglistik Schwerpunkte in mediävistischen Fragestellungen finden, wenn es zum Aufbau des „Mittelalterzentrums“ kommt, dessen Einrichtung im folgenden angeregt wird.

Für die Slawistik empfiehlt der Wissenschaftsrat neben der Russistik Schwerpunktbildungen im Bereich des Tschechoslowakischen und der südslawischen Sprachen (Serbokroatisch, Slowenisch).

Im Bereich von Sprachtheorie und Sprachvergleich könnte ein Schwerpunkt in der Indogermanistik liegen. Es sollten jedoch – zumal bei der besonderen philologischen Orientierung Jenas – auch auf dieser Ebene nicht indogermanische Sprachen in die Forschungen einbezogen werden. Die geplante „Angewandte Sprachwissenschaft“ sollte auch kontrastive Fragestellungen bearbeiten und, in Zusammenarbeit mit den sprachwissenschaftlichen Lehrstühlen der Lehramts-Philologien und mit der sprachwissenschaftlichen Germanistik, die Funktion der sprachwissenschaftlichen Fachdidaktik übernehmen. Als weitere Profilierung wäre Computerlinguistik erwünscht.

Für die Kunstgeschichte in Jena empfiehlt der Wissenschaftsrat die Anbindung an Schwerpunkte anderer Fächer und damit eine besondere Berücksichtigung der Kunst der Goethezeit (Weimarer Klassik).

Erhaltenswerte Besonderheiten, die auch künftig an einer Universität der neuen Länder vertreten sein sollten, erblickt der Wissenschaftsrat in den Fächern Kaukasiologie und Indonesistik.

Die Einrichtung der Fächer Judaistik, Arabistik/Semitistik und Islamwissenschaften wird empfohlen. Hier wäre zu erwägen, ob sich nicht durch das Zusammenwirken dieser Fächer mit den Fächern der traditionellen Mediävistik wie Mittellatein, mittelalterliche Geschichte sowie Deutsche, Romanische und Englische Literaturen des Mittelalters ein „interdisziplinäres Mittelalterzentrum“ aufbauen ließe, daß der historischen Multikulturalität dieser Epoche mit ihren hebräischen, arabischen und byzantinisch-griechischen Bezügen in einer in Deutschland einmaligen Form Rechnung tragen könnte.

Der Aufbau eines Zentrums für Japan-Studien, wie es die Planungsunterlagen vorsehen, dürfte die Universität Jena sowohl hinsichtlich der vorgesehenen personellen Ausstattung (5 Professuren) als auch wegen mangelnder Bibliotheksbestände zunächst finanziell überfordern. Mittel- bis längerfristig erscheint ein solches Zentrum jedoch sinnvoll.

D. Zusammenfassung

Geisteswissenschaftliche Forschung und Lehre erfordern einen Verbund aufeinander bezogener Disziplinen in jeweils angemessen starker Vertretung. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher, der Erneuerung und Konsolidierung der an den einzelnen Universitäten vorhandenen Fächer sowie dem Wiederaufbau von auf Restformen reduzierten Fächern den Vorrang einzuräumen vor einem Bestreben nach Komplettierung des Fächerkanons durch vereinzelte, unvollständig ausgestattete und deswegen kaum zur Arbeitsfähigkeit gelangende Professuren. Die Einrichtung neuer Fächer sollte nur dann in Angriff genommen werden, wenn von Beginn an wenigstens eine Mindestausstattung gesichert ist, die vom Wissenschaftsrat für die einzelnen Fächer definiert wird (Näheres in Kap. II.B.). Es empfiehlt sich, für die verschiedenen Disziplinen des angestrebten Fächerspektrums einen stufenweisen Aufbau zu planen und für die einzelnen Fächer mittel- bis längerfristige Ausbaukonzepte vorzusehen.

Jedes Hauptfach sollte im Interesse eines Mindestmaßes an Pluralität mit wenigstens zwei Professuren ausgestattet werden. Dazu sollten für jede Professur im Durchschnitt etwa eine Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter oder Assistenten, Mittel zur Beschäftigung von zwei wissenschaftlichen Hilfskräften sowie eine halbe bis eine ganze Stelle für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter (ohne Bibliothekskräfte) kommen, wobei diese Angaben als Rechengrößen zu verstehen sind und Abweichungen je nach Fach nicht ausschließen.

Hinsichtlich der Organisationsstruktur hängt die jeweils angemessene Organisationsform in starkem Maße von den jeweiligen Gegebenheiten „vor Ort“ ab. Grundsätzlich ist zu beachten, daß

- möglichst große Fakultäten oder Fachbereiche angestrebt werden sollten, soweit diese überschaubar und funktionsfähig bleiben;
- die weitere Binnengliederung in nicht zu kleine Institute oder Seminare erfolgen sollte;
- für die Organisation und die Verantwortung der Lehre eine lehrstuhl-/institutsübergreifende Organisationsform (Fakultät/Fachbereich) unverzichtbar ist;
- quer zur disziplinären Situierung der Fächer fachübergreifende, flexible Organisationsformen („inneruniversitäre Zentren“) geschaffen werden sollten, um die Kooperation zwischen den Fächern zu erleichtern und die kulturwissenschaftliche Öffnung der Geisteswissenschaften zu fördern.

Zur Unterstützung der zuletztgenannten inneruniversitären Querstrukturen empfiehlt der Wissenschaftsrat die Einrichtung eines zentralen Pools von Forschungsmitteln und befristeten Personalstellen, der von einer Forschungskommission verwaltet und in einem inneruniversitären Wettbewerb vergeben wird.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Studienbedingungen an den Universitäten der neuen Länder. Während das geisteswissenschaftliche Studium an den Hochschulen der alten Länder vielfach an zu langen Studienzeiten, vergleichsweise niedrigen Erfolgsquoten und einer in der Regel zu eng gefaßten Fachorientierung der Ausbildungsziele leidet, erkennt der Wissenschaftsrat gute Möglichkeiten, diesen Problemen im Zuge der Neuordnung der Studiengänge an den Universitäten der neuen Länder von vornherein entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang empfiehlt der Wissenschaftsrat den neuen Ländern, für eine Übergangsphase von fünf Jahren von einer Berechnung der Zulassungszahlen nach Höchstlastbedingungen abzusehen und, die Möglichkeiten der Kapazitätsverordnung (KapVO) nutzend, eine entsprechend niedrigere Zulassungszahl für die geisteswissenschaftlichen Fächer vorzusehen, um sowohl den Auf- und Ausbau der einzelnen Fächer unabhängig von den Studentenzahlen gestalten zu können als auch „normale“, d. h. nicht durch Überlastbedingungen gekennzeichnete Betreuungsrelationen zu ermöglichen.

Zwischen Lehramts- und Magisterstudiengängen sollte ein Höchstmaß an Durchlässigkeit bestehen. Außerdem sollte es Magisterstudiengänge geben, die eine Öffnung gegenüber anderen Fächern im Sinne von „Kombinationsstudiengängen“ vorsehen. Die positiven Erfahrungen, die in der DDR mit dem dort verfolgten Ansatz kulturwissenschaftlicher Studiengänge gesammelt werden konnten, sollten Anlaß für ein größeres Angebot derartiger Studienmöglichkeiten sein.

Beim Auf- und Ausbau der einzelnen Fächer sollte darauf geachtet werden, daß sowohl die Grunderfordernisse des jeweiligen Faches abgedeckt sind als auch dessen Weiterentwicklungsmöglichkeiten Rechnung getragen wird. Kapitel II.B. der Empfehlungen nennt hierzu die für eine angemessene Vertretung jedes Faches notwendigen Fachgebiete sowie wünschenswerte Spezialisierungen, durch die innovatorische Ansätze unterstützt werden könnten.

Eine tragfähige, differenzierte und leistungsfähige Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften an den Hochschulen setzt voraus, daß die Um- und Neustrukturierung nicht allein in Orientierung an den Einzelfächern geschieht, sondern vor allem auch mit Blick auf günstige Bedingungen für deren Kooperation. Hierzu regt der Wissenschaftsrat unterschiedliche Schwerpunktbildungen an den verschiedenen Hochschulstandorten an (vgl. Kap. II.C.), u. a.:

Berlin: Wissenschaftsgeschichte
„Alte Welt“

Potsdam: Zeitgeschichte
(besonders Geschichte der ehemaligen DDR)

Greifswald: Interdisziplinäres Zentrum für Nordistik/Baltistik

- Rostock: Interdisziplinäres Zentrum zur Erforschung der indigenen Kulturen Amerikas
- Leipzig: Geschichte und Kultur Ost-/Mitteleuropas
Afrika
Zentralasien
- Halle: Aufklärungsforschung
Orientarchäologie
- Jena: Weimarer Klassik und Deutscher Idealismus

Bei der Einrichtung solcher Schwerpunkte sollten die verschiedensten Kooperationsformen erprobt werden, so z. B. Graduiertenkollegs oder Sonderforschungsbereiche. Insbesondere empfiehlt sich, wo immer möglich, eine enge Zusammenarbeit mit den neu gegründeten geisteswissenschaftlichen Zentren, die sowohl die Schwerpunktbildungen an der jeweiligen Universität unterstützen als auch zur interuniversitären Koordination beitragen könnten.

Die weitere Ausgestaltung der Schwerpunkte und der jeweils geeignetsten Organisationsform – ebenso wie der darüber hinaus in Teil II.C. genannten Profilbildungen innerhalb der einzelnen Fächer – wird im einzelnen „vor Ort“ konkretisiert werden müssen. Der Wissenschaftsrat weist dazu mit Nachdruck auf die noch zu leistende Abstimmung zwischen den Hochschulen und Ländern hin. Er empfiehlt, institutionelle Vorkehrungen zu schaffen, um die notwendige Abstimmung in den Hochschulregionen herbeizuführen, sofern diese mehrere Länder einbeziehen und insofern über den Kompetenzbereich der einzelnen Landeshochschulstrukturkommissionen hinausgehen. Ferner bittet der Wissenschaftsrat die Länder, geeignete Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß interuniversitäre Kooperationen in der Lehre über die Ländergrenzen hinweg möglich werden.

Stellungnahme zu den
mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen
an den Universitäten der neuen Länder

I n h a l t

	Seite
Vorbemerkung	127
I. Ausgangslage	129
1. Abgrenzung des Untersuchungsbereichs	129
2. Mathematisch-naturwissenschaftliche Studiengänge an den Hochschulen der DDR	129
3. Wissenschaftliches Personal in den mathematisch- naturwissenschaftlichen Fächern	131
4. Studenten, Absolventen und weiterführende Qualifikationen	135
5. Forschung an den Hochschulen	137
II. Allgemeine Überlegungen und Empfehlungen	140
1. Grundsätze und Leitlinien für die Entwicklungsplanung	140
2. Zur Bildung eigenständiger Fachbereiche	141
3. Zum Studienangebot der mathematisch- naturwissenschaftlichen Fächer	143
4. Zur Struktur des Studiums	148
5. Lehramtsstudiengänge und Fachdidaktik	150
6. Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungsinstituten	151
7. Zur Personalausstattung der Fächer	154
8. Zum Investitionsbedarf	160
III. Zur Ausgangslage und zu den Planungen an den einzelnen Standorten	165
1. Mecklenburg-Vorpommern	165
2. Sachsen	177
3. Sachsen-Anhalt	200
4. Thüringen	213
IV. Zusammenfassung	226
	125

Anlagen:

Übersicht 10

Personalausstattung naturwissenschaftlicher Fachbereiche an Hochschulen der neuen Länder

Übersicht 11

Verzeichnis der naturwissenschaftlichen Max-Planck-Arbeitsgruppen an Hochschulen der neuen Länder

Übersicht 12

Verzeichnis der Fraunhofer-Einrichtungen in den neuen Ländern mit naturwissenschaftlichem Bezug.

Vorbemerkung

Bund und Länder haben den Wissenschaftsrat im September 1991 um eine Stellungnahme zur zukünftigen Entwicklung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer an den Universitäten der neuen Länder gebeten. Diese Empfehlung soll sich vor allem der mittel- und längerfristigen Entwicklung dieser Fächergruppe und der überregionalen Koordination der Ausbau- und Entwicklungsplanungen widmen. Zur Vorbereitung dieser Empfehlung hat der Wissenschaftsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ihre Arbeit im November 1991 aufnahm.

Grundlage der Stellungnahme ist eine Ende 1991 durchgeführte Umfrage bei den Hochschulen, mit der insbesondere die Arbeitsschwerpunkte und die Planungsvorstellungen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche erhoben wurden. Diese Informationen zur Ausgangslage und zu den Vorstellungen über die künftigen Entwicklungen wurden ergänzt durch den exemplarischen Besuch der Fachbereiche einiger Hochschulen sowie durch Gespräche mit den zuständigen Prorektoren und Dekanen sowie Vertretern der betroffenen Fachbereiche.

Die von den neuen Ländern eingesetzten Landeshochschulstrukturkommissionen (LHSK) haben z. T. auf der Basis der 1991 verabschiedeten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Ingenieurwissenschaften Planungsvorstellungen für die Naturwissenschaften entwickelt. Soweit derartige Planungsvorstellungen vorlagen – vielfach war dies erst im Frühsommer 1992 der Fall –, hat der Wissenschaftsrat diese bei seinen Überlegungen berücksichtigt. In einzelnen Fällen haben die Fachbereiche diese Planungsvorstellungen der LHSK sowie zwischenzeitlich bekannt gewordene Informationen zu den künftigen Stellenplänen zum Anlaß für die Revision ihrer eigenen Planungen genommen. Daraus wird deutlich, daß im Einzelfall kurzfristig wirksam werdende Änderungen der Ausgangslage nicht immer Eingang in die Erörterungen des Wissenschaftsrates finden konnten. Im Interesse der Berücksichtigung aktueller Entwicklungen in der Ausgangslage und in den Planungsvorstellungen der Länder und Landeshochschulstrukturkommissionen wurden die Überlegungen des Wissenschaftsrates im Mai 1992 mit Vertretern der LHSK und der Länder diskutiert. Dabei wurde eine über Landesgrenzen hinausgehende Koordinierung der Entwicklungsplanungen angestrebt.

Die Stellungnahme befaßt sich mit den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die künftig dem universitären Sektor angehören werden. Probleme besonderer Art ergaben sich bei den Ländern Berlin und Brandenburg. Unabhängig davon, ob es in absehbarer Zeit zu einem Zusammenschluß der beiden Länder kommt oder nicht, ist der Abstimmungsbedarf zwischen den in enger Nachbarschaft liegenden Universitäten mit zumeist großen mathematisch-naturwissenschaftlichen Kapazitäten besonders hoch. Dieser von allen Beteiligten als notwendig angesehene Abstimmungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen. Inzwischen liegen jedoch für die Naturwis-

senschaften der Berliner Universitäten – mit Ausnahme der Geowissenschaften – Empfehlungen der LHSK vor, die mit dem Vorschlag, die Naturwissenschaften der Humboldt-Universität am Standort Adlershof zu vereinen, eine Perspektive von großer Reichweite aufgezeigt hat. Ebenso liegt seit Ende Mai ein Plan für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam vor. Es war jedoch nicht mehr möglich, diese Planungen abschließend zu würdigen und Hinweise für die wechselseitige Abstimmung zu geben, in die auch die für den Standort Cottbus vorgesehenen Pläne einzubeziehen sind. In Form eines Nachtrags soll im Herbst dieses Jahres eine Stellungnahme zu den Naturwissenschaften in Berlin und Brandenburg vorgelegt werden.

In der Arbeitsgruppe wirkten auch Sachverständige mit, die nicht dem Wissenschaftsrat angehören. Ihnen gebührt besonderer Dank. Die „Empfehlungen zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen an den Hochschulen der neuen Länder“ wurden am 3. Juli 1992 vom Wissenschaftsrat verabschiedet.

I. Ausgangslage

I.1. Abgrenzung des Untersuchungsbereichs

Diese Empfehlungen wollen Anregungen für die mittel- und längerfristige Entwicklung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer geben, das heißt insbesondere Perspektiven für die Entwicklung dieser Disziplinen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre formulieren. Ihr Anspruch ist ausdrücklich nicht, Aussagen zur unmittelbar anstehenden Umgestaltung der Hochschulen zu treffen, weshalb eine explizite fachliche Evaluation des vorhandenen wissenschaftlichen Personals unterblieb. Gleichwohl war es erforderlich, die Leistungsfähigkeit des wissenschaftlichen Potentials an den einzelnen Standorten abzuschätzen, um Aussagen zu zukünftigen Schwerpunkten und zur regionalen Arbeitsteilung treffen zu können.

Die Stellungnahme bezieht sich auf die Universitäten Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock, die Technischen Universitäten Chemnitz, Dresden und Magdeburg, die Technische Hochschule Ilmenau und die Bergakademie Freiberg. Einbezogen sind die Fächer Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geographie und Geowissenschaften. Das Fach Informatik, zu dem sich der Wissenschaftsrat im Rahmen der Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften¹⁾ bereits geäußert hat, wird hier, wo es insbesondere um die „klassischen“ Universitäten mit vielfach erst im Aufbau befindlichen Informatik-Fachbereichen geht, vor allem im fachlichen Zusammenhang mit der Mathematik thematisiert. Der Zeitplan für die Erarbeitung dieser Empfehlungen erlaubte es nicht, auf die Fächer Pharmazie und die Psychologie, die an den Hochschulen der DDR Teil der Naturwissenschaften war, einzugehen. Die überregionale Koordination der Investitionsplanung für diese Fächer erfolgt mit der Rahmenplanung für den Hochschulbau.

I.2. Mathematisch-naturwissenschaftliche Studiengänge an den Hochschulen der DDR

Die Fächer Mathematik, Physik und Chemie waren an allen in dieser Stellungnahme behandelten Hochschulen vertreten, an den Technischen Universitäten²⁾ teilweise jedoch nur mit geringen Kapazitäten für die Grundlagenausbildung der Ingenieure und ohne einen eigenständigen Studiengang.³⁾ Diplom-Studiengänge für Mathematik, Physik und Chemie gab es an den „klassischen“ Universitäten sowie an der TU Dresden und an der TH Merseburg. Darüber hinaus gab es eigenständige Stu-

1) Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen der neuen Länder. In: Ders., Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil II. Köln 1992.

2) Vereinfachend wird hier und im folgenden der Begriff Technische Universität für alle technisch ausgerichteten Hochschulen mit Universitätsrang verwendet.

3) Zur Entwicklung der Technischen Universitäten siehe Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften . . . , a. a. O.

diengänge für Mathematik an den Technischen Hochschulen in Chemnitz, Magdeburg, Freiberg und Ilmenau, in Physik an den beiden erstgenannten Hochschulen und in Chemie in Freiberg. Die Biologie war nur an den „klassischen“ Universitäten mit einem Studiengang vertreten.

Die Informatik zählte in der DDR zu den technischen Wissenschaften und war daher im wesentlichen an den Technischen Universitäten vertreten (siehe hierzu im einzelnen Kapitel III). Hauptfach-Informatiker wurden nur an den Technischen Universitäten Chemnitz, Dresden und Magdeburg sowie an der Universität Rostock ausgebildet. An den anderen Universitäten und Hochschulen existierten lediglich Arbeitsgruppen im Rahmen der Mathematik oder technischer Disziplinen.

Im Fach Astronomie gab es seit den 80er Jahren nur noch einen Lehramts-Studiengang an der Universität Jena in Verbindung mit der dortigen Universitäts-Sternwarte. Neben einer weiteren Professur an der TU Dresden waren alle anderen Kapazitäten in der Akademie der Wissenschaft konzentriert, im wesentlichen im Zentralinstitut für Astrophysik in Potsdam.

Die Geowissenschaften wurden im Rahmen der dritten Hochschulreform 1968 an wenigen Hochschulen und in den Instituten der Akademie der Wissenschaften konzentriert. Die Geographie blieb an den Universitäten Greifswald und Halle sowie an der Humboldt-Universität erhalten. Eine grundständige Ausbildung in Geologie und Paläontologie war nur noch in Greifswald und Freiberg möglich. Freiberg bot darüber hinaus als einzige Hochschule vollständige Studiengänge für Mineralogie und Geophysik an. In der Geophysik konnte das Hauptstudium auch an der Universität Leipzig absolviert werden, Promotionen in Geologie waren auch an der HU Berlin und an der Universität Halle möglich. Meteorologen wurden ausschließlich an der Humboldt-Universität ausgebildet.⁴⁾ Ein eigenständiger Diplom-Studiengang Kristallographie existierte innerhalb der Sektion Physik der Humboldt-Universität; in Leipzig gab es einen eigenständigen Studiengang Kristallographie innerhalb der Sektion Chemie.

4) An der Universität Leipzig wurden auch nach 1968 weiterhin Promotionen in Geologie und Meteorologie innerhalb der Sektion Physik vollzogen, ohne daß es für diese Fächer berufene Professoren gab. Zu den angebotenen Studiengängen siehe ausführlicher die jeweiligen Hochschulabschnitte in Kapitel III.

I.3. Wissenschaftliches Personal in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern

a) Gesamtzahl und Vergleich mit dem Bestand in den alten Bundesländern

1988 waren an den Hochschulen der DDR 5 800 Wissenschaftler in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern beschäftigt.⁵⁾ Bei einer Gesamtzahl von 38 900 Wissenschaftlern ist dies ein Anteil von 15,0%. Damit lag der Anteil der Naturwissenschaften unter dem Anteil der Ingenieurwissenschaften (16,4%).

Diese Verteilung des wissenschaftlichen Personals unterscheidet sich von derjenigen an den Hochschulen der alten Länder.⁶⁾ Dort entfällt auf die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften ein größerer Anteil (21,6%) als auf die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (18,9%).⁷⁾

Dieser Vergleich läßt erkennen, daß die am vermuteten Arbeitskräftebedarf orientierte Hochschulplanung der DDR den anwendungs- und berufsorientierten Ingenieurwissenschaften gegenüber den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern eine höhere Priorität zuerkannte. Vor allem der Stellenwert der Biologie und der Geowissenschaften war geringer, als dies in den Universitäten der alten Länder der Fall ist.

b) Personalstruktur in den einzelnen mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern

An den Hochschulen waren in den hier behandelten mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern am Ende des Jahres 1990 insgesamt rund 4500 Wissenschaftler tätig, davon in

Mathematik	940 Wissenschaftler
Physik	1034 Wissenschaftler
Chemie	1131 Wissenschaftler
Biologie	611 Wissenschaftler
Geowissenschaften	259 Wissenschaftler
Informatik	566 Wissenschaftler
Insgesamt	4541 Wissenschaftler

5) Die Angaben dieses Abschnitts beziehen sich auf alle Hochschulen und damit auch auf diejenigen Technischen Hochschulen und Ingenieurhochschulen, aus deren Potentialen Fachhochschulen gegründet wurden oder werden.

6) Bei diesem Vergleich wurde die Informatik in den alten Ländern den Ingenieurwissenschaften zugerechnet, um eine Verzerrung durch eine unterschiedliche Zuordnung des Faches zu vermeiden. Dagegen ist die Psychologie in den Angaben zu den Naturwissenschaften der DDR enthalten.

7) Die Angaben beziehen sich auf den Bestand an hauptberuflich tätigem wissenschaftlichem Personal an allen Hochschulen (102 100) im Jahre 1988. Eingeschlossen ist das Drittmittelpersonal. Quelle: Statistisches Bundesamt, Personal an Hochschulen 1988. Siehe hierzu ausführlicher: Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates: Die Hochschullandschaft der ehemaligen DDR im Vergleich zur Hochschullandschaft der Bundesrepublik Deutschland. (Erscheint demnächst).

Die Aufteilung dieses Bestandes an Wissenschaftlern auf die verschiedenen Personalgruppen ist der Übersicht 1 zu entnehmen.

Übersicht 1:

Wissenschaftliches Personal in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern^{1) 2)} im Jahre 1990³⁾

	Mathe- matik ⁴⁾	Physik ⁵⁾	Chemie	Bio- logie	Geo- wiss. ⁶⁾	Infor- matik	Ins- gesamt
Professoren	118	99	111	60	37	49	474
Dozenten	103	114	133	61	34	48	493
Oberass., Ass. unbefristet	374	495	422	313	113	323	2040
Ass. befristet	149	237	423	155	61	107	1132
Lektoren und Lehrer	196	89	42	22	14	39	402
Insgesamt	940	1034	1131	611	259	566 ⁷⁾	4541

1) Ohne Pharmazie und Psychologie, ohne Lehrerausbildung.

2) Einbezogen in die Statistik sind folgende Hochschulen: Universitäten Berlin (Humboldt), Greifswald, Halle, Jena, Leipzig, Rostock, die Technischen Universitäten Chemnitz, Dresden, Magdeburg, die Bergakademie Freiberg und die Technischen Hochschulen Ilmenau und Merseburg.

3) Laut Erhebung des Wissenschaftsrates in den neuen Ländern, Herbst 1990, z. T. ergänzt durch Daten der Erhebung des Herbstes 1991.

4) Informatik-Anteile in Mathematik enthalten an den Hochschulen in Greifswald, Merseburg, Halle und Jena; teilweise in Leipzig und Magdeburg.

5) Einschl. Meteorologie an der Humboldt-Universität (4 Professoren und Dozenten, 6 wiss. Mitarbeiter) und Chemie an der TH Ilmenau.

6) Einschl. Geographie bzw. Kartographie/Geographie an der TU Dresden; außerdem gab es an dieser Hochschule in der zu den Ingenieurwissenschaften zählenden Geodäsie folgende Personalausstattung: 3 Professoren, 7 Dozenten, 4 Oberass./unbefr. Ass., 14 befr. Ass., 1 Lektor bzw. Lehrer (einschließlich Planetare Geodäsie = Astronomie).

7) Ohne Informationstechnik an der TU Dresden; dieser Teil des vormaligen Informatikzentrums Dresden wurde der Fakultät für Elektrotechnik angegliedert (24 Professoren, 21 Dozenten, 88 unbefr. wissenschaftliche Mitarbeiter, 54 befr. wiss. Mitarbeiter).

Die Personalstruktur der Hochschulen in der DDR war durch eine kleine Anzahl von Professoren, eine zumeist etwas größere Zahl von habilitierten Dozenten sowie eine große Zahl von überwiegend auf Dauer beschäftigten Assistenten und Oberassistenten gekennzeichnet. 1989 kamen im Durchschnitt aller mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer

auf 1 Professor 1,04 Dozenten,

auf 1 Hochschullehrer (Professoren und Dozenten) 2,5 Assistenten und Oberassistenten auf Dauer sowie Lektoren und Lehrer im Hochschuldienst,

auf 1 Hochschullehrer (Professoren und Dozenten) 1,2 Assistenten auf Zeit.⁸⁾

c) Altersstruktur

Die Altersverteilung der Professoren war in den naturwissenschaftlichen Fächern relativ einheitlich: Das Durchschnittsalter war hoch, die Altersgruppe der 55- bis 60jährigen war am stärksten vertreten, und es gab weniger unter 50jährige als über 60jährige. Von diesem Bild weicht die Altersverteilung der Mathematiker und Informatiker ab, unter denen es eine nennenswerte Zahl von Professoren gab, die jünger als 50 waren. Bei den Dozenten verschiebt sich die Altersverteilung zugunsten der jeweils niedrigeren 5-Jahres-Altersgruppe. Hier findet sich die größte Zahl bei den 51- bis 55jährigen. Bei den habilitierten Assistenten und Oberassistenten entfiel die größte Zahl auf die Gruppe der 46- bis 50jährigen; insbesondere in der Mathematik und Physik gab es auch eine beträchtliche Anzahl von Nachwuchswissenschaftlern von unter 40 Jahren (vgl. Übersicht 2).

Wie in den alten Ländern wird es auch in den neuen Ländern ab Mitte der 90er Jahre einen großen Ergänzungsbedarf im Lehrkörper geben, sofern bei der jetzt anstehenden Einführung der neuen Personalstruktur die Altersverteilung im großen und ganzen erhalten bleibt. Wichtig ist gerade für die im Umbruch befindlichen ostdeutschen Universitäten, daß dadurch viele Neuberufungen möglich werden und damit ein wirksames Mittel zur Umgestaltung der Fächerstrukturen zur Verfügung stehen wird. Allerdings kann diese sich aus der Altersstruktur ergebende Chance zur Umstrukturierung und zur personellen Erneuerung der Naturwissenschaften nur dann genutzt werden, wenn den Hochschulen ein ausreichender Stellenrahmen für die Wiederbesetzung von Professuren zur Verfügung gestellt wird.

8) Vgl. hierzu: Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Die Hochschullandschaft in der ehemaligen DDR im Vergleich zur Hochschullandschaft der Bundesrepublik Deutschland. (Erscheint demnächst).

Übersicht 2:

Alter der Professoren, Dozenten und sonstigen Habilitierten
in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern
an ausgewählten Hochschulen¹⁾ der neuen Länder (1. 12. 1991)

Fach	Habili- tierte insgesamt	davon im Alter					
		unter 40	40-45	46-50	51-55	56-60	über 60
a) Professoren							
Mathematik/ Informatik ²⁾	134	0	20	22	31	34	27
Physik	97	1	7	13	23	28	25
Chemie	111	0	5	8	29	42	27
Biologie	47	0	3	4	10	16	14
Geowissenschaften ³⁾	46	0	2	3	9	15	17
Ingesamt	435	1	37	50	102	135	110
b) Dozenten							
Mathematik/ Informatik ²⁾	99	13	31	17	21	12	5
Physik	91	8	19	15	28	15	6
Chemie	102	2	16	23	34	16	11
Biologie	55	1	8	11	15	15	5
Geowissenschaften ³⁾	28	3	3	4	5	9	4
Ingesamt	375	27	77	70	103	67	31
c) Sonstige Habilitierte							
Mathematik/ Informatik ²⁾	101	34	30	22	10	4	1
Physik	131	32	21	33	33	10	2
Chemie	89	17	18	27	18	6	3
Biologie	44	6	8	8	16	5	1
Geowissenschaften ³⁾	38	6	5	9	11	3	4
Ingesamt	403	95	82	99	88	28	11

1) Einbezogen sind hier die Universitäten und Technischen Hochschulen in Chemnitz, Dresden, Freiberg, Leipzig (nur Universität), Halle-Wittenberg, Merseburg, Magdeburg, Ilmenau, Jena, Greifswald, Rostock und Potsdam.

2) Eine Trennung zwischen Informatik und Mathematik ist nur an einigen Hochschulen möglich. In Ilmenau Mathematik/Naturwissenschaften insgesamt.

3) Einschließlich Geographie.

d) Regionale Verteilung des Personals in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern

Bei der regionalen Verteilung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Personals an den Hochschulen fällt die auch schon aus der Akademie der Wissenschaften bekannte Konzentration auf Standorte in Ber-

lin und Sachsen auf. Anders als in der Akademie ist der Personalbestand an den Hochschulen jedoch in Sachsen höher als in Berlin. Etwa 37% des wissenschaftlichen Personals in den hier behandelten Fächern entfielen im Jahre 1990 auf Hochschulen des Landes Sachsen. Der Bestand an Mathematikern und Naturwissenschaftlern an der Humboldt-Universität lag über demjenigen in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (vgl. Übersicht 3).

Übersicht 3

Hochschulpersonal in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern¹⁾ an den Hochschulen²⁾ der neuen Länder im Jahr 1990³⁾ nach Ländern.

	Mecklenburg-Vorpommern	Berlin-Ost	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
Professoren	69	66	91	190	58
Dozenten	77	76	103	183	54
Oberass., Ass. unbefristet	247	357	350	760	326
Ass. befristet	148	188	242	378	176
Lektoren und Lehrer	49	48	84	181	42
Insgesamt	590	733	870	1672	730
Nichtwiss. Personal ⁴⁾	708	607	944	1608	729

1) Ohne Pharmazie und Psychologie, ohne Lehrerausbildung.

2) Einbezogen in die Statistik sind folgende Hochschulen: Universitäten Berlin (Humboldt), Greifswald, Halle, Jena, Leipzig, Rostock, die Technischen Universitäten Chemnitz, Dresden, Magdeburg, die Bergakademie Freiberg und die Technischen Hochschulen Ilmenau und Merseburg.

3) Lt. Erhebung des Wissenschaftsrates in den neuen Ländern, Herbst 1990 zum Teil ergänzt durch Daten der Erhebung des Herbstes 1991.

4) Alle Hochschulen, Angaben aus: Burkhardt/Scherer/Erdner: Personalbestand an Hochschulen der ehemaligen DDR 1989 und 1990, Berlin 1991 (Projektgruppe Hochschulforschung Karlshorst).

I.4. Studenten, Absolventen und weiterführende Qualifikationen

1990 begannen an den Hochschulen der DDR rund 4400 Studienanfänger ein mathematisch-naturwissenschaftliches Studium. Das waren 11,2% der Gesamtzahl von 39500 Studienanfängern.⁹⁾ Die Gesamtzahl

9) Angaben in der Abgrenzung der in der Bundesrepublik üblichen Fächersystematik, das heißt einschließlich Pharmazie und Informatik, jedoch ohne Psychologie. Vgl. Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, a.a.O.

der Studenten in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern lag bei 15 000.

Die Vergleichszahl für die alten Bundesländer betrug für 1990 41 100 deutsche Studienanfänger in mathematisch-naturwissenschaftlichen Diplomstudiengängen. Das waren 16,7% aller Studienanfänger.

Noch deutlicher als beim Hochschulpersonal zeigt sich damit bei den Studenten, daß die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer in der DDR einen geringeren planerischen Stellenwert hatten. Zugleich fällt ein höherer Frauenanteil auf (DDR rd. 50%, BRD rd. 32%), der zu einem erheblichen Teil das Ergebnis der Studentenlenkung sein dürfte. Demzufolge ist ein Rückgang des Frauenanteils zu erwarten, der sich bei den Studienanfängern bereits abzeichnet. 1990 betrug der Frauenanteil bei den Studienanfängern in den Naturwissenschaften nur noch 39%. Insgesamt zeichnet sich wohl eine Angleichung ab, da der Frauenanteil in den Naturwissenschaften bei westdeutschen Studienanfängern ansteigt (1990: 35%).

Übersicht 4 macht deutlich, daß Ende der 80er Jahre die Gesamtzahl der jährlich an den Hochschulen der DDR ausgebildeten Mathematiker und Naturwissenschaftler weniger als 10% der Vergleichszahl für die alten Bundesländer betrug, darunter waren relativ viele Chemiker und besonders wenige Biologen, Informatiker, Geowissenschaftler und Geographen.

Übersicht 4

Absolventen mathematisch-naturwissenschaftlicher Studiengänge¹⁾
im Jahre 1988 (ohne Lehramtsabsolventen)

Studienfach	DDR	BRD	
		Uni	FH
Mathematik	177	1384	154
Physik	233	2519	243
Chemie ²⁾	438	2629	557
Biologie	167	2683	4
Geowissenschaften	99	955	-
Geographie		920	-
Informatik	213	1728	1448
Mathematik-Naturwissenschaften			
Insgesamt	1327	12918	2406

1) Ohne Pharmazie.

2) Einschließlich Lebensmittelchemie.

Während sich Ende der 80er Jahre bei den jährlich ausgebildeten Ingenieuren ein Verhältnis von West zu Ost wie 100:20 ergab, betrug dieses für Chemie 100:14, für Mathematik 100:12, Physik 100:8, Informatik

100:7, Biologie 100:6 und Geowissenschaften (einschließlich Geographie) 100:5.¹⁰⁾ Diese Relationen dokumentieren zum einen die Zielvorstellungen zentraler Arbeitskräftebedarfsplanung in der DDR und skizzieren zum anderen, in welche Richtung sich die Studieninteressen bei Wegfall staatlicher Lenkung und einer höheren Bildungsbeteiligung und Studienneigung möglicherweise entwickeln werden.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre promovierten (A-Promotion) *in der DDR* an den Hochschulen sowie an der Akademie der Wissenschaften jährlich rund 680 Mathematiker und Naturwissenschaftler (Durchschnitt der Jahre 1986 bis 1988). Im Durchschnitt der Fächer promovierte jeder zweite Mathematiker und Naturwissenschaftler drei bis vier Jahre nach dem Diplom.

Bei den B-Promotionen, die mit der Habilitation bedingt vergleichbar waren, gab es im Durchschnitt der Jahre 1986 bis 1988 in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern jährlich 210 Absolventen an den Hochschulen und an der Akademie der Wissenschaften. Damit entfielen im Durchschnitt der Fächer 30 B-Promotionen auf 100 A-Promotionen sowie auf 100 Professoren und Dozenten jährlich 21 B-Promotionen.

Verglichen mit den Verhältnissen *in den alten Ländern* fällt eine ähnliche Promotionsquote¹¹⁾ und insbesondere die hohe Habilitationsintensität auf. In den alten Ländern lag die mittlere Promotionszahl im Durchschnitt der Jahre 1987 bis 1989 in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern bei 3900, die mittlere Habilitationszahl lag jedoch bei nur 280. Damit kamen im Durchschnitt der Fächer auf 100 Diplomabsolventen vier Jahre später 45 Promotionen (Promotionsquote), jedoch nur sieben bis acht Habilitationen auf 100 Promotionen.¹²⁾ Je 100 Professoren werden derzeit in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern jährlich nur 6,5 Habilitationen abgeschlossen.

I.5. Forschung an den Hochschulen

Die chemische und physikalische Forschung an den Hochschulen war, von Ausnahmen abgesehen, in ähnlicher Weise wie die Arbeit der Akademie-Institute durch industriepolitische Imperative bestimmt und von hoher Spezialisierung gekennzeichnet. Durch das Instrument der Staatswirtschaftspläne und durch staatliche Eingriffe im einzelnen wurden die Universitäten zunehmend in die Dienste der Produktion gestellt, womit die freie Auswahl der Forschungsthemen eingeschränkt wurde. Ein entscheidender Hebel war hierbei die Forschungsverordnung, die es zur Auflage machte, einen erheblichen Teil der Aufwendungen durch Auf-

10) Für die Ingenieurwissenschaften vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften, a.a.O.

11) Die Promotionsquote wird als Relation der Zahl der Promotionen zur Zahl der Diplomabsolventen vier Jahre zuvor definiert (jeweils Dreijahres-Durchschnittswerte).

12) Ohne an dieser Stelle näher darauf eingehen zu können, sei vermerkt, daß dieser Unterschied zu einem erheblichen Teil auf die in der ehemaligen DDR unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau zurückzuführen sein dürfte.

träge von Kombinat oder „gesellschaftlichen Auftraggebern“ zu deken. Die Ausrichtung der Hochschulen (wie auch der Akademie-Institute) auf Vorhaben der angewandten Forschung minderte den innovativen Charakter besonders deshalb, weil diese zu einem erheblichen Anteil die Nachentwicklung von Produkten und Verfahren zum Ziel hatten, die nicht vom Weltmarkt bezogen werden konnten. Sie erzeugte zusätzliche Zwänge wegen des eingeschränkten Zugangs zu speziellen Materialien, Zubehörteilen und Bauelementen. Für die physikalische und chemische Forschung kann geschätzt werden, daß mehr als drei Viertel des eingesetzten Potentials dem Spektrum anwendungsorientierter, angewandter und produktorientierter Forschung zuzuordnen war. Innerhalb der Physik war darüber hinaus die Konzentration von Forschungskapazitäten an Akademie-Instituten besonders ausgeprägt: Im Jahre 1988 entfielen über drei Viertel der Stellen für wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Mitarbeiter auf die Akademie.¹³⁾ Besondere Schwerpunkte der angewandten physikalischen Forschung stellte dabei die Mikroelektronik sowie die Roh- und Werkstoffforschung dar. Die chemische Forschung war in den Akademieeinrichtungen und an den Hochschulen im wesentlichen auf die Verwertung von Erdöl und Braunkohle sowie die Entwicklung von Pflanzenschutzmitteln konzentriert. Der chemischen Grundlagenforschung wurde von seiten der Ministerien jegliche Förderung entzogen.

Der Zusammenbruch vieler ostdeutscher Betriebe hat zu einem Verlust des industriellen Hintergrunds für Teilbereiche der Hochschulforschung geführt. Diese Umbruchsituation der Wirtschaft macht die Neuausrichtung von Teilen der Hochschulforschung zum Beispiel in der Physik und in der Chemie dringlich.

Auch in der Biologie wurde ein erheblicher Teil der wissenschaftlichen Kapazitäten für Dienstleistungsaufgaben und Geräteentwicklung abgestellt. Die als industriepolitisch relevant angesehenen biotechnologischen und molekularbiologischen Arbeitseinheiten waren ebenfalls an den Akademie-Instituten konzentriert. Dagegen fehlten diese Richtungen an vielen Universitäten. Auch die Genetik und die Mikrobiologie waren nicht an allen Hochschulen vertreten.

In den Geowissenschaften wurden zwar die Ausbildungsangebote nach 1968 erheblich eingeschränkt, jedoch blieben außer in der Meteorologie und in der Astronomie erhebliche Kapazitäten an wissenschaftlichem Personal an den Hochschulen erhalten. Insgesamt war deren Bestand in den Geowissenschaften der festen Erde größer als der der Akademie-Institute. Im Vergleich zu den alten Ländern, in denen außer Ressortforschungseinrichtungen fast keine außeruniversitären Forschungskapazitäten bestehen, ist jedoch auch dies ein bemerkenswerter Befund. Die Geowissenschaften wurden jedoch insgesamt von dem wirtschaftspoliti-

13) Siehe hierzu ausführlicher: Wissenschaftsrat, Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Physik. Köln 1992, S. 7f.

schen Ziel, die Selbstversorgung mit Rohstoffen zu verbessern, besonders beeinflusst und auf die sogenannte objektbezogene Forschung (zum Beispiel Lagerstätten) ausgerichtet. Als Ergebnis dieser Bestrebungen existiert für das Gebiet der ehemaligen DDR das wohl dichteste Netz von Tiefbohrungen und tiefenseismischen Profilen.

Informatik entstand in der DDR erst relativ spät, rund 10 Jahre später als in der Bundesrepublik Deutschland. In den Akademie-Instituten waren etwa ein Drittel der Informatik-Wissenschaftler der DDR tätig. Kaum geringere Kapazitäten waren an der TU Dresden als zweitem Schwerpunkt konzentriert, seitdem 1986 dort das Informatikzentrum durch Integration der aufgelösten Ingenieurhochschule Dresden gebildet worden war. Dagegen waren die Informatik-Gruppen an den anderen Hochschulen klein, mehr als die Hälfte von ihnen hatte weniger als 15 Wissenschaftler. Außer in Teilbereichen des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse Berlin, der Humboldt-Universität und der Universität Jena, in denen theoretische Informatik betrieben wurde, war die Forschung von einer starken Betonung industrie- und produktorientierter Entwicklungsarbeiten, insbesondere im Bereich der Software-Produktion gekennzeichnet.

In der Mathematik war es nicht zu einer Auslagerung der Forschung aus den Hochschulen gekommen. Diese blieben Zentren der Forschung, auch wenn im Karl-Weierstraß-Institut in Berlin, dem bedeutendsten außeruniversitären mathematischen Forschungsinstitut, 15% der in der mathematischen Forschung der DDR tätigen Wissenschaftler beschäftigt waren. Aufgrund der zumeist nur indirekten Relevanz mathematischer Forschungsergebnisse für wirtschaftliche und militärische Ziele war dieses Fach wohl am wenigsten von der Beschränkung des internationalen Wissenschaftsaustausches betroffen. Das innere Spektrum der Mathematik weist dennoch einige Einseitigkeiten auf: Die im internationalen Vergleich relativ schwächer vertretene reine Mathematik ist meist auf Analysis orientiert; sehr stark vertreten, insbesondere an Technischen Hochschulen, sind die Stochastik und die Optimierungs- und Steuerungstheorie, die an den Hochschulen der alten Bundesländer eher schwach besetzt sind, sowie die Numerik. Unterrepräsentiert sind dagegen Algebra, Zahlentheorie, Topologie, Globale Analysis und Logik.

II. Allgemeine Überlegungen und Empfehlungen

II.1. Grundsätze und Leitlinien für die Entwicklungsplanung

Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen Empfehlungen zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen von dem für den gesamten Hochschulbereich geltenden Prinzip leiten lassen, in Lehre und Forschung der neuen Länder rasch hochwertige und wettbewerbsfähige Einrichtungen zu schaffen. Anders als bei den Stellungnahmen zu den Ingenieurwissenschaften und zu den Fachhochschulen entstanden die vorliegenden Empfehlungen in einer Situation, die durch ein Nebeneinander von Planungsvorstellungen der Hochschulen und durch erste oder abschließende Empfehlungen von Landeshochschulstrukturkommissionen gekennzeichnet ist, wobei nicht immer abgesehen werden kann, inwieweit diese Konzepte Realität werden. Dadurch, vor allem aber durch zum Teil bereits getroffene, zum Teil absehbare politische Entscheidungen zu den Stellenplänen der Hochschulen, auch durch Aberberufungen, Stellenausschreibungen und Neuberufungen, die im Zuge der Hochschulerneuerungsgesetze erfolgten, änderte sich die Ausgangslage für die Empfehlungen zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen fortlaufend.

Die vom Wissenschaftsrat durch Ortsbesuche oder auf anderem Wege gewonnenen Informationen haben einen beträchtlichen Investitions- und Sanierungsbedarf für Gebäude und in geringerem Maße für Geräte für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer deutlich werden lassen. Vielfach sind die Mindestanforderungen an Arbeitsmöglichkeit und -sicherheit nicht gewährleistet. Zugleich sind die großen finanziellen Probleme der öffentlichen Haushalte in den neuen Ländern unübersehbar. Eine verantwortliche Hochschulentwicklungsplanung darf den in dieser Schärfe 1991 noch nicht gesehenen engen finanziellen Spielraum nicht übergehen. Der Wissenschaftsrat hat darauf in den Empfehlungen zur Gründung einer Universität Erfurt hingewiesen und dem Land empfohlen, Prioritäten für die Entwicklung der Thüringer Hochschulen zu setzen.¹⁴⁾ Der enge finanzielle Spielraum erfordert in allen neuen Ländern Prioritätsentscheidungen, das eine oder andere dem Grunde nach erforderliche oder zumindest wünschbare Fachgebiet erst zu einem späteren Zeitpunkt einzurichten oder auszubauen. Im Einzelfall führen diese Prioritätsentscheidungen auch dazu, daß Aussagen zu den Naturwissenschaften an Technischen Universitäten in den Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften vom Juli 1991 neu gewichtet und anders akzentuiert werden müssen.

Im einzelnen hat sich der Wissenschaftsrat in den Empfehlungen zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen unter anderem von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

14) Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Gründung einer Universität Erfurt. In: Ders., Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil I. Köln 1992.

1. Der Konsolidierung als leistungsfähig ausgewiesener Fachbereiche sollte Vorrang eingeräumt werden vor dem Kapazitätsaufbau an weiteren Standorten, wenn dem nicht zwingende Gründe entgegenstehen.
2. Nicht an allen um- oder neugebildeten Fachbereichen wird sich kurzfristig ein hinreichend breites fachliches Spektrum realisieren lassen. Dies muß jedoch ein außerordentlich wichtiges Planungsziel bleiben, um wettbewerbsfähige, für Studenten wie für Wissenschaftler attraktive Fachbereiche aufzubauen, die auch im Wettbewerb um Drittmittel für die Forschung konkurrieren können. Dabei ist darauf zu achten, daß eine Balance hergestellt wird zwischen dem ausbildungsbedingten Erfordernis einer angemessenen fachlichen Breite und der Notwendigkeit, in der Forschung leistungsfähige Schwerpunkte zu bilden.
3. Bei benachbarten Hochschulen ist eine Abstimmung der Fächer und Schwerpunkte notwendig. Im Rahmen der überregionalen Kooperation sollten im Einzelfall auch Verbundlösungen in der Lehre eingesetzt werden, um dadurch das Lehrangebot an Standorten mit engem Fächerspektrum zu vervollständigen.
4. Die tradierte disziplinäre Gliederung innerhalb verwandter Fächergruppen sollte im Hinblick auf die neuere Wissenschaftsentwicklung, die durch eine besondere Dynamik an den Rändern und Überschneidungsbereichen von Disziplinen gekennzeichnet ist, überdacht werden zugunsten interdisziplinärer Organisationsformen für Lehre und Forschung. Dies gilt beispielsweise für die Molekularbiologie und die Materialwissenschaft. In der Umweltforschung ergibt sich darüber hinaus die Verknüpfung mit wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Arbeitsgruppen.

Viele mathematisch-naturwissenschaftliche Fachbereiche haben sich 1991/92 aktiv mit der Entwicklung ihrer künftigen Forschungsschwerpunkte, Studienangebote und mit ihrer personellen Entwicklungsplanung befaßt. Der Wissenschaftsrat begrüßt diese Initiativen der Mitwirkung und Mitgestaltung an der vielfach auch von den Fachbereichen als notwendig anerkannten Umstrukturierung. Soweit dies möglich war, hat er die Planungsvorstellungen der Fachbereiche aufgegriffen, teilweise mußten sie korrigiert und im Sinne einer überregionalen Koordination modifiziert werden.

II.2. Zur Bildung eigenständiger Fachbereiche

Aus den Aufgaben der Grundlagenfächer Mathematik, Physik und Chemie in der Ausbildung von Ingenieuren wird vielfach abgeleitet, daß diese Disziplinen an allen Technischen Universitäten ausnahmslos auch mit grundständigen Studiengängen vertreten sein müßten. Das Argument, eine auf reine Zubringerleistung für andere Fächer reduzierte Naturwissenschaft verliere rasch den Anschluß an die aktuelle Forschung und damit auch an seine Ausbildungskompetenz, ist jedoch letztlich

nicht überzeugend. Hierin manifestiert sich ein disziplinäres Selbstverständnis, dem normativer Anspruch nicht zugebilligt werden darf. In dem Maße, in dem Ergebnisse der mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagendisziplinen in die ingenieurwissenschaftliche Forschung einfließen und ihren Fortschritt mitbestimmen, verwischt sich die scharfe Grenzlinie der disziplinär getrennten Bereiche und eröffnen sich attraktive Perspektiven für den an ingenieurwissenschaftlicher Anwendung interessierten Wissenschaftler und Studierenden dieser Grundlagenfächer.

An einzelnen Technischen Universitäten, insbesondere gilt dies für die TU Dresden, existieren gewachsene, voll ausgebaute Fachbereiche für Mathematik, Physik und Chemie mit eigenen Diplom-Studiengängen und einer entwickelten disziplinären Forschung. Dort geht es vor allem um die fachliche Abrundung. Bei anderen Technischen Universitäten mit einem schmalen Ausbildungsangebot und ausgeprägter Spezialisierung muß gefragt werden, ob jedes mathematisch-naturwissenschaftliche Grundlagenfach mit einem eigenen Fachbereich und mit einem eigenen disziplinären Diplomstudiengang vertreten sein sollte (vgl. Kapitel II.3.).

In den Biowissenschaften vollziehen sich vor allem zwischen der Biologie, der Biochemie und den biologisch-chemischen Grundlagenfächern der Medizin Entwicklungen, die in anderer Weise nach einer Überwindung der Fächergrenzen „rufen“. Das gilt für die universitäre Forschung in Deutschland in besonderem Maße, weil hier trotz im Ausland bewährter Vorbilder ein eher konservativer Ansatz das Feld beherrscht. Vielfach sind die einzelnen biowissenschaftlichen Disziplinen in unterschiedlichen Fachbereichen angesiedelt (Medizin, Biologie, Chemie, Pharmazie). Dabei können einzelne Fächer, wie zum Beispiel Biochemie oder Physiologische Chemie, an einer Universität sogar viermal vertreten sein: in der Medizin, in der Veterinärmedizin, in der Chemie und in der Biologie. Interaktionen zwischen solchen räumlich und organisatorisch meist völlig getrennten Einrichtungen finden in vielen Fällen kaum oder gar nicht statt. Die Neustrukturierung der Universitäten in den neuen Ländern ist eine Chance, diese Isolierung biologisch-biochemischer Disziplinen zu überwinden und dabei möglichst auch die entsprechenden theoretischen Fächer der Medizin einzubeziehen. Durch konsequente Verfolgung dieses Gedankens könnte ein biowissenschaftlicher Forschungsschwerpunkt entstehen, der zur Bildung eines „Biozentrums“ als eigenständiger Organisationseinheit führt. Eine Universität, die sich zu einem solchen Konzept entschließt, hätte durch die Aufbausituation eine günstige Ausgangsbasis zur Überwindung traditioneller Fach- und Fakultätsgrenzen und könnte damit ihre Attraktivität bei Berufungen verbessern.

Der institutionelle und möglichst auch räumliche Zusammenschluß aller biowissenschaftlichen Teilgebiete in einem „Biozentrum“, unabhängig von der Beteiligung an verschiedenen Studiengängen, bietet eine Reihe von Vorteilen, vor allem wenn die räumliche Nachbarschaft zur

Chemie/Pharmazie und zur Medizin vorhanden ist. Diese reichen vom ökonomischen Einsatz der Großgeräte und Laboreinrichtungen über Erleichterungen in der Forschungsk Kooperation, vor allem dem Wissens- und Methodentransfer zwischen Nachwuchswissenschaftlern, sowie den durch die Interaktion verbesserten Chancen zur Drittmittelinwerbung (zum Beispiel Sonderforschungsbereiche) bis hin zur Optimierung der Lehre. Das durch die Kooperation verbreiterte Spektrum der Forschungsmethoden und Arbeitsgebiete erleichtert eine fundierte Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bietet geeignete Ansatzpunkte zum Beispiel für die Einrichtung von Graduiertenkollegs.

Der Wissenschaftsrat regt daher an, daß Hochschulen mit größeren biowissenschaftlichen Forschungspotentialen prüfen, diese Forschungsgruppen aus den Naturwissenschaften und der Medizin in einem „Biozentrum“ zusammenzufassen. Dies gilt insbesondere für den Fall, daß größere Investitionsvorhaben anstehen.

Zur Binnenstruktur der Naturwissenschaften empfiehlt der Wissenschaftsrat, von einer zu engen Spezialisierung der Berufungsgebiete abzusehen und in den Fachbereichen nur wenige größere, leistungsfähige Institute zu bilden. Beide Empfehlungen gründen auf dem Bestreben, möglichst flexible, die Kommunikation und Kooperation fördernde Personal- und Organisationsstrukturen einzuführen. Eng spezialisierte Berufungsgebiete verleiten dazu, die Arbeitsgebiete in Studien- und Prüfungsordnungen zu verankern, wodurch die Studierbarkeit eines Faches innerhalb der Planstudienzeit erschwert und die Studienzeit oftmals verlängert wird.

II.3. Zum Studienangebot der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer

Das Grundstudium der mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge sollte breit angelegt und fachlich ausgewogen sein. Leistungsfähige Spezialfächer und -gebiete sollten als optionale Vertiefungsrichtungen oder Studienschwerpunkte erst innerhalb des Hauptstudiums in weiterhin grundsätzlich breit angelegten Diplomstudiengängen angeboten werden. Für das Hauptstudium regt der Wissenschaftsrat einen modulartigen Aufbau an. Auf geeigneten Gebieten sollten Lehrveranstaltungen interdisziplinär angelegt sein und sich dabei an aktuellen Fragestellungen in der Forschung orientieren. Derartige „unkonventionelle“ naturwissenschaftlich-technische Studiengänge kommen insbesondere für die Technischen Universitäten in Frage. Die stärker an Problemlösungen ausgerichtete ingenieurwissenschaftliche Vorgehensweise ist eine Chance für die Naturwissenschaften an Technischen Universitäten, die sich damit neue Forschungsfelder erschließen können. Den Absolventen würde auf diesem Wege ein breiteres Berufsfeld eröffnet.

In den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen muß bis zum Vordiplom ein solides Fundament in Mathematik und Physik gelegt werden. Im Studiengang Materialwissenschaften kommt die Chemie als

weiteres Grundlagenfach hinzu. Im Hauptstudium der ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge sollten auch naturwissenschaftliche Vertiefungsrichtungen angeboten werden, die auf allgemeine methodische Querschnittsfragen verschiedener Technikgebiete ausgerichtet sind. Im Interesse einer optimalen Nutzung von Ressourcen ist eine sinnvolle wechselseitige Ergänzung solcher Vertiefungsgebiete durch die an der Hochschule vertretenen Naturwissenschaften anzustreben.

Die Fähigkeit zur disziplinübergreifenden Zusammenarbeit sollte durch ein ausreichendes Angebot entsprechender Wahlpflicht-Studienanteile und Module gefördert werden. Dies betrifft einerseits die Nebenfachausbildung und andererseits wissenschaftstheoretische und wissenschaftshistorische sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ergänzungsveranstaltungen. Die an einzelnen Hochschulen der neuen Länder vorhandenen wissenschaftshistorischen Ansätze sollten die Möglichkeit zur Konsolidierung erhalten.

Wie bereits im vorhergehenden Kapitel ausgeführt, hält es der Wissenschaftsrat nicht für begründet, daß jedes naturwissenschaftliche Fach, das an einer Hochschule eingerichtet ist, deswegen auch einen eigenständigen disziplinären Studiengang tragen müßte. Dagegen sprechen nicht nur Gesichtspunkte der Orientierung naturwissenschaftlicher Forschung zum Beispiel an den Technischen Universitäten, sondern auch Überlegungen zur Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Naturwissenschaftler. Insbesondere für Geowissenschaftler, Geographen und Biologen bietet der Arbeitsmarkt außerhalb der Hochschulen und außeruniversitärer Forschungsinstitute nur in einem geringeren Umfang Berufspositionen, die eine wissenschaftliche Ausbildung voraussetzen. Dieser Gesichtspunkt gebietet Zurückhaltung beim Aufbau zusätzlicher Ausbildungskapazitäten, die über die in den neuen Ländern bereits vorhandenen Studienmöglichkeiten für die Naturwissenschaften hinausgehen. Für die Hochschulplanung in den neuen Ländern kommt als weiterer Gesichtspunkt der erhebliche Finanzbedarf der naturwissenschaftlichen Studiengänge hinzu, der Prioritätsentscheidungen unumgänglich macht. Deswegen spricht sich der Wissenschaftsrat dagegen aus, an jeder Hochschule mit Universitätsrang Diplomstudiengänge für Physik, Chemie, Biologie, Geographie oder in den Geowissenschaften einzurichten.

Der Wissenschaftsrat strebt mit seinen Empfehlungen angemessen ausgestattete Fachbereiche an (vgl. Kapitel II.2.), die für Studenten und Wissenschaftler attraktiv und in Forschung und Lehre konkurrenzfähig sind. Der Wissenschaftsrat hat seine Empfehlungen für eine erste Ausbauphase in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern nicht an einer Ausbauzielzahl für die Naturwissenschaften orientiert, weil eine derartige fächerspezifische Ausbauzielzahl weder vorliegt noch angesichts der Unwägbarkeiten in der Abschätzung der zu erwartenden Nachfrage nach Studienplätzen in den hier betrachteten Studiengängen bestimmt werden könnte. Die vielfach für derartige Überlegungen herangezogenen Verhältnisse in den alten Ländern sind nur ein grober An-

haltspunkt. Dort begannen in den letzten Jahren rund 30000 Anfänger ein mathematisch-naturwissenschaftliches Diplomstudium an den Universitäten. Geht man davon aus, daß in den neuen Ländern auf längere Sicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil sich ebensoviele Anfänger für ein mathematisch-naturwissenschaftliches Fach entscheiden, so wären dies rund 6000 Anfänger jährlich. Gegenüber der Situation im Jahre 1990 wäre dies ein Anstieg um rund 50%. Aus heutiger Sicht erscheint es wenig wahrscheinlich, daß es schon in wenigen Jahren zu einem derartigen Anstieg kommt, zumal die schulischen Zugangsvoraussetzungen erst geschaffen werden müssen.

Die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche werden die für die nächsten Jahre zu erwartenden Studienanfängerzahlen aufnehmen können. Vorerst gibt es aus Bedarfsüberlegungen keine Veranlassung, über die vom Wissenschaftsrat im einzelnen vorgeschlagenen Standorte und Kapazitäten (vgl. Kapitel III, wobei Ausführungen zu Berlin und Brandenburg noch zu ergänzen sind) hinauszugehen. Sollte sich Mitte der 90er Jahre zeigen, daß die Nachfrage nach Studienplätzen rascher steigt als bisher angenommen wird, so gibt es an den jetzt vorgesehenen Standorten Spielraum für eine Erweiterung des Personalbestandes über die empfohlene Grundausrüstung hinaus.

Die *Mathematik* sollte auch künftig an allen Universitäten einen eigenständigen Diplomstudiengang anbieten. Dabei ist auf ein ausgewogenes Verhältnis von angewandter zu reiner Mathematik zu achten. An Technischen Universitäten sollte das Schwergewicht auf einer anwendungsorientierten Ausrichtung liegen.

Längerfristig sollte die *Informatik* an allen Universitäten eingerichtet werden, auch mit einem eigenständigen Studiengang. Im Hinblick auf das begrenzte Potential an berufungsfähigen Wissenschaftlern sollte der Aufbau der Informatik jedoch nicht in einem Zuge und parallel an allen Hochschulen erfolgen. Beim stufenweisen Aufbau wird es oft sinnvoll sein, zunächst mit einem Angebot „Studienschwerpunkt innerhalb eines Faches“ oder „Informatik als Nebenfach“ zu beginnen.¹⁵⁾ Wegen des auch experimentellen Charakters der Informatik erscheint es vorteilhaft, wenn sich die Informatik im Zuge ihres Aufbaus vom Fachbereich Mathematik trennt und einen eigenen Fachbereich bildet. Interessierten Mitgliedern der Fachbereiche Mathematik und Informatik sollte die Doppelmitgliedschaft ermöglicht werden.

Für die „Bindestrich-Informatiker“, die in anderen Fachbereichen angesiedelt sind und Informatik als eine Methode lehren und zur Problemlösung einsetzen, empfiehlt der Wissenschaftsrat die Möglichkeit einer

15) Insbesondere in der Praktischen und Technischen Informatik bestehen große Probleme, Professuren adäquat zu besetzen. In diesem Fall ist eine längere Vertretung einer Professur einer schnellen Berufung vorzuziehen.

Doppelmitgliedschaft im Informatikfachbereich vorzusehen.¹⁶⁾ Eine Doppelmitgliedschaft erleichtert es den Wissenschaftlern, die Entwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen der Informatik zu verfolgen und gegebenenfalls auch mitzugestalten.

Wie bereits ausgeführt, entstand die Informatik in der DDR erst relativ spät, und ein Studiengang für Hauptfach-Informatiker wurde bis 1989 nur an den Technischen Universitäten Dresden, Chemnitz und Magdeburg sowie an der Universität Rostock angeboten.¹⁷⁾ 1988 wurden lediglich 164 Informatiker diplomiert.

Seit 1989/90 haben mehrere Universitäten Studiengänge für Informatik eingeführt, andere planen dies. Die personelle Basis für die neu eingerichteten Studiengänge ist vielfach nicht ausreichend für eine qualifizierte Ausbildung. Darüber hinaus haben viele Informatiker und auf Fachgebieten der Informatik/Informationstechnik arbeitende Mathematiker und Ingenieure die Hochschulen verlassen, um in der Wirtschaft – häufig in den alten Ländern – tätig zu werden.

Der Wissenschaftsrat verweist auf seine Empfehlungen für ein besonderes „Informatikprogramm“ für die neuen Länder.¹⁸⁾ Angesichts der für den Ausbau der Informatik erforderlichen Finanzmittel und des Engpasses an berufsfähigen Nachwuchswissenschaftlern empfiehlt der Wissenschaftsrat, den Auf- und Ausbau dieses Faches stufenweise anzulegen und nicht an allen Standorten gleichzeitig zu beginnen. Wegen des im internationalen Vergleich späten Starts der Informatik in der DDR sollten den Nachwuchswissenschaftlern Forschungsmöglichkeiten und Qualifikationschancen angeboten werden, um sie mit den neuesten Techniken und Methoden besser vertraut zu machen. Der Wissenschaftsrat hält es für nötig und hilfreich, diesen stufenweisen Aufbau der Informatik in den neuen Ländern über ein besonderes „Informatikprogramm“ zu fördern, wie dies in den 70er Jahren in den alten Ländern geschah. Die im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogramms vorgesehene Einbeziehung der Informatik in den Kreis der Fächer, in denen Gründungsprofessuren gefördert werden, ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Wissenschaftsrat hält es jedoch für erforderlich, mit zusätzlichen Fördermaßnahmen die Informatik in koordinierter Weise an Universitäten und Fachhochschulen in den neuen Ländern aufzubauen und rasch auf den Stand der internationalen Informatikforschung und -anwendung zu führen. Er bittet den Bund, das für die alten Länder Ende der 70er Jahre ausgelaufene erfolgreiche Programm in den neuen Ländern für fünf bis sechs Jahre wieder aufzulegen.

16) Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Informatik an Hochschulen. Köln 1989, S. 63.

17) Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen der neuen Länder, a. a. O., Kapitel I.

18) Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen der neuen Länder, a. a. O., 162 f.

Physik und *Chemie* zählen zum grundlegenden Fächerkanon der „klassischen“ Universitäten. Nicht an jeder Technischen Universität sollte notwendigerweise ein Diplomstudiengang Physik eingerichtet werden; bei knappen Personalressourcen empfiehlt sich vielmehr das Angebot einer naturwissenschaftlich orientierten Vertiefungsrichtung in einem Ingenieurstudiengang (zum Beispiel Elektrotechnik oder Materialwissenschaft.¹⁹⁾ In diesen Fällen sollte auch die Möglichkeit einer Zweitmitgliedschaft in einem physikalischen Fachbereich einer benachbarten Universität geprüft werden.²⁰⁾ *Chemie* bedarf der engen Wechselwirkung mit der Physik und der Biologie beziehungsweise an einer Technischen Universität statt dieser gegebenenfalls mit der Materialwissenschaft. Wie bei der Physik ist an einer Technischen Universität statt eines schmal angelegten eigenen Studiengangs eher die Einbeziehung der Chemie in das Hauptstudium eines Ingenieur-Studiengangs zu empfehlen.

Die *Biologie* sollte an Universitäten nur eingerichtet werden, wenn eine voll ausgebaute Chemie vorhanden ist. Falls die örtliche Schwerpunktbildung dies erlaubt, sollte eine ökologische Vertiefungsrichtung innerhalb des Diplomstudiengangs Biologie gebildet werden, der von den umweltbezogenen biologischen Teildisziplinen zu tragen wäre. Im Interesse einer breiten, fundierten fachlichen Ausbildung sollte auf das Angebot grundständiger biologischer Ökologie-Studiengänge verzichtet werden.

Die Fachgebiete *Biochemie* und *Biophysik* sollten vorzugsweise in die Biologie-Fachbereiche integriert werden. Unter der Voraussetzung, daß ein ausreichendes Lehrangebot gewährleistet werden kann, sollte Biochemie als eine Vertiefungsrichtung im Rahmen der Diplomstudiengänge Biologie und Chemie angeboten werden. Eigenständige Studiengänge Biochemie sollten nur dann eingerichtet werden, wenn ein entsprechen-

19) An Technischen Hochschulen besitzt die Materialwissenschaft vielfach werkstofftechnischen Charakter und gilt daher als Ingenieurwissenschaft. Neuere Entwicklungen in der Festkörperphysik und -chemie haben jedoch zu einer erheblichen Erweiterung der Fragestellungen und Arbeitsweisen geführt. Sie bilden die Grundlage für die jetzt an einigen „klassischen“ Universitäten betriebene Gründung materialwissenschaftlicher Fachbereiche, die eher den angewandten Naturwissenschaften zuzuordnen sind.

20) In den Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an der TH Ilmenau hat der Wissenschaftsrat folgende Empfehlung abgegeben:

„Eine solide Physikausbildung ist unverzichtbar für die Ausbildung von Ingenieuren. Mit der vorhandenen Personalausstattung kann die Ilmenauer Physik dies leisten. Für einen eigenständigen Diplom-Studiengang Physik fehlt jedoch zur Zeit die Basis. Der Wissenschaftsrat hält die Erweiterung der Physik und die Einrichtung eines Diplom-Studiengangs im Vergleich zu den oben genannten Empfehlungen unter Prioritätsgesichtspunkten kurzfristig nicht für vordringlich. Die in Ilmenau tätigen Physiker sollten ihre Arbeitsgebiete so wählen, daß sie sich in das Profil der Hochschule einfügen. Die Physik wäre dann nicht auf die ungeliebte Rolle eines Servicefaches beschränkt. Im übrigen empfiehlt der Wissenschaftsrat für die Ilmenauer Physikprofessoren eine Zweitmitgliedschaft an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena. Dies würde es ihnen ermöglichen, Doktoranden der Physik zu betreuen, die von der Fakultät in Jena promoviert werden.

Für einen weiteren Ausbauschritt liegt es nahe, die Einrichtung eines Diplomstudiengangs Physik mit einer Studienrichtung Technische Physik in Ilmenau zu überlegen.“
Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften, a.a.O., S. 214 f.

des Forschungspotential vorhanden ist und den Studenten ein hinreichend differenziertes Lehrangebot gemacht werden kann. Die bewährten Biochemie-Studiengänge in Halle und Leipzig sollten fortgeführt werden. Die Einrichtung weiterer Spezialstudiengänge beurteilt der Wissenschaftsrat zurückhaltend.

Die Geowissenschaften haben in den zurückliegenden Jahren beträchtliche Wandlungen erfahren, die zum einen auf die Erkenntnis vom Mobilismus der Erdplatten zurückzuführen sind, andererseits ihre Wurzel im Stellenwert der Geowissenschaften für die Bearbeitung von Umweltproblemen finden. Einflüsse der Zivilisation auf natürliche Stoffkreisläufe in Luft, Wasser und Erde sowie die Klimaentwicklung sind zu neuen Forschungsgegenständen geworden. Die zunehmende Erkenntnis der dynamischen Prozesse in der Erde haben zu einem Wandel der Geowissenschaften von der Untersuchung von Strukturen und Mustern hin zu Prozeßstudien geführt, die auch traditionelle Themen wie Rohstoffe und Naturkatastrophen in neuem Licht erscheinen lassen. Die Notwendigkeit, sich auf das ganzheitliche Verständnis der Geoprozesse hinzubewegen, verlangt nach einer Integration der geowissenschaftlichen Fachdisziplinen. Forschungsgruppen sollten entsprechend multidisziplinär zusammengesetzt sein.

In Geologie, Geophysik und Mineralogie/Geochemie sind in den zurückliegenden Jahren insbesondere in den angelsächsischen Ländern Konzepte einer integrativen Erdwissenschaft entwickelt worden, die auch zur Forderung einer Teilintegration der Grundstudiengänge geführt haben. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß diese drei Fächer an einer, beziehungsweise an benachbarten Hochschulen vertreten sind.

Die Beziehung der Geographie zu den geowissenschaftlichen Disziplinen ist beispielsweise über Fragestellungen der Geoökologie und der Fernerkundung intensiver geworden. Diplom-Studiengänge in der Geographie sollten daher nur in Verbindung mit ausgebauten anderen Geowissenschaften eingerichtet werden. Dagegen ist die Kristallographie aus der Mineralogie weitgehend herausgewachsen und ordnet sich heute meist der Physik oder der Festkörperchemie zu. Hydrologische Fragestellungen bilden das Verbindungsglied zwischen der Meteorologie und anderen Geowissenschaften.

II. 4. Zur Struktur des Studiums

Die mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge an den Hochschulen der DDR waren einschließlich Diplomarbeit und Abschlußprüfungen auf neun beziehungsweise zehn Semester ausgelegt. Der Studienaufbau war klar strukturiert, Studentafeln legten die Studienpläne für die Studierenden verbindlich fest und ließen erst im Hauptstudium einen geringen Raum für die individuelle Studienplangestaltung.

Die Diplomarbeit orientierte sich in Anspruch und zeitlichem Umfang an der Funktion einer Studienabschlußarbeit. Eine Reihe von Voraussetzungen und Mechanismen trugen dazu bei, daß die vorgeschriebenen Studien-

zeiten auch eingehalten wurden. Hierzu zählte die straffe Organisation des Lehrbetriebs, die dank einer entsprechenden Personalausstattung mögliche intensive Betreuung der Studierenden in Seminargruppen und die Verpflichtung der Lehrenden und Lernenden auf die festgelegten Studienzeiten. Weiter zu nennen sind die Vergabe von Stipendien und Wohnheimplätzen, die auch als Disziplinierungsinstrumente fungierten.

Für wissenschaftlich qualifizierte Diplomabsolventen, von denen ein Teil bereits während des Hauptstudiums wissenschaftlich und finanziell besonders gefördert wurden, schloß sich ein dreijähriges Forschungsstudium an, das zur Promotion A führte und durch Forschungsstipendien gefördert wurde. Die Betreuung der Forschungsstudenten und das Angebot von weiterführenden forschungsorientierten Lehrveranstaltungen gehörten zu den Aufgaben der Hochschullehrer. Aufgrund dieser Bedingungen war es möglich, daß der ganz überwiegende Teil der Doktoranden die wissenschaftliche Ausbildung nach insgesamt acht Jahren mit der Promotion abschloß.

Der Wissenschaftsrat sieht in dieser Struktur des Studienangebots, die von einer klaren Differenzierung zwischen dem berufsqualifizierenden Diplomstudium und dem forschungsbezogenen Graduiertenstudium ausgeht, ein hervortretendes Leistungsmerkmal des Hochschulwesens der DDR. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß diese Struktur des Studienangebots einen entsprechenden Personalbedarf für die Lehre in Kleingruppen des Diplomstudiums und für spezielle Lehrangebote für Graduierte zur Voraussetzung hatte, ohne den kurze Studien- und Promotionszeiten bei qualitativ zufriedenstellenden Leistungen nicht möglich gewesen wären.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Hochschulen der neuen Länder, an dieser Struktur des Studiums festzuhalten und es auch weiterhin als wichtiges Ziel anzusehen, daß die Studiengänge in der vorgesehenen Zeit studierbar bleiben. Die Planung des Personalbedarfs sollte dies ebenso in Rechnung stellen, wie die Berechnung von Zulassungszahlen in zulassungsbeschränkten Studiengängen. Hier sollten nicht die in der Kapazitätsverordnung für Bedingungen der Höchstlast festgelegten Curricular-Normwerte verwendet werden, vielmehr sollte von den Werten ausgegangen werden, die der Wissenschaftsrat in den Empfehlungen für die Planung des Personalbedarfs der Universitäten empfohlen hat.²¹⁾ An einer Reihe von mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen wird es in der Übergangszeit bis zum Bezug von Neubauten nicht möglich sein, die Zulassungszahlen nach den oben genannten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu berechnen, weil die vorhandenen Seminar- und Praktikumsräume auf die früher üblichen, wesentlich geringeren Teilnehmerzahlen ausgelegt sind. Der Lehrbetrieb muß bis zum Bezug von Neubauten deswegen vielfach wesentlich personalintensiver durchgeführt werden.

21) Wissenschaftsrat, Empfehlungen für die Planung des Personalbedarfs der Universitäten. Köln 1990, S. 22.

Im übrigen sieht der Wissenschaftsrat in den Graduiertenkollegs ein Instrument, das es ermöglichen könnte, die wesentlichen Elemente des früheren Forschungsstudiums beizubehalten. Das Interesse der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche an der Einrichtung von Graduiertenkollegs und ihr Anteil an den im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogramms geförderten vorbereitenden Maßnahmen und der Zahl bewilligter Förderungen unterstreicht dies. Der Wissenschaftsrat fordert daher die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche der Hochschulen der neuen Länder auf, sich verstärkt um die Einrichtung von Graduiertenkollegs zu bemühen. Er empfiehlt Bund und Ländern, hierfür ausreichend Finanzmittel bereitzustellen. Die Länder sollten darüber hinaus dafür Sorge tragen, daß der Personalbedarf für die spezifischen Lehrveranstaltungen für Graduierte bei der Personalbemessung anerkannt wird, wie dies beim früheren Forschungsstudium der Fall war. Der Wissenschaftsrat hat dies generell für die Planung des Personalbedarfs der Universitäten empfohlen.

II. 5. Lehramtsstudiengänge und Fachdidaktik

Die Ausbildung von Lehrern wird auch künftig zu den Aufgaben der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche gehören. Für die Studiengänge zum Lehramt für die Sekundarstufe II/Gymnasium empfiehlt der Wissenschaftsrat ein Grundstudium, das so weit wie möglich mit dem Grundstudium des entsprechenden Diplomstudiengangs übereinstimmen sollte. Ein solcher Studienaufbau erlaubt den Studenten einen reibungslosen Wechsel zwischen den Abschlußarten und ermöglicht zudem einen ökonomischen Personaleinsatz. Im übrigen empfiehlt der Wissenschaftsrat, daß an Technischen Universitäten/Hochschulen, die in den Naturwissenschaften keine Diplomstudiengänge anbieten, auch keine mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehramtsstudiengänge für allgemeinbildende Schulen angeboten werden. Diese sollten vorzugsweise von Universitäten mit einem breiten Fächerspektrum angeboten werden, um den Studenten ausreichend Kombinationsmöglichkeiten zu eröffnen.

In den Lehramtsstudiengängen kommt der Fachdidaktik eine wichtige Rolle zu. Aufgaben und Gegenstand der Fachdidaktik sind einmal die Auswahl fachlicher Inhalte als Unterrichtsgegenstände und Lernziele für Schüler unterschiedlicher Schularten und Schulstufen und damit zusammenhängend die Entwicklung von Curricula. Zum anderen geht es um die Entwicklung von Unterrichtsmethoden und von Verfahren der lernzielbezogenen Leistungsbeurteilung. Beide Aufgaben haben sowohl fachwissenschaftliche wie erziehungswissenschaftliche Aspekte, die eine systematische Verknüpfung und Integration der sie fundierenden Fach- und Verhaltenswissenschaften erfordern. Für Fächer mit umfangreichen Aufgaben in der Lehrerbildung ist daher eine entsprechende personelle Ausstattung der Fachdidaktik erforderlich.

Die Institutionalisierung der Fachdidaktik sollte der Notwendigkeit einer doppelten Einbindung der Fachdidaktik Rechnung zu tragen versu-

chen und einseitige Lösungen – entweder alleinige Zuordnung zu den Erziehungswissenschaften oder alleinige Zuordnung zu den Fachwissenschaften – vermeiden. In den Empfehlungen zur Lehrerbildung in den neuen Ländern hat der Wissenschaftsrat zwei Organisationsmodelle vorgeschlagen:²²⁾

- Bei einer Zuordnung zu den Fachwissenschaften wird die institutionelle Zuordnung der Fachdidaktik zu einer Verhaltenswissenschaft durch die verbindliche Zweitmitgliedschaft im Fachbereich Erziehungswissenschaft oder Psychologie geschaffen.
- Bei einer Institutionalisierung der Fachdidaktik in einem erziehungswissenschaftlichen Fachbereich oder einer fachübergreifenden, aber noch bereichsspezifischen Organisationsform wird die institutionelle Verbindung zu den Fachwissenschaften durch obligatorische Mitgliedschaften der Fachdidaktiker im jeweils einschlägigen Fachbereich sichergestellt.

Beide Organisationsformen können eine Kooperation der Fach- und der Verhaltenswissenschaften, die für Aufgaben in der Lehrerbildung unerlässlich ist, ermöglichen.

Der Personalbedarf für die Fachdidaktiken ist bei der in II. 7. erläuterten Grundausrüstung für die einzelnen Fächer nicht berücksichtigt. Er müßte dementsprechend bei der Erziehungswissenschaft veranschlagt werden.

In der DDR unterrichteten Hochschullehrer und Assistenten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer auch an mathematisch-naturwissenschaftlichen Spezialklassen der Oberschulen. Die frühzeitige Förderung hochbegabter Schüler forderte und förderte deren intellektuelle Leistungen und motivierte sie für eine Beschäftigung mit den Wissenschaften. Zugleich wurde auf diese Weise eine enge Verbindung von Schule und Hochschule ermöglicht. Die mathematisch-naturwissenschaftlichen Spezialklassen haben sich bewährt und sollten auch künftig in geeigneter Weise fortgeführt werden.

II. 6. Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungsinstituten

Auf Vorschlag des Wissenschaftsrates sind in den neuen Ländern 22 naturwissenschaftlich orientierte Institute der Blauen Liste gegründet worden (vgl. Übersicht 5). Hinzu kommen zwei neue Großforschungseinrichtungen: das Geoforschungszentrum (GFZ) in Potsdam und das Umweltforschungszentrum (UFZ) in Leipzig und Halle. Ein beträchtlicher Teil der leitenden Wissenschaftler ist bereits, beziehungsweise soll gemeinsam mit den benachbarten Hochschulen berufen werden; in ande-

²²⁾ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Lehrerbildung in den neuen Ländern. In: Ders., Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil I. Köln 1992, S. 113 f.

ren Fällen erfolgt dies erst später, wenn die haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Übersicht 5:

Neu gegründete mathematisch-naturwissenschaftliche Institute der Blauen Liste in den neuen Ländern

Mathematik	Institut für Angewandte Analysis und Stochastik (Berlin)
Physik	Institut für Atmosphärenphysik (Kühlungsborn) Institut für Niedertemperaturplasmaphysik (Greifswald) Institut für Astrophysik (Potsdam) Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (Berlin) Institut für Halbleiterphysik (Frankfurt/Oder) Institut für Physik der III/V-Halbleiter (Berlin) Forschungszentrum Rossendorf (Dresden)
Chemie	Institut für Polymerforschung (Dresden)
Materialwissenschaft	Institut für Kristallzüchtung (Berlin) Institut für Oberflächenmodifizierung (Leipzig) Institut für Festkörperphysik und Werkstoffforschung (Dresden)
Biowissenschaften	Institut für Wild- und Zootierforschung (Berlin) Deutsches Institut für Ernährungsforschung (Potsdam-Rehbrücke) Institut für Pflanzengenetik (Gatersleben) Institut für Pflanzenbiochemie (Halle) Institut für molekulare Biotechnologie (Jena)
Geowissenschaften	Institut für Ostseeforschung (Warnemünde) Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (Berlin) Institut für Klimafolgenforschung (Potsdam) Institut für Troposphärenforschung (Leipzig)

Hinzu kommen noch fünf agrarwissenschaftliche Institute, die teilweise biologische und chemische Arbeitsgruppen umfassen.

Die Max-Planck-Gesellschaft hat mit dem Aufbau von Instituten für Mikrostrukturphysik (Halle) sowie Kolloid- und Grenzflächenforschung (Teltow und Berlin) begonnen. Beschlüsse zur Gründung von Instituten für Molekulare Pflanzenphysiologie und Infektionsbiologie sind bereits gefaßt, im Laufe des Jahres 1992 werden voraussichtlich noch

weitere Gründungsentscheidungen getroffen. Von den 29 eingerichteten MPG-Arbeitsgruppen an Hochschulen der neuen Länder entfallen ebenfalls die meisten auf die Naturwissenschaften. Die Arbeitsgruppen mit jeweils 5 bis 15 Mitarbeitern verteilen sich wie folgt auf die Fächer:

Physik	11
Chemie	6
Physik/Chemie	2
Biowissenschaften	4
Mathematik	2

Hinzu kommen noch zwei Arbeitsgruppen aus dem Bereich der Theoretischen Medizin (siehe hierzu Übersicht 11 im Anhang). Die MPG hat unterdessen Vereinbarungen mit den Zielhochschulen abgeschlossen, die eine Berufung der Arbeitsgruppenleiter auf Professuren und die Schaffung einer angemessenen Personalausstattung nach Ablauf der fünfjährigen Förderungsperiode vorsehen.

Einige Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft weisen ebenfalls einen deutlichen Bezug zu den Naturwissenschaften auf: Dem Bereich Informatik/Robotik sind ein Institut und mehrere Arbeitsgruppen zuzurechnen, dem Bereich der Materialforschung vier Einrichtungen, die jeweils Institutsgröße besitzen, sowie eines der Technischen Physik (siehe hierzu Übersicht 12 im Anhang). Hinzu kommen weiterhin einige Institute und Außenstellen von Großforschungseinrichtungen (siehe im einzelnen Kapitel III.).

In Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen sind darüber hinaus Landesinstitute gegründet worden, die den benachbarten Hochschulen eng verbunden sein werden. Es handelt sich um das Institut für Organische Katalysatorforschung Rostock, das Hans-Knöll-Institut für Naturstoffforschung, das Institut für Physikalische Hochtechnologie (beide Jena) und die Landessternwarte Tautenburg (bei Jena).

Um eine enge Verflechtung zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erreichen, hat der Wissenschaftsrat empfohlen, intensive Kooperationen aufzubauen²³). Hierzu zählt beispielsweise die gegenseitige Mitwirkung in Gremien, das heißt an den Hochschulen die volle korporationsrechtliche Gleichstellung der gemeinsam berufenen leitenden Wissenschaftler. Damit verbunden ist auch eine Lehrtätigkeit der Instituts- und Abteilungsleiter, die Betreuung von Diplom- und Doktorarbeiten sowie die weitere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Gefördert würde damit auch der Zugang junger Wissenschaftler zu Geräten und Laboratorien der außeruniversitären Institute. Die Hochschulen gewinnen durch gemeinsame Berufungen zusätzliche, hochqualifizierte Wissenschaftler, die das Lehrangebot inhaltlich bereichern können.

²³) Wissenschaftsrat, Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin – Allgemeiner Teil –, Köln 1992, S. 14 f.

Bisher beteiligten sich Wissenschaftler aus außeruniversitären Einrichtungen, soweit sie zugleich berufene Professoren an Hochschulen oder Privatdozenten sind, in der Regel mit zwei Semester-Wochenstunden an der akademischen Lehre. Der Wissenschaftsrat hat darüber hinaus empfohlen, dem Modell des Instituts für Meereskunde an der Universität Kiel folgend, verstärkt darauf hinzuwirken, daß sich die leitenden Wissenschaftler insbesondere der Blauen Liste-Institute mit bis zu vier Semester-Wochenstunden am Lehrbetrieb beteiligen. Dies sollte zu einem beträchtlichen Teil in Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen geschehen. Allerdings darf die so gewonnene Lehrleistung nicht auf die Aufnahmekapazität gemäß Kapazitätsverordnung angerechnet werden, da anderenfalls die Hochschulen kaum bereit sein dürften, sich an solchen Regelungen zu beteiligen. Das zusätzliche Lehrangebot sollte der Verbreiterung des Lehrangebots und der Verbesserung der Lernbedingungen dienen. Die enge lehrbezogene Zusammenarbeit zwischen außeruniversitären Forschungsinstituten und Universitäten sollte insbesondere dazu genutzt werden, in Trägerschaft der Universitäten gemeinsame Studiengänge und Graduiertenkollegs einzurichten. Gemeinsam sollte so ein Beitrag dazu geleistet werden, die forschungsbezogene Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu intensivieren und – entsprechend den Vorstellungen des Wissenschaftsrates zur Struktur des Studiums – zeitlich zu begrenzen.

II. 7. Zur Personalausstattung der Fächer

Es ist eine personelle Ausstattung anzustreben, die es den Hochschulen der neuen Länder erlaubt, qualifizierte Lehre anzubieten und im nationalen und internationalen Wettbewerb in der Forschung und bei der Einwerbung von Drittmitteln bestehen zu können. Dies setzt gerade in den Naturwissenschaften Forschungsgruppen ausreichender Größe voraus.

Dabei läßt sich die Personalausstattung nicht aus den aktuellen oder den erwarteten Studentenzahlen ableiten, wie dies in fälschlicher Umkehrung der für Zwecke der Berechnung von Zulassungszahlen entwickelten Kapazitätsverordnung (KapVO) bisweilen angenommen wird. Vielmehr ist für eine angemessene Ausstattung eines Faches, das einen grundständigen Diplom-Studiengang anbietet – und in aller Regel inhaltlich davon unterschiedene Service-Lehrveranstaltungen durchführen muß –, eine „Grundausrüstung“ (bisweilen auch „Normalausstattung“ genannt) erforderlich, die unabhängig von der Studentenzahl festgelegt werden muß.²⁴⁾

Die im nachfolgenden empfohlene personelle Grundausrüstung gilt für Fächer, die einen eigenen Diplom-Studiengang anbieten. Mit dieser Grundausrüstung, die eine ausgewogene Mindestbreite eines Fachge-

²⁴⁾ Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen für die Planung des Personalbedarfs der Universitäten. Köln 1990, S. 14f.

bietet ermöglicht, können Lehraufgaben für jährlich 80 bis 100 Studienanfänger (Anfänger in Diplom-Studiengängen sowie anteilig Anfänger in Lehramtsstudiengängen) sowie die für die einzelnen Naturwissenschaften üblichen Serviceleistungen innerhalb der mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge übernommen werden. Liegt die tatsächliche Studienanfängerzahl niedriger, so verringert sich der Personalbedarf kaum, da weiterhin ein ausreichend differenziertes Lehrangebot sichergestellt werden muß. Umgekehrt steigt der Personalbedarf auch nicht direkt proportional mit der Studentenzahl. Da in diesem Fall der erhöhte Personalbedarf vor allem (aber nicht ausschließlich) durch die steigenden Betreuungsleistungen für Übungen und Praktika entsteht, sind bei steigenden Zahlen vor allem zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Mittel für Hilfskräfte erforderlich. Falls von den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern in einem erheblichen Umfang zusätzliche Serviceleistungen zum Beispiel für Medizin, Pharmazie, Agrar- und Ernährungswissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften zu erbringen sind, ist hierfür eine gegenüber der nachfolgend definierten Grundausrüstung erweiterte Personalausstattung vorzusehen. Nicht eingeschlossen in die Grundausrüstung ist jeweils der aus der Lehramtsausbildung erwachsende Personalbedarf für die Fachdidaktik (siehe auch Abschnitt II. 5.).

Dieses personalplanerische Konzept der Grundausrüstung ist für die Hochschulen in den neuen Ländern, die zur Zeit noch vergleichsweise kleine Studentenzahlen haben, von besonderer Bedeutung. Sie müssen ihre Fächer und Studiengänge in einer Zeit außerordentlicher finanzieller Engpässe in den Landeshaushalten erneuern und vielfach verbreitern. Zumeist geht es nicht um einen Neuaufbau der Fächer, sondern um ihre Umgestaltung, die sich zu einem beträchtlichen Teil auf die vorhandenen Wissenschaftler stützen muß und kann. In diesen Fällen kann keine Strategie des schrittweisen Kapazitätsaufbaus parallel zum Anstieg der Studentenzahlen verfolgt werden, da der hierfür notwendige wissenschaftliche Nachwuchs nicht in einigen Jahren beliebig abrufbar ist, sondern „im System“ gehalten werden muß. Außerdem muß bei den jetzt anstehenden Berufungen eine möglichst ausgewogene Altersverteilung erreicht werden, um eine fortlaufende personelle Erneuerung des Lehrkörpers zu gewährleisten.

In Abhängigkeit von den konkreten lokalen Gegebenheiten kann im Einzelfall und vorübergehend der Studienbetrieb auch mit einer Personalausstattung aufgenommen werden, die die Grundausrüstung unterschreitet. Ein derartiges Vorgehen ist jedoch nur in einer Aufbauphase zu verantworten; seitens der Länder sollten konkrete Zusagen für das schrittweise Erreichen der Zielgrößen gemacht werden.

Bei der Ausstattung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer geht der Wissenschaftsrat für die stärker theoretisch ausgerichteten Arbeitsgebiete von einem Schlüssel von im Durchschnitt mindestens zwei Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter oder Assistenten (C1) je Professur (C3 und C4) aus. In experimentellen Arbeitsgebieten mit betreu-

ungsaufwendigen Lehrveranstaltungen sollten drei wissenschaftliche Mitarbeiter vorgesehen werden. Diese Relationen sind als Rechengrößen zu verstehen und implizieren keine Gleichverteilung der Stellen auf die einzelnen Professuren. Der Anteil der unbefristet zu besetzenden Stellen an den Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten sollte 20 % nicht überschreiten. C1-Stellen sollten in einer Relation von 1 C1-Stelle zu 2 Professorenstellen ausgebracht werden, so daß sich ein Anteil von einem Viertel bis zu einem Sechstel an der Gesamtzahl der Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten ergibt. – Nicht alle Stellen sollten den Professuren auf Dauer zugewiesen werden (s. u. Zuweisung der Stellen).

In geringem Umfang sollten C2-Stellen für den habilitierten wissenschaftlichen Nachwuchs ausgebracht werden. Hierfür sollte auf Hochschulebene ein Pool, der in großen Hochschulen für die einzelnen Fächergruppen quotiert werden sollte, gebildet werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt als Orientierungswert etwa 10 % der Stellen für Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter als C2-Stellen auszubringen. Den Fachbereichen sollte eine derartige C2-Stelle auf Antrag befristet zugewiesen werden, wenn sie für den Zeitraum der Zuordnung hierfür die Stelle eines Assistenten oder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters zur Deckung anbieten.

Unabhängig von der Binnenorganisation der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche sollte für die Ausstattung mit Stellen für Sekretariatsaufgaben von einem Schlüssel von 0,5 Stellen je Professur (C4 und C3) ausgegangen werden.

Zur notwendigen Ausstattung von Dekanaten und Prüfungsämtern mit Sachbearbeitungs- und Sekretariatsstellen läßt sich keine allgemein gültige Aussage treffen, da diese wesentlich von den örtlichen Organisationsformen abhängt. Der hierfür unabweisbar entstehende Personalbedarf ist gesondert zu berücksichtigen. Das gilt auch für das Personal, das notwendig ist, um gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zum Beispiel nach der Gefahrenschutzverordnung, der Strahlenschutzverordnung, der Sonderabfallverordnung, dem Gentechnikgesetz und dem Tierschutzgesetz nachkommen zu können. Das für diese Aufgaben vielfach notwendige hauptamtlich oder überwiegend tätige Personal ist in der Grundausrüstung, wie sie hier definiert wird, nicht enthalten.

Zuweisung der Stellen

Die hier und im folgenden definierte Grundausrüstung für die einzelnen Fächer liefert die Basis für die Kalkulation der Personalausstattung mathematisch-naturwissenschaftlicher Fachbereiche. Die dabei verwendeten Relationen von Professoren zu Mitarbeitern dürfen jedoch nicht als starr und unabhängig von den Lehraufgaben und von den Leistungen in der Forschung verstanden werden. In einer generell für alle Fächer und Hochschulen geltenden Empfehlung spricht sich der Wissenschaftsrat dafür aus, daß die Hochschulen einen Stellenpool mit befristeten Personalstellen (ergänzt um einen Pool mit Sach- und Investitions-

mitteln) einrichten, der von einer Forschungskommission verwaltet und aus den Zuweisungen in einem inneruniversitären Wettbewerb vergeben wird.²⁵⁾ Die Ressourcen müssen flexibel verwendbar bleiben und dürfen nicht in die permanente Grundausstattung einzelner Arbeitseinheiten eingehen.

Als Orientierungswert empfiehlt der Wissenschaftsrat, daß in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern jede C4-Stelle zwei und jede C3-Stelle einen wissenschaftlichen Mitarbeiter erhält, die darüber hinaus den Naturwissenschaften zur Verfügung stehenden Stellen jedoch dem Stellenpool zugeführt werden. Diese Stellen sollten auf Antrag verteilt und nach deren Freiwerden wieder dem Pool zugeführt werden. Unabhängig von der Frage, ob es auf Hochschulebene oder auf der Ebene einer Fakultät oder eines Fachbereichs zur Bildung eines Stellen- und Mittel-pools kommt, sollte die Zuweisung von Stellen vom Grundsatz ausgehen, daß diese nicht alle auf Dauer einzelnen Professuren fest zugewiesen werden. Zumindest innerhalb eines Fachbereichs sollte die Ausstattung im Hinblick auf besondere Aufgaben und Leistungen variabel bleiben.

Mathematik

Ein Fachbereich Mathematik an einer „klassischen“ Universität sollte nach Auffassung des Wissenschaftsrates eine Grundausstattung mit 14 Professuren besitzen. In der reinen Mathematik ist die Ausstattung einer C4-Professur mit 2 wissenschaftlichen Mitarbeitern ausreichend, während in den auch durch einen „experimentellen Stil“ gekennzeichneten Teildisziplinen wie etwa Numerik, Stochastik oder Operations Research 3 Stellen erforderlich sind. Die Grundausstattung eines Fachbereiches Mathematik umfaßt folgende Stellen:

- 7 Professuren C4,
- 7 Professuren C3,
- 28 wissenschaftliche Mitarbeiter,²⁶⁾
- 4 technische Angestellte.

Informatik

Wie in Abschnitt II. 3. dargelegt, sollte der Aufbau eines Fachbereichs Informatik schrittweise erfolgen und ein Diplomstudiengang erst dann angeboten werden, wenn mindestens 6 Professuren besetzt sind. Danach muß möglichst rasch eine Größe von 10 Professuren erreicht werden, wovon mindestens zwei wegen der erheblichen Serviceleistungen erforderlich sind. Als Grundausstattung eines Informatik-Fachbereichs, der auch Service-Lehrveranstaltungen für Hörer aller Fachbereiche anbietet, empfiehlt der Wissenschaftsrat wie in der Mathematik 14 Professu-

²⁵⁾ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Forschung und zum Mitteleinsatz in den Hochschulen, Köln 1979, S. 27, sowie Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu den Perspektiven der Universitäten in den 90er Jahren, Köln 1988, S. 230.

²⁶⁾ Hier und im folgenden: Stellen nach C1 und C2 sind in diesen Angaben enthalten.

ren. Pro C4-Stelle sind im Durchschnitt 3 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter erforderlich, bei deren Aufteilung die Technische Informatik im Vergleich zur Theoretischen Informatik besserzustellen wäre. Ansonsten sollte auf ein ausgewogenes Verhältnis von theoretischer zu praktischer Informatik geachtet werden. Die Grundausrüstung eines Fachbereichs Informatik umfaßt folgende Stellen:

10 Professuren C4,²⁷⁾
4 Professuren C3,
34 wissenschaftliche Mitarbeiter,
10 technische Angestellte.

Die technischen Angestellten sollten die Infrastruktur des gesamten Fachbereichs betreuen.

Physik

Die Binnenstruktur eines Fachbereichs Physik sollte hinsichtlich der Berufsgebiete möglichst wenig differenziert sein, um bei Wiederbesetzungen und der Weiterentwicklung des Studiengangprofils flexibel reagieren zu können. In der Regel genügt eine Unterscheidung der Bereiche Theoretische, Experimentelle und Angewandte Physik, die bei den Professuren ungefähr gleichgewichtig vertreten sein sollten. Wegen des hohen Personalaufwandes für die Betreuung von Laborpraktika und für die Bedienung aufwendiger Großgeräte sind pro Professur durchschnittlich 2 bis 3 wissenschaftliche Mitarbeiter und 3 bis 4 technische Angestellte erforderlich. Die Grundausrüstung eines Fachbereichs Physik umfaßt folgende Stellen:

8 Professuren C4,
8 Professuren C3,
40 wissenschaftliche Mitarbeiter,
48 technische Angestellte,
10 Handwerker/Facharbeiter.

Chemie

Auch die Binnenstruktur eines Chemie-Fachbereiches sollte nur eine mäßige Differenzierung aufweisen. Für die Kernfächer Anorganische, Organische und Physikalische Chemie sind jeweils 2 C4- und C3-Professuren erforderlich. Im Rahmen örtlicher Schwerpunktsetzungen sollten jeweils 2 weitere C4- und C3-Professuren inhaltlich festgelegt werden. Wegen des hohen Personalaufwandes für die Betreuung von Laborpraktika sind pro C4-Stelle 4 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und 4 bis 5 Stellen für technische Angestellte erforderlich. Für einen C3-Professor sollte die Hälfte dieser Personalausstattung angesetzt werden. Hinzu kommt das Personal für die vom gesamten Fachbereich zu nutzende technische Infrastruktur. Werkstätten sollten vom gesamten

27) In der Informatik ist ein hoher Anteil von C4-Stellen erforderlich, weil C3-Stellen in der Praktischen Informatik kaum angemessen besetzt werden können.

Fachbereich beziehungsweise gegebenenfalls von allen mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern gemeinsam betrieben werden. Pro Professur ist hier ein Handwerker/Facharbeiter anzusetzen. Die Grundausrüstung für einen Fachbereich Chemie umfasst folgende Stellen:

8 Professuren C4,
8 Professuren C3,
48 wissenschaftliche Mitarbeiter,
56 technische Angestellte,
16 Handwerker/Facharbeiter.

Biologie

In der Biologie ist die Grundausrüstung an Professuren höher als in Physik und Chemie anzusetzen, weil dieses Fach stärker differenziert ist. Der Wissenschaftsrat hält hier je 9 C4- und C3-Professuren für erforderlich, die je hälftig in den organismischen und molekularen Disziplinen angesiedelt sein sollen. Zur ersten Kategorie zählen dabei zum Beispiel Botanik, Zoologie, Ökologie, Geobotanik/Vegetationskunde und zur zweiten in der Regel Mikrobiologie, Genetik, Biochemie, Biophysik und Zellbiologie. Der Bedarf für wissenschaftliche und technische Mitarbeiter ist etwas geringer als in der Chemie. Für den gesamten Fachbereich sollten hier 45 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, 55 Stellen für technische Angestellte und 8 bis 10 Handwerker/Facharbeiter für die Werkstätten zur Verfügung gestellt werden. Die Grundausrüstung für einen Fachbereich Biologie umfasst folgende Stellen:

9 Professuren C4,
9 Professuren C3,
45 wissenschaftliche Mitarbeiter,
54 technische Angestellte,
10 Handwerker/Facharbeiter.

Hinzu kommen gegebenenfalls Personalstellen für einen Botanischen Garten und eine Tierversuchsanlage.

Geographie

Als Grundausrüstung eines Geographischen Instituts, das einen Diplomstudiengang trägt, empfiehlt der Wissenschaftsrat die Einrichtung von 6 Professuren, die je zur Hälfte der Physischen und der Anthro-Geographie angehören sollten. Sofern eine derartige Professur nicht in den Wirtschaftswissenschaften angesiedelt ist, sollte eine Professur für Wirtschaftsgeographie ausgebracht werden. Falls gleichzeitig auch die anderen Geowissenschaften an einer Hochschule vertreten sind, könnte eine Professur der Fernerkundung und Geowissenschaftlichen Informationssystemen gewidmet werden. Die Grundausrüstung für ein Geographisches Institut beträgt:

3 Professuren C4,
3 Professuren C3,
10 wissenschaftliche Mitarbeiter,
5 technische Angestellte.

Geowissenschaften

Wie im Abschnitt II. 3. ausgeführt, sollten die Geologie, Geophysik und Mineralogie möglichst in einem gemeinsamen Institut zusammengefaßt sein oder an benachbarten Hochschulen zusammenwirken. Für den Fall, daß alle drei Fächer im Verbund auftreten, sind sie mit einer Ausstattung von 3 Professuren pro Fach arbeitsfähig und könnten alle drei Diplomstudiengänge anbieten. Dabei wäre die Paläontologie durch eine Geologie-Professur mitzuvertreten oder durch einen externen Wissenschaftler anzubieten.

Für die Bedürfnisse des gesamten Instituts sollte eine Dauerstelle für einen Kustos vorgesehen werden. Für den Fall, daß ein Observatorium betrieben wird, sind ergänzend eine Dauerstelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie 2 Stellen für technische Angestellte erforderlich (bei ausreichender Automatisierung des Beobachtungsbetriebes).

Zur Erledigung der technischen Aufgaben werden im Institut 14 technische Angestellte (je 2 pro C4- und je 1 pro C3-Professur) sowie 6 Handwerker/Facharbeiter für die Werkstätten benötigt. Diese Werkstatt sollte auch den Bedarf der Geographie abdecken.

Die Grundausrüstung für ein Institut für Geologie, Geophysik und Mineralogie beträgt somit:

- 5 Professuren C4,
- 4 Professuren C3,
- 19 wissenschaftliche Mitarbeiter,
- 14 technische Angestellte,
- 6 Handwerker/Facharbeiter.

Hinzu kommen gegebenenfalls Personalstellen für ein Observatorium.

II. 8. Zum Investitionsbedarf

Anders als in den alten Ländern, deren Universitäten in den 60er und 70er Jahren Neu- und Erweiterungsbauten für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer erhalten haben, hat es in der DDR kein entsprechendes Bau- und Investitionsprogramm für die Universitäten gegeben. Bis auf wenige Ausnahmen sind die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer an den Hochschulen der neuen Länder beengt in Altgebäuden untergebracht, die vielfach einer dringenden Sanierung bedürfen. An mehreren Standorten, zum Beispiel in Rostock, ist die Bausubstanz der experimentellen Fächer so schlecht, daß kurzfristig Stilllegungen aus Gründen der Betriebssicherheit nicht auszuschließen sind. Vielfach sind Sanierungen unwirtschaftlich oder die Bausubstanz erlaubt keine Herrichtung für die modernen wissenschaftlichen, arbeitschutz- und emissionsschutzrechtlichen Erfordernisse der naturwissenschaftlichen Forschung. Hinzu kommt zum Beispiel an der HU Berlin sowie in Halle und Rostock die Notwendigkeit einer Verlagerung der

Naturwissenschaften aus nicht erweiterungsfähigen Gebäuden in Innenstadtlagen an einen für die Ansiedlung von experimentellen Fächern geeigneten neuen Standort. Über diese Sanierungen und Verlagerungen hinaus wird es angesichts der zu erwartenden höheren Studentenzahlen im Laufe der 90er Jahre Kapazitätserweiterungen geben müssen (siehe Abschnitt I. 4.).

An allen Hochschulen ist der Investitionsbedarf für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer beträchtlich. Er erreicht vielfach die Größenordnung, die für einen kompletten Neubau erforderlich ist. Unbeschadet der Tatsache, daß für die einzelnen Hochschulen detaillierte Entwicklungs- und Investitionsplanungen erstellt werden müssen, ist eine überschlägige Abschätzung des voraussichtlichen Investitionsbedarfs sinnvoll, um die Größenordnung des künftigen Investitionsbedarfs deutlich zu machen. Die nachfolgende Modellrechnung beruht auf einer Analogiebetrachtung, die vom Flächenbestand mittelgroßer mathematisch-naturwissenschaftlicher Fachbereiche an Universitäten der alten Länder ausgeht.

Modellrechnung der Investitionskosten notwendiger Baumaßnahmen

Die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften hat an den mittelgroßen Hochschulen der alten Länder, relativ unabhängig von ihrem Fächerspektrum, einen Flächenbestand von 50 000 bis 60 000 m² Hauptnutzfläche (HNF). Darin sind die Flächen für zentrale Einrichtungen (Rechenzentrum, Bibliotheken, Hörsäle etc.) eingerechnet (etwa 10 000 bis 15 000 m²). Nur bei wenigen großen Universitäten liegt der Flächenbestand zwischen 70 000 und 80 000 m² HNF, bei einigen kleineren liegt er zwischen 30 000 und 40 000 m² HNF.

Legt man einen Flächenbedarf von 50 000 m² HNF – das entspricht rund 3 000 flächenbezogenen Studienplätzen – für eine mittlere mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät (ohne Geowissenschaften) zugrunde und verteilt man die Flächen entsprechend den Gegebenheiten in den alten Ländern, so ergibt sich folgende Verteilung:

Mathematik	3 500 m ² HNF
Informatik	4 000 m ² HNF
Physik	12 000 m ² HNF
Chemie	14 000 m ² HNF
Biologie	16 500 m ² HNF

Sind die Geowissenschaften vertreten, so müssen für Geologie, Geophysik und Mineralogie 7 000 m² HNF und für Geographie 2 500 m² HNF angesetzt werden.

Größenordnung und Verteilung der Flächen sind als Orientierungswerte zu verstehen, die örtliche Gegebenheiten und Schwerpunkte nicht berücksichtigen. Flächen für zentrale Einrichtungen sind in den Angaben enthalten.

Bei Anwendung der geltenden Kostenrichtwerte (Preisstand 1990) für die Gesamtbaukosten (ohne Kosten für Grunderwerb und Erschließung) und mittlerer Werte für die Kosten der Ersteinrichtung erhält man folgende Anhaltswerte für die Investitionskosten des Neubaus einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät:

	Baukosten	Ersteinrichtung ²⁸⁾
Mathematik	17 Mio DM	5 Mio DM ²⁹⁾
Informatik ³⁰⁾	26 Mio DM	10 Mio DM ²⁹⁾
Physik ³¹⁾	85 Mio DM	14 Mio DM
Chemie	133 Mio DM	19 Mio DM
Biologie	157 Mio DM	22 Mio DM
<hr/>	<hr/>	<hr/>
Summe	418 Mio DM	70 Mio DM
Geographie	12 Mio DM	4 Mio DM ³²⁾
Geowissenschaften ³³⁾	46 Mio DM	9 Mio DM

Je nach vorgesehener Größe der einzelnen Fächer und des Anteils der Zentralen Einrichtungen und der Verfügungsflächen wird es bei der Planung vor Ort zu Abweichungen von den Werten dieser Modellrechnung kommen.

Unter diesen restriktiven Annahmen sind für den Neubau einer mittelgroßen mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät 490 Millionen DM erforderlich (ohne Grunderwerb und Erschließung); einschließlich Geographie und Geowissenschaften erhöht sich der Betrag auf rund 571 Millionen DM.³⁴⁾ Für große Universitäten mit voll ausgebautem mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächerspektrum und großen Fachbereichen liegt der Raumbedarf und damit das erforderliche Finanzvolumen höher. So kalkuliert die LHSK Berlin für den Campus Naturwissenschaften der HU in Berlin-Adlershof einen Raumbedarf von 65 000 m² HNF, zusätzlichen 15 000 m² HNF für Zentrale Einrichtungen und Investitionskosten von ca. 730 Millionen DM.

Für eine erste Baustufe, die in den 90er Jahren erforderlich ist, ist von einem dringenden Neubaubedarf bei rund 50 % der Bauten für Chemie und Biologie und rund 25 % bei den übrigen Bauten auszugehen. Die Informatik ist vielfach erst im Aufbau und bis auf wenige Hochschulen nicht angemessen ausgestattet. Hier sind kurzfristig Ausbaumaßnahmen und Geräteinvestitionen erforderlich, für die in einer ersten Ausbau-

28) Umfaßt nicht die gesamte notwendige apparative Grundausrüstung, insbesondere nicht für spezielle Forschungsschwerpunkte.

29) Kalkuliert nach Kennwerten für Ersteinrichtung sowie gesonderten Ansätzen für EDV-Grundausrüstung.

30) Kostenrichtwert wie Elektrotechnik.

31) Ersteinrichtung kalkuliert mit Kennwert aus einem Drittel theoretische und zwei Dritteln experimentelle Physik.

32) Ersteinrichtung wie Mathematik.

33) Kostenrichtwert und Ersteinrichtung wie experimentelle Physik.

34) Alle Angaben nach Kostenrichtwerten und in Preisen des Jahres 1990.

phase 100 Millionen DM kalkuliert werden. Unter Berücksichtigung der in Kapitel III. getroffenen Empfehlungen ergibt sich ein dringend erforderlicher Investitionsbedarf von 1,6 Milliarden DM, der – bis auf die Informatik – keine Kapazitätserweiterungen und Kosten für die Neueinrichtung von Fächern an Technischen Universitäten umfaßt. Außerdem sind in dieser Kalkulation keine Ansätze für die Hochschulen in Berlin und Brandenburg enthalten. Zu den 1,6 Milliarden DM für eine erste Investitionsstufe, die möglichst rasch begonnen und in 5 – 6 Jahren durchgeführt werden sollte, kommen pro Fach und Standort im Durchschnitt mindestens 5 Millionen DM für die kurzfristige Herrichtung der Laboratorien hinzu, um diese geltenden arbeitsschutz- und emissionsrechtlichen Vorschriften gemäß zu sanieren. Insgesamt sind hierfür möglichst noch 1993/94 rund 150 Millionen DM anzusetzen.

Der jährliche Investitionsbedarf für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche liegt damit für die nächsten 5 Jahre bei rund 300 bis 350 Millionen DM.³⁵⁾

Der Wissenschaftsrat weist Bund und Länder auf diese erheblichen Investitionskosten hin, die in den kommenden Jahren im Rahmen des Hochschulbauförderungsgesetzes abgedeckt werden. Dabei wird der Investitionsbedarf über diese Kalkulationen noch hinausgehen, wenn die Informatik an allen Universitäten rasch aufgebaut und die Kapazitäten in den übrigen Studiengängen, wie von Hochschulen und Ländern geplant, rasch erweitert werden sollen. Kommt es über die in Kapitel III. vorgeschlagenen Studiengänge und Standorte hinaus zu weiteren naturwissenschaftlichen Studiengängen an bestehenden oder neuen Universitäten, so reicht der hier kalkulierte Finanzbedarf nicht aus.

„Drittmittelgebäude“ und Verfügungsflächen

Der Wissenschaftsrat empfiehlt bei den Planungen für Neubauten im Interesse der wissenschaftlichen Kooperation und der wirtschaftlichen Nutzung u. a. von Großgeräten, Werkstätten und Bibliotheken die naturwissenschaftlichen Fächer möglichst in einem Gebäudekomplex zusammenzufassen (vgl. hierzu die Ausführungen zu „Biozentren“ in Kapitel II. 2. Analoges gilt auch für die Geowissenschaften). Darüber hinaus hat es sich bewährt, daß nicht alle Räume fest den Instituten zugewiesen werden, sondern als „Verfügungsflächen“ oder „Raumpool“ für forschungsaktive Arbeitsgruppen auf Zeit vergeben werden können. Hochschulen mit Engpässen in der Raumausstattung sollten den Bau von „Drittmittelgebäuden“ erwägen, um Verfügungsflächen für die Unterbringung forschungsaktiver Gruppen zu bekommen. Bei umfassenden Neubau- und Verlagerungsplänen sollten die fest den Instituten zugewiesenen Flächen restriktiv kalkuliert und stattdessen zusätzlich Verfü-

³⁵⁾ Kalkuliert ohne Hochschulen in Berlin und Brandenburg und generell ohne Kosten für Grunderwerb und Erschließung sowie ohne Großgeräte außerhalb der Ersteinrichtung. Größere Kapazitätserweiterungen und neue Studiengänge sind nicht berücksichtigt. Angaben in Preisen von 1990.

gungsflächen vorgesehen werden, um flexibel auf sich verändernde Flächenbedarfe der einzelnen Institute und Arbeitsgruppen reagieren zu können.

Geräteausstattung

In den o.g. Kalkulationen sind Geräte nur insoweit eingeschlossen, soweit es um die Ersteinrichtung von Neubauten geht. Da es auch bei zügiger Planung und rascher Bautätigkeit nicht möglich sein wird, die erforderlichen Neubauten alle bereits in den 90er Jahren zu realisieren, müssen neben den Sanierungsmitteln und den Mitteln für die hier kalkulierte erste Baustufe ergänzende Mittel für Geräte bereitgestellt werden. 1991 und 1992 konnte die Ausstattung vieler Fachbereiche mit Geräten aus Mitteln des Programms „Aufschwung Ost“ und im Rahmen von Forschungsprojekten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sowie – soweit Großgeräte betroffen waren – aus Mitteln des HBFVG erheblich verbessert werden. Die Geräteausstattung hat in zahlreichen Arbeitsgruppen einen guten Stand erreicht. Sondermittel stehen jedoch in den nächsten Jahren, wenn zahlreiche Professuren neu eingerichtet werden müssen, voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung. Damit qualifizierte Wissenschaftler für die Hochschulen der neuen Länder gewonnen werden können, ist es erforderlich, daß die Länder rasch mit Neubauten beginnen und im Vorgriff darauf im Wege der vorgezogenen Ersteinrichtung Geräteinvestitionen ermöglichen. Darüber hinaus wird es notwendig sein, daß die Länder für ihre Hochschulen ausreichend dotierte Ansätze für Großgeräteinvestitionen über das HBFVG sowie für Klein- und Mittelgeräte vorsehen, die aus den Landeshaushalten finanziert werden müssen.

III. Zur Ausgangslage und zu den Planungen an den einzelnen Standorten

Dieses Kapitel ist nach Ländern und Hochschulen gegliedert. Nach einführnden Aussagen zur Situation im jeweiligen Land werden für die einzelnen Hochschulen fachbereichsweise unter a) die Ausgangslage beschrieben und die Planungsvorstellungen referiert. Von den bisherigen Arbeitsschwerpunkten werden nur die bedeutsamsten erwähnt. Unter Punkt b) folgen Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die sich in erster Linie auf die grundsätzlichen Ausführungen in Kapitel II beziehen und z. B. die personelle Grundausstattung und die Abstimmung mit den Plänen anderer Hochschulen behandeln. Zu Details, wie den vorgesehenen Berufungsgebieten, wird nur Stellung genommen, wenn Grundsätze wie z. B. die fachliche Breite eines Studiengangs berührt werden.

1. Mecklenburg-Vorpommern

1.1 Ausgangslage und übergreifende Empfehlungen für das Land

Mecklenburg-Vorpommern hat auch künftig in Greifswald und Rostock zwei Universitäten mit einem fast vollständigen naturwissenschaftlichen Fächerspektrum. In die Universität Greifswald wurde im Oktober 1991 die Pädagogische Hochschule Neubrandenburg, in die Universität Rostock wurden die Pädagogische Hochschule Güstrow und die Hochschule für Seefahrt Wustrow/Warnemünde integriert. Die Technische Fakultät der Universität Rostock soll ausgebaut werden und dabei Wissenschaftler der Technischen Hochschule Wismar aufnehmen, an deren Standort und aus deren Potentialen eine Fachhochschule errichtet wird. Zur Erarbeitung eines Aufbaukonzepts hat das Wissenschaftsministerium des Landes eine Strukturkommission berufen, die dieses im Herbst 1992 vorlegen soll. Seit der dritten Hochschulreform im Jahre 1968 sind die Geowissenschaften und die Pharmazie nur in Greifswald vertreten. Als Einrichtungen der Blauen Liste sind das Institut für Ostseeforschung Warnemünde, das Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik an der Universität Greifswald (INP) und das Institut für Atmosphärenphysik Kühlungsborn aufbauend auf dem Potential früherer Akademie-Institute gegründet worden.

Beide Universitäten haben eine Medizinische Fakultät und bieten Lehramtsstudiengänge an. Profilunterschiede zwischen den Hochschulen ergeben sich durch die Technische Fakultät in Rostock und das größere Gewicht der Geisteswissenschaften in Greifswald.

Übergreifende Empfehlungen einer Landeshochschulstrukturkommission zur Umgestaltung der beiden Universitäten liegen nicht vor. Die vorgesehene Ausstattung für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer mit Professuren ist in Übersicht 6 dargestellt. Dabei handelt es sich um Planzahlen des Kultusministeriums auf Grundlage des Regierungsentwurfs zum Haushaltsgesetz.

Übersicht 6:
Derzeit für die Universitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern
vorgesehene Ausstattung der mathematisch-naturwissenschaftlichen
Fachbereiche mit Professuren¹⁾

Fach	Greifswald			Rostock		
	C4	C3	insg.	C4	C3	insg.
Mathematik	5	5	10	9	7	16
Informatik	1	1	2	7	5	12 ²⁾
Physik	5	5	10	8	7	15
Chemie	5	7	12	7	8	15
Biologie	6	6	12	8	7	15
Geowissenschaften	4	4	8			–
Geographie	4	3	7			–
Pharmazie ³⁾	4	2	6			–
Insgesamt	34	33	67	32 ⁴⁾	29 ⁴⁾	61 ⁴⁾

- 1) Ohne gemeinsame Berufungen mit außeruniversitären Einrichtungen.
2) Fachbereich Informatik in der Technischen Fakultät vorbehaltlich der Empfehlungen der Strukturkommission.
3) Nicht Gegenstand dieser Stellungnahme.
4) Ohne Informatik.

Angesichts der geringen Bevölkerungszahl und der Finanzlage des Landes ist in den vergleichsweise teuren Naturwissenschaften eine abgestimmte Schwerpunktbildung besonders notwendig. In der Umwelt- und Meeresforschung sowie in der Physik gibt es bereits Ansätze dazu. Die Distanz von 100 km zwischen beiden Standorten sollte der wechselseitigen Erbringung von Lehrleistungen in angepaßter Angebotsform nicht im Wege stehen. Diese enge Kooperation wird erforderlich sein, solange die Personalausstattung nicht erhöht wird. Um das Ensemble der Fächer beizubehalten, hält es der Wissenschaftsrat unter diesen Bedingungen für zumutbar, daß die Personalausstattung in einer Übergangszeit unterhalb der in Kapitel II definierten Grundausrüstung liegt.

Dies gilt vor allem für Greifswald mit einem breiten naturwissenschaftlichen Fächerspektrum, aber relativ wenigen Professoren je Fach. Mit Ausnahme von Geowissenschaften und Geographie bleibt die Personalausstattung unterhalb der Grundausrüstung. Das Land Mecklenburg-Vorpommern sollte alsbald Vorstellungen entwickeln, wie die bislang unterkritischen Fachbereiche adäquat ausgebaut werden können. Falls ein Stellenzuwachs nicht in erforderlichem Umfang erreichbar sein sollte, müßte auch die Fortführung einzelner Fachbereiche überdacht werden zumal an beiden Hochschulen ein erheblicher Investitionsbedarf für viele Institutsgebäude und die Bibliotheken besteht.

Auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Verknüpfung der bio- und geowissenschaftlichen Kapazitäten beider Universitäten und des Instituts für Ostseeforschung im Rahmen eines langfristigen Projektes zur Erforschung der Küstenökosysteme sei verwiesen.³⁶⁾

1.2. Universität Greifswald

Die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (EMAU) umfaßt die Fachrichtungen (entspricht Fachbereichen) Mathematik/Informatik (die zweitgenannte im Aufbau), Physik, Biologie, Chemie, Geographie und Geologie sowie Pharmazie. Die Fachrichtungen Geographie und Geologie wollen künftig als Institute einen gemeinsamen Fachbereich bilden. Als unselbständige Landeseinrichtung, die der Fakultät zugeordnet ist, wird auf der Insel Hiddensee ein Institut für Ökologie aufgebaut, das sich der Boddenlandschaftsforschung widmen soll. Für dieses Institut sind insgesamt 28 Stellen vorgesehen.

Fachrichtung Mathematik/Informatik

a) In der Fachrichtung Mathematik/Informatik waren 9 Professoren und 7 Dozenten in folgenden Lehrstuhlbereichen tätig: Diskrete Mathematik, Analysis, Analysis und Algebra, Mathematische Logik und Grundlagen der Mathematik, Maß- und Integrationstheorie, Numerische Mathematik, Theoretische Mathematik (Topologie und Geometrie), Informatik (Programmierung und Softwaretechnologie) sowie in der Abteilung Didaktik der Mathematik. Das Studienangebot umfaßt einen Diplomstudiengang Mathematik und alle Lehrämter für allgemeinbildende Schulen. Informatik wird als Nebenfach angeboten.

Der zwischen Hochschule und Kultusministerium abgestimmte Personalstrukturplan sieht für den Fachbereich zukünftig je 6 C4- und C3-Professuren vor, von denen je eine für die Informatik vorgesehen ist. Hinzukommen sollen zunächst 4 C2-Stellen. Das Informatik-Angebot, weiter als Nebenfach, soll unterstützt werden durch die Lehre eines C4-Professors für Grundlagen der Mathematik und Logik sowie eines C3-Professors für Computer-Algebra. Weitere C4-Professuren sind vorgesehen für Analysis (Globale Analysis), Geometrie/Topologie, Analysis und Algebra sowie numerische Mathematik/Optimierung.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ermöglicht die vorgesehene Ausstattung mit Professuren das Mindestlehrangebot für einen Diplomstudiengang Mathematik nur dann, wenn – wie vorgesehen – zusätzlich C2-Stellen ausgebracht und mit habilitierten Wissenschaftlern besetzt werden. Das vorgesehene Fächerspektrum ist ausgewogen. Es fehlt jedoch eine Professur für klassische angewandte Analysis (gewöhnliche und partielle Differentialgleichungen). Für die Bedürfnisse der Wirt-

³⁶⁾ Wissenschaftsrat: Stand und Perspektiven der Umweltforschung in den neuen Ländern. Zweiter Zwischenbericht. In: Ders., Empfehlungen und Stellungnahmen 1991. Köln 1992, S. 186 ff.

schaftswissenschaften, deren Aufbau derzeit noch gestoppt ist, müßte zusätzlich ein Arbeitsbereich Operations Research/Statistik aufgebaut werden.

Mit der vorgesehenen Ausstattung der Informatik kann das Lehrangebot eines Schwerpunktes innerhalb des Mathematik-Studiums abgedeckt werden. Für ein Nebenfach reicht die Ausstattung jedoch nicht. Hierfür sind zusätzliche Professuren erforderlich. Angesichts der generellen Engpässe bei der Berufung von Informatikern empfiehlt der Wissenschaftsrat den Ausbau der Informatik in Greifswald vorerst zurückzustellen und das Fach zunächst nur als einen Schwerpunkt der Mathematik einzurichten.

Die räumliche Unterbringung des Fachbereichs ist unzureichend, die Geräteausstattung kurzfristig akzeptabel.

Fachrichtung Physik

a) Die Fachrichtung Physik umfaßte die Wissenschaftsbereiche Plasmaphysik, Theoretische Physik, Angewandte Physik und Physikdidaktik mit insgesamt 6 Professoren und 5 Dozenten. Forschungsschwerpunkte waren Arbeiten zur Kinetik und Dynamik des nicht-isothermen Nieder-temperaturplasmas und seiner Wechselwirkung mit Festkörperoberflächen, theoretische Untersuchungen zu „Nichtidealen Plasmen“ und zur „Nichtlinearen Dynamik“ sowie technische Entwicklungsarbeiten für die Meßwerterfassung und -verarbeitung.

Die Fachrichtung Physik bemüht sich gemeinsam mit dem Fachbereich Chemie, dem Blaue Liste-Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik (INP) und Wissenschaftlern der Universität Rostock um die Einrichtung eines plasma-physikalisch orientierten Sonderforschungsbereichs. Angeboten werden ein Diplom-Studiengang und die Lehramtsstudiengänge für allgemeinbildende Schulen sowie Service-Lehrveranstaltungen in der Mediziner-Ausbildung.

Für die Fachrichtung Physik sind im Personalstrukturplan insgesamt 10 Professuren vorgesehen. Hinzu kommen die leitenden Wissenschaftler des INP, die in einem gemeinsamen Verfahren zugleich als Professoren an die Universität berufen werden sollen (1 C4, 4 C3).

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrats reicht die geplante personelle Ausstattung für die Fachrichtung Physik nicht aus, um einen wettbewerbsfähigen Diplom-Studiengang Physik anzubieten. Das fachliche Spektrum ist bisher zu schmal, da fast alle Aktivitäten auf die Plasmaphysik konzentriert sind. Die Zusammenarbeit mit dem neugegründeten INP dient der Schwerpunktbildung in der Forschung, kann jedoch nicht zu der erforderlichen fachlichen Arrondierung beitragen. Um hier rasche Abhilfe zu schaffen, sollte kurzfristig die Anzahl der derzeit in Feldern der Plasmaphysik tätigen Professoren nicht weiter erhöht werden. Die darüber hinaus besetzbaren Professuren sollten so ausgewiesen werden, daß sie in sinnvollem Zusammenhang mit dem gewachsenen Schwerpunkt der Greifswalder Physik stehen, zugleich aber garantie-

ren, daß wesentliche Bestandteile der Ausbildung zum breit einsetzbaren Diplom-Physiker gewährleistet sind. Wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern daran festhält, in Greifswald eine leistungsfähige Naturwissenschaft aufzubauen, muß die Personalausstattung der Physik mittelfristig auf die Grundaussstattung angehoben werden. In einer Übergangsphase müßten – allgemein und speziell auch in der Physik – alle Möglichkeiten genutzt werden, die Leistungsfähigkeit der Naturwissenschaften in Rostock und Greifswald, wo immer sinnvoll und möglich, im Verbund beider Einrichtungen zu erhöhen.

Fachrichtung Chemie

a) Die Fachrichtung Chemie umfaßte die 5 Wissenschaftsbereiche (WB): Anorganische, Physikalische, Organische und Technische Chemie sowie die Chemiedidaktik. In ihr waren insgesamt 10 Professoren und 8 Dozenten tätig. Ein Forschungsschwerpunkt ist in der Fachrichtung nicht erkennbar, er deutet sich in einer Zusammenarbeit mit der Mikrobiologie an. Von den bisherigen Arbeiten sind insbesondere die Entwicklung chemischer Sensoren zu erwähnen.

Im WB Anorganische Chemie wurde überwiegend Organo-Elementchemie betrieben, weiterhin werden Lithium-Jod-Batterien untersucht. Im WB Physikalische Chemie wurden Arbeiten zur Kinetik des Xenobiotika-Abbaus und zur Festkörperforschung mit dem Schwerpunkt chemische Sensoren durchgeführt. Das Forschungsprofil des WB Organische Chemie ist sehr heterogen und reicht von der Heterozyklenchemie über Fluorierungen mit wasserfreiem Fluorwasserstoff bis hin zu Anwendungen der NMR-Spektroskopie. Der WB Technische Chemie befaßte sich mit ionischer Polymerisation an Übergangsmetallkatalysatoren. Der Fachbereich will künftig mit dem Institut für Ökologie Hiddensee kooperieren.

Der Personalstrukturplan sieht für die Fachrichtung Chemie insgesamt 12 Professuren vor. Neben dem Diplomstudiengang sind weiterhin die Lehramtsstudiengänge für allgemeinbildende Schulen vorgesehen; ferner hat der Fachbereich Servicelehrveranstaltungen insbesondere für die Mediziner Ausbildung anzubieten.

b) Da in Greifswald Physik, Biologie und Pharmazie mit Diplomstudiengängen vertreten sind, sollte nach Ansicht des Wissenschaftsrates auch die Chemie mit einem eigenem Studiengang vertreten sein. Dabei sollte jedoch wegen des fehlenden industriellen Hinterlandes auf die Technische Chemie verzichtet werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, von einer Ausstattung mit je 2 C4- und C3-Professuren in der Anorganischen, Organischen und Physikalischen Chemie zuzüglich einer C3-Professur für Didaktik wegen der für Greifswald wichtigen Lehrerbildung (insgesamt also 6 C4- und 7 C3-Professuren) auszugehen und den weiteren Ausbau von der Entwicklung der Naturwissenschaften an der EMAU insgesamt abhängig zu machen. Eine personelle Erneuerung ist insbesondere in der Organischen Chemie notwendig.

Die Fachbereichsgebäude befinden sich in einem bedenklichen Zustand, der lediglich kleinere Investitionen zur Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen sinnvoll erscheinen läßt. Ein Neubau ist dringend erforderlich.

Fachrichtung Biologie

a) In der Fachrichtung Biologie waren bisher 6 Professoren und 11 Dozenten in folgenden Instituten tätig: Allgemeine Mikrobiologie, Technische Mikrobiologie, Genetik, Biochemie, Botanik, Geobotanik und Botanischer Garten, Zoologie, Vogelwarte Hiddensee, Biologische Station Hiddensee und Didaktik der Biologie. Ein Forschungsschwerpunkt zeichnet sich in der Mikrobiologie (Detoxifikation von Xenobiotika durch Mikroorganismen) in Zusammenarbeit mit der Fachrichtung Chemie ab.

Für die Fachrichtung Biologie sind im Personalstrukturplan 12 Professuren vorgesehen. Eine Verstärkung ergibt sich durch das überwiegend mit Biologen besetzte Institut für Ökologie Hiddensee. Die Fachrichtung strebt eine Fremdbefüllungsquote von einem Drittel an. Die Studiengänge Biologie-Diplom und Lehramt sollen weitergeführt werden. Der Diplom-Studiengang Biopharmakologie, der bisher gemeinsam mit der Medizinischen Fakultät getragen wurde, soll künftig - dem Marburger Modell folgend - zu einem Studiengang Humanbiologie weiterentwickelt werden.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist die vorgesehene Ausstattung mit Professuren ausreichend für einen Diplomstudiengang Biologie mit kleinen Aufnahmezahlen. Angesichts der knappen Personalausstattung der Biologie sollte das Konzept eines grundständigen Studiengangs Biopharmakologie, der neben den Studiengängen Biologie und Pharmazie angeboten werden soll, überdacht werden. Ein entsprechender Schwerpunkt im Biologie- oder Pharmaziestudium sollte geprüft werden.

Die vorhandenen Gebäude bieten eine auskömmliche Unterbringung; die Geräteausstattung ist in den meisten Bereichen deutlich verbessert worden und erreicht teilweise gutes Niveau.

Fachrichtung Geographie

a) Die Fachrichtung Geographie gliederte sich in die Wissenschaftsbereiche Physische Geographie, Wirtschafts- und Sozialgeographie sowie Fachdidaktik mit zusammen 6 Professoren und 4 Dozenten. Greifswald war in der DDR einer der drei Standorte für die universitäre Geographie. Arbeitsschwerpunkte waren vor allem Boddenforschung/Landschaftsökologie, Agrarstrukturwandel und Standortprobleme der Küstenregion.

Der Personalstrukturplan sieht für die Geographie insgesamt 7 Professuren vor: C4-Professuren für Physische Geographie, Geoökologie, Wirtschafts- und Sozialgeographie sowie Regionale Geographie der Nörd-

lichen Hemisphäre, außerdem C3-Professuren für Geomorphologie und Küstenkunde, Raumordnung/Landesplanung und Didaktik. Der Diplom-Studiengang und die Lehramtsstudiengänge sollen fortgeführt werden.

b) Die geplante Personalausstattung knüpft an den vorhandenen Schwerpunkt an und ermöglicht das vorgesehene Lehrangebot. Sie liegt über der Grundausrüstung. Im Interesse einer Verbreitung des Fächerspektrums sollte eine Professur in den Bereich Geographische Informationssysteme/Fernerkundung verlagert werden; damit würden auch die Kooperationsmöglichkeiten mit der Geologie verbessert.

Fachrichtung Geologie

a) Die Fachrichtung Geologie war bisher mit 9 Professuren und 4 Dozenten vertreten; sie umfaßte die Lehrbereiche Geotektonik, Historische und Quartärgeologie, Petrologie, Paläontologie, Geochemie, Geophysik/Geoinformatik und den Wissenschaftsbereich Lagerstättenlehre. Nach der Dritten Hochschulreform im Jahre 1968 wurden die Geowissenschaften an der Universität Greifswald ausgebaut. Nur hier und in Freiberg wurden grundständige geowissenschaftliche Studiengänge angeboten. Neben dem zurücktretenden Schwerpunkt Lagerstättenforschung (Ton, Kies, Sand) sind in den letzten Jahren zunehmend meeresgeologische und umweltbezogene Vorhaben in den Vordergrund getreten. Durch die gemeinsame Berufung der leitenden Wissenschaftler der Abteilung Meeresgeologie des Instituts für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) wird dieser Schwerpunkt weiter verstärkt.

Die Fachrichtung Geologie soll künftig mit 8 Professuren ausgestattet werden, die nach den Plänen der Fachrichtung wie folgt zugeordnet werden sollen: C4-Professuren für Regionale Geologie/Strukturgeologie, Paläontologie, Ingenieurgeologie/Hydrogeologie und Mineralogie/Petrologie sowie C3-Professuren für Allgemeine und Historische Geologie, Mineralogie/Geochemie, Lagerstättenlehre und Angewandte Geophysik/Geoinformatik. Eine weitere Professur für Quartärgeologie wird angestrebt. Durch die gemeinsame Berufung mit dem IOW kommen noch je eine Professur für Meeresgeologie und Allgemeine Geologie hinzu. Künftig sollen neben Geologen auch Mineralogen ausgebildet werden.

b) Der Wissenschaftsrat betrachtet die vorgesehene Ausstattung als hinreichend für den Aufbau eines leistungsfähigen geowissenschaftlichen Instituts mit den beiden Diplom-Studiengängen Geologie und Mineralogie. Auf die Möglichkeiten eines gemeinsamen Grundstudiums wird verwiesen (vgl. Kapitel II.3). Durch den Mineralogie-Studiengang entsteht weitere Lehrnachfrage in Physik und Chemie. In Fortsetzung der bisherigen Arbeiten sollte die C3-Stelle für Historische Geologie mit Schwerpunkt Quartärgeologie besetzt werden.

Die vorhandenen Gebäude sind erneuert und bieten ausreichend Platz; die Ersteinrichtung ist noch zu ergänzen.

1.2. Universität Rostock

Die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock umfaßt die Fachbereiche Mathematik, Physik, Chemie und Biologie. Als Teil der Technischen Fakultät besteht darüber hinaus ein Fachbereich Informatik. Durch die geplante Erweiterung der Technischen Fakultät werden auf die Mathematik und Physik sowie in geringerem Umfang auf die Chemie Verpflichtungen für Servicelehrveranstaltungen zukommen, für die Mathematik darüber hinaus durch die im Aufbau befindlichen Wirtschaftswissenschaften. Die Medizinische und die Agrarwissenschaftliche Fakultät werden vor allem Lehrveranstaltungen aus der Biologie und der Chemie nachfragen. Die Universität schlägt angesichts der unzureichenden Unterbringung der Naturwissenschaften im Stadtzentrum vor, alle Fachbereiche der Fakultät auf einem Campus in der Südstadt in der Nähe der Technischen Fakultät zusammenzuführen.

Der Hochschule als An-Institute verbunden sind die Blaue Liste-Institute für Ostseeforschung, Warnemünde (IOW), und Atmosphärenphysik, Kühlungsborn, sowie das Landes-Institut für Organische Katalyseforschung, dem die Mitarbeiter von Max-Planck-Arbeitsgruppen und WIP³⁷⁾-geförderte Wissenschaftlern assoziiert sind. Wie Übersicht 6 zeigt, entspricht die für die Universität Rostock in den einzelnen Fächern vorgesehene Anzahl von Professoren knapp der in Abschnitt II.7. empfohlenen Grundausstattung. Die Kapazitäten des IOW sollen zum Angebot meereskundlicher Studienrichtungen im Hauptstudium der Physik, Chemie und Biologie genutzt werden.

Fachbereich Mathematik

a) Im Fachbereich Mathematik bestanden die Fachgebiete Analysis, Theoretische Mathematik (Algebra und Geometrie), Numerische Mathematik, Stochastik und Didaktik mit insgesamt 15 Professoren und 12 Dozenten sowie insgesamt etwa 50 wissenschaftlichen Mitarbeitern.³⁸⁾ Der Arbeitsschwerpunkt lag vor allem in der Analysis und hier bei anwendungsorientierten Themen der Integral- und Operatorgleichungen sowie der Numerischen Mathematik.

Der Personalstrukturplan sieht für den Fachbereich zunächst 9 C4- und 7 C3-Professuren vor, die folgenden Arbeitsbereichen zugeordnet werden sollen: 3 C4 und 2 C3 in Analysis (Partielle Differentialgleichungen, Funktionalanalysis und Angewandte Analysis, Mathematische Physik, Operatortheorie), 3 C4 und 2 C3 in Algebra und Geometrie (einschließlich Diskreter Mathematik), 2 C4 und 1 C3 in Numerische Mathematik und Mathematische Optimierung, 1 C4 und 1 C3 in Stochastik/Mathematische Statistik und 1 C3 in Didaktik. Neben dem Diplomstudiengang sollen alle Lehramtsstudiengänge angeboten werden.

³⁷⁾ Wissenschaftler-Integrationsprogramm im Rahmen des Hochschul-Erneuerungs-Programms (HEP).

³⁸⁾ Angaben einschließlich der Außenstellen in Wustrow und Güstrow.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist die vorgesehene Ausstattung mit Professuren zunächst ausreichend. Falls jedoch infolge des Ausbaus der Technischen Fakultät und des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften die Nachfrage in der Servicelehre deutlich steigen sollte, sind personelle Erweiterungen erforderlich. Zwischen dem Fachbereich Informatik, der bislang Defizite in Theoretischer Informatik hat, und dem Fachbereich Mathematik sollte es eine Abstimmung bei der Besetzung von Stellen für Theoretische Informatik geben.

Die räumliche Situation des Fachbereichs ist derzeit, auch wegen der verstreuten Lage einzelner Einheiten, unbefriedigend. Es besteht jedoch Aussicht, daß der Fachbereich zumindest vorübergehend in einen renovierten Trakt des Universitäts-Hauptgebäudes einziehen kann. Im Zuge der Verlagerung der Naturwissenschaften auf den Campus Südstadt sollte die Mathematik ebenfalls dorthin verlegt werden.

Fachbereich Physik

a) Der Fachbereich Physik gliederte sich in Rostock in die fünf Abteilungen für Glasstruktur, Isolatorphysik, Physikalische Elektronik, Theoretische Physik und Physik-Didaktik. In der Außenstelle Wustrow ist die Angewandte Physik vertreten und in der Außenstelle Güstrow Polymerphysik, Theoretische Physik und Physik-Didaktik. In diesen Organisationseinheiten waren insgesamt 12 Professoren und 12 Dozenten tätig.

Der Fachbereich verfügt über eine breit angelegte, leistungsfähige theoretische Physik mit Forschungsschwerpunkten in der Quantentheorie der Vielteilchensysteme (vgl. die eingerichtete Max-Planck-Arbeitsgruppe „Theoretische Vielteilchensysteme“), in der Statistischen Physik und in der Außenstelle Güstrow in der Halbleitertheorie und der Quantenoptik. Die Experimentalphysik ist relativ einseitig auf Teilgebiete aus der Physik der kondensierten Materie wie Strukturuntersuchungen an Gläsern und amorphen Isolatormaterialien spezialisiert. Der Fachbereich bemüht sich gemeinsam mit Greifswalder Physikern um die Einrichtung eines plasma-physikalisch orientierten Sonderforschungsbereichs.

Der Fachbereich hält eine Mindestausstattung von 8 C4- und 7 C3-Professuren und 31 wissenschaftlichen Mitarbeitern für erforderlich. Die genannte Anzahl von Professuren stimmt mit dem Personalstrukturplan überein. Nach dem Willen des Fachbereichs sollen je 3 C4- und 2 C3-Professuren in der Experimentalphysik und der Theoretischen Physik ausgebracht werden, hinzukommen sollen je 2 C4- und C3 Professuren für Angewandte Physik und 1 C3-Professur für Didaktik. Neben dem Diplomstudiengang sollen Studiengänge für alle Lehrämter angeboten werden. Zwei leitende Wissenschaftler des Instituts für Ostseeforschung sollen zugleich als Professoren für Physikalische Ozeanographie und der Leiter sowie ein Abteilungsleiter des Instituts für Atmosphärenphysik als Professoren für dieses Fachgebiet berufen werden.

b) Der Stellenplan für den Fachbereich Physik bietet eine solide Grundlage, um die derzeitige Einseitigkeit im Bereich der experimentellen Physik zu überwinden. Dazu bedarf es einer mittelfristig planenden, zielgerichteten Berufungspolitik, da abzusehen ist, daß die aus dem bestehenden Potential erwachsenen Zwänge nur eine allmähliche Umformung des Fächerspektrums zulassen werden. Die theoretische Physik sollte die vorhandenen Forschungsschwerpunkte erhalten und abrunden. In der Experimentalphysik fehlt Kompetenz in der Atom- bzw. Molekülphysik. In Verbindung mit der Clusterphysik könnte eine Brücke zur Physik der kondensierten Materie geschlagen werden. Sowohl in der Festkörperphysik (einschließlich Halbleiterphysik) als auch in der vorgesehenen Materialforschung erzwingt die relativ geringe Personalausstattung eine Beschränkung auf wenige Forschungsfelder, bei deren Auswahl die vorhandene Kompetenz und der Gesichtspunkt der Arrondierung beachtet werden müssen. Eine feingegliederte Spezialisierung der Berufsgebiete sollte strikt vermieden werden.

Der Fachbereich ist in noch funktionstüchtigen, jedoch ergänzungsbedürftigen Räumen untergebracht. Wenn die anderen naturwissenschaftlichen Fächer aus der Innenstadt ausgelagert werden, sollte die Physik im Interesse des Zusammenhangs der Fakultät ebenfalls auf dem Campus in der Südstadt angesiedelt werden.

Fachbereich Chemie

a) Der Fachbereich Chemie der Universität gliedert sich in die Abteilungen für Anorganische, Organische, Physikalische, Analytische und Ökologische sowie Technische Chemie und Didaktik der Chemie, hinzu kommt die aus der ehemaligen PH ausgegliederte Außenstelle Güstrow. Der Fachbereich verfügt derzeit einschließlich der Außenstelle Güstrow über 9 Professoren und 10 Dozenten. Forschung wurde bisher in sehr kleinen Arbeitsgruppen betrieben, wobei die Aktivitäten zur Elektrochemie (Sensorentwicklung) und zur ökologischen Analytik mit lebensmittelchemischem Akzent hervorzuheben sind. Die Organische Chemie war darüber hinaus durch den Bereich Komplexkatalyse des ehemaligen Zentralinstituts für Organische Chemie der AdW vertreten, aus dem neben dem Institut für Organische Katalyseforschung an der Universität Rostock e.V. (Landesinstitut) die beiden Max-Planck-Arbeitsgruppen „Komplexkatalyse“ und „Asymmetrische Katalyse“ hervorgegangen sind. Deren Leiter sollen auf Professuren der Universität berufen werden. Die Arbeitsgruppen sind dem o. g. Landesinstitut eng verbunden, das wesentliche Beiträge zur akademischen Lehre und zur Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbringen soll.

Der Fachbereich hält, unter der Voraussetzung einer jährlichen Studienanfängerzahl von 100 (Diplom und Lehramt), eine Stellenausstattung von 7 C4- und 8 C3-Professuren, 11 unbefristeten und 19 befristeten wissenschaftlichen Mitarbeitern als Minimum für erforderlich. Eine entsprechende Anzahl von Professuren ist im Personalstrukturplan vorgesehen. Hinzu kommen voraussichtlich 2 Professuren durch die gemein-

sam zu berufenden leitenden Wissenschaftler der Abteilung Meereschemie des Instituts für Ostseeforschung sowie weitere Lehrkapazität aus dem Institut für Organische Katalyseforschung (s. o.). Mittelfristig erwartet der Fachbereich eine Erweiterung der Personalkapazitäten um etwa 30%. Trotz der kurzfristig erforderlichen Personalreduktionen möchte er die vorhandenen Forschungsgruppen erhalten, faßt jedoch eine Schwerpunktbildung ins Auge. In den Bereichen Anorganische und Organische Chemie sollen dies synthetisch-chemische Arbeiten auf dem Organoelementgebiet (Silizium, Schwefel) und die Chemie nachwachsender Rohstoffe, künftig auch stereoselektive Synthesen sein. Für die Gebiete Analytische und Ökologische Chemie wird eine Verflechtung mit Akzent auf die Entwicklung elektrochemischer Sensoren für die Umweltanalytik angestrebt.

b) Der Wissenschaftsrat hält die vom Fachbereich definierte Minimalausstattung für die Absicherung eines Diplomstudiengangs Chemie für zunächst ausreichend. Entsprechend den Ausführungen in Abschnitt II.7. sind jedoch Erweiterungen, insbesondere im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter, notwendig, wobei die Zahl der unbefristet zu besetzenden Stellen jedoch noch zu verringern ist. Die Fachrichtung Technische Chemie sollte mangels Bedarf und Ausbildungsmöglichkeiten in Rostock nicht fortgeführt werden. Der Bereich Analytische und Ökologische Chemie sollte unter Einbeziehung der Abteilung Meereschemie des Instituts für Ostseeforschung im Interesse der Region ausgebaut und neuprofiliert werden: Für die Entwicklung der vom Fachbereich definierten Schwerpunkte in der Anorganischen und Organischen Chemie bestehen leistungsfähige Potentiale und damit Anknüpfungspunkte in den beiden Max-Planck-Arbeitsgruppen und im o. g. Landesinstitut.

Die Gebäude der Chemie befinden sich überwiegend in bedenklichem Zustand. Die Einhaltung der Sicherheitsauflagen ist nicht gewährleistet. Eine grundlegende Sanierung ist unwirtschaftlich, daher sollte baldmöglichst mit der Errichtung eines Neubaus begonnen werden. Gleichwohl muß kurzfristig die Arbeitsfähigkeit des Fachbereichs durch Reparatur- und Sicherungsmaßnahmen hergestellt werden.

Fachbereich Biologie

a) Der Fachbereich Biologie hat derzeit einschließlich der Außenstelle Güstrow 11 Professoren und 9 Dozenten. Er gliedert sich in die Wissenschaftsbereiche Spezielle Botanik, Pflanzenphysiologie und Biochemie, Tierphysiologie, Experimentelle Ökologie, Meeresbiologie, Fischereibiologie und Biologiedidaktik. Forschungsschwerpunkte sind die Aquatische Ökologie (Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen zur ökologisch fundierten Bewirtschaftung von Küstengewässern und -landschaften) und die Aquatische Physiologie (mikrobiologische und streßphysiologische Arbeiten an ausgewählten aquatischen Organismen sowie die Vorbereitung biotechnologischer Anwendungen).

Für den Fachbereich sind 8 C4- und 7 C3-Stellen vorgesehen. Damit kann das notwendige Lehrangebot für den Diplom- und die Lehramtsstudiengänge sowie für andere Fachbereiche (vor allem der Agrarwissenschaftlichen Fakultät) erbracht werden. Die vorhandenen Wissenschaftsbereiche sollen fortgeführt und um die neuen Fächer Mikrobiologie, Biophysik und Genetik (jeweils eine Professur) ergänzt werden. Darüber hinaus sollen die leitenden Wissenschaftler der Abteilung Meeresbiologie des Instituts für Ostseeforschung in einem gemeinsamen Verfahren als Professoren berufen werden. Mittelfristig strebt der Fachbereich eine beträchtliche Erweiterung des Personalbestandes an.

b) Angesichts des vorhandenen Potentials des Fachbereichs und seiner geographischen Lage unterstützt der Wissenschaftsrat die Planungen, in engem Zusammenwirken mit dem Institut für Ostseeforschung einen Schwerpunkt für limnische und marine Ökologie aufzubauen. Neben diesem Standort gibt es in Deutschland nur noch drei Zentren limnologischer Forschung: Das Max-Planck-Institut in Plön, das Blaue Liste-Institut für Gewässerökologie und Fischereibiologie in Berlin-Friedrichshagen sowie die Universität Konstanz mit dem Sonderforschungsbereich „Stoffhaushalt des Bodensees“. Die Rostocker Biologie hat ein Defizit in den molekularbiologischen Disziplinen; die hierfür vorzusehenden Professuren könnten aber durchaus so besetzt werden, daß die Arbeitsgebiete einen Zusammenhang mit dem geplanten limnologischen Schwerpunkt aufweisen.

Nach Auffassung des Wissenschaftsrates reicht die vorgesehene Ausstattung des Fachbereichs nur dann für den geplanten Schwerpunkt für limnische und marine Ökologie aus, wenn drei Professuren hinzukommen und somit die Grundausstattung gemäß II.7. erreicht wird. Zentral für den Forschungsschwerpunkt ist die Einrichtung von Professuren für Biochemie, Biophysik, Mikrobiologie, Genetik, Pflanzenphysiologie sowie für limnische und marine Ökologie. Ihm sollten auch die Professuren für Botanik und Zoologie zugeordnet sein. Im Rahmen einer derartigen Schwerpunktbildung ergeben sich auch Anknüpfungspunkte für eine enge Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsbereich Ökologische und Analytische Chemie der Universität. Dagegen sollten die Spezielle Botanik und Spezielle Zoologie nicht über das bisher vorgesehene Maß hinaus verstärkt werden.

Der Fachbereich ist derzeit über das Stadtgebiet verstreut untergebracht; ein Teil der Gebäude ist nicht für Forschungszwecke nutzbar. Sanierungsmaßnahmen über das kurzfristig zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit erforderliche hinaus sind nicht sinnvoll und unökonomisch, weil die Biologie aus dem Innenstadtbereich verlagert werden muß. Das Land sollte rasch einen Neubau auf dem Campus in der Südstadt errichten. Die apparative Ausstattung des Fachbereichs ist durch die Beschaffungen der letzten beiden Jahre jetzt überwiegend ausreichend. Der Wissenschaftsrat verweist auf den beträchtlichen Bedarf an Mitteln für die Erst-

ausstattung der neu zu berufenden Professoren, denen insbesondere in den molekularbiologischen Fächern derzeit keine wettbewerbsfähigen Arbeitsbedingungen geboten werden können.

2. Sachsen

2.1 Ausgangslage und übergreifende Empfehlungen für das Land

Von den neuen Ländern besitzt Sachsen die meisten Hochschulen. 1990 gab es dort neben der „klassischen“ Voll-Universität Leipzig, der renommierten TU Dresden – die Hochschule mit der zweitgrößten Studentenzahl in der ehemaligen DDR –, der traditionsreichen, kleinen Bergakademie Freiberg und der 1953 gegründeten TU Chemnitz 5 weitere Technische Hochschulen, 3 Pädagogische Hochschulen sowie 4 Spezialhochschulen. Die Hochschulstruktur war stark technisch ausgerichtet, die Naturwissenschaften sahen sich vielfach in der Rolle von Hilfswissenschaften.

Mit dem „Gesetz zur Struktur des Hochschulwesens und der Hochschulen im Freistaat Sachsen“ werden die Hochschulen grundlegend neu gestaltet: Neben den 4 universitären Hochschulen in Chemnitz, Dresden, Freiberg und Leipzig soll es künftig 5 Fachhochschulen geben, die überwiegend aus früheren Technischen Hochschulen und Ingenieurhochschulen entstehen werden. Als Technische Universitäten sollen Dresden, Chemnitz-Zwickau und Freiberg erhalten und mit jeweils unterschiedlichem Profil ausgebaut werden. Durch Neuaufbau einer Juristischen, einer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen sowie einer Geisteswissenschaftlichen Fakultät wird die TU Dresden zu einer Voll-Universität entwickelt, an der auch – ausgehend von der Medizinischen Akademie Dresden – eine Medizinische Fakultät aufgebaut wird. Die Technische Universität Chemnitz-Zwickau, die in Zwickau am Sitz der ehemaligen Pädagogischen Hochschule einen zweiten Standort erhält, soll ebenfalls einen wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich erhalten. Die Universität Leipzig soll im Rahmen des bisherigen Fächerspektrums konsolidiert werden. Die Pädagogischen Hochschulen in Leipzig, Dresden und Zwickau wurden nach Integration in die Universitäten Dresden, Leipzig und Chemnitz aufgelöst. Die Ausbildung in den Lehramtsstudiengängen erfolgt künftig in neu zu gründenden Fachbereichen Erziehungswissenschaft und in den entsprechenden Fachdisziplinen.

Die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer sind von der Neuordnung der Hochschullandschaft Sachsens in unterschiedlichem Maße betroffen. Da Planungsvorstellungen des Freistaats Sachsen nur zur personellen Gesamtausstattung der Hochschulen vorlagen, bezieht sich der Wissenschaftsrat bei seiner Stellungnahme auf die Stellungnahmen der Sächsischen Hochschulkommission (SHK). Deren Vorschläge für die Ausstattung der einzelnen Hochschulen und Fächer (Übersicht 7) beruhen u. a. auf einer Modellrechnung, die von Planzahlen für die Studienplätze ausgeht.

Übersicht 7:

Derzeit für die Universitäten des Freistaats Sachsen
vorgesehene Ausstattung der mathematisch-naturwissenschaftlichen
Fachbereiche mit Professuren¹⁾
(Empfehlungen der Sächsischen Hochschulstrukturkommission)

	Chemnitz			Dresden			Freiberg			Leipzig		
	C4	C3	Insg.	C4	C3	Insg.	C4	C3	Insg.	C4	C3	Insg.
Mathematik	12	6	18	13	7	20	5	4	9	6	7	13
Informatik ²⁾	9	3		13	8	21	4	4	8	6	4	10
Physik	11	5	16	11	8	19	3	2	5	10	7	17
Chemie	5	5	10	13	9	22	5	6	11	10	8	18
Biologie		-		8	6	14		-		7	7	14
Geowissenschaften		-		5	5	10 ³⁾	8	7	15	5	2	7
Geographie		-		3	2	5 ⁴⁾		-		1	2	3
Pharmazie ⁵⁾		-						-		2	3	5
Insgesamt ⁶⁾	28	16	44	53	37	90	21	19	40	41	36	77
				(45)	(30)	(75) ⁷⁾						

- 1) Ohne gemeinsame Berufungen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen. –
2) Eigene Fachbereiche für Informatik in Chemnitz und Dresden, gesonderte Personalanforderung in Leipzig. Der Fachbereich Technische Informatik der BAF soll auch Elektrotechniker und Automatisierungstechniker einschließen. – 3) Geodäsie und Kartographie einschl. Fernerkundung/Photogrammetrie. Diese Fächer gehören zur Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen. – 4) Gehört zur Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen. – 5) Nicht Gegenstand dieser Stellungnahme. – 6) Summen ohne Informatik. – 7) Summen ohne die zur Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen gehörenden Geowissenschaften.

Angesichts der Größe des Hochschulsektors des Freistaats Sachsen kommt es in besonderem Maße darauf an, die zur Verfügung stehenden Ressourcen auf den Aufbau leistungsfähiger Einheiten zu konzentrieren. Der Wissenschaftsrat hat daher in der Regel einen Vorrang für die Konsolidierung vorhandener leistungsfähiger Einheiten empfohlen. Erst in zweiter Linie sollten Fachrichtungen und Diplomstudiengänge neu aufgebaut werden. Dies gilt insbesondere für die Physik in Chemnitz und Freiberg, die Chemie in Chemnitz und die Biologie in Dresden. Der vorgesehene begrenzte Ausbau der Geowissenschaften in Dresden und Leipzig sollte in Abstimmung und Kooperation mit der Bergakademie Freiberg bzw. der Universität Halle erfolgen.

2.2. Technische Universität Chemnitz-Zwickau

An der TU Chemnitz gibt es derzeit in der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften die Fachbereiche Mathematik, Physik und Chemie. Die Informatik bildet einen eigenen Fachbereich in den Ingenieurwissenschaften.

Fachbereich Mathematik

a) Im Fachbereich Mathematik waren bisher 10 Professoren und 13 Dozenten an den Lehrstühlen für Mathematische Modellierung und Numerische Analysis, für Numerische Analysis, für Differentialgleichungen, für Differentialgleichungen der Mathematischen Physik, für Numerische Methoden der Angewandten Mathematik, für Mathematische Optimierung, für Stochastik, für Optimale Steuerung und Partielle Differentialgleichung, für Inverse Probleme bei Differentialgleichungen und Potentialtheorie, für Funktionalanalysis und Operatortheorie, für Mathematische Methoden der Physik und für Didaktik der Mathematik tätig. Hauptarbeitsgebiet des Fachbereichs war die analytische und numerische Behandlung von Gleichungen der mathematischen Physik sowie Fragen der Optimierung und Steuerung. Im Mittelpunkt standen Untersuchungen von partiellen Differentialgleichungen und Integralgleichungen sowie der Methoden zu ihrer numerischen Behandlung einschließlich pre-/post-processing. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus den technischen Fachbereichen wurden Vorhaben für Kombinate durchgeführt, die die Implementierung mathematischer Software einschlossen. Die DFG hat dem Fachbereich Mittel zur Finanzierung vorbereitender Maßnahmen zur Antragstellung für ein Graduiertenkolleg „Analysis und Numerik von Problemen der mathematischen Physik“ bewilligt.

Der Fachbereich möchte seine bisherige personelle Ausstattung und disziplinäre Orientierung fortschreiben. Er hält eine Erweiterung des bisherigen Spektrums durch Professuren für Geometrie und Algebra für erforderlich, für die ein anwendungsnahes Profil angestrebt wird; darüber hinaus soll ein Bereich Numerische Algebra geschaffen werden. Im Zusammenhang mit der Ausbildung von Wirtschaftsmathematikern wird Ergänzungsbedarf im Bereich der Operationsforschung und der Stochastik gesehen. Der Fachbereich hat hierfür insgesamt einen Bedarf von 13 C4 und 8 C3-Professuren angemeldet. Die SHK hält davon 12 C4- und 6 C3-Professuren für begründet und angemessen (ohne Didaktik).

Für den Fachbereich Informatik werden 12 Professuren als künftige Ausstattung empfohlen; davon sind 2 Stellen für die Theoretische Informatik vorgesehen.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist die von der SHK empfohlene Personalausstattung auch für die Service-Lehrveranstaltungen für Ingenieure ausreichend bemessen. Auch wenn ein anwendungsbezogenes Profil für die Mathematik an einer Technischen Universität als sinnvoll angesehen wird, so erscheint die Ausbringung von lediglich 2 bis 3 Professuren im Bereich der Reinen Mathematik jedoch als zu gering. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick auf das erforderliche Lehrangebot für den Diplomstudiengang Informatik und die Lehramtsausbildung.

Die Theoretische Informatik, die bislang von Vertretern der Forschungsrichtung Künstliche Intelligenz gelehrt wird, sollte über die zwei vorgesehenen Professuren hinaus durch Umwidmung im vorgesehenen Stellenrahmen verstärkt werden.

Fachbereich Physik

a) Der Fachbereich Physik, an dem 9 Professoren und 9 Dozenten tätig waren, gliedert sich in Lehrstühle für Experimentalphysik (2), Festkörperphysik (2), Angewandte und Technische Physik, Theoretische Physik (2) sowie Methodik und Didaktik des Physikunterrichtes. Die leistungsfähige Experimentalphysik ist hochgradig spezialisiert auf ein schmales Gebiet der an den Bedürfnissen der Halbleiterelektronik orientierten Festkörperphysik (Festkörpergrenzflächen und dünne Schichten), das relativ geringe Überschneidungen mit den Forschungsinteressen der Theoretischen Physik (je 2 Professoren und Dozenten) aufweist. In diesem Bereich fördert die DFG ein Graduiertenkolleg unter dem Titel „Dünne Schichten und nichtkristalline Materialien“. Mit dem Thema „Optische Eigenschaften von Plasmen und Polymerschichten“ ist der Fachbereich an einem bundesweiten Verbundprojekt „Plasmapolymerisation“ beteiligt.

Der Fachbereich hat für die zukünftige Ausstattung einen Bedarf von 11 C4- und 6 C3-Professuren angemeldet, davon je 3 C4- und C3-Professuren für die Theoretische Physik. Die vorgesehenen Berufsgebiete schreiben dabei die bisherigen Arbeitsschwerpunkte fort. Bis auf eine C3-Professur werden diese Planungsvorstellungen von der SHK unterstützt.

b) In seiner Stellungnahme zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Hochschulen der neuen Länder hat der Wissenschaftsrat den weiteren Ausbau der Fächer Mathematik und Physik in Chemnitz mit Blick auf die Schwerpunktsetzung in den Bereichen Werkstoffwissenschaften, Oberflächen- und Mikrosystemtechnik als dringend erforderlich bezeichnet, ohne dabei – was auch nicht Gegenstand der damaligen Empfehlungen sein konnte – Umfang und inhaltliche Ausgestaltung des Ausbaus dieser Fächer näher zu betrachten. Die jetzige Befassung mit der Ausbauplanung mußte neben fachlichen Erwägungen auch die immer deutlicher werdenden finanziellen Engpässe im Hochschulbereich in die Überlegungen einbeziehen. Danach kommt der Wissenschaftsrat zu der modifizierten Empfehlung, die volle, von der SHK empfohlene Erweiterung der Physik, vorerst zurückzustellen und der Konsolidierung des Fachbereichs Physik an der TU Dresden und der Sicherung der Leistungsfähigkeit dieses Fachbereichs an der Leipziger Universität den Vorrang zu geben.

Wegen des hohen Spezialisierungsgrades im Fachbereich Physik der TU Chemnitz ist das fachliche Profil zu schmal, um Diplom-Physiker in der erforderlichen Breite auszubilden. Weil es bereits in Dresden und Leipzig grundständige Physik-Studiengänge gibt, die es vorrangig zu konsolidieren gilt, empfiehlt der Wissenschaftsrat, in Chemnitz vorerst keinen weiteren Ausbau der Physik vorzunehmen. Das Lehrangebot sollte sich dementsprechend zunächst, bis die Auswirkungen der landesweiten Neuordnung des Hochschulbereichs bewertbar und eine realistischere Einschätzung der Nachfrage nach Studienplätzen möglich ist, neben der

Grundausbildung für die Ingenieur-Studiengänge auf die Betreuung technisch-physikalisch ausgerichteter Studienschwerpunkte im Hauptstudium in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen konzentrieren. Hierfür reichen 12 Professuren aus, ein Drittel davon in der theoretischen Physik. Dabei geht der Wissenschaftsrat davon aus, daß dieses Stellenpotential nicht ausschließlich zum Erhalt des vorhandenen, zu schmalen Fächerspektrums, sondern gezielt zu dessen Erweiterung verwendet wird. Kurzfristig sollte sich der Fachbereich Physik darauf konzentrieren, in der Forschung die ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkte in den Werkstoffwissenschaften sowie der Oberflächen- und Mikrosystemtechnik zu stärken.

Fachbereich Chemie

a) Seit dem Wintersemester 1990/91 wird an der TU Chemnitz ein Diplomstudiengang Chemie angeboten, dem die Bildung eines eigenständigen Fachbereichs Chemie, hervorgegangen aus der vormaligen Sektion Chemie und Werkstofftechnik, folgte. Er verfügte über eine Personalausstattung von 2 Professoren und 3 Dozenten für die Lehrstühle Physikalische Chemie, Organische Chemie und Technische Chemie. Die Arbeitsschwerpunkte lagen bisher in der Grenzflächen- und Oberflächenforschung (Oberflächenmodifizierung, anodische Oxidation, anorganische Hartstoffe) und bei elektrotechnischen Materialien (z. B. fotoreaktive Schichten); sie sind somit der Materialforschung zuzuordnen.

Der Fachbereich strebt an, den Diplom-Studiengang fortzuführen und künftig Lehramtsanwärter in Chemie für Mittelschulen und Gymnasien auszubilden. Er hält hierfür einen Ausbau auf insgesamt 5 C4- und 3 C3-Stellen für erforderlich, wobei er eine Priorität für C4-Stellen in Anorganischer Chemie und Organischer Chemie gesetzt hat. Die SHK unterstützt die Anmeldungen der Hochschule und empfiehlt darüber hinaus die Einrichtung zweier weiterer C3-Professuren für Naturstoffchemie und Theoretische Chemie.

b) Der Wissenschaftsrat hält es nicht für vorrangig, an der TU Chemnitz-Zwickau Gymnasial- und Mittelschullehrer in den Naturwissenschaften auszubilden.

Für den Fall, daß ein Diplomstudiengang Chemie fortgeführt werden sollte, müßte er in enger Verbindung zu den Materialwissenschaften stehen, in denen derzeit die Vorbereitung eines Graduiertenkollegs „Verbundwerkstoffe für höhere Anwendungstemperaturen“ gefördert wird. In diesem Falle wäre nach Auffassung des Wissenschaftsrats eine weitere Verstärkung der personellen Ausstattung über den von der SHK empfohlenen Umfang hinaus erforderlich.

Ein derartiger Ausbau des Fachbereichs Chemie in Chemnitz kann jedoch keine Priorität beanspruchen. Der Entwicklungsstand des Fachs ist weitaus geringer als an der Bergakademie Freiberg. Dort wären nur relativ geringfügige Arrondierungen notwendig. Da in Sachsen bereits in Leipzig und Dresden voll ausgebaute Fachbereiche Chemie vorhanden

sind, die sich auf ein wissenschaftliches Umfeld in der Biologie, Physik und Medizin stützen können, erscheint in Chemnitz eine an den Ingenieurwissenschaften orientierte Chemie ausreichend. Hierfür ist der von der Technischen Universität beantragte Stellenumfang auf jeden Fall ausreichend. Ein eigener Studiengang Chemie erscheint nicht begründet.

2.3. Technische Universität Dresden

Die TU Dresden war, an der Studentenzahl gemessen, die zweitgrößte Hochschule der DDR, nur knapp von der Humboldt-Universität übertroffen. Als einzige Hochschule besaß sie die volle Breite einer „klassischen“ Technischen Universität. Die Landesregierung plant den Ausbau zur „Voll-Universität“ durch die Ergänzung um Geistes-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie Medizin.

Derzeit bestehen an der TU Dresden in der Fakultät Mathematik und Naturwissenschaften Abteilungen – sie entsprechen Fachbereichen – für Mathematik, Physik und Chemie sowie für Human- und Biowissenschaften. Die letztgenannte Abteilung umfaßt die Institute für Psychologie und Humanbiologie. In der Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen gibt es eine Abteilung für Geodäsie und Kartographie; die Informatik bildet eine eigene Fakultät.

Abteilung Mathematik

a) In der Abteilung Mathematik waren insgesamt 19 Professoren und 14 Dozenten tätig, die den Instituten für Algebra, Analysis, Geometrie, Mathematische Stochastik, Numerische Mathematik und Angewandte Diskrete Mathematik zugeordnet waren. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt eindeutig im Bereich der Angewandten Mathematik, zum Teil mit Informatikbezug.

Ihre Aufgaben in der Lehre sieht die Abteilung in den eigenen Diplomstudiengängen Mathematik und Technomathematik, in der Ausbildung für die Lehrämter an Gymnasien und Mittelschulen sowie in der Grundausbildung und vertiefenden Ausbildung in Mathematik für alle an der TU Dresden Studierenden, die eine solche Ausbildung zu absolvieren haben. Hierzu zählen die Studiengänge für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Die Planungsvorstellungen der Abteilung sehen für die künftige Personalausstattung insgesamt 15 C4- und 10 C3-Professuren vor (einschließlich einer C4-Stelle Didaktik der Mathematik). Folgende Institutsgliederung ist vorgesehen: Algebra (2 C4/2 C3), Analysis (3 C4/2 C3), Geometrie (1 C4/2 C3), Mathematische Stochastik (4 C4/1 C3), Numerische Mathematik (3 C4/2 C3) und Diskrete Mathematik (1 C4/1 C3). Neben einer Professur für Mathematische Informatik sollen drei weitere Stellen unmittelbar informatikbezogen besetzt werden.

Die SHK empfiehlt einige Straffungen und kommt zu einem Personalbedarf von 13 C4- und 7 C3-Professuren.

Für die Fakultät für Informatik hat die TU Dresden einen Personalbedarf von 14 C4- und 8 C3-Professuren angemeldet, den die SHK mit Ausnahme einer C4-Stelle akzeptierte.

b) Die Planungen der Abteilung Mathematik sind hinsichtlich der Vertretung der mathematischen Teildisziplinen ausgewogen und gewährleisten das einer Technischen Hochschule angemessene anwendungsorientierte Profil. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist der von der SHK empfohlene, reduzierte Stellenansatz für die Bedürfnisse eines Mathematik-Fachbereichs an einer zunächst mittelgroßen Technischen Universität ausreichend. Angesichts der vorgesehenen Größe des Dresdner Fachbereichs Informatik und der informatikbezogenen Denomination von Mathematik-Professuren ist eine Abstimmung der Berufungsgebiete beider Fachbereiche erforderlich.

Die Aufspaltung des Fachbereichs in viele kleine Institute sollte aufgegeben werden.

Abteilung Physik

a) Zu Beginn des Jahres 1992 wurde der Abteilung Physik der Fakultät Mathematik und Naturwissenschaften an der TU Dresden das Personal des früheren Instituts für Physik und Didaktik der Physik der aufgelösten Pädagogischen Hochschule zugeordnet. Der Fachbereich mit 22 Professoren und 12 Dozenten gliedert sich nunmehr in die 9 Institute für Theoretische Physik, Tieftemperaturphysik, Strahlenschutzphysik, Angewandte Photophysik, Kern- und Teilchenphysik, Kristallographie und Festkörperphysik, Oberflächenphysik, Angewandte Physik und Didaktik sowie Physikalische Metallkunde. Der Aufsplitterung in eine große Zahl von Instituten entspricht eine Vielzahl meist sehr spezieller, nicht erkennbar in einem inneren Zusammenhang stehender Forschungsfelder. Sie gehören mit Ausnahme der Kern- und Teilchenphysik in den sehr weit gefaßten Bereich der Physik der kondensierten Materie. Mit Einschränkungen gilt dies sogar für die Strahlenschutzphysik (Wechselwirkung von Strahlung mit Materie).

Der Fachbereich Physik hat bisher kein detailliert ausgeführtes Entwicklungskonzept vorgelegt. Er hat sich darauf beschränkt, die vorhandenen und einige als Ergänzung des Spektrums vorgesehene Arbeitsrichtungen auf eine beantragte Anzahl von 24 Professuren zu verteilen und thematisch entsprechend der seit kurzem bestehenden Institute zu gliedern. Konkrete Vorschläge für die Bildung von Arbeitsschwerpunkten liegen noch nicht vor.

Der Fachbereich verweist auf gewichtige Veränderungen im Umfeld der TU Dresden, die die weitere Entwicklung auch des Fachbereichs Physik beeinflussen werden und nennt u. a. die Gründung der Blaue Liste-Institute für Festkörperphysik und Werkstoffforschung in Dresden und des Forschungszentrums Rossendorf, der Fraunhofer-Einrichtungen und

die spätere Eingliederung zweier Max-Planck-Arbeitsgruppen („Mechanik heterogener Festkörper“ und „Theorie komplexer und korrelierter Elektronensysteme“). Insgesamt zeichnet sich im Raum Dresden die Bildung eines materialwissenschaftlichen Schwerpunkts ab, innerhalb dessen die Erforschung metallischer, keramischer und polymerer Festkörper ein besonderes Gewicht haben wird. Der Fachbereich nennt als weiteres profilbestimmendes Arbeitsgebiet der Physik in Dresden die Kern- und Teilchenphysik.

Die SHK empfiehlt bei einigen Zusammenfassungen von Arbeitsgebieten eine Ausstattung mit 11 C4- und 8 C3-Stellen (ohne Didaktik).

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates läßt sich die zukünftige Entwicklung des Fachbereichs Physik nicht von der seines wissenschaftlichen Umfeldes trennen. Das gilt für die Grundlagenforschung in der Kernphysik durch die Bildung des Instituts für Kern- und Hadronenphysik am Forschungszentrum Rossendorf, das nach einer Empfehlung des Wissenschaftsrates eng mit der TU Dresden verbunden sein sollte, und reicht hinein in die vielfältigen, die Materialforschung betreffenden Entwicklungen. Letztere beruhen in erheblichem Umfang ebenfalls auf den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den früheren Instituten der AdW. Unter ihnen findet sich die Anregung, das Institut für Festkörperphysik und Werkstoffforschung solle erhebliche Anteile eines neuen Studiengangs Materialwissenschaften gemeinsam mit den Ingenieurwissenschaften und den naturwissenschaftlichen Grundlagenfächern tragen.³⁹⁾ Dies muß sich in der künftigen Struktur des Fachbereichs Physik niederschlagen.

Der Fachbereich sollte die Gesamtkonstellation im Raum Dresden als Chance begreifen, sich bei wünschenswerter Ausprägung eines eigenen Profils zu einem leistungsfähigen Partner geeigneter, an Zusammenarbeit interessierter ingenieurwissenschaftlicher Institute der TU Dresden und außeruniversitärer Einrichtungen zu entwickeln. Durch den weitgehenden Verzicht auf die halbleiterphysikalisch-orientierte Materialforschung und die Konzentration auf metallische, keramische und polymere Festkörper sind dafür gute Voraussetzungen gegeben. Zusammen mit dem Schwerpunkt in der Kern- und Teilchenphysik und geringfügigen fachlichen Erweiterungen (Atom- und Molekülphysik, Optoelektronik) kann der Fachbereich Physik auch eine hinreichend breit angelegte Ausbildung von Diplom-Physikern durchführen.

Der Wissenschaftsrat hält die Ausstattung des Fachbereichs mit rd. 20 Professorenstellen (einschließlich Didaktik) für angemessen. Dieser auch von der LHSK vorgesehene Stellenrahmen erlaubt es nicht, die bisher vorhandenen Arbeitsrichtungen einfach in Berufungsgebiete zu überführen. Zumindest mittelfristig muß eine Fachbereichsstruktur ge-

39) Siehe: Wissenschaftsrat, Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Physik. Köln 1992, S. 106f.

schaffen werden, die es gestattet, die oben umrissenen Aufgaben zu erfüllen. Der Wissenschaftsrat sieht darin die entscheidende Entwicklungsaufgabe der nächsten Jahre.

Ein spezielles Problem stellt das Institut für Strahlenschutzphysik dar, für das der Fachbereich im Rahmen der geforderten 24 Professuren je eine C4- und C3-Professur vorgesehen hatte. Bei einer geringen Ausstattung hält es der Wissenschaftsrat nicht für vertretbar, zwei der Stellen für das o. g. Spezialgebiet vorzusehen. Sollte nachweislich ein schwer zu befriedigender Bedarf an qualifizierten Strahlenschutzphysikern bei gleichzeitigem Mangel an Ausbildungsplätzen bestehen, so wäre es eine Entscheidung des Freistaates Sachsen, ob an der TU Dresden hierfür Kapazitäten vorgehalten werden sollen. Der Wissenschaftsrat regt eine Prüfung dieser Frage durch eine spezielle Gutachtergruppe der SHK auf der Basis eines vorzulegenden Konzepts des Fachbereichs an.

Abteilung Chemie

a) Die Abteilung Chemie der TU Dresden ist einer der größten Chemie-Fachbereiche an den Hochschulen der neuen Länder. Hier waren 15 Professoren und 10 Dozenten in den Instituten für Anorganische Chemie, Organische Chemie, Physikalische Chemie und Elektrochemie, Analytische Chemie, Technische Chemie, Makromolekulare Chemie und Textilchemie, Lebensmittelchemie und Technische Biochemie und am Lehrstuhl für Kolloidchemie tätig.

Forschungsschwerpunkte des Fachbereichs liegen bei Untersuchungen zu „Struktur und physikalisch-chemischen Eigenschaften von Hochtemperatur-Supraleitern zur Anwendung in Drähten und Bändern“ (Verbundprojekt mit den Instituten für Experimentalphysik und Tieftemperaturphysik der TU sowie dem Institut für Werkstofforschung Dresden), schadstoffarmen Galvanotechnikprozessen und in den Polymerwissenschaften, in denen unter dem Thema „Reaktive Polymere“ ein Sonderforschungsbereich und für das Thema „Geordnete Polymerstrukturen“ ein Graduiertenkolleg unter Beteiligung des Blaue Liste-Instituts für Polymerforschung Dresden beantragt werden sollen.

Der Fachbereich geht davon aus, daß die Zahl der Studienanfänger bis 1994 erheblich ansteigen wird und rechnet mit 140 Anfängern im Diplom-Studiengang. Hinzu kommen Dienstleistungen für andere Studiengänge der TU. Der Fachbereich hält hierfür eine Personalausstattung mit 14 C4- und 9 C3-Professuren für erforderlich. Die Forschungsschwerpunkte und die bisherige Institutsorganisation sollen dabei zunächst nicht verändert werden (mit Ausnahme der Integration des Lehrstuhls für Kolloidchemie in die Physikalische Chemie). Bis auf eine C4-Stelle für Klinische Biochemie, die der künftigen Medizinischen Fakultät zugeordnet werden soll, unterstützt die SHK diese Personalanforderungen. Mittelfristig möchte der Fachbereich in Verbindung mit einem Neubau ein vollintegriertes Department-System einführen, in dem gemeinsame Werkstätten und Lager betrieben werden sollen.

b) Der Wissenschaftsrat unterstützt die Bestrebungen des Fachbereichs Chemie zur organisatorischen Straffung, wie sie in den Planungen zu einem Departmentsystem zum Ausdruck kommen, da die bisherige Institutsstruktur zu stark differenziert ist. Die von der SHK empfohlene Personalausstattung erscheint im Vergleich zu der vom Wissenschaftsrat angegebenen Grundausstattung großzügig bemessen, zumal keine Gründe für einen erhöhten Bedarf vorliegen. Auch der Studiengang Lebensmittelchemie, für den zwei Professuren vorgesehen sind (zuzüglich anteiliger Kapazitäten der Biochemie) rechtfertigt nicht den geplanten Personalbestand.

Falls an der TU Dresden zu einem späteren Zeitpunkt ein Fachbereich Biologie aufgebaut und ein Diplomstudiengang Biologie eingerichtet wird, sollte das Fach Biochemie in diesen Fachbereich verlagert werden.

Biowissenschaften

a) Bisher gibt es in der Abteilung Human- und Biowissenschaften ein Institut für Humanbiologie, das aus dem Fachbereich Psychologie hervorgegangen ist. Hauptarbeitsgebiet des mit 1 Professor und 2 Dozenten ausgestatteten Instituts ist die experimentelle psycho-physische Belastungs-/Beanspruchungsanalyse. Biologische Kapazitäten bestanden weiterhin mit dem Institut für Hydrobiologie in der Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen mit tragender Funktion in den gewässerkundlichen Studiengängen und in den forstbiologischen Instituten der gleichen Fakultät am Standort Tharandt sowie in der Fachrichtung Landschaftsarchitektur.

Der Senat der Hochschule hat im Jahr 1991 die Wiedereinführung des 1968 durch die dritte Hochschulreform abgeschafften Studiengangs Biologie beschlossen. Diese Entscheidung steht im Zusammenhang mit der Eingliederung der Pädagogischen Hochschule und dem Aufbau einer Medizinischen Fakultät. Die Hochschule beabsichtigt, aufbauend auf einem üblichen Grundstudium der Biologie im Hauptstudium vier technisch ausgerichtete biologische Spezialisierungsrichtungen anzubieten.

Das von der Hochschule beschlossene Stellenkonzept sieht für eine künftige Abteilung Biologie insgesamt 9 C4- und 6 C3-Professuren vor. Diese sollen sich wie folgt auf Institute verteilen: Humanbiologie einschließlich Biophysik 2 C4/1 C3, Botanik 2 C4/1 C3, Zoologie einschließlich Tierpsychologie 2 C4/1 C3, Mikrobiologie 1 C4/2 C3 und Genetik 1 C4/ 1 C3; hinzu kommen soll ein Lehrstuhl für Didaktik der Biologie (C4).

Die SHK vertritt hierzu die Auffassung, daß die Entscheidung über den Aufbau einer eigenständigen Biologie mit Diplom-Studiengang im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Aufbau einer Medizinischen Fakultät an der TU Dresden gefällt werden sollte. Hierfür stelle der Stellenplan der Hochschule ein diskutables Planungsgerüst dar. Da in Sachsen sonst nur in Leipzig Biologen ausgebildet werden, hält die SHK den Aufbau eines weiteren Studiengangs für vertretbar.

b) Der Wissenschaftsrat rät davon ab, in Dresden kurzfristig einen eigenständigen Fachbereich Biologie mit einem Diplomstudiengang aufzubauen, da hierfür im Augenblick fast keine Voraussetzungen bestehen. Die vorhandenen biologischen Institute sind sehr spezialisiert und in andere Studiengänge integriert. Sie könnten keine wesentliche Funktion bei der Ausbildung von Diplom-Biologen übernehmen. Darüber hinaus ist derzeit auch kein Bedarf des Arbeitsmarktes nach einer Ausweitung der Ausbildungskapazität für Biologie erkennbar. Ebenfalls nicht empfohlen wird die Einrichtung eines Lehramtsstudienganges Biologie, den es bereits in Leipzig gibt. Vielmehr sollten für die neu aufzubauende Medizinische Fakultät einzelne biologische Institute errichtet werden, die in dieser auch ihr wissenschaftliches Umfeld finden können. Die hierfür erforderlichen Investitionen für Gebäude und Geräte sind bereits beträchtlich.

Geowissenschaften/Geodäsie/Geographie

a) In der Abteilung Geodäsie und Kartographie (Fakultät für Bau-, Wasser- und Forstwesen) war der einzige Studiengang für Geodäsie in der DDR angesiedelt; darüber hinaus wurde auch der Studiengang Kartographie angeboten. In den Instituten für Planetare Geodäsie, für Photogrammetrie und Fernerkundung, für Kartographie und Geographie sowie dem Geodätischen Institut waren zuletzt 5 Professoren und 6 Dozenten tätig. Zum Institut für Planetare Geodäsie gehörte der Lehrstuhl für Astronomie und das Lohrmann-Observatorium.

Im Zusammenhang mit der Integration der Pädagogischen Hochschule hat die TU beschlossen, die Geographieausbildung mit einem Diplomstudiengang und im Rahmen der Lehramtsstudiengänge aufzubauen. Darüber hinaus will sich die Abteilung neben der Fortführung der Studiengänge für Geodäsie und Kartographie am Aufbau des Studiengangs Umwelt und Raumplanung beteiligen. Als Personalausstattung sieht die TU insgesamt 12 C4- und 9 C3-Professuren vor. Die einzelnen Institute sollen dabei wie folgt ausgestattet werden:

- Institut für Planetare Geodäsie (einschl. Astronomie): 2 C4/1 C3,
- Geodätisches Institut (einschl. der neuen Fachrichtung Bodenordnung und Bodenwirtschaft): 2 C4/1 C3,
- Institut für Photogrammetrie und Fernerkundung: 2 C4,
- Institut für Kartographie (Thematische, Theoretische und Topographische Kartographie, Kartentechnik und Geoinformationssysteme): 2 C4/3 C3,
- Institut für Geographie: 4 C4-Professuren für Allgemeine und Regionale Physische Geographie (Mitteleuropa), Allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeographie, Landschaftslehre sowie 4 C3-Professuren für Wirtschafts- und Sozialgeographie Ost- und Südosteuropas, Raumordnung, Theoretische Geographie und Didaktik der Geographie.

Die SHK unterstützt die Pläne der Hochschule zur Einrichtung eines Studiengangs Geographie; die Ausbildung von Geodäten soll fortgeführt werden. Darüber hinaus rät sie aufgrund der Nähe zur Bergakademie

Freiberg vom Aufbau der Geowissenschaften ab, da diese dort breit vertreten sind. Vielmehr sei eine enge Kooperation mit dem dortigen Fachbereich Geowissenschaften anzustreben. Als Personalausstattung empfiehlt die SHK für die Geodäsie/Kartographie 5 C4- und 5 C3-Professuren sowie für die Geographie 3 C4- und 2 C3-Professuren.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist die von der SHK empfohlene Personalausstattung ausreichend für den Aufbau leistungsfähiger Institute, die eine breit angelegte Ausbildung für die Diplomstudiengänge und das Lehramt in der Geographie anbieten können. Da Kartographie und Fernerkundung innerhalb der Geodäsie vertreten sind, überschreitet die Personalausstattung für Geographie die in II.7. genannte Grundausstattung. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, den Personalaufbau zeitlich zu strecken. Gemäß den Ausführungen in Abschnitt II.4. sollte ein Diplomstudiengang Geographie nur in engem Zusammenhang mit der Geologie, Geophysik und Mineralogie betrieben werden. Der Wissenschaftsrat unterstreicht daher die Notwendigkeit der von der SHK vorgesehenen engen Zusammenarbeit zwischen der TU Dresden und der Bergakademie Freiberg, die förmlich vereinbart werden sollte.

2.4. Bergakademie Freiberg (BAF)

Die ursprünglich auf die montanistischen Fächer beschränkte Bergakademie Freiberg ist seit den 50er Jahren durch eine beträchtliche Ausweitung des Fächerspektrums allmählich zu einer kleinen Technischen Universität ausgebaut worden. In seinen Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften hat der Wissenschaftsrat betont, daß „eine Weiterführung der BAF als Technische Universität nur dann strukturpolitisch sinnvoll und angemessen (ist), wenn sie sich als kleine Hochschule mit einem schmalen, eng aufeinander abgestimmten leistungsfähigen Studienangebot in den Ingenieurwissenschaften profiliert und dabei den montanistischen Disziplinen weiterhin besondere Bedeutung schenkt. Bei der Weiterentwicklung der BAF sollte daher eine Konsolidierung und gezielte Modernisierung der hier bisher schon gepflegten Arbeitsschwerpunkte unbedingt den Vorrang vor einer Erweiterung ihres Fächerspektrums... und weiterem Kapazitätsausbau“ haben. Chancen werden in der Entwicklung eines speziellen Profils in den Arbeitsbereichen Bergbau- und Hüttenwesen sowie Werkstoffwissenschaften gesehen.⁴⁰⁾

Die Sächsische Hochschulkommission hat sich dieser Haltung prinzipiell angeschlossen. Sie hat darüber hinausgehend gefordert, daß die Naturwissenschaften in diesem Prozeß eine Rolle übernehmen müßten, die über die Funktion von Hilfswissenschaften für den montan-technischen Bereich hinausgeht.

⁴⁰⁾ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen der neuen Länder. In: Ders., Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil II. Köln 1992, S. 203 ff.

Die Fachbereiche Mathematik, Physik, Chemie und Geowissenschaften sind in einer Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften zusammengefaßt; es bestehen Berührungspunkte mit den Fachbereichen Geotechnik und Bergbau sowie Technische Informatik der Fakultät für Technische Wissenschaften.

Fachbereich Mathematik

a) Der Fachbereich Mathematik gliedert sich in die Lehrstühle für Wahrscheinlichkeitstheorie und Stochastische Modelle, Mathematische Statistik, Mathematische Optimierung, Angewandte Analysis, Analysis, Theoretische Mathematik sowie Numerik und Informatik, in denen insgesamt acht Professoren und vier Dozenten tätig waren. Hauptgebiete der Forschung waren Mathematische Statistik, Optimale Versuchsplanung, Optimierung und Steuerungstheorie, Angewandte Analysis. Die Arbeitsgruppe Stochastische Geometrie wird ebenso wie der Lehrstuhl für Angewandte Analysis an dem am Institut für Metallkunde angesiedelten Graduiertenkolleg „Werkstoffphysikalische Modellierung“ mitwirken. Der Lehrstuhl Angewandte Analysis ist darüber hinaus an dem in Vorbereitung befindlichen Graduiertenkolleg „Analysis und Numerik von Problemen der mathematischen Physik“ der TU Chemnitz beteiligt. Die Arbeitsgruppe „Wahrscheinlichkeitstheorie/Stochastische Prozesse und Modelle“ will mit einem selbständigen Teilprojekt „Stochastisches Modell zur Gefährdungseinschätzung von Altlasten“ am Forschungsschwerpunkt „Altlasten des Erzgebirges“ der Bergakademie mitarbeiten.

Zukünftig will der Fachbereich seine bisherigen inhaltlichen Schwerpunkte fortentwickeln und darüber hinaus Anwendungsfächer für den neu eingerichteten Diplomstudiengang Technomathematik aus- bzw. aufbauen. Er hält hierfür eine Ausstattung mit 6 C4- und 4 C3-Professuren für erforderlich, die er in zwei Instituten für Angewandte Mathematik sowie den Instituten für Theoretische Mathematik und für Stochastik ansiedeln will. Die SHK empfiehlt für die Freiburger Mathematik eine Ausstattung mit 5 C4- und 4 C3-Professuren.

b) Die Mathematik an Technischen Universitäten sollte nach Auffassung des Wissenschaftsrates technisch und damit anwendungsorientiert ausgerichtet sein. Diese Ausrichtung sollte sich nicht auf ein Nebenfach Technische Mathematik o. ä. beschränken, sondern Grundlage für die Gesamtkonzeption der Forschung und der Lehre im Diplomstudiengang Mathematik sein. Deswegen hält der Wissenschaftsrat auch das parallele Angebot eines eigenen Studienganges Technomathematik für überflüssig. Angesichts der vorgesehenen Personalkapazität sollte die Freiburger Mathematik ihre Kräfte nicht in zwei parallele Mathematik-Studiengänge zersplittern und die Institutsstruktur weniger differenziert planen.

Die vom Fachbereich beantragte personelle Ausstattung für die Mathematik ist knapp bemessen, wäre jedoch zunächst ausreichend. Zur empfohlenen Einbindung der Informatik in den Fachbereich Mathematik siehe den folgenden Abschnitt.

Informatik

a) Zur Unterstützung des Strukturwandels der Hochschule empfiehlt die LHSK den Aufbau eines Diplomstudienganges Informatik mit einer kleinen Studentenzahl. Das Land will dagegen zunächst eine technisch-orientierte Informatik aufbauen, die sich auf Dienstleistungen für andere Studiengänge beschränken soll. Hierfür soll der Fachbereich Technische Informatik fortgeführt und mit je 4 C4- und C3-Professuren in den Instituten für Automatisierungstechnik, Elektrotechnik und Informatik ausgestattet werden.

b) Im Hinblick auf die absehbaren Schwierigkeiten bei der Besetzung von Professuren in Informatik und den mit Priorität zu verfolgenden Planungen für einen, neben Chemnitz und Dresden, dritten sächsischen Fachbereich Informatik an der Universität Leipzig sollten die Planungen für Freiberg vorerst zurückgestellt werden (vgl. die Empfehlung zum stufenweisen Ausbau der Informatik in Kapitel II.3.). In Freiberg sollten vorerst 2 bis 3 Professuren für Informatik geschaffen werden, die im Fachbereich Mathematik anzusiedeln wären.

Fachbereich Physik

a) Zum Fachbereich Physik gehörten 4 Professuren (davon 2 vakant) und 1 Dozentur in den Instituten für Experimentelle Physik, Angewandte Physik und Theoretische Physik. Bis zur Neugliederung der Bergakademie im Jahre 1990, in dem der Fachbereich Physik entstand, waren die Physiker lediglich in der naturwissenschaftlichen Grundausbildung der Ingenieurstudiengänge tätig.

Der Fachbereich Physik strebt an, nach Erweiterung seiner personellen und sächlichen Ausstattung einen eigenständigen Diplomstudiengang Physik anzubieten. Er beruft sich dabei auf eine Empfehlung der SHK, die diesen Studiengang unter den Bedingungen empfiehlt, daß erstens die Personalausstattung auf 3 C4- und 2 C3-Stellen erhöht und zweitens in Chemnitz, Dresden und Leipzig die Aufnahmekapazität für Studienanfänger gesenkt wird.

b) Der Wissenschaftsrat kann sich dieser Empfehlung nicht anschließen und verweist insofern auf die „Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften“ (S. 204). Für einen fachlich beschränkten Ausbau der Physik in Freiberg wird derzeit keine ausreichende fachliche Basis und auch kein Bedarf gesehen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, einen eigenständigen Diplomstudiengang an der Bergakademie Freiberg vorerst nicht einzurichten, sondern der Sanierung und Konsolidierung der bestehenden leistungsfähigen Physikfachbereiche den Vorrang zu geben.

Die von der SHK empfohlene personelle Ausstattung reicht aus, um die Ausbildungsverpflichtungen in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und in der Fakultät für Technische Wissenschaften zu befriedigen. Zukünftig sollte verstärkt darauf geachtet werden, daß die Forschungsinteressen der neu berufenen Physik-Professoren sich besser in die Entwicklungsschwerpunkte der Bergakademie einfügen und zu

deren Stärkung beitragen. Welche Akzente hierbei zu setzen sind, wird entscheidend von der zukünftigen Entwicklung der Kernbereiche der Bergakademie abhängen. In Betracht käme beispielsweise die Hochdruckphysik, die ein hohes Kooperationspotential mit den Geowissenschaften aufweist. Weiterhin bietet sich eine enge Verzahnung mit der werkstoffwissenschaftlichen Forschung an. Im Diplomstudiengang Werkstoffwissenschaften könnte im Hauptstudium eine physikalisch orientierte Vertiefungsrichtung angeboten werden. Der Wissenschaftsrat gibt dem Angebot solcher Spezialisierungsrichtungen in Ingenieurstudiengängen den Vorzug gegenüber spezialisierten Physik-Diplomstudiengängen.

Fachbereich Chemie

a) Der Fachbereich Chemie mit sechs Professoren und acht Dozenten besteht seit der Umstrukturierung der BAF im Jahre 1990 aus den fünf Instituten für Anorganische, Physikalische, Organische, Technische und Analytische Chemie. Die wissenschaftliche Tätigkeit der letzten Jahre war in allen Instituten fast ausschließlich auf angewandte Fragen zugeschnitten. Künftig will sich der Fachbereich an dem schon erwähnten übergreifenden Forschungsschwerpunkt „Altlasten des Erzgebirges“ der Bergakademie beteiligen.

Nach dem Willen des Fachbereichs soll die chemische Forschung weiterhin eng mit Arbeitsgruppen am Institut für Mineralogie, Geochemie und Lagerstättenkunde, am Institut für Bohrtechnik und Fluidbergbau, am Institut für Keramische Werkstoffe und am Institut für Geologie verflochten bleiben.

Der Diplomstudiengang Chemie soll fortgeführt werden, wofür eine Ausstattung mit insgesamt 11 Professuren angestrebt wird, die in fünf Instituten angesiedelt werden sollen (Anorganische, Organische, Physikalische, Analytische und Technische Chemie). Die SHK hat eine Stellenausstattung im gleichen Gesamtumfang empfohlen.

b) Der Wissenschaftsrat hält eine Einbindung der Chemie in die an der Bergakademie vorhandenen Schwerpunkte der Forschung insbesondere in den Geo- und Werkstoffwissenschaften für sehr wünschenswert. Unter dieser Voraussetzung und einer geeigneten Zusammenfassung in drei Institute für Anorganische und Analytische Chemie, Physikalische Chemie sowie Organische und Technische Chemie wäre ein Diplomstudiengang auch mit nur 12 Professuren – d. h. einer mehr als von der SHK vorgesehen, aber 4 weniger als die Mindestausstattung nach II.7. vorsieht – zu betreiben. Unter Bedarfs Gesichtspunkten schließt jedoch die Fortführung des Diplomstudiengangs in Freiberg die Gründung eines Fachbereichs Chemie mit Diplomstudiengang in Chemnitz aus.

Fachbereich Geowissenschaften

a) Der Fachbereich Geowissenschaften der Bergakademie war der einzige, der in der DDR die drei Diplomstudiengänge Geologie, Mineralogie und Geophysik anbot. Er gliedert sich in die Institute für Geologie, Geo-

physik sowie Mineralogie, Geochemie und Lagerstättenlehre mit zuletzt insgesamt zwölf Professoren und sechs Dozenten. Schwerpunkte der Forschung waren insbesondere Bio- und Lithostratigraphie des Tafeldeckgebirges und der Varisziden, Geschütztheitsbewertung von Grundwasserressourcen, Lagerstättenforschung und Brennstoffgeologie, gesteins- und lagerstättenbildende Prozesse, Umweltgeochemie und Umweltgeophysik sowie Interpretationsmethoden der angewandten Geophysik.

Für die Zukunft strebt der Fachbereich den Erhalt der gegenwärtigen Stellenausstattung an. Durch Umwidmung sollen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Nach den Vorstellungen des Fachbereichs sollen C3-Professuren für Sedimentologie, Isotopengeochemie und Kristallographie eingerichtet werden. Die insgesamt 8 C4- und 7 C3-Stellen sollen wie folgt den Instituten zugeordnet werden: Geologie 3 C4/3 C3; Mineralogie, Geochemie und Lagerstättenlehre 3 C4/2 C3; Geophysik 2 C4/2 C3.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist mit diesen 15 Professuren, die auch von der SHK empfohlen wurden, der Aufbau eines leistungsfähigen geowissenschaftlichen Fachbereichs mit einer Reihe anderswo nicht vertretener Schwerpunkte möglich. Dies gilt insbesondere dann, wenn berücksichtigt wird, daß im Studiengang Geotechnik 2 weitere C4-Professuren für Bodenmechanik und Felsmechanik sowie 1 C3-Professur für Ingenieurgeologie und Deponietechnik angesiedelt werden sollen. Die Planungen gehen über die in II.7. empfohlene Grundausstattung deutlich hinaus, sind aber aufgrund der regionalen Schwerpunktsetzung gerechtfertigt.

2.5. Universität Leipzig

An der Universität Leipzig bestehen die Fachbereiche für Mathematik/Informatik, Physik, Chemie und Biowissenschaften. Zum Fachbereich Physik gehört ein Institut für Geophysik, Geologie und Meteorologie. Zukünftig soll es eine Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät I mit den Fachbereichen Mathematik/Informatik, Physik und Geowissenschaften sowie eine Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II mit den Fachbereichen Chemie und Biowissenschaften geben. Die Universität strebt die Wiedereinrichtung von grundständigen Studiengängen in den Geowissenschaften und in der Pharmazie an.

Fachbereich Mathematik/Informatik

a) Im Fachbereich Mathematik waren zuletzt 13 Professoren und 9 Dozenten in den Abteilungen Algebra, Analysis, Funktionalanalysis/Mathematische Physik, Informationsverarbeitung/Numerik, Optimierung, Wirtschaftsmathematik, Stochastik und Numerik sowie Didaktik der Mathematik tätig.

Anfang 1992 beschloß die DFG die Einrichtung einer Forschergruppe „Nichtlineare Funktionalanalysis und mathematische Probleme der Kontinuumsmechanik“, dessen Sprecher und vier weitere Mitglieder zum Leipziger Fachbereich gehören. Ein Hochschullehrer ist am DFG-

Schwerpunktprogramm „Anwendungsbezogene Optimierung und Steuerung“ und ein weiterer am DFG-Projekt „Seminar Sophus Lie“ beteiligt.

Im Jahre 1989 wurde die Sektion Informatik durch Zusammenführung von Personal aus den Sektionen Mathematik, Theoretische und Angewandte Sprachwissenschaft sowie dem Organisations- und Rechenzentrum der Universität gebildet. In den Arbeitseinheiten Automatische Sprachverarbeitung, Modellierung und Simulation sowie Mathematische Informatik waren zuletzt 5 Professoren und 4 Dozenten tätig. Anfang 1992 wurde die Informatik als Institut dem Fachbereich Mathematik zugeordnet.

Der Fachbereich will seine bisherigen Forschungsschwerpunkte fortführen. Er hält in der Mathematik 10 C4- und 7 C3-Professuren für erforderlich. Der Personalbedarf wird u. a. mit der Nachfrage nach Service-Lehrveranstaltungen begründet. Drei der Professuren weisen einen besonderen Bezug zur Informatik auf.

Für die Informatik geht der Fachbereich von einem zusätzlichen Personalbedarf in Höhe von 7 C4- und 3 C3-Professuren aus. Neben dem Studiengang Diplom-Informatik sieht er einen Studiengang für das Lehramt an Gymnasien vor.

Die Empfehlung der SHK weist demgegenüber für die Mathematik lediglich 6 C4- und 7 C3-Professuren und für die Informatik 6 C4- sowie 4 C3-Professuren aus.

b) Der Fachbereich Mathematik kann auf eine lange und glänzende Tradition verweisen. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates gehört er auch heute zu den leistungsfähigsten an den Hochschulen der neuen Länder, der einen Vergleich mit entsprechenden Fachbereichen in den Altländern nicht zu scheuen braucht. Dieses Urteil trifft auf die Informatik nicht im gleichen Maße zu.

Das vorhandene wissenschaftliche Potential der Mathematik rechtfertigt die Vorstellungen des Fachbereichs zum künftigen Personalbestand. Der Fachbereich sollte mindestens die in Kapitel II.7. empfohlene Grundausstattung erhalten. Der Fachbereich sollte innerhalb dieser Ausstattung 1 Professur (C4) für Numerik und wissenschaftliches Rechnen vorsehen, um die Arbeit der DFG-geförderten Forschergruppe wirkungsvoll zu ergänzen.

Der Wissenschaftsrat hält den Auf- und Ausbau der Informatik an der Universität Leipzig für sinnvoll und billigt diesen Plänen Priorität vor dem Ausbau in Freiberg zu. Mittelfristig sollte ein eigener Fachbereich mit der für die Informatik empfohlenen Grundausstattung aufgebaut werden. Im übrigen wird auf die Ausführungen in Kapitel II.3. verwiesen.

Fachbereich Physik

a) Zum Fachbereich Physik gehörten zuletzt 12 Professoren, 7 außerordentliche Professoren und 14 Dozenten. Neben dem Wissenschaftsbereich Geophysik bestanden 11 weitere Wissenschaftsbereiche, die sich wie folgt gliedern: Theoretische und Mathematische Physik: Quantenfeldtheorie, Festkörpertheorie und Theoretische Hochenergiephysik; Molekülphysik und Chemische Physik: Experimentalphysik, Molekülphysik, Physik kondensierter Materie, Polymerphysik und Struktur der Materie; Festkörperphysik: Halbleiterphysik, Angewandte Kernphysik und Festkörpermagnetismus. Angeboten werden der Diplom-Studiengang Physik mit vier Spezialisierungsrichtungen und die Diplom-Studiengänge Geophysik und Meteorologie, ferner – in Zusammenarbeit mit dem Institut für Biophysik der Medizinischen Fakultät – eine Spezialausbildung in Biophysik. Außerdem bildet der Fachbereich Lehrer für Physik aus.

Der Fachbereich Physik verfügt in der theoretischen und der experimentellen Physik über ein breites Ausbildungsangebot, das eine solide Grundausbildung und vielfältige Spezialisierungen in Wahlpflichtfächern gewährleistet. Das 1973 eingerichtete Naturwissenschaftlich-Theoretische Zentrum der Universität hat die disziplinäre und interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Naturwissenschaften einschließlich Mathematik und Informatik wirksam gefördert. Die Forschungsschwerpunkte in der Theoretischen Physik lassen sich kennzeichnen durch das Thema eines konzipierten Graduiertenkollegs „Quantenfeldtheorie und deren Anwendungen in der Elementarteilchen- und Festkörperphysik“. Innerhalb der Experimentalphysik haben sich leistungsfähige Schwerpunkte in der Physik molekularer Systeme (mit einem breiten Spektrum, das von an Festkörperoberflächen adsorbierten Molekülen über die Physik von Biomembranen bis zu den anisotropen Fluida und der Polymerphysik reicht) und der Festkörperphysik mit Schwerpunkt in der Halbleiterphysik herausgebildet. Der Fachbereich hat gemeinsam mit dem Blaue Liste-Institut für Oberflächenmodifizierung Leipzig ein Konzept für die Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs „Moleküle in Wechselwirkung mit Grenzflächen“ erarbeitet und plant die festkörperphysikalische Kompetenz mittelfristig zum Aufbau eines weiteren mit dem Arbeitstitel „Nanokristalline Materialien“ zu nutzen.

Der Fachbereich Physik beabsichtigt, sich entsprechend der soeben skizzierten Forschungsschwerpunkte in die Institute für Theoretische Physik, Experimentalphysik I und II und den Wissenschaftsbereich Didaktik der Physik zu gliedern. Für den Fall, daß kein eigener Fachbereich Geowissenschaften eingerichtet würde, käme das Institut für Geophysik, Meteorologie und Geologie hinzu.

Der Fachbereich Physik geht von einer künftigen Ausstattung mit 19 Professuren (ohne Physikdidaktik) aus, davon 4 C4- und 3 C3-Professuren in der Theoretischen Physik, im Institut für Physik kondensierter

molekularer Systeme 4 C4- und 2 C3-Professuren sowie je 3 C4- und C3-Professuren im Institut für Festkörperphysik. Die SHK-Empfehlung sieht 17 Professuren (10 C4 und 7 C3) vor.

Der Fachbereich schlägt vor, den Leiter des Instituts für Oberflächenmodifikation zum Professor für Physik auf eine entsprechende Leerstelle an der Universität zu berufen. Er ist darüber hinaus daran interessiert, zwei erfolgreiche, im Rahmen des WIP geförderte Arbeitsgruppen zu integrieren.

b) Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die traditionsreiche physikalische Forschung an der Leipziger Universität zukünftig nachdrücklich zu fördern. Der Fachbereich Physik arbeitet zielstrebig an seiner Umgestaltung und hat dabei ein Konzept entwickelt, das dem Fachbereich wissenschaftliches Profil gibt und erwarten läßt, daß unter verbesserten Arbeitsbedingungen eine in Ausbildung und Forschung hochwertige Einrichtung entstehen wird. Der Wissenschaftsrat hält die vom Fachbereich angestrebte Ausstattung mit Professuren für angemessen. Er begrüßt die Verringerung der Zahl der physikalischen Institute auf drei und den damit verbundenen Zusammenschluß verwandter Teilgebiete unter einem Dach. Der Wissenschaftsrat rät davon ab, ein eigenständiges Institut für Kernphysik aufzubauen, sondern empfiehlt, die nukleare Festkörperphysik gemäß dem derzeitigen Planungsstand im Institut für Experimentalphysik II anzusiedeln.

In Leipzig sollte die Kernphysik nicht aufgebaut werden, da dieses Fachgebiet an der TU Dresden vertreten sein wird und ein kernphysikalisches Grundlehrangebot durch den Fachvertreter für die angewandte Kernphysik (nukleare Festkörperphysik) abgedeckt werden kann. Die weiteren vom Fachbereich vorgesehenen fachlichen Erweiterungen (z. B. Quantenoptik, „computational physics“) lassen sich im Rahmen eines Stellenplans von 18 bis 19 Professuren (ohne Didaktik) realisieren. Die Abgrenzung von der Dresdner Festkörper- und Materialforschung ist mit der Konzentration auf halbleitende Materialien in Leipzig befriedigend erfolgt. Die enge Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Chemie auf diesem Gebiet ist beispielhaft und sollte unbedingt erhalten bleiben.

Die räumliche Unterbringung des Fachbereichs Physik ist für die derzeitigen Bedürfnisse zufriedenstellend. Es sind jedoch kleinere Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Mit dem zu erwartenden Anstieg der Studen-
tenzahlen werden Erweiterungen notwendig werden.

Fachbereich Chemie

a) Im Fachbereich Chemie waren zuletzt 14 Professoren und 19 Dozenten in den Wissenschaftsbereichen Analytische Chemie, Anorganische Chemie, Organische Chemie, Technische Chemie, Physikalische Chemie, Theoretische Physikalische Chemie, Kristallographie, Chemie-Didaktik und im interdisziplinären Institut für Natur- und Umweltschutz tätig.

Im Fachbereich standen bisher die theoretischen Arbeiten im Vordergrund. Darüber hinaus gab es eine stark ausgebaute Analytische Chemie, die sich auch der Methoden- und Geräteentwicklung widmete.

Der Fachbereich geht bei seinen Personalplanungen von stark steigenden Studienanfängerzahlen (etwa 150 für den Diplom-Studiengang) und zunehmenden Verpflichtungen für die Nebenfachausbildung aus. Die endgültige Bedarfsanmeldung sieht noch 13 C4- und 9 C3-Stellen vor, einschließlich je 1 C4- und C3-Stelle für die Mineralogie und 1 C3-Stelle für Natur- und Umweltschutz. Die bisherige Gliederung in Institute soll aufrechterhalten werden. Die Empfehlung der SHK kommt zu 10 C4- und 8 C3-Stellen, wobei die Professuren für Mineralogie und Umweltschutz nicht auf das Kontingent der Chemie angerechnet werden.

b) Der Wissenschaftsrat empfiehlt, den Fachbereich straffer zu gliedern. Die Theoretische Chemie und die Physikalische Chemie sollten zusammengefaßt und die Analytische Chemie entweder in das Institut für Anorganische Chemie oder das Institut für Physikalische Chemie integriert werden. Ein Institut für Natur- und Umweltschutz sollte fächerübergreifend und nicht innerhalb eines Fachbereichs Chemie betrieben werden, der für dieses jedoch Beiträge leisten könnte. Die derzeit dem Fachbereich Chemie zugeordnete Kristallographie könnte in diesem verbleiben, falls kein eigenständiger Fachbereich Geowissenschaften gebildet wird. Sollte dies jedoch der Fall sein, so ist die Kristallographie besser dort anzusiedeln. Ein Institut für Kristallographie/Mineralogie innerhalb eines Fachbereichs Chemie wäre vor allem dann sinnvoll, wenn in Kooperation mit den Nachbarwissenschaften eine materialwissenschaftliche Ausbildung möglich wird und Redundanzen vermieden werden.

Der Fachbereich Chemie wäre mit der von der SHK empfohlenen Personalkapazität gut ausgestattet, um auch eine deutliche Steigerung der Lehrnachfrage bewältigen zu können. Die derzeit nur schwach vertretene Polymerchemie sollte durch Kooperation mit dem Institut für Oberflächenmodifizierung gestärkt werden. Durch Berufung des Leiters der Max-Planck-Arbeitsgruppe „Zeitaufgelöste Spektroskopie“ in den Lehrkörper könnte das Institut für Physikalische Chemie neue Anstöße erhalten.

Die Gebäude des Fachbereichs sind nur noch beschränkt für den Lehr- und Forschungsbetrieb geeignet. Dringend erforderlich sind ein Neubau für die Anorganische und Organische Chemie sowie erhebliche Sanierungsmaßnahmen für die Physikalische Chemie.

Fachbereich Biowissenschaften

a) Der Fachbereich Biowissenschaften gliederte sich in die Wissenschaftsbereiche Tierphysiologie und Immunbiologie, Zellbiologie und Regulation, Biochemie und Genetik, Chemie biologisch aktiver Verbindungen, Pflanzenphysiologie und Mikrobiologie, Taxonomie/Ökologie und Botanischer Garten sowie Didaktik des Biologieunterrichts. Außer-

dem umfaßt der Fachbereich noch einige Fachvertreter der Pharmazie. Der Schwerpunkt der Forschungsarbeiten liegt in der Neurobiologie.

Das von der DFG geförderte Graduiertenkolleg „Molekular- und Zellbiologie des Bindegewebes“ ist in der Medizinischen Fakultät angesiedelt. Es wird jedoch im wesentlichen von Absolventen naturwissenschaftlicher Studiengänge nachgefragt.

Neben dem Diplomstudiengang Biologie und der Lehramtsausbildung bietet der Fachbereich seit 1969 auch einen Studiengang Biochemie an, zu dem die vormaligen Pharmakologen (nach Aufhebung ihres Instituts und Studiengangs während der 3. Hochschulreform) wichtige Beiträge leisteten. Nach den 1990/91 erfolgten Anpassungen der Studiengänge sollen diese weiter angeboten werden. Der Fachbereich ist darüber hinaus bestrebt, die Pharmazie wieder als Studiengang einzuführen.

Der Fachbereich will seine personelle Ausstattung verbessern. Dabei sollen vor allem folgende Bereiche erhalten und ausgebaut werden: Immunbiologie, Neurobiologie, Molekularbiologie der Pflanze, Phytoökologie, Mikrobielle Biochemie, Biokatalyse und Enzymtechnik sowie Regulation der Genexpression in Hefen. Er hat hierfür einen Bedarf an 10 C4- und 7 C3-Professuren angemeldet, wovon 1 C4- und 2 C3-Stellen auf die Pharmazie entfallen. Die SHK hat diese Planungen im wesentlichen unterstützt und zusätzlich je 1 weitere C4- und C3-Stelle für die Pharmazie empfohlen. Für die Biologie selbst sind danach je 7 C4- und C3-Professuren vorgesehen.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates sollte sich der Fachbereich in der Forschung auf die Neurobiologie konzentrieren und keinen pflanzenorientierten Schwerpunkt entwickeln, da dieses Gebiet im benachbarten Halle qualitativ sehr gut und mit einer großen Zahl von Arbeitsgruppen vertreten ist. Bei der künftigen Ausgestaltung sollte auf eine enge Abstimmung mit den innerhalb der Veterinärmedizinischen und Medizinischen Fakultäten angesiedelten biowissenschaftlichen Instituten (insbesondere Biochemie und Biophysik) geachtet werden, die zum Teil international renommiert sind.

Die vorhandene wissenschaftliche Substanz rechtfertigt nach Auffassung des Wissenschaftsrates mittelfristig den Ausbau des Fachbereichs Biowissenschaften auf die in Abschnitt II.7. formulierte Grundausstattung (9 C4- und 9 C3-Professuren). Angesichts der beträchtlichen biowissenschaftlichen Kapazitäten außerhalb des Fachbereichs ist die von der SHK empfohlene Personalausstattung kurzfristig ausreichend. Verstärkt werden sollten die Bereiche Mikrobiologie, Genetik und Neurobiologie (z. B. Neurophysiologie und Neuropharmakologie), neu eingerichtet werden sollten Professuren für Regulationsphysiologie, Zellbiologie und Membranphysik. Auch bei diesen Stellenausschreibungen und -besetzungen ist auf eine enge Abstimmung mit der Medizinischen Fakultät zu achten. Ein mikrobiologischer Arbeitsbereich sollte aus entsprechenden Leipziger WIP-Gruppen aufgebaut werden.

Für den Fachbereich Biowissenschaften ist dringend ein Neubau erforderlich. Spätestens im Zusammenhang mit der Neubauplanung sollte eine Zusammenführung der Biowissenschaften aus den drei genannten Fakultäten unter einem Dach (Biozentrum siehe II.2.) erfolgen, die zweifelsohne einen synergistischen Effekt hätte und den Biowissenschaften an der Universität Leipzig neue Impulse geben könnte.

Geowissenschaften

a) Von den früheren Instituten für Geophysik, für Geologie und für Meteorologie verblieb nach der 3. Hochschulreform (1968) nur noch der Wissenschaftsbereich Geophysik innerhalb der Sektion Physik, der mit einer Professur, 21 wissenschaftlichen Mitarbeitern, unter ihnen mehrere Habilitierte, und 31 nicht wissenschaftlichen Mitarbeitern ausgestattet war. Der Wissenschaftsbereich betrieb mit diesem Personal das Geophysikalische Observatorium in Collm (Sachsen) und das Maritime Observatorium auf Zingst (Vorpommern). Seine Lehraufgaben beschränkten sich auf das Angebot eines Hauptstudiums in Geophysik. Er übernahm darüber hinaus die Aufgaben eines Weiterbildungszentrums Geowissenschaften für postgraduales Studium in der DDR. Geforscht wurde vorrangig auf den Gebieten der geophysikalischen Lagerstättenprospektion, der Ingenieurgeophysik, der Seismologie, der Quartärgeologie, der Physik der Hochatmosphäre und der physikalischen Ozeanographie. Das ehemalige Institut für Mineralogie verblieb als Wissenschaftsbereich Kristallographie in der Sektion Chemie.

Seit 1990 werden in Leipzig wieder grundständig Diplom-Geophysiker und Diplom-Meteorologen ausgebildet. Es besteht das Ziel, nach einer entsprechenden Ausbauphase aus dem Institut für Geophysik, Geologie und Meteorologie zusammen mit den Arbeitsgruppen Mineralogie und Petrographie des Fachbereichs Chemie (Institut für Kristallographie) und dem im Aufbau befindlichen Institut für Geographie einen Fachbereich Geowissenschaften zu bilden. Die Hochschule hat für die Geowissenschaften 3 C4- und 3 C3-Professuren angemeldet: für Geophysik (C4), Theoretische Geophysik (C3), Ingenieur- und Umweltgeophysik (C3), Geologie (C4), Meteorologie und Klimatologie (C4) sowie Physische Geographie/Geoökologie (C3). Hinzu kommen noch eine C4-Professur für Kristallographie und eine C3-Professur für Mineralogie, die vom Fachbereich Chemie genannt wurden. Zumindest die letztere Stelle sollte den Geowissenschaftlern zugeordnet werden.

Die Sächsische Hochschulkommission empfiehlt innerhalb dieses Stellenrahmens von 8 Professuren eine Ersetzung 1 C3-Professur für Geophysik durch Paläontologie sowie die Ergänzung der Mineralogie um Petrographie bei gleichzeitiger Aufwertung auf C4; hinzu kommen sollen zwei Professuren für Anthropogeographie. Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll darüber hinaus eine weitere Professur für Geographie zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinsame Berufungen sind vorgesehen mit den Blauen Liste-Instituten für Troposphärenforschung (1 C4/3 C3) und Länderkunde sowie im Bereich der Geoökologie mit dem Umweltforschungszentrum.

b) Der Wissenschaftsrat ist der Auffassung, daß die von der Hochschule angemeldete und der SHK empfohlene Personalausstattung für die Geowissenschaften insgesamt zu knapp bemessen ist.

In der Meteorologie wäre eine zusätzliche C3-Stelle ausreichend, da ein erheblicher Teil der Lehraufgaben durch die leitenden Wissenschaftler des Instituts für Troposphärenforschung (An-Institut der Universität) übernommen werden kann.

Für die Geographie ist auch unter Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit den Hallenser Geowissenschaftlern und Geographen (siehe hierzu III.3.2.) über die Empfehlung der SHK hinaus eine weitere Professur für Physische Geographie erforderlich. Voraussetzung für die Einrichtung eines Diplomstudiengangs Geographie bleibt zudem ein beträchtliches Engagement der leitenden Wissenschaftler der außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle mit Schwerpunkt Physische Geographie, Institut für Länderkunde mit Schwerpunkt Anthropogeographie).

Für die Geophysik ist die von der Hochschule angemeldete Ausstattung mit drei Professuren ausreichend, sie entspricht der in II.7. beschriebenen Grundausstattung. Die weitere Entwicklung der Geophysik in Leipzig wird begünstigt durch die Zusammenarbeit mit der Universität Halle – eine Nebenfachausbildung in Geologie kann über die vorgesehene Geologie-Professur hinaus abgesichert werden – und durch Einwerbung von Lehrangeboten vom Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle sowie voraussichtlich auch vom Geoforschungszentrum Potsdam. Auch die Paläontologie ist in Halle vertreten und sollte daher keinesfalls zu Lasten der Geophysik in Leipzig eingerichtet werden. Der Wissenschaftsrat hält es für wünschenswert, in Leipzig einen Schwerpunkt innerhalb der Geophysik zu setzen, der neben der Behandlung globaler geowissenschaftlicher Probleme wichtige Beiträge zur Umweltforschung beisteuern könnte. Mit den vor allem geologisch ausgerichteten Geowissenschaften in Halle sollte die Zusammenarbeit der beiden Hochschulen vertraglich vereinbart werden. Der Aufbau eines Diplomstudienganges Geologie sollte angesichts der Studienmöglichkeiten in Freiberg und Halle derzeit nicht angestrebt werden. Die Wiedererrichtung eines Diplom-Studiengangs Mineralogie ist möglich und wird befürwortet, wenn über die in Leipzig einzurichtenden Stellen hinaus Lehrkapazität von der Universität Halle zur Verfügung gestellt wird. Es muß aber gefordert werden, daß im Bereich Mineralogie/Kristallographie Serviceleistungen von Seiten der Festkörperchemie und Festkörperphysik erbracht werden. Auch hier sollte eine Abstimmung mit der Universität Halle erfolgen.

3. Sachsen-Anhalt

3.1. Ausgangslage und übergreifende Empfehlungen für das Land

Im Land Sachsen-Anhalt wird es künftig zwei Universitäten geben. Die TU Magdeburg soll mittelfristig durch den Aufbau einer Medizinischen Fakultät – unter Übernahme der derzeitigen Medizinischen Akademie – und einer Philosophischen Fakultät, bei deren Aufbau auch Personal der PH Magdeburg aufgenommen werden soll, zu einer Universität mit breiterem Spektrum, aber weiterhin technischem Schwerpunkt entwickelt werden. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) soll durch Übernahme der Fachbereiche Verfahrenstechnik und Werkstoffwissenschaft der TH Merseburg um technische Fächer ergänzt werden und auf diese Weise ein alle Fächergruppen umfassendes Spektrum erhalten. Das erste Hochschulstrukturgesetz des Landes Sachsen-Anhalt sieht weiterhin vor, die Fachbereiche Chemie, Mathematik und Physik der TH Merseburg mit den entsprechenden Fachbereichen der MLU Halle zusammenzuführen.⁴¹⁾ Die betroffenen Fachbereiche haben unterdessen erste gemeinsame Planungsvorstellungen entwickelt. Daher werden im folgenden die Fachbereiche beider Hochschulen gemeinsam behandelt.

Die von der Landeshochschulstrukturkommission (LHSK) entwickelten quantitativen Planungsvorstellungen, die mit dem Landeswissenschaftsministerium abgestimmt, jedoch noch nicht durch Haushaltsgesetz abgesichert sind, gibt Übersicht 8 wieder.

41) Auf das Potential der TH Merseburg wird weiterhin beim Aufbau der Fachhochschule Merseburg zurückgegriffen, mit dem zum 1. 4. 1992 begonnen wurde. Dies gilt auch für die Verfahrenstechnik und Werkstoffwissenschaft.

Übersicht 8

Empfehlung der Landeshochschulstrukturkommission Sachsen-Anhalt für die Ausstattung der Universitäten des Landes mit Professuren in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern.¹⁾

Fach	Halle			Magdeburg		
	C4	C3	insg.	C4	C3	insg.
Mathematik			13	9	6	15
Informatik			4			15
Physik	8	9	17	9	5	14
Chemie			30 ²⁾	4	2	6
Biologie	6	10	16			–
Biochemie	4	3	8			–
Geowissenschaften	4	3	7			–
Geographie	3	3	6			–
Pharmazie ³⁾			13			–
Insgesamt ⁴⁾			110			35

1) Ohne gemeinsame Berufungen mit außeruniversitären Einrichtungen. – 2) Davon 8–9 ku, im Stellenwert nicht festgelegt. – 3) Nicht Gegenstand dieser Stellungnahme. – 4) Summen ohne Informatik.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die Empfehlungen der LHSK für einen in der Forschung deutlich profilierten Ausbau der Naturwissenschaften am Standort Halle mit einem fast vollständigen Fächerspektrum. Durch Einbeziehung der Kapazitäten der TH Merseburg in der Mathematik, Physik und Chemie (sowie der Verfahrenstechnik und den Werkstoffwissenschaften) wird das vorhandene Potential gestärkt und es besteht die Möglichkeit zum Aufbau einer leistungsfähigen Fakultät.

Der Wissenschaftsrat unterstützt ebenso die Planungen, die TU Magdeburg durch eine Verbreiterung des Angebots an technischen Fächern zu einer leistungsfähigen Technischen Universität weiterzuentwickeln. Er ist mit der LHSK der Auffassung, daß die Naturwissenschaften in diesem Rahmen gestärkt werden und ein auf die Ingenieurwissenschaften bezogenes Profil entwickeln sollen.

3.2. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU)

Von den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern sind an der MLU die Mathematik einschließlich eines Instituts für Informatik, die Physik, die Chemie, die Biologie, die Biochemie/Biotechnologie, die Pharmazie, die Geographie und die „Geologischen Wissenschaften“ vertreten. Die TH Merseburg besitzt eine stark ausgebaute Chemie sowie Mathematik, Physik und ein kleines Institut für Informatik.

Nach Auffassung der LHSK soll die Forschung in den Naturwissenschaften in Halle künftig in zwei Schwerpunktbereichen gebündelt werden. Der erste soll biowissenschaftlich orientiert sein und die Fachberei-

che Biologie, Biochemie und Chemie umfassen. Einbezogen werden sollen hierbei die Max-Planck-Arbeitsgruppe Peptidforschung, das Blaue Liste-Institut für Pflanzenbiochemie und Teilbereiche des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle. Der zweite Schwerpunkt soll den Materialwissenschaften gelten und neben den Fachbereichen Chemie, Physik und Werkstofftechnik die Max-Planck-Arbeitsgruppe Flüssigkristalle, das Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik (Halle) und die Außenstelle des Fraunhofer-Instituts für Werkstoffmechanik in Freiburg einbeziehen. Der größte Teil der naturwissenschaftlichen Fachbereiche soll bis zum Jahr 2000 aus der Innenstadt von Halle und vom Standort Merseburg auf einem neuen Campus zusammengeführt werden, langfristig betrifft dies alle Fachbereiche. Das vorhandene Gelände am Weinberg ist auch Standort außeruniversitärer Institute, gut erschlossen und an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Direkt benachbart liegt das Areal der bisherigen Heide-Kaserne; das Land hat einen ersten Teilbereich des ehemaligen Militärgeländes angekauft, da auch hier Hochschuleinrichtungen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen angesiedelt werden sollen, z. B. die sachsen-anhaltinische Komponente des Umweltforschungszentrums, das derzeit provisorisch in Dölzig untergebracht ist. Eine Strukturkommission wurde eingesetzt, die ein räumliches und bauliches Konzept für den Wissenschaftsstandort Halle entwickeln soll.

Der Wissenschaftsrat hat weiterhin die Einrichtung eines Agrarökosystemzentrums im Raum Halle empfohlen, in dem die Universität eine führende Rolle spielen soll (Agrarwissenschaftliche Fakultät und Biologie).

Fachbereiche Mathematik und Informatik

a) Der Fachbereich Mathematik und Informatik der MLU umfaßte je 10 Professuren und Dozenturen, die sich auf Institute für Algebra/Geometrie, Analysis, Informatik (derzeit nur 3 Dozenten), Numerische Mathematik und eine Abteilung für Didaktik des Mathematikunterrichts verteilten.

Zum Fachbereich Mathematik und Informatik der TH Merseburg gehörten die Institute für Analysis, Angewandte Mathematik und Informatik. In diesen bestehen die Forschungsgruppen für Optimierung in allgemeinen Räumen, Diskrete Mathematik, Numerik in der Optimierung, Stochastik, Softwaretechnologie und Graphische Datenverarbeitung. Der Fachbereich verfügte über 7 Professuren und 4 Dozenturen im Bereich der Mathematik.

Die beiden Fachbereiche weisen weitgehend komplementäre inhaltliche Profile auf, in Halle überwiegt die reine Mathematik. Zu nennen sind dort die Funktionentheorie und Geometrie/Topologie, in Merseburg Stochastik, Diskrete Mathematik und Optimierung.

Für die Diplomstudiengänge Mathematik und Informatik sowie die Lehramtsausbildung und für die Servicelehre sind nach dem vorläufi-

gen Stellenplan insgesamt 17 Professuren vorgesehen. Der Fachbereich will davon 13 für die Mathematik und zunächst 4 für die Informatik verwenden. Zuwachs erhofft er sich für die Informatik aus den ku-Stellen, die dem Fachbereich Chemie zunächst zugewiesen werden, um die Integration der Hochschulen besser bewältigen zu können. Nach Auffassung der Fachbereiche sollen zukünftig in der Mathematik vier Institute bestehen. Das Institut für Optimierung und Stochastik (2 C4, 1 C3) soll sich den Forschungsrichtungen Konvexe Analysis und Optimierung, Variationsrechnung und Optimale Steuerung sowie Stochastik widmen. Im Institut für Analysis (2 C4, 2 C3) sollen vor allem die Arbeitsrichtungen Angewandte Analysis, die Funktionentheorie, Funktionalanalysis und Partielle Differentialgleichungen vertreten sein, während das Institut für Numerische Mathematik (2 C4, 1 C3) sich auf die Numerik von Differentialgleichungen und nichtlinearen Problemen sowie das wissenschaftliche Rechnen konzentrieren soll. Hinzu kommt der Bereich Algebra und Geometrie/Topologie (2 C4, 1 C3).

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist die vorgesehene Personalausstattung für die Mathematik zunächst ausreichend. In Abhängigkeit von der Entwicklung der Nachfrage nach Service-Lehrveranstaltungen wird gegebenenfalls später ein personeller Ausbau notwendig.

Die vorgesehene Aufspaltung in verschiedene Institute erscheint künstlich, zumal starke Überlappungen auftreten werden. Eine derartige Splittung der Mathematik erschwert Kooperationen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt deswegen die Bildung eines gemeinsamen Mathematischen Instituts.

Für den 1991 eingeführten Studiengang Informatik fehlt die notwendige personelle Basis. In Hinblick darauf, daß die Professuren kurzfristig kaum adäquat besetzt werden können, empfiehlt der Wissenschaftsrat für Halle den Aufbau der Informatik vorerst zurückzustellen und den Diplom-Studiengang nicht fortzuführen. Es sollte zunächst ein Schwerpunkt Informatik im Mathematik-Studiengang – getragen von einem Institut für Informatik im Fachbereich Mathematik – vorgesehen und erst nach Verbreiterung der personellen Basis an das Angebot eines Nebenfachs und später eines Diplom-Studienganges gedacht werden.

Fachbereich Physik

a) Im Fach Physik der MLU Halle waren 4 Professoren und 9 Dozenten tätig, die sich auf sieben Fachgebiete einschließlich der Physikdidaktik verteilten. In der apparativen und personellen Ausstattung war der Fachbereich in der Vergangenheit gegenüber der Physik an der Universität Leipzig stark benachteiligt. Das derzeit vorhandene Fächerspektrum ist zu schmal, um ein hinreichend breit gefächertes Lehrangebot zu gewährleisten. Die Forschung beschränkte sich auf Teilgebiete der Festkörperphysik (Kristall-, Glas-, Oberflächenphysik, thermoelektrische Halbleiter) mit methodischen Schwerpunkten in der Mikro- und Defektstrukturanalyse.

Der Fachbereich Physik der TH Merseburg verfügte über je 6 Professuren und Dozenturen, die sich gleichmäßig auf die drei Institute für Angewandte Physik, Experimentalphysik und Theoretische Physik verteilten. Schwerpunkt in Forschung und Lehre aller drei Institute ist die Polymerphysik. Im Merseburger Zentrum „Polymerwissenschaften und Kunststofftechnik“ arbeiten die Fachbereiche Physik, Chemie, Werkstoff und Verarbeitungstechnik zusammen. Die DFG fördert ein Graduiertenkolleg „Heterogene Polymere“; die Beantragung eines Sonderforschungsbereiches wird angestrebt.

Die Merseburger Physiker wollen ihre Arbeit im neuen Fachbereich auf die Schwerpunkte Theorie polymerer Systeme, Dynamik und Relaxation in Polymeren sowie Physik der Polymerwerkstoffe konzentrieren. Der Hallenser Physikfachbereich hält eine Verbreiterung des Forschungsprofils für erforderlich und nennt für den experimentellen Bereich die Optik/Quantenoptik. Die Theoretische Physik soll durch die Schwerpunkte Thermodynamik/Strukturbildung und nichtlineare Phänomene ergänzt werden. Auf der vorhandenen wissenschaftlichen Basis wird die Einrichtung eines SFB „Festkörperphysik im Nanometerbereich“ angestrebt.

Der vorläufige Stellenplan sieht für den künftigen gemeinsamen Fachbereich insgesamt 8 C4- und 9 C3-Stellen vor. Die beiden Fachbereiche haben eine gemeinsame Planung zum Aufbau des neuen Fachbereichs vorgelegt, der lediglich für die fachliche Ausrichtung zweier Professuren noch unterschiedliche Vorschläge enthält. Demnach sollen künftig 4 C4- und 5 C3-Professuren der Experimentalphysik, 3 C4- und 2 C3-Professuren der Theoretischen Physik sowie 1 C4- und 2 C3-Professuren der Angewandten Physik zugewiesen werden. Mit dem Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik, das zwei experimentelle und eine theoretische Abteilung umfassen wird, sind die Berufung der leitenden Wissenschaftler als Professoren vorgesehen (3 C4-Professuren für Mikrostrukturen, Elektronenmikroskopie und Theoretische Festkörperphysik). Gleiches ist für die Außenstelle des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen vorgesehen (1 C3/C4).

b) Der Wissenschaftsrat begrüßt das Vorhaben des Landes Sachsen-Anhalt, die beiden Physikfachbereiche zusammenzuführen. Dabei muß darauf geachtet werden, daß die in großen Teilen sehr gut ausgewiesene Merseburger Polymerphysik im künftigen Fachbereich Physik der MLU Halle-Wittenberg angemessen und leistungsgerecht ausgestattet wird. Auch die enge Zusammenarbeit mit chemischen und verfahrenstechnischen Arbeitsgruppen sollte aufgrund der bisher guten Leistungen erhalten bleiben; an keiner anderen Hochschule in Deutschland gibt es bisher eine derartige Kombination.

Die vorgesehene Ausstattung mit Professuren ist für den Aufbau eines leistungsfähigen Fachbereichs angemessen. Der künftige Fachbereich Physik erreicht jedoch durch die bloße Zusammenfassung der beiden bisherigen noch nicht die vom Wissenschaftsrat als notwendig erachtete

fachliche Breite. Die notwendigen und vorgesehenen fachlichen Ergänzungen lassen sich nach Auffassung des Wissenschaftsrates innerhalb des geplanten Stellenrahmens realisieren. In Zusammenarbeit mit dem neuen Max-Planck-Institut für Mikrostrukturforschung ist auf dem Gebiet der Mikrostrukturphysik der Aufbau eines Forschungsschwerpunktes möglich, der sich fachlich gut gegenüber der wesentlich breiter angelegten Leipziger Physik abgrenzen ließe. Die notwendigen und vorgesehenen fachlichen Ergänzungen lassen sich nach Auffassung des Wissenschaftsrates innerhalb des geplanten Stellenrahmens realisieren.

Ein Aufbau der nuklearen Festkörperphysik, die im Fachbereich Physik der Universität Leipzig angesiedelt ist, wird nicht empfohlen. Eine Zusammenarbeit in der Forschung auf diesem Gebiet und ein entsprechender Lehrimport aus dieser nahegelegenen Universität sollte angestrebt werden.

Die in Halle vorhandenen räumlichen Kapazitäten sind zwar qualitativ befriedigend, jedoch keinesfalls quantitativ ausreichend für den künftigen Fachbereich und die vorgesehenen Studienplatzzahlen. Die Geräteausstattung wurde erheblich erweitert und ist jetzt in einigen Bereichen qualitativ gut.

Fachbereich Chemie

a) Der Fachbereich Chemie der MLU Halle umfaßt die Institute für Anorganische und Allgemeine Chemie, Technische Chemie, Organische Chemie, Physikalische Chemie und Analytische Chemie. Er verfügte über 11 Professuren und 14 Dozenturen. Besondere Schwerpunkte der chemischen Forschung in Halle sind die synthetische Chemie und die physikalisch-chemische Flüssigkristallforschung (die zweitgenannte von internationaler Bedeutung) sowie metallorganische Chemie, Festkörper- und Polymerchemie: Arbeitsbereiche, die auch in Merseburg vertreten sind.

Die Max-Planck-Gesellschaft fördert eine Arbeitsgruppe „Flüssigkristalle“ an der Hochschule. Arbeitsgruppen aus der Physikalischen und Organischen Chemie, der Biologie und der Pharmazie bereiten – gemeinsam mit den Universitäten Leipzig und Jena – die Antragsstellung für einen SFB „Mesogene und Biomesogene Organisationsstrukturen“ vor.

Der Fachbereich Chemie der TH Merseburg gliedert sich in die Institute für Anorganische, Organische, Physikalische, Technische und Makromolekulare Chemie sowie für Analytik und Umweltchemie. Mit 21 Professoren und 16 Dozenten war er der größte Chemie-Fachbereich in den neuen Ländern. Die Arbeitsrichtungen sind vor allem Metallorganische Chemie und Festkörperchemie im Anorganischen Institut, Kinetik, Phasengleichgewichte und Stofftrennung im Physikalisch-chemischen Institut, Synthesen, mechanistische Untersuchungen und Werkstoffe im Organischen Institut, heterogene Katalyse und organische Syntheseprozesse im Institut für Technische Chemie. Seit der Vereinigung wurde in

den einschlägigen internationalen Zeitschriften qualitativ gut und relativ häufig publiziert. Die DFG fördert ein Graduiertenkolleg „Umweltanalytik, Schadstoffeliminierung und Werkstoffrecycling“.

Die Landeshochschulstrukturkommission hat für die Zusammenführung der beiden Fachbereiche eine vorübergehend höhere Ausstattung des neuen Fachbereichs mit insgesamt 30 Professuren empfohlen, von denen acht bis neun künftig umgewidmet werden sollen. Der zeitweilige höhere Personalbedarf wird u. a. mit der Ausbildung an zwei Standorten begründet. In diesem Zusammenhang wurde einem Neubau für den Fachbereich Chemie erste Priorität verliehen. Die „überzähligen“ Professorenstellen sollen zum Auf- und Ausbau „aktueller Fachbereiche (Biologie, Informatik)“ umgewidmet werden. Nach dem gemeinsamen Vorschlag der beiden Fachbereiche sollen sich die Professuren zunächst wie folgt auf die Institute verteilen: Anorganische Chemie (2 C4, 4 C3), Organische Chemie (2 C4, 5 C3), Physikalische Chemie (2 C4, 5 C3), Technische Chemie und Makromolekulare Chemie (2 C4, 3 C3), Analytische Chemie und Umweltchemie (1 C4, 4 C3). Darüber hinaus wird eine Professur für Didaktik der Chemie für erforderlich gehalten. Weiterhin soll der Leiter der Max-Planck-Arbeitsgruppe „Struktur und Eigenschaften von flüssigkristallinen Systemen“ auf eine C4-Leerstelle berufen werden.

b) Der Wissenschaftsrat begrüßt das Vorhaben des Landes, den Merseburger und den Hallenser Fachbereich zusammenzuführen; auf diese Weise kann eine in Forschung und Lehre besonders leistungsfähige Einheit entstehen. Die vorgesehene Personalausstattung erscheint angemessen, um die besonderen Probleme der Fusion bewältigen zu können. Auch nach Wirksamwerden der ku-Vermerke verbliebe dem Fachbereich eine Personalausstattung, die deutlich über der in II.7. genannten Grundausstattung liegt. Aus forschungs-, regional- und industriepolitischen Gründen erscheint dies gerechtfertigt⁴²⁾, auch wenn die damit verbundene Ausbildungskapazität möglicherweise nicht in vollem Umfang ausgelastet werden kann. Hieraus folgt jedoch, daß aus arbeitsmarktpolitischen Gründen eine Ausbildung von Diplom-Chemikern an der TU Magdeburg auf absehbare Zeit nicht in Betracht kommen sollte.

Die in der Organischen Chemie entwickelte enge Zusammenarbeit mit dem Blaue Liste-Institut für Pflanzenbiochemie sollte fortgesetzt werden. Die Technische Chemie und die Polymerchemie besitzen dagegen starke Affinitäten zur Polymerphysik sowie zur Materialwissenschaft und zur Verfahrenstechnik. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher, die Möglichkeiten zum Aufbau einer eigenständigen Einheit „Angewandte Naturwissenschaften“ zu prüfen, in denen die genannten physikalischen und chemischen Arbeitsrichtungen aufgehen könnten.

42) Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Nachfolgebetriebe der früheren Chemie-Kombinate ist die Industrieforschung fast völlig zum Erliegen gekommen.

Der vorgesehene Neubau von Gebäuden für die Chemie besitzt nach Ansicht des Wissenschaftsrates im Vergleich zur Biologie nachrangige zeitliche Priorität, da die vorhandenen Labortrakte in Halle und Merseburg befriedigende Arbeitsmöglichkeiten bieten und mit vertretbarem Aufwand modernisiert werden können. Ein Neubau für den Fachbereich Biologie erscheint dagegen kurzfristig erforderlich. Mittelfristig sollte auch der Fachbereich Chemie auf den vorgesehenen Campus Weinberg verlegt werden.

Fachbereiche Biologie und Biochemie/Biotechnologie

a) Der Fachbereich Biologie verfügte über 6 Professuren und 10 Dozenturen in den Instituten für Genetik, Geobotanik und Botanischer Garten, Mikrobiologie, Pflanzen- und Zellphysiologie sowie Zoologie und in der Abteilung für Biologie-Didaktik. Die Region Halle ist schon seit langem ein Zentrum der Pflanzenbiochemie. Die außeruniversitären Kapazitäten sind jetzt in den Blauen Liste-Instituten für Pflanzengenetik (Gatersleben) und für Pflanzenbiochemie (Halle) zusammengefaßt. Auch an der Universität steht diese Arbeitsrichtung im Vordergrund. Der Fachbereich Biologie ist jedoch relativ schwach ausgestattet, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß ein eigenständiger Fachbereich Biochemie besteht.

Im Jahre 1990 verselbständigte sich das Institut für Biochemie zu einem eigenständigen Fachbereich Biochemie/Biotechnologie. Dieses Institut war wegen der vermuteten technologiepolitischen Relevanz der Fachrichtung besonders gefördert worden. Bereits seit 1968 fungierte es als Träger eines eigenständigen Studiengangs. Der Fachbereich gliedert sich derzeit in das Institut für Biochemie – mit den Abteilungen für Bioorganische Chemie, für Enzymologie und für Allgemeine und Pflanzenbiochemie – und das Institut für Biotechnologie sowie das Technikum, an denen insgesamt 11 Professoren und Dozenten tätig sind.

Schwerpunkte der Forschung waren bisher Arbeiten zur Ökologischen Biochemie (Pflanzliche Wirkstoffforschung und Bio-Indikation) und zu den Strukturbeziehungen von Proteinen. Die Max-Planck-Arbeitsgruppe „Enzymologie der Peptidbindung“ entstammt dem Fachbereich. Die DFG fördert in Halle ein Graduiertenkolleg zum Thema „Struktur und Funktion von Proteinen“, das im wesentlichen vom Fachbereich Biochemie getragen werden soll. Biotechnologische Arbeiten sind dagegen bisher, trotz beträchtlicher Investitionen in Labors und Geräte in den 80er Jahren, kaum unternommen worden.

Der Fachbereich Biologie soll gemäß vorläufigem Stellenplan für Professorenstellen künftig über 6 C4- und 10 C3-Stellen verfügen. Nach Vorstellung des Fachbereichs soll seine Gliederung in Institute nicht verändert und die Professuren wie folgt auf diese verteilt werden: Genetik 1 C4/2 C3, Geobotanik 1 C4/2 C3, Mikrobiologie 1 C4/1 C3, Pflanzen- und Zellphysiologie 1 C4/2 C3 sowie Zoologie 2 C4/3 C3. Darüber hinaus sind gemeinsame Berufungen vorgesehen mit den beiden Blauen Li-

ste-Instituten für Pflanzenbiochemie Halle (4 C4) und für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben (6 C4) sowie je eine mit dem Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) und dem Institut für Gewässerforschung Magdeburg (Außenstelle der GKSS Geesthacht). Der Fachbereich strebt eine Verstärkung seiner umweltrelevanten Forschungsaktivitäten an und will dabei mit dem UFZ kooperieren. Hierüber ergibt sich auch eine Brücke zur Universität Leipzig, die mit dem UFZ u. a. über die Geoökologie verbunden ist.

Der vorläufige Stellenplan sieht für den Fachbereich Biochemie künftig eine Ausstattung mit 8 Professuren vor, von denen der Fachbereich 5 für biochemische und 3 für biotechnologische Teildisziplinen verwenden will. Mit dem Blaue Liste-Institut für Pflanzenbiochemie besteht bereits eine enge Zusammenarbeit, mit dem Umweltforschungszentrum soll sie noch aufgebaut werden. In Zukunft plant man, diese Kooperation durch gemeinsame Berufungen von leitenden Wissenschaftlern zu vertiefen. Der Fachbereich will weiterhin den Diplomstudiengang Biochemie tragen und ist am Diplomstudiengang Biologie beteiligt. Die naturwissenschaftliche Grundlagenausbildung in der Medizin wird von deren theoretischen Instituten eigenständig durchgeführt. Nach Auffassung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sollen die beiden Fachbereiche längerfristig wieder zusammengeführt und ggf. Teil eines Biozentrums werden.

b) Der Wissenschaftsrat unterstützt die Auffassung der Fakultät, die beiden Fachbereiche Biologie und Biochemie wieder zu vereinigen, da die organisatorische Trennung im Jahre 1990 nicht fachlich begründet war. Mittel- bzw. langfristig sollte unter Einschluß der medizinisch-biologischen Fachgebiete ein Biozentrum aufgebaut werden, das auf dem Campus Weinberg auch räumlich zusammengeführt werden kann. In Halle bietet sich in den Biowissenschaften auch ein Schwerpunkt Pflanzenbiochemie/-physiologie an. Der Aufbau eines entsprechenden Schwerpunktes würde die vereinigten Fachbereiche der Universität zu einem gleichrangigen Partner der beiden Blaue Liste-Institute werden lassen. Seine personelle Kapazität würde spürbar über der in II.7. dargelegten Grundausstattung für einen Fachbereich Biologie liegen und wäre mittelfristig nur dann gerechtfertigt, wenn sich der geplante Bereich Biotechnologie zu einer leistungsfähigen Einheit entwickeln würde. Dies gilt um so mehr, als dem Fachbereich durch die gemeinsamen Berufungen mit den außeruniversitären Forschungsinstituten ein beträchtliches zusätzliches Potential in Forschung und Lehre zuwächst. Für den Aufbau der Biotechnologie wären allerdings beträchtliche Investitionen erforderlich.

Der derzeitige Fachbereich Biologie muß nach Auffassung des Wissenschaftsrates kurzfristig räumlich angemessen untergebracht werden. Dies sollte in unmittelbarer Nähe des in den 80er Jahren neu errichteten Gebäudes für das Biotechnikum geschehen.

Fachbereich Geowissenschaften

a) Der Fachbereich Geowissenschaften besteht aus dem Institut für Geographie sowie dem Institut für Geologische Wissenschaften und Geiseltalmuseum. Die Abteilung Physische Geographie verfügte über je 3 Professuren und Dozenturen, die Abteilung Wirtschafts- und Sozialgeographie über 3 Professuren und 1 Dozentur und die Abteilung Didaktik über je 1 Professur und 1 Dozentur. Forschungsschwerpunkte des Geographischen Instituts waren Untersuchungen zum Umweltzustand und zu geoökologischen Problemen in Stadtregionen (am Beispiel von Halle und ausgewählten ökologischen „Streßräumen“ Sachsen-Anhalts), die Stadtregionforschung und Untersuchungen zur räumlichen Gebietsstruktur in altindustriellen Ballungsräumen als Faktor der künftigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Gestaltung.

Das Institut für Geologische Wissenschaften und Geiseltalmuseum verfügte zuletzt über 2 Professuren und 1 Dozentur. Schwerpunkte der Forschungsarbeit waren die Regionalgeologie Mitteldeutschlands, insbesondere Quartärgeologie, die Biostratigraphie ausgewählter Formationen sowie die Umwelt- und Kommunalgeologie. Das Geiseltalmuseum ist ein Paläontologisches Museum von überregionaler Bedeutung, das weiterhin in den Aufschlüssen des Geiseltals, nahe Halle, arbeitet.

Nach dem vorläufigen Stellenplan soll das Institut für Geographie künftig über insgesamt 6 Professuren verfügen; von diesen hat der Fachbereich in vier Fällen die Berufungsgebiete festgelegt: Physische Geographie (C4), Geoökologie (C4), Wirtschaftsgeographie (C4), Sozialgeographie (C3).

Nach dem vorläufigen Stellenplan soll das Institut für Geologische Wissenschaften künftig über 4 C4- und 3 C3-Professuren verfügen. Der Fachbereich möchte diese für folgende Fachgebiete verwenden: Allgemeine Geologie (C4), Paläontologie (C4), Angewandte Geologie/Ingenieurgeologie (C4), Historische Geologie und Biostratigraphie (C3), Angewandte Geologie/Umweltgeologie (C3), Petrographie und Lagerstättenkunde (C3) sowie Mineralogie/Geochemie (C4). Eine Professur für Hydrogeologie soll durch eine gemeinsame Berufung mit dem UFZ Halle-Leipzig besetzt werden. Der Fachbereich möchte Diplomstudiengänge für Geographie, Geologie und Mineralogie sowie die Lehramtsausbildung für Geographie anbieten. Die Ausbildung im Nebenfach Geophysik soll durch Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig sichergestellt werden.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist die vorgesehene Personalausstattung des Fachbereichs für das geplante Lehrangebot ausreichend, wenn die von den unmittelbar betroffenen Wissenschaftlern verabredete Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Halle und Leipzig Bestand hat. Die beiden Hochschulen sollten hierüber mit Zustimmung der Landesregierungen eine bilaterale Vereinbarung abschließen.

Die geplante Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig setzt jedoch voraus, daß es dort zu einer abgerundeten Ausstattung des Instituts für Geophysik kommt (siehe hierzu Abschnitt III.2.5.). Eine weitere Verstärkung könnte die vom Hallenser Fachbereich angestrebte gemeinsame Berufung eines Geophysikers mit dem Geoforschungszentrum Potsdam bieten. Auf die vom Fachbereich beantragte Einrichtung einer C4-Professur für Kristallographie zur Absicherung der Ausbildung im Studiengang Mineralogie, für den derzeit je 1 C4- und C3-Professur vorgesehen sind, könnte verzichtet werden, wenn aus dem Bereich der Festkörperphysik und -chemie ein entsprechender Lehrimport sichergestellt werden kann. Die bisherige Schwerpunktsetzung im Bereich der Umwelt- und Quartärgeologie sollte beibehalten werden, insbesondere auch deshalb, weil es in der Region eine ganze Anzahl in Europa einmaliger Aufschlüsse gibt und viele regionale Umweltprobleme zur Lösung anstehen. Dies böte auch eine Möglichkeit zur Integration einer einschlägigen WIP-Gruppe aus Leipzig.

Die sich abzeichnende komplementäre Ausrichtung der Geowissenschaften in Halle und Leipzig – Historische und Quartärgeologie, Paläontologie und Mineralogie/Geochemie in Halle sowie Geophysik, Strukturgeologie, Mineralogie/Kristallographie und Petrologie in Leipzig – ermöglicht es bei Kooperation beider Hochschulen, daß hier ein geowissenschaftliches Zentrum mit überregionaler Ausstrahlung entsteht und die drei Studiengänge Geologie/Paläontologie, Mineralogie und Geophysik eingerichtet werden können (die beiden erstgenannten in Halle, die beiden letztgenannten in Leipzig).

Die vorgesehene Personalausstattung des Geographischen Instituts ist generell ausreichend. Der Wissenschaftsrat empfiehlt jedoch, angesichts des örtlichen Ensembles der Geowissenschaften zusätzlich eine weitere C3-Professur für Photogrammetrie/Fernerkundung einzurichten. Diese Professur sollte auf die geowissenschaftlichen Anwendungen der Fernerkundung ausgerichtet werden und könnte damit wichtige Funktionen für die Geologie und die Umweltforschung erfüllen. Eine der noch nicht inhaltlich festgelegten Professuren sollte für Kulturgeographie und Geschichte der Geographie vorgesehen werden. Diese kulturgeographische Professur sollte eng mit dem in Gründung befindlichen Zentrum zur Erforschung der europäischen Aufklärung in Halle zusammenarbeiten. Weiterhin wird eine Akzentsetzung in osteuropäischer Regionalgeographie angeraten, da sich hieraus Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Geschichte und Kultur Osteuropas in Leipzig ergeben.

3.3. TU Magdeburg

Die TU Magdeburg war bislang eindeutig auf den Maschinenbau (einschließlich der Verfahrenstechnik) ausgerichtet. Neben den Fakultäten (= Fachbereichen) für Mathematik und Naturwissenschaften (im wesentlichen Physik) existiert noch eine Fakultät für Informatik mit vier Instituten. Die Landeshochschulstrukturkommission empfiehlt eine Verbreiterung der fachlichen Basis der Hochschule, die durch Umwid-

mung von Kapazitäten aus dem Maschinenbau, die Zusammenführung mit der Medizinischen Akademie und den Aufbau eines Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften sowie eines Fachbereichs Geistes-, Sozial-, Erziehungswissenschaften erfolgen soll. Die Elektrotechnik soll über den bisherigen Stand hinaus ausgebaut werden; für die Naturwissenschaften ist eine Verstärkung vorgesehen, wobei diese ihren Charakter als begleitende Fächer der Ingenieurwissenschaften stärker entwickeln sollen. Eine Verbreiterung ihres derzeitigen fachlichen Profils wird für erforderlich erachtet. Über die eventuelle Einrichtung eines Fachs Biologie soll im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Planung für die künftige Medizinische Fakultät entschieden werden. Für die Lehrerbildung wird eine Beschränkung auf das bislang schon angebotene Lehramt für berufsbildende Schulen empfohlen, wofür der geisteswissenschaftliche und der wirtschaftswissenschaftliche Fachbereich Beiträge leisten sollen.

Fakultät für Mathematik

a) Die Fakultät für Mathematik besaß für ihre Institute für Diskrete und Numerische Mathematik, Analysis, Mathematische Optimierung, Mathematische Stochastik und Didaktik der Mathematik eine Personalausstattung von 6 Professoren und 7 Dozenten (davon waren 1991 1 Professur und 3 Dozenturen unbesetzt). Schwerpunkte der Forschung lagen in der kombinatorischen Optimierung, der numerischen Analysis (Modellierung und Berechnung mechanischer Systeme) und in der Stochastik. Die Forschungsgruppe Theoretische Informatik (Hauptarbeitsgebiet: Theorie formaler Sprachen) soll in die Fakultät für Informatik überwechseln. Gemeinsam mit Wissenschaftlern der Institute für Festkörpermechanik, Prozeßmeßtechnik, für Strömungsmaschinen und für Informations-/Kommunikationssysteme haben Vertreter der Analysis und der Mathematischen Optimierung eine Arbeitsgruppe für Paralleles Rechnen gebildet, die das Ziel der Schaffung eines interdisziplinären Zentrums für Parallelverarbeitung verfolgt.

Der vorläufige Stellenplan für Professoren sieht für die Mathematik künftig 15 Stellen vor, die sich wie folgt auf vier neugeschnittene Institute verteilen sollen: Analysis und Numerik 3 C4/2 C3, Mathematische Stochastik 2 C4/1 C3, Mathematische Optimierung 2 C4/1 C3, Grundlagen der Mathematik (Algebra, Geometrie, Kombinatorik, Didaktik der Mathematik) 2 C4/2 C3.

Die Fakultät für Mathematik will in Abgrenzung insbesondere zur TU Braunschweig ihr eigenes fachliches Profil schärfen und dabei die Bereiche Numerik, Optimierung und Stochastik betonen. Darüber hinaus werden Überlegungen zum möglichen Angebot von Studiengängen für Wirtschafts- und für Technomathematik angestellt.

b) Die vorgesehene Ausstattung der Mathematik entspricht quantitativ der in Abschnitt II.7. dargestellten Grundausstattung. Da innerhalb der Naturwissenschaften nur eine geringe Nachfrage nach Service-Leistungen der Mathematik bestehen wird, ist der Personalbestand bis auf wei-

teres auch für die Mathematik-Grundausbildung in den Ingenieurwissenschaften ausreichend. Die starke Betonung der Angewandten Mathematik ist durchaus angemessen und unterstreicht das Profil einer Technischen Universität. Bei der Besetzung der Stellen für Grundlagen der Mathematik sollte darauf geachtet werden, daß ein inhaltlicher Bezug zur theoretischen Informatik hergestellt wird. Andernfalls müßte die vorgesehene Ausstattung für die Theoretische Informatik in der Fakultät für Informatik, die bisher nur über 2 von 15 Professuren verfügen soll, aufgestockt werden.

Eine Aufspaltung der Mathematik in mehrere Institute sollte vermieden werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt ein gemeinsames Mathematisches Institut.

Im Hinblick auf die für die TU Magdeburg geplanten Wirtschaftswissenschaften erscheint die Entwicklung eines Studienganges Wirtschaftsmathematik vertretbar.

Fakultät für Naturwissenschaften

a) Die Fakultät für Naturwissenschaften umfaßt die Institute für Technische Physik, Experimentelle Physik, Theoretische Physik, Vakuumphysik und -technik, für Didaktik der Physik und das Chemische Institut; in ihnen waren 8 Professoren und 5 Dozenten tätig (davon 1 Professor und 1 Dozent im Chemischen Institut). Die Fakultät war ursprünglich ausschließlich für die naturwissenschaftliche Grundlagenausbildung der Ingenieure zuständig, betreibt jedoch seit 1968 einen Diplomstudiengang für Physik. Außerdem ist sie an der Ausbildung von Berufsschullehrern beteiligt. Von den Arbeitsgebieten in der Physik sind insbesondere die Festkörpertheorie (quasi-kristalline Systeme, Ladungstransport in unkonventionellen Festkörpern und Quantenspinsysteme) und die festkörper-physikalischen Vorhaben der Materialwissenschaften (Thermodynamik von Legierungen, Phasen- und Segregationskinetik, Elementarprozesse der Materialschädigung, Deformation und Bruch) zu erwähnen. Das Chemische Institut war bisher in der Forschung vor allem in der Untersuchung von Verbrennungsvorgängen und grundlagenorientierten tribochemischen Vorhaben tätig.

Die Fakultät strebt an, im Interesse eines vollständigen Angebots für einen Diplomstudiengang Physik die vorhandenen Arbeitsbereiche auszubauen und erheblich zu ergänzen. Sie hat hierfür einen Ausstattungsbedarf mit 17 Professoren und 50 wissenschaftlichen Mitarbeitern angemeldet.

Der vorläufige Stellenplan sieht für die Physik der TU Magdeburg insgesamt 14 Professuren (einschließlich einer Didaktik-Professur) in nur noch zwei Instituten vor. Das Institut für Theoretische Physik soll 3 C4- und 2 C3-Professuren umfassen, das Institut für Experimentalphysik 6 C4- und 2 C3-Professuren. Schwerpunkte sollen in der Festkörper-, Material- und Biophysik liegen. Außerdem sind weitere sechs Professuren im Chemischen Institut vorgesehen (je eine für Anorganische, Orga-

nische, Physikalische, Analytische und Technische Chemie sowie für Didaktik der Chemie). Die Fakultät plant, künftig Chemie als zweites Fach für die Lehramtsausbildung anzubieten und strebt perspektivisch den Aufbau eines Diplomstudiengangs an.

b) Der Wissenschaftsrat ist der Auffassung, daß trotz anerkannter Leistungen in der theoretischen Physik und einigen experimentellen Teilbereichen an der TU Magdeburg keine tragfähige Basis für einen eigenständigen, in Forschung und Lehre konkurrenzfähigen Fachbereich Physik besteht. Bei einem Ausbau ginge es in Magdeburg zumindest in der Experimentalphysik de facto um einen Neuaufbau mit erheblichen Investitionskosten. Der Wissenschaftsrat hält die dringend erforderliche Konsolidierung des Fachbereichs Physik an der MLU Halle-Wittenberg für vorrangig und empfiehlt, von der Einrichtung eines vollausgestatteten Fachbereichs Physik mit eigenem Diplomstudiengang an der TU Magdeburg vorerst abzusehen. Der Wissenschaftsrat spricht sich weiter dafür aus, einen kleineren Physikfachbereich mit starker Dienstleistungsorientierung in der Lehre fortzuführen und dessen Forschungsaktivitäten so zu orientieren, daß dadurch eine Stärkung der ingenieurwissenschaftlichen Forschung an der TU Magdeburg erwartet werden kann. Das gilt nach dem beabsichtigten Aufbau eines elektrotechnischen Fachbereichs beispielsweise für die Materialforschung orientiert an den Anwendungen in der Mikro- und Optoelektronik.

Der Fachbereich sollte weiterhin an der Ausbildung von Berufsschullehrern beteiligt werden.

Als Personalausstattung für das Chemische Institut erscheint je 1 C4/C3-Professur (was etwa der bisherigen entsprechen würde) als ausreichend, um die Chemie-Ausbildung in Ingenieurstudiengängen sicherzustellen. Von einer Lehramtsausbildung in der Chemie sollte angesichts des Profils der Hochschule abgesehen werden. Da an der TU Magdeburg die Materialwissenschaften bisher nicht entwickelt sind, sollte die Einbeziehung der Fachvertreter der Chemie in eine Forschungs Kooperation mit einer vollausgebauten Chemie an einer anderen Hochschule erwogen werden.

4. Thüringen

4.1. Ausgangslage und übergreifende Empfehlungen für das Land

Die Planungen des Landes Thüringen haben zum Ziel, die Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena als „klassische“ Universität mit breitem Fächerspektrum fortzuführen und sehen hierzu einige fachliche Abrundungen vor. In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurde die Technische Fakultät nicht fortgeführt; ein Teil des ingenieurwissenschaftlichen Personals wurde an die neugegründete Fachhochschule Jena berufen, andere Wissenschaftler werden an die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der FSU Jena berufen werden. Die Technische Hochschule Ilmenau, die bisher ganz überwiegend auf die Elektrotechnik ausgerichtet war, soll mittel- und längerfri-

stig zur Technischen Universität des Landes ausgebaut und zunächst um die Fächer Informatik, Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen ergänzt werden.

Die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar soll mit leicht verbreiterem Profil fortgeführt werden und das für die Studiengänge des Bauwesens notwendige Lehrangebot in den naturwissenschaftlichen Grundlagenfächern (Mathematik, Physik, Chemie) selbst erbringen. Vorgesehen ist ferner ein Hauptstudium Angewandte Informatik, das auf dem Grundstudium Informatik aufbaut, das in Thüringen nur in Jena und Ilmenau möglich sein soll. Analog zu anderen ähnlich gelagerten Fällen empfiehlt der Wissenschaftsrat für die Fachvertreter aus den Naturwissenschaften und der Informatik eine Zweitmitgliedschaft in einem voll ausgebauten Fachbereich einer anderen Hochschule.

Die vorgesehene Personalausstattung für die naturwissenschaftlichen Fächer an der TH Ilmenau und der FSU Jena (siehe Übersicht 9) bildet eine gute Voraussetzung zum Aufbau leistungsfähiger Fächer. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, bis auf weiteres außer in der Mathematik und Informatik naturwissenschaftliche Diplomstudiengänge nur in Jena anzubieten. Die Naturwissenschaftler in Ilmenau sollten durch Zweitmitgliedschaften in die korrespondierenden Fachbereiche der FSU Jena eingebunden werden, vor allem um wissenschaftlichen Nachwuchs in Physik und Chemie ausbilden zu können. An der Universität Jena lassen die sich durch das fast vollständig vorhandene naturwissenschaftliche Fächerspektrum ergebenden Kooperationsmöglichkeiten Synergieeffekte erwarten.

Übersicht 9

Derzeit für die Universitäten des Landes Thüringen
vorgesehene Ausstattung der mathematisch-naturwissenschaftlichen
Fachbereiche mit Professuren.¹⁾

	C4	Jena C3	insg.	C4	Ilmenau C3	insg.
Mathematik	10	8	18	5	8	13
Informatik	7	5	12	10	6	16
Physik	12	12	24	2	4	6
Chemie	10	11	21	1		1
Biologie	10	9	19 ²⁾			
Geowissenschaften ³⁾	6	3	9			
Geographie	4	3	7			
Pharmazie ³⁾	4	4	8			
Ernährungswissensch. ³⁾	4	4	8			
Insgesamt	68	59	126	18	18	36

1) Ohne gemeinsame Berufungen mit außeruniversitären Instituten. – 2) Zuzüglich 1 C4-, 1 C3-Professur für Umweltwissenschaft. – 3) Zum Teil über ku-Stellenprogramm.

4.2. Technische Hochschule Ilmenau

Alle naturwissenschaftlichen Kapazitäten der TH Ilmenau sind in der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften zusammengefaßt. Die Informatik ist Teil der Fakultät für Informatik und Automatisierung.

Die Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften gliedert sich in die Institute für Mathematik und Physik, welche verschiedene Fachgebiete als eigentliche Arbeitseinheiten umfassen. Als eigenständiger Studiengang dieser Fakultät wurde bislang nur die Mathematik mit den Richtungen Technomathematik und Wirtschaftsmathematik angeboten. Aufgrund der sehr geringen Anmeldezahlen wurden im Wintersemester 1991/92 keine Studienanfänger für den im Aufbau befindlichen Diplom-Studiengang Physik aufgenommen. Dies soll voraussichtlich erst wieder zum Wintersemester 1994/95 geschehen. Ebenfalls geplant ist die Beteiligung an der Ausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Institut für Mathematik

a) Im Institut für Mathematik waren 9 Professoren und 4 Dozenten in den Fachgebieten Analysis und Dynamische Systeme, Analysis und Steuerungstheorie, Stochastik, Wirtschaftsmathematische Methoden, Numerische Mathematik, Diskrete Mathematik und Theoretische Informatik, Optimierung und Geometrie sowie Operations Research tätig. Schwerpunkte in der Forschung bestanden in Optimierung, Operations Research, Stochastik auch mit Blickrichtung auf die Ingenieurwissenschaften und die Informatik. In der Reinen Mathematik bestand ein Schwerpunkt in der Graphentheorie.

Der vom Wissenschaftsministerium des Landes gebilligte Personalstrukturplan der TH Ilmenau sieht für die Mathematik 5 C4- und 8 C3-Professuren vor, die vor allem der Analysis, der Numerischen Mathematik und der Statistik/Wirtschaftsmathematischen Methoden gewidmet sein sollen. Die Hochschule strebt mittelfristig eine schrittweise Erweiterung der Stellenausstattung um eine C4-Professur für Wahrscheinlichkeitsrechnung und Mathematische Statistik sowie je eine C4- und C3-Professur für Theoretische Mathematik an.

b) Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist die vorgesehene Ausstattung der Mathematik zwar knapp, angesichts der geringen Größe der Hochschule jedoch zunächst ausreichend. Mit den von der Hochschule angestrebten personellen Erweiterungen würde ein guter quantitativer Ausbaustand erreicht. Der Wissenschaftsrat würde es begrüßen, wenn die vom Fachbereich angestrebten Professuren für Theoretische Mathematik Berührungspunkte zur Informatik aufwies.

Institut für Physik

a) Das Institut für Physik umfaßt die Fachgebiete Theoretische Physik, Experimentalphysik, Angewandte Physik, Halbleiterphysik und Physikalische Chemie; in ihnen waren 5 Professoren und 2 Dozenten tätig. Die Schwerpunkte der Forschung lagen bei der Charakterisierung von Halbleitern und Halbleiterstrukturen sowie der Bestimmung ihrer Eigenschaften und Eignung für mikroelektronische Bauelemente und stoffkennende chemische Festkörpersensoren. Die früher im Rahmen der Sektion Physik und Technik elektronischer Bauelemente bestehende enge Zusammenarbeit mit Arbeitsgruppen, die nunmehr der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik angehören, will man weiter pflegen.

Der vom Wissenschaftsministerium des Landes gebilligte Personalstrukturplan sieht für die Physik 2 C4- und 4 C3-Professuren (davon je 1 C4- und C3-Professur für Theoretische Physik) und 1 C4-Professur für Chemie vor. Die Hochschule strebt mittelfristig eine schrittweise Erweiterung der Stellenausstattung in der Physik auf insgesamt 12 Professuren an; für die Chemie soll nach Einrichtung einer weiteren Professur für Organische und Polymerchemie ein selbständiges Institut für Chemie gegründet werden. Künftige Schwerpunkte der physikalischen Forschung sollen in Zusammenarbeit mit den technischen Fachrichtungen der Hochschule definiert werden und insbesondere Nanometerphysik, Magnetismus und magnetische Materialien sowie Biophysik zum Gegenstand haben.

b) Wie bereits in den Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften ausgeführt, hält der Wissenschaftsrat die vorhandene Personalausstattung der Ilmenauer Physik für eine solide Physikausbildung in den Ingenieurstudiengängen für ausreichend. Ein eigenständiger Diplomstudiengang Physik würde erhebliche Ausbauanstrengungen erfordern. Auch mittelfristig erscheint der Aufbau eines grundständigen Diplomstudiengangs der Physik nicht vordringlich, u. a. weil hierfür auch ein

Ausbau der Chemie erforderlich wäre. Mit relativ geringem Aufwand könnte dagegen ein Studienschwerpunkt Technische Physik in Verbindung mit dem Diplomstudiengang Elektrotechnik/Informationstechnik eingerichtet werden.

Wie bisher sollten die in Ilmenau tätigen Physiker ihre Arbeitsgebiete so wählen, daß sie sich in das ingenieurwissenschaftliche Profil der Hochschule einfügen (insbesondere Elektro- und Informationstechnik). Den Ilmenauer Physikprofessoren sollte eine Zweitmitgliedschaft in der Physikalisch-Astronomischen Fakultät der Universität Jena ermöglicht werden, um die Betreuung von Diplomanden und Doktoranden formal zu erleichtern. Die physikalische Forschung an der TH Ilmenau würde dadurch wesentlich gefördert. Ähnliches gilt für die Chemie. In diesem Fach sollte zusätzlich die Physikalische Chemie und die Anorganische Festkörperchemie vertreten sein.

Informatik

Das Fach Informatik wurde bisher von den Instituten für Praktische Informatik sowie Theoretische und Technische Informatik innerhalb der Fakultät für Informatik und Automatisierung von insgesamt 3 Professoren und 4 Dozenten vertreten. Seit 1990 besteht der Diplomstudiengang Informatik; bereits vorher wurden Informatik-Themen in Diplomarbeiten der Automatisierungstechnik bearbeitet. Zukünftig soll der Studiengang über insgesamt 10 C4- und 6 C3-Professuren verfügen.

Zur Informatik an der TH Ilmenau, die hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt wird, hat der Wissenschaftsrat bereits in seinen Empfehlungen zu den Ingenieurwissenschaften Stellung genommen. Die seither erfolgte Aufbauplanung erscheint sachgerecht.

4.3. Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU)

Zur FSU gehören derzeit die Mathematische, die Physikalisch-Astronomische, die Chemische und die Biologische Fakultät. Die Hochschule plant die Einrichtung eines Geographischen Instituts und eines Geowissenschaftlichen Instituts mit den Fachrichtungen Geologie, Geophysik und Mineralogie, eines Instituts für Pharmazie und eines Instituts für Ernährungswissenschaften. Die vorgesehene Personalausstattung erreicht in allen Fällen zumindest die in II.7. empfohlene Grundausstattung.

Mathematische Fakultät

a) Die Mathematische Fakultät gliedert sich in das Mathematische Institut sowie die Institute für Angewandte Mathematik, Stochastik, Theoretische und Praktische Informatik, für Angewandte und Technische Informatik sowie die Abteilung für Didaktik. Insgesamt waren dort 16 Professoren und 8 Dozenten tätig. Jena war ein international anerkannter Schwerpunkt der Theoretischen Informatik (Algorithmische Geometrie, Komplexitätstheorie). Schwerpunkte der Forschung in der Mathematik liegen in der Analysis (Funktionalanalysis: Funktionenräume und Integraltransformationen) und der Stochastik (Markovsche Prozesse, Sto-

chastische Geometrie, Anwendungen in der Physik); sie fanden auch internationale Beachtung. Die DFG fördert ein Graduiertenkolleg „Analytische und stochastische Strukturen und Systeme“.

Für die künftige Personalausstattung liegt ein vom Ministerium bestätigter Stellenplan vor, der den Entwicklungsvorstellungen des Fachbereichs Rechnung trägt. Er umfaßt für die Mathematik 10 C4- und 8 C3-Professuren mit den Berufsgebieten Analysis, Mathematische Physik, Geometrie, Algebra, Wahrscheinlichkeitstheorie, Mathematische Statistik, Numerik, Operationsforschung, Angewandte Stochastik, Zahlentheorie, Stochastische Analysis, Angewandte Statistik und Didaktik. Hinzukommen sollen je 1 Dozent auf Dauer für Algebra und Geschichte der Mathematik. Die Ausbauplanung für die Informatik sieht 7 C4- und 5 C3-Professuren vor, davon 3 Professuren für die Theoretische Informatik, 5 Professuren für die Praktische Informatik sowie 4 weitere für Angewandte und Technische Informatik.

b) Die vorgesehene Stellenausstattung erlaubt sowohl in der Mathematik als auch in der Informatik den Aufbau leistungsfähiger Einrichtungen. Nach Ansicht des Wissenschaftsrates kommt es jetzt darauf an, durch eine ausreichende Anzahl von Fremdberufungen das vorhandene gute wissenschaftliche Potential zu stärken und einige zusätzliche innovatorische Impulse zu ermöglichen. Die Berufsgebiete sollten nicht zu eng gefaßt werden, weil sonst die Auswahl der zu Berufenden unnötig eingeschränkt würde.

Falls ein gemeinsamer Fachbereich (hochschulinterne Bezeichnung: Fakultät) Mathematik/Informatik erhalten bleibt, was der Wissenschaftsrat angesichts der für Jena vorgesehenen Fachbereichsgrößen begrüßen würde, sollten zwei Abteilungen gebildet werden, wobei auf Möglichkeiten der Kooperation bei den Stellenbesetzungen geachtet werden muß.

Physikalisch-Astronomische Fakultät⁴³⁾

a) Die Physikalisch-Astronomische Fakultät gliedert sich in Institute für Optik und Quantenelektronik, Festkörperphysik, Angewandte Physik, Angewandte Optik, Festkörpertheorie und Theoretische Optik, in das Theoretisch-Physikalische Institut, das Astrophysikalische Institut und Universitätssternwarte sowie in die Arbeitsgruppe Physik-Astronomie-Didaktik. In diesen Einrichtungen waren 14 Professoren und 10 Dozenten tätig mit gewachsenen Forschungsschwerpunkten, auf die sich die Physikalisch-Astronomische Fakultät auch zukünftig stützen will: in der Theoretischen Physik die Gravitationstheorie, Quantentheorie/Quantenoptik, Festkörpertheorie und Theoretische Optik und in der Experimentalphysik die Quantenelektronik, die Röntgenoptik, die Festkörperphysik sowie die Astrophysik der instellaren Materie unter dem Aspekt der Sternentstehung und -entwicklung. Drei dieser Arbeitsgebiete werden

⁴³⁾ Bis zum Auslaufen der technikwissenschaftlichen Studiengänge lautet die Bezeichnung Physikalisch-Astronomisch-Technische Fakultät.

derzeit in Form von Max-Planck-Arbeitsgruppen zusätzlich gefördert (Gravitationstheorie, Röntgenoptik sowie Sternentstehung und -entwicklung). Zum Thema „Physik und Chemie dünner Schichten“ hat die FSU den Antrag auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs gestellt.

Die Fakultät beabsichtigt, mit dem ortsansässigen Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik (60 Stellen) sowie dem Landesinstitut für Physikalische Hochtechnologie (90 Planstellen, davon 34 Wissenschaftler) eng zusammenzuarbeiten und deren leitende Wissenschaftler gleichzeitig als Professoren zu berufen. Darüber hinaus wird die Kooperation mit der feinmechanisch-optischen Industrie auf den Gebieten der Optik, der dünnen Schichten und der Mikrostrukturen gesucht. Weiterhin soll der Leiter der Landessternwarte Tautenburg (24 Planstellen, davon 8 Wissenschaftler) auf eine Professur an der Fakultät berufen werden.

Der vom Thüringischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst zunächst bestätigte Stellenplan umfaßt gemäß Übersicht 9 je 12 C4- und C3-Professuren, deren Verteilung auf die Arbeitsschwerpunkte im Detail festgelegt ist. Aufgrund des Ergebnisses der Haushaltsverhandlungen mit dem Finanzminister ist unter Beibehaltung der Zielausstattung eine noch mit der Hochschule im einzelnen festzulegende Verringerung der Zahl der Professuren vorgesehen. Die Fakultät möchte die bisherige Institutsstruktur fortschreiben, wobei die Institute für Angewandte Physik und Angewandte Optik um eine technische Komponente ergänzt werden sollen. Für die Theoretische Physik sind im Theoretisch-Physikalischen Institut und im Institut für Festkörperphysik und Theoretische Optik insgesamt 8 Professuren vorgesehen.

Die Hochschulstrukturkommission des Landes Thüringen hat den Antrag der FSU auf Einrichtung eines Studiengangs „Physikalische Ingenieurwissenschaften“ abgelehnt und statt dessen empfohlen, als Bestandteil des Diplomstudiengangs Physik die Studienrichtung „Technische Physik“ anzubieten. Innerhalb der Physikalisch-Astronomischen Fakultät soll ein Technisches Institut eingerichtet werden, dessen Aufgabe es sein soll, für das nichtphysikalische Nebenfach Technik ein entsprechendes Lehrangebot bereitzustellen. Es soll mit 1 C4- und 4 C3-Professuren ausgestattet werden (Materialwissenschaft, Elektronik, Oberflächenbearbeitung, Angewandte Mechanik und Aktorik/Sensorik).

b) Die vorgesehene Stellenausstattung bietet bei angemessener Berücksichtigung bisher fehlender Teilgebiete der Physik sehr gute Voraussetzungen für den Aufbau eines leistungsfähigen Fachbereichs (Fakultät), der eine solide Grundausbildung vermitteln und darüber hinaus ein recht breites Spektrum vertiefender Lehrveranstaltungen anbieten kann. Letztere ergeben sich zwangsläufig aus den gewachsenen Forschungsschwerpunkten in der relativistischen Physik, der Quantenoptik, der Festkörperphysik und verschiedenen erfolgreich betriebenen

Richtungen der Angewandten Physik. Der Wissenschaftsrat bedauert die detaillierte und starre Zuordnung der Professuren zu eng begrenzten Berufungsgebieten, die als bloße Fortschreibungen des wissenschaftlichen Status quo die Gefahr in sich bergen, daß selbst innerhalb der erhaltenswerten Forschungsschwerpunkte eine Neuorientierung nicht oder nur sehr zeitverzögert zustande kommt.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die bisherige Feingliederung in der Binnenstruktur der Physikalisch-Astronomischen Fakultät aufzugeben und größere Organisationseinheiten mit größerer innerer Flexibilität zu bilden. Die Schaffung einer Studienrichtung Technische Physik wird unterstützt. Zu den erforderlichen Lehrangeboten könnten die gemeinsam mit der FSU berufenen leitenden Wissenschaftler aus dem Institut für Physikalische Hochtechnologie und gegebenenfalls aus dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik entscheidend beitragen.

Angesichts der Leistungsfähigkeit des vorhandenen Potentials der Physikalisch-Astronomischen Fakultät und ihrer Entwicklungsplanung sowie der örtlichen Konzentration von wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten auf dem Gebiet der Mikrosystemtechnologien/Feinwerktechnik mit Betonung der Optik und Optoelektronik in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Industriebetrieben hält der Wissenschaftsrat die von der Kommission Grundlagenforschung des BMFT erwogene Gründung eines Hochleistungslaserlabors (Kryptonfluorid-Kurzpuls laser) am Standort Jena für eine tragfähige Möglichkeit.⁴⁴⁾

Chemische Fakultät

a) An der Chemischen Fakultät der FSU waren 15 Professoren und 10 Dozenten an den 5 Instituten für Anorganische und Analytische Chemie, Organische und Makromolekulare Chemie, Physikalische Chemie, Technische Chemie und Glaschemie tätig. In Jena besteht eine langjährige Tradition auf dem Gebiet der metallorganischen Chemie, die die Forschungsaktivität des Instituts für Anorganische und Analytische Chemie weiterhin prägt. Zu nennen sind dort außerdem die Festkörperchemie und die Spurenanalytik. Das Institut für Organische und Makromolekulare Chemie ist vor allem an Vorhaben der Materialforschung (neue Polymere) und zu nachwachsenden Rohstoffen (Zellulose und Zellulosederivate) beteiligt; das Institut für Technische Chemie arbeitet gemeinsam mit dem Institut für Technische Mikrobiologie auf dem Gebiet der Schmierstoffadditive. Das Institut für Glaschemie befaßt sich vor allem mit Untersuchungen zu Struktur und Eigenschaften von Gläsern und Glaskeramiken sowie von Glasbildungsprozessen und beteiligt sich an der Neuentwicklung von Werkstoffen. Das Institut für Physikali-

⁴⁴⁾ Siehe: Förderung der Grundlagenforschung durch den Bundesminister für Forschung und Technologie. Empfehlungen der Kommission Grundlagenforschung (Kommissionsbericht vom 18. Dezember 1991), S. 74.

sche Chemie ist in der Grenzflächenchemie, Molekülspektroskopie und photophysikalischen Chemie aktiv. Die Max-Planck-Gesellschaft fördert an der Fakultät eine Arbeitsgruppe „CO₂-Chemie“ mit einer personellen Ausstattung von 21 wissenschaftlichen und technischen Mitarbeitern. Diese knüpft an Arbeiten zur homogenkatalytischen Cooligomerisation mit CO₂ und Aktivierung von CO₂ an heterogenen Katalysatoren in den Instituten für Anorganische bzw. Technische Chemie an.

Mehrere Arbeitsgruppen der Chemischen Fakultät wollen sich an dem von der Physikalisch-Astronomischen Fakultät initiierten SFB „Physik und Chemie dünner Schichten“ beteiligen.

Die Chemische Fakultät will ihre bisherige Institutsgliederung beibehalten und mittelfristig zwei weitere Institute für Analytische Chemie und Umweltchemie aufbauen. Unter Beteiligung der Biologischen und Medizinischen Fakultät soll vom Wintersemester 1992/93 an ein Studiengang „Umweltchemie“ eingeführt werden, der auf dem viersemestriem Grundstudium der Chemie aufbaut. Der vom Wissenschaftsministerium des Landes bestätigte Personalstrukturplan sieht für die Fakultät insgesamt 10 C4- und 11 C3-Professuren vor. Die Institute für Anorganische, Organische und Physikalische Chemie sollen jeweils mit 2 C4- und 2 C3-Stellen ausgestattet werden, die Technische und Analytische sowie die Glaschemie und Umweltchemie mit jeweils einer C4- und einer C3-Stelle; hinzu kommt die Didaktik der Chemie mit einer C3-Professur.

b) Der Wissenschaftsrat hält die beschriebene Personalausstattung für geeignet, einen leistungsfähigen Chemie-Fachbereich zu betreiben. Er regt allerdings an, die bisherige Gliederung und Schwerpunktsetzung der Fakultät zu überprüfen. Die Analytische Chemie sollte im Institut für Anorganische Chemie verbleiben und zusammen mit der Einbeziehung der MPG-Arbeitsgruppe „CO₂-Chemie“ dazu beitragen, die dort vorherrschenden Arbeiten zur metallorganischen Chemie vor allem methodisch zu ergänzen. Die beiden bisherigen Spezialinstitute für Technische Chemie und Glaschemie sollten künftig eine organisatorische Einheit bilden und im Rahmen der anstehenden Neuorientierung der Arbeitsgebiete Schwerpunkte im Bereich der Umwelttechnologie und Festkörperchemie setzen. Eine Verstärkung dieses Instituts könnte durch eine Einbindung der Chemie-Professoren an der TH Ilmenau in die Forschung und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses erfolgen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird davon abgeraten, einen gesonderten Diplomstudiengang Umweltchemie einzurichten. Das Fach sollte lediglich als Studienrichtung innerhalb des Diplomstudiengangs Chemie vorgesehen werden.

Biologische Fakultät

a) Die Biologische Fakultät bestand bisher aus den Instituten für Allgemeine Zoologie und Tierphysiologie, Spezielle Zoologie und Evolutionsbiologie mit Phyletischem Museum, Allgemeine Botanik, Spezielle Bo-

tanik mit Herbarium Hausknecht und Botanischem Garten, Mikrobiologie (mit den Abteilungen Allgemeine und Technische Mikrobiologie sowie Mikrobielle Biochemie), Ökologie, Biochemie und Biophysik sowie Umwelt und Ernährung. Von den bisherigen Arbeiten sind insbesondere die Untersuchungen zum mikrobiellen Sekundärstoffwechsel als Grundlage für die biotechnologische Nutzung von Mikroorganismen von der Wirkstoffproduktion bis hin zum Um- und Abbau von Schadstoffen zu nennen. Verwandte Arbeitsbereiche bestanden auch am früheren Zentralinstitut für Mikrobiologie und Experimentelle Therapie (ZIMET). Der Biologischen Fakultät angeschlossen ist das Institut für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaften und Technik, Ernst-Hekkel-Haus, das nicht nur das damit in Verbindung stehende Museum und Arbeiten zur Geschichte der Biologie betreibt, sondern darüber hinaus noch Arbeitsgruppen zur Geschichte der Geowissenschaften, der Medizin, der Naturwissenschaften und Mathematik sowie zur Technikwissenschaft umfaßt.

In Jena bestehen erhebliche Kapazitäten in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie befinden sich zum einen in dem Blaue Liste-Institut für Molekulare Biotechnologie, an dem zukunftsweisende Methoden der Biotechnologie insbesondere Erkennungsprinzipien biologischer Makromoleküle, zugrundeliegende Informationsstrukturen und -inhalte sowie daraus erwachsende räumlich und zeitlich gerichtete Aktivitäten (u. a. Sequenzdetermination, Transport, Sorting) erforscht werden sollen (Stammpersonal: 120 Mitarbeiter, davon 46 Wissenschaftler).

Außerdem entsteht das Hans-Knöll-Institut für Naturstoffforschung, dessen Sockelfinanzierung allein vom Lande Thüringen getragen wird (Stammpersonal: 80 Personen, davon 32 Wissenschaftler). Das Institut soll anwendungsnah tätig sein auf den Gebieten der Bioverfahrensentwicklung, der mikrobiologischen Grundlagen der Wirkstoffproduktion, der funktionellen Wirkstoffcharakterisierung und der Biochemie mit den Schwerpunkten Strukturaufklärung, Analytik und Modifizierung von Wirkstoffen. Die leitenden Wissenschaftlerpositionen beider Institute sollen gemeinsam mit der FSU Jena besetzt werden. Darüber hinaus sind, getragen von den erfolgreichen WIP-Antragstellern aus dem ZIMET, die Institute für Molekularbiologie sowie für Virologie und Experimentelle Mikrobiologie an der FSU Jena gegründet worden. Es ist beabsichtigt, im Rahmen eines ku-Stellen-Programms das erstgenannte Institut in die Biologische Fakultät und das letztgenannte in die Medizinische Fakultät zu überführen.

Ein Strukturkonzept für die künftige Gestaltung der Biowissenschaften an der Universität ist derzeit in Arbeit. Der vom Ministerium bestätigte Personalstrukturplan aus dem Oktober 1991 sieht insgesamt 10 C4- und 9 C3-Stellen für die Biologische Fakultät vor, davon eine C4-Stelle für Geschichte der Naturwissenschaften und eine C3-Stelle für Didaktik der Biologie. Weiterhin sollen der Fakultät je eine C4- und C3-Professur für Umweltwissenschaft zugeordnet werden, bei denen die Federführung für einen Aufbaustudiengang „Umweltsicherung“ liegen soll.

b) Der Wissenschaftsrat ist der Auffassung, daß mit der vorgesehenen Ausstattung an Professuren angesichts der erheblichen außeruniversitären wissenschaftlichen Kapazitäten, von denen wichtige Beiträge zur akademischen Lehre und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erwartet werden können, der Aufbau eines leistungsfähigen Fachbereichs Biologie, dessen Schwerpunkte in der Forschung naturgemäß in der Mikrobiologie liegen würde, realisiert werden kann.

Mit den

- Instituten für Biochemie und Biophysik, Mikrobiologie, Genetik, Zoologie und dem neugegründeten Institut für Molekularbiologie der Biologischen Fakultät,
- Zentren für Biochemie und Pathobiochemie; Mikrobiologie, Immunologie und Hygiene sowie Pharmakologie und Toxikologie sowie den beiden neugegründeten Instituten für Experimentelle Mikrobiologie und Virologie der Medizinischen Fakultät,
- Forschungsrichtungen Steroidchemie und Nachwachsende Rohstoffe sowie dem physikalisch-chemischen Methodenpotential der Chemischen Fakultät und
- den außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem Blaue Liste-Institut für Molekulare Biotechnologie und dem Hans-Knöll-Institut für Naturstoffforschung

ist in Jena ein beachtliches und z. T. modernes Forschungs- und Ausbildungspotential auf den Gebieten der Biologie, Chemie sowie Medizin und dem Grenzgebiet zwischen ihnen vorhanden. Gemäß den Aussagen in Kapitel II.2. bietet sich die FSU daher in hervorragender Weise zum Aufbau eines Biozentrums an. Begünstigend wirkt dabei, daß z. B. Berufungen für das Blaue Liste-Institut gemeinsam mit der FSU vorgenommen werden sollen und bei den Professoren der Biologie und Chemie ein Generationswechsel bevorsteht, der es erlauben würde, bei den Nachfolge-Berufungen das Konzept eines Biozentrums zu berücksichtigen.

Für die Mikrobiologie reichen 2 Lehrstühle aus (z. B. Allgemeine Mikrobiologie und Spezielle Mikrobiologie, entweder für Biotechnologie oder für Molekularbiologie). Hier könnten die Arbeiten zum mikrobiellen Abbau von Schadstoffen weiterbetrieben werden. Biophysik und Biochemie sollten jeweils durch eine C4-Professur vertreten sein. Wissenschaftsgeschichte ist ein innerhalb der deutschen Hochschullandschaft nur schwach vertretenes Gebiet, daher sollte dieses Institut als Jenaer Spezifität erhalten bleiben. Das Herbar Hausknecht ist eine besonders renommierte und wichtige wissenschaftliche Einrichtung und sollte unbedingt fortgeführt werden, wozu aber eine bessere Unterbringung erforderlich ist. Bei moderner Kompaktlagerung sollten hierfür maximal 2000 m² genügen.

Da ein Teil der Institutsgebäude mit sinnvollem Kostenaufwand nicht mehr saniert werden kann und ein Teil des gegenwärtig von den Naturwissenschaften genutzten Geländes durch andere Fächer genutzt wer-

den soll, sind Neubauten erforderlich. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in diesem Zusammenhang die Disziplinen des Biozentrums gemeinsam mit anderen Bereichen der Biologie und Chemie an einem neuen Standort zusammenzuführen.

Geowissenschaften und Geographie

a) Das Institut für Geowissenschaften der Universität Jena wurde im Rahmen der 3. Hochschulreform 1968 aufgelöst, die von ihm getragenen Studiengänge eingestellt. Teile der Geophysik und der Geologie sowie das Observatorium Moxa wurden zu einer Außenstelle des im Jahre 1969 während der Akademiereform neu geschaffenen Zentralinstituts für Physik der Erde (ZIPE) mit Hauptsitz in Potsdam. Einige Mineralogen konnten ihre Arbeiten in der Sektion Chemie fortsetzen. Mit Rücken- deckung durch das Wissenschaftsministerium des Landes begann die Hochschule im Jahre 1990 Planungsarbeiten für die Wiedererrichtung der Geowissenschaften und der Geographie. Die Planungen sehen ein Institut für Geographie und ein Geowissenschaftliches Institut mit den Fächern Geologie, Geophysik und Mineralogie vor.

Der vom Landesministerium bestätigte Stellenplan für die Geographie sieht 4 C4- und 3 C3-Stellen vor, davon 4 für die physische Geographie (darin enthalten eine Stelle für Fernerkundung) und 3 für die Anthropo- geographie. Für das Geowissenschaftliche Institut hat die FSU 6 C4- und 3 C3-Stellen vorgeschlagen. Die LHSK unterstützt die Wiedereinrich- tung dieser Fächer in einem gemeinsamen Institut mit der von der Hochschule vorgesehenen Personalausstattung. Beim Aufbau des Insti- tuts sollen die WIP-geförderten Wissenschaftler aus dem Jenaer Insti- tutsteil des früheren ZIPE berücksichtigt werden. Einbezogen werden sollen weiterhin Wissenschaftler des ehemaligen Instituts für Quartärpa- läontologie Weimar, dessen Mitarbeiter jetzt als Arbeitsgruppe an der FSU tätig sind.

b) Die vorgesehene Personalausstattung für die Geographie überschreit- et die in II.7. empfohlene Grundausrüstung und bietet somit gute Vor- aussetzungen zum Aufbau eines leistungsfähigen Instituts. Da auch die anderen Geowissenschaften vorgesehen sind, ist die Einrichtung eines Diplomstudiengangs vertretbar. Die vorgesehene Professur für Ferner- kundung und Luftbildauswertung sollte als Bindeglied zu den anderen Geowissenschaften genutzt werden.

Über die von der Hochschule angemeldete Personalausstattung für das Institut für Geowissenschaften hinaus sollte mittelfristig an die Einrich- tung einer weiteren Professur für Mineralogie gedacht werden, da die vorgesehene Professur für Kosmochemie zwar die Forschungsaktivitä- ten in der Physikalisch-Astronomischen Fakultät gut ergänzt, aber für einen Diplomstudiengang Mineralogie zu speziell ausgerichtet ist. Wei- terhin sollte, entsprechend dem Vorschlag der Planungskommission Geowissenschaften der FSU, die Leitung der Arbeitsgruppe Quartärpa- läontologie bei einem Hochschullehrer (C3-Professor) liegen, um so die Paläontologie-Ausbildung des Studiengangs Geologie/Paläontologie zu

gewährleisten. Sonst entspricht die geplante Ausstattung mit Professuren der in II.7. genannten Grundausstattung für die Geowissenschaften und ist für den Betrieb aller drei Diplomstudiengänge ausreichend.

Das für die Unterbringung des Geowissenschaftlichen Instituts vorgesehene Gebäude der früheren ZIPE-Außenstelle ist dafür geeignet und bedarf nur relativ geringfügiger Modernisierungen und Erweiterungen.

IV. Zusammenfassung

Diese Empfehlungen, die der Wissenschaftsrat auf Bitten der neuen Länder vorlegt, wollen Anregungen für die mittel- und längerfristige Entwicklung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer geben. Die Stellungnahme bezieht sich auf die Universitäten Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock, die Technischen Universitäten Chemnitz, Dresden und Magdeburg, die Technische Hochschule Ilmenau und die Bergakademie Freiberg. Einbezogen sind die Fächer Mathematik, Informatik, Physik, Chemie, Biologie, Geographie und Geowissenschaften.

Leitlinien

Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen Empfehlungen zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen von dem für den gesamten Hochschulbereich geltenden Prinzip leiten lassen, in Lehre und Forschung der neuen Länder rasch hochwertige und wettbewerbsfähige Einrichtungen zu schaffen. Er hat dabei folgende Grundsätze beachtet:

1. Der Konsolidierung als leistungsfähig ausgewiesener Fachbereiche sollte Vorrang eingeräumt werden vor dem Kapazitätsaufbau an weiteren Standorten, wenn dem nicht zwingende Gründe entgegenstehen.
2. Nicht an allen um- oder neugebildeten Fachbereichen wird sich kurzfristig ein hinreichend breites fachliches Spektrum realisieren lassen. Dies muß jedoch ein außerordentlich wichtiges Planungsziel bleiben, um wettbewerbsfähige, für Studenten wie für Wissenschaftler attraktive Fachbereiche aufzubauen, die auch im Wettbewerb um Drittmittel für die Forschung konkurrieren können. Dabei ist darauf zu achten, daß eine Balance hergestellt wird zwischen der ausbildungsbedingten Erfordernis einer angemessenen fachlichen Breite und der Notwendigkeit, in der Forschung leistungsfähige Schwerpunkte zu bilden.
3. Bei benachbarten Hochschulen ist eine Abstimmung der Fächer und Schwerpunkte notwendig. Im Rahmen der überregionalen Kooperation sollten im Einzelfall auch Verbundlösungen in der Lehre eingesetzt werden, um dadurch das Lehrangebot an Standorten mit engem Fächerspektrum zu vervollständigen.
4. Die tradierte disziplinäre Gliederung innerhalb verwandter Fächergruppen sollte im Hinblick auf die neuere Wissenschaftsentwicklung, die durch eine besondere Dynamik an den Rändern und in den Überschneidungsbereichen von Disziplinen gekennzeichnet ist, überdacht werden zugunsten interdisziplinärer Organisationsformen für Lehre und Forschung. Dies gilt beispielsweise für die Biowissenschaften, die Umwelt- und die Materialwissenschaften.
5. Nicht jedes naturwissenschaftliche Fach, das an einer Hochschule eingerichtet ist, muß deswegen auch einen eigenständigen disziplinären Studiengang tragen. Dagegen sprechen nicht nur Gesichtspunkte

der Ausrichtung naturwissenschaftlicher Forschung zum Beispiel an den Technischen Universitäten, sondern auch Überlegungen zur Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Naturwissenschaftler. Verglichen mit den übrigen Naturwissenschaften bietet der Arbeitsmarkt für Geowissenschaftler, Geographen und Biologen außerhalb der Hochschulen und außeruniversitärer Forschungsinstitute nur in einem geringeren Umfang ausbildungsadäquate Berufspositionen. Dieser Gesichtspunkt gebietet Zurückhaltung beim Aufbau zusätzlicher Ausbildungskapazitäten, die über die in den neuen Ländern bereits vorhandenen Studienmöglichkeiten für die Naturwissenschaften hinausgehen.

Personelle Grundausrüstung

Für die Naturwissenschaften ist eine personelle Ausstattung anzustreben, die es den Hochschulen der neuen Länder erlaubt, qualifizierte Lehre anzubieten und im nationalen und internationalen Wettbewerb in der Forschung und bei der Einwerbung von Drittmitteln bestehen zu können. Dies setzt gerade in den Naturwissenschaften Forschungsgruppen ausreichender Größe voraus. Dabei läßt sich die Personalausstattung nicht aus den aktuellen oder den erwarteten Studentenzahlen ableiten, wie dies in fälschlicher Umkehrung der für Zwecke der Berechnung von Zulassungszahlen entwickelten Kapazitätsverordnung bisweilen angenommen wird. Vielmehr ist für eine angemessene Ausstattung eines Faches, das einen grundständigen Diplomstudiengang anbietet, eine Grundausrüstung erforderlich, die unabhängig von der Studentenzahl festgelegt werden muß. Der Wissenschaftsrat empfiehlt für die einzelnen naturwissenschaftlichen Fächer eine Grundausrüstung, die diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt (s. II.7.).

Investitionsbedarf

An allen Hochschulen ist der Investitionsbedarf für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer beträchtlich. Er erreicht vielfach die Größenordnung, die für einen kompletten Neubau erforderlich ist. Unbeschadet der Tatsache, daß für die einzelnen Hochschulen detaillierte Entwicklungs- und Investitionsplanungen erstellt werden müssen, wird eine überschlägige Abschätzung des voraussichtlichen Investitionsbedarfs vorgenommen, um die Größenordnung der künftig anstehenden Investitionen deutlich zu machen.

Bei Anwendung der geltenden Kostenrichtwerte sind für den Neubau eines mittelgroßen naturwissenschaftlichen Fachbereichs 490 Mio DM erforderlich. Für eine erste Baustufe, die in den 90er Jahren erforderlich ist, ist von einem dringenden Neubaubedarf bei rund 50 % der Bauten für Chemie und Biologie und rund 25 % bei den übrigen Bauten auszugehen. Für die Informatik, die vielfach erst im Aufbau und zumeist nicht angemessen ausgestattet ist, sind kurzfristige Ausbaumaßnahmen und Geräteinvestitionen erforderlich. Insgesamt wird der jährliche Investitionsbedarf für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereiche in den nächsten fünf Jahren auf rund 300 bis 350 Mio DM geschätzt. Der

Wissenschaftsrat weist Bund und Länder auf diese erheblichen Investitionskosten hin, die in den kommenden Jahren im Rahmen des Hochschulbauförderungsgesetzes abgedeckt werden.

Überblick über fächerbezogene Empfehlungen

Für die *Mathematik* sind an allen Universitäten eigenständige Fachbereiche mit Diplomstudiengängen vorgesehen. Angesichts der grundlegenden Bedeutung der Mathematik und der vielfältigen, lehrbezogenen Verflechtungen dieses Faches hält der Wissenschaftsrat dies für notwendig und angemessen. In Freiberg, Greifswald und Ilmenau ist die derzeit vorgesehene Personalausstattung nur knapp ausreichend und bedarf mittelfristig der Erweiterung. Die leistungsfähigen und niveauprägenden Fachbereiche in Leipzig (insbesondere mathematische Methoden der Physik und Steuerungstheorie), Jena (Funktionalanalysis und Stochastik) und an der Humboldt-Universität sollten auch künftig als besondere Schwerpunkte der mathematischen Forschung gefördert werden.

Für die Mathematik an den Technischen Universitäten empfiehlt der Wissenschaftsrat ein betont anwendungsorientiertes Profil.

Ein Diplomstudiengang *Informatik* wurde bis 1989 nur an den Technischen Universitäten Dresden, Chemnitz und Magdeburg sowie an der Universität Rostock angeboten. Seit 1989/90 haben mehrere Universitäten Studiengänge für Informatik eingeführt, andere planen dies. Die personelle Basis für die neu eingerichteten Studiengänge ist vielfach nicht ausreichend. Der Wissenschaftsrat unterstützt zwar die Bestrebungen, längerfristig an allen Universitäten die Informatik zumindest als Nebenfach anzubieten, der Aufbau eigenständiger Diplomstudiengänge sollte jedoch nicht an allen Hochschulen parallel und mit gleicher Priorität erfolgen, weil hierfür das erforderliche Potential an berufungsfähigen Wissenschaftlern fehlt.

Dresden, das bisherige Zentrum der Informatik-Forschung, sollte weiter gefördert werden; in Jena und an der Humboldt-Universität bestehen in der theoretischen Informatik Kristallisationskerne für eine leistungsfähige Forschung. An diesen Universitäten sowie an der Universität Leipzig sollten die Fachbereiche rasch weiter ausgebaut werden um die bereits aufgenommene Ausbildung von Diplom-Informatikern qualifiziert durchführen zu können. An der Universität Greifswald ist die vorgesehene Personalausstattung auch für das Angebot eines Nebenfachstudiums zu knapp. Hier sollte ebenso wie in Halle und Freiberg die Informatik vorerst als Schwerpunkt des Mathematikstudiums gelehrt und in einem zweiten Schritt später eine Nebenfachausbildung angeboten werden. Erst bei weiterem personellen Ausbau ist an eigene Diplomstudiengänge zu denken. Der Wissenschaftsrat verweist auf seine Empfehlungen für ein besonderes „Informatik-Programm“ für die neuen Länder, das den Aufbau der Informatik gezielt fördert, wie dies in den 70er Jahren in den alten Ländern geschah. Er bittet den Bund, das für die

alten Länder Ende der 70er Jahre ausgelaufene Programm in den neuen Ländern für fünf bis sechs Jahre wieder aufzulegen.

Zu unterschiedlichen Empfehlungen kommt der Wissenschaftsrat für das Fach *Physik* an den verschiedenen Standorten. An den Universitäten in Jena und Leipzig befinden sich leistungsstarke Fachbereiche Physik, deren dringend empfohlene Konsolidierung einen vergleichsweise geringen Aufwand erfordert. Größere Anstrengungen sind an der TU Dresden und an den Universitäten in Halle und Rostock erforderlich, um durch Umstrukturierung und/oder Ausbau das fachliche Spektrum so zu erweitern, daß dadurch die volle Leistungsfähigkeit in Forschung und Lehre hergestellt wird. An der Universität Greifswald ist die für den Fachbereich Physik vorgesehene Ausstattung mit Professuren zu knapp bemessen; auch die empfohlene Zusammenarbeit mit der Universität Rostock kann lediglich für eine Übergangsperiode die Fortsetzung eines eigenen Diplomstudiengangs ermöglichen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt an den Technischen Universitäten in Freiberg und Ilmenau Diplomstudiengänge Physik vorerst nicht einzurichten und in Chemnitz sowie Magdeburg (jeweils mit existierenden Diplomstudiengängen) einen Ausbau der Physik nicht vorzunehmen, sondern der Sanierung und Konsolidierung bestehender leistungsfähiger Einrichtungen den Vorrang zu geben. Kurzfristig sollten sich die an diesen Technischen Universitäten tätigen Physiker darauf konzentrieren, durch ihre Forschung die ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkte zu stärken.

Aufbauend auf gewachsenen Stärken an den einzelnen Standorten läßt sich nach Auffassung des Wissenschaftsrates regional eine abgestimmte Schwerpunktsetzung in der Forschung erreichen. Die in der Physik besonders zahlreichen außeruniversitären Forschungsinstitute bieten die Chance, die Bildung von Schwerpunkten zu unterstützen und fachlich zu ergänzen.

Auch für die *Chemie* empfiehlt der Wissenschaftsrat lediglich an den klassischen Universitäten und der TU Dresden die Konsolidierung bzw. den Wiederaufbau voll ausgestatteter Chemie-Fachbereiche mit einem eigenen Diplomstudiengang. Einen Sonderfall stellt der Fachbereich Chemie der Bergakademie Freiberg dar, dessen Arbeitsfelder eng mit denjenigen der Geowissenschaften und der Werkstoffwissenschaften verknüpft sind; aufgrund des vorhandenen Potentials wird die Fortführung des Diplomstudiengangs an dieser Hochschule befürwortet. An der TU Chemnitz sollte lediglich ein eng begrenzter Ausbau der Chemie vorgesehen werden, der sich an den ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkten der Hochschule (insbesondere Werkstoffwissenschaft) orientiert. Für die TH Ilmenau und die TU Magdeburg hält der Wissenschaftsrat eine auf die Bedürfnisse der Ingenieurwissenschaften in der Grundlagenausbildung begrenzte Chemie für ausreichend. Den Fachvertretern sollte hier eine Zweitmitgliedschaft in vollausgebauten Chemie-Fachbereichen benachbarter Hochschulen eingeräumt werden. Die an den

Hochschulen entstandenen besonders leistungsfähigen Schwerpunkte chemischer Forschung an der TU Dresden in der Polymerchemie und an der Universität Halle (unter Aufnahme Merseburger Aktivitäten) in der physikalisch-chemischen Flüssigkristallforschung und der Polymerchemie sollten weiter gefördert werden.

Fachbereiche *Biologie* mit eigenständigen Studiengängen gibt es bislang in den neuen Ländern an den Universitäten Berlin (HU), Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock. Diese sollten zunächst konsolidiert und, angesichts der erst schwach vertretenen zell- und molekularbiologischen Arbeitsrichtungen, gezielt ausgebaut werden. Für die Technische Universität Magdeburg empfiehlt der Wissenschaftsrat, die Biologie zunächst auf die Bedürfnisse der an dieser Hochschule aufzubauenden Medizinischen Fakultät zu begrenzen und von einem eigenen Studiengang in Biologie abzusehen; gleiches gilt für die TU Dresden, sofern es dort zur Errichtung einer Medizinischen Fakultät kommt. Erhaltenswerte und weiter zu entwickelnde Forschungsschwerpunkte bestehen bei den beiden an der Ostsee gelegenen Universitäten hinsichtlich der Meeres- und Brackwasserökologie sowie der Bodenforschung, in Halle in den pflanzenbezogenen Disziplinen (insbesondere Biochemie und Genetik), an der Universität Leipzig in der Neurobiologie und an der Universität Jena in der Mikrobiologie sowie der Wirkstoff- und Naturstoffforschung. Insbesondere in Halle und Jena bestehen beträchtliche Kapazitäten in außeruniversitären Forschungsinstituten, die die genannten Schwerpunktsetzungen unterstützen können.

Der Wissenschaftsrat regt für die Universitäten Halle, Jena und Leipzig an, die einschlägigen biochemischen und molekular-biologischen Arbeitsgruppen aus der Biologie, der Chemie, der Medizin und der Veterinärmedizin in einem Biozentrum zusammenzuführen, um der wachsenden Notwendigkeit zu enger fachübergreifender Kooperation in der Forschung durch Abbau der institutionellen Schranken zu entsprechen. Biozentren könnten sich zu leistungsstarken Kooperationspartnern außeruniversitärer Forschungseinrichtungen entwickeln.

Die *Geowissenschaften* und die *Geographie* waren nicht an allen Universitäten der neuen Länder vertreten. Der Wissenschaftsrat unterstützt die Konsolidierung der Geowissenschaften an der Universität Greifswald (Geographie, Geologie, Mineralogie) und an der Bergakademie Freiberg (Geologie, Geophysik, Mineralogie/Geochemie). An den Universitäten Halle und Leipzig sollen, aufbauend auf vorhandenen geologischen Kapazitäten innerhalb der Geographie (Halle) und der Geophysik, die der Sektion Physik zugeordnet war (Leipzig), die Geowissenschaften in enger Abstimmung und mit komplementären Schwerpunkten wiedererrichtet werden. In Leipzig erscheint weiterhin die Wiedereinrichtung der Meteorologie in Verbindung mit dem neugegründeten Blaue Liste-Institut für Troposphärenforschung sinnvoll. Für die TU Dresden wird die Ergänzung der auf die Geodäsie beschränkten Geowissenschaften um die Geographie gutgeheißen, sofern eine enge Abstimmung mit dem Fachbereich Geowissenschaften der Bergakademie Freiberg erfolgt.

Einen Neuaufbau stellt die Einrichtung von Studiengängen für Geographie, Geologie, Mineralogie und Geophysik an der Universität Jena dar, die sich jedoch teilweise auf Potentiale eines früheren Akademieinstituts stützen kann.

Am Aufbau bzw. der Weiterentwicklung der *Materialwissenschaften* in Chemnitz, Dresden und Halle wirken universitäre Arbeitsgruppen aus Chemie, Physik und den Ingenieurwissenschaften mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen. Der Wissenschaftsrat bereitet derzeit eine eigene Stellungnahme zur künftigen Entwicklung der Materialwissenschaften an den Universitäten in West- und Ostdeutschland vor.

Anlagen

Übersicht 10

Personalausstattung naturwissenschaftlicher Fachbereiche
an Hochschulen der neuen Länder

(Stand 1. 12. 1991 lt. Umfrage des Wissenschaftsrates vom Herbst 1991)

Hochschule/ Fachbereich	Profess.	Dozenten	unbefr. Ass. Oberass.	befr. Ass.	techn. ¹⁾ Personal	sonstiges ¹⁾ nichtwiss. Personal
<i>Greifswald</i>						
Mathematik/ Informatik ²⁾	9	7	14			7,6
Physik ³⁾ davon Theor. Physik	6	5	14	13	28,2	
Chemie	10	8	30 ⁴⁾	20	67,4	
Biologie	6	11	28	11	76,5	
Geographie	6	4	11 ⁵⁾	9	17,2	
Fachrichtung Geologie	9	4	14	11	–	26,5 –
davon Geophysik	1	–	–	1	–	–
Mineralogie	3	–	5	1	–	–
<i>Rostock</i>						
Mathematik	15	12	32 ⁶⁾	14	4	10
Physik ⁶⁾ davon Theor. Physik	13	11	41 ⁸⁾	28	32 ⁹⁾	5
	5	6	11	7	3	1
Chemie	9	10	22	18	21,15	3,75
davon Außen- stelle Güstrow	1	4	4	–	–	–
Biologie	11	9	44	10	66	25

noch: Übersicht 10

Hochschule/ Fachbereich	Profess.	Dozenten	unbefr. Ass. Oberass.	befr. Ass.	techn. ¹⁾ Personal	sonstiges ¹⁾ nichtwiss. Personal
<i>Halle-Wittenberg</i>						
Mathematik/ Informatik ²⁾	10	10	34,58	5	5	
Physik	4	9	40	10	19	5,5
davon Theor. Physik	1	1	4	1		0,5
Chemie	11	14	51	23	(78)	18
davon Techn. Chemie	1	3	10	2	20	4
Biologie	6	10	28	13		100
davon Botan. Garten						25
Biochemie/ Biotechnologie	11		6		41 ¹⁰⁾	35
Geowissen- schaften	9	7	17	4		29
davon Geographie	7	5	14	2		15
Geol. Wiss./ Museum	2	2	3	2		14
<i>Merseburg</i>						
Mathematik/ Informatik ¹¹⁾	6	4	16	4	2	
Physik	6	5	20	9	8	18
davon Theor. Physik	2	1	2	2		1
Chemie	21	16	40	44,4	99,8	23,9
davon Techn. u. Makroelek. Chemie	6	4	10	15,7	18,1	3,3

noch: Übersicht 10

Hochschule/ Fachbereich	Profess.	Dozenten	unbefr. Ass. Oberass.	befr. Ass.	techn. ¹⁾ Personal	sonstiges ¹⁾ nichtwiss. Personal
<i>Magdeburg</i>						
Mathematik	6	7	24	14		
Fakultät f. Natur- wiss. (Physik und Chemie)	8	5	55	15	29	7
davon Theor. Physik	3	1	4	3	2	1
Chem. Institut	1	1	11		13	2
<i>Ilmenau¹²⁾</i>						
Mathematik	9	4	25	5	6	
Physik ¹³⁾	5	2	8	6	11	
davon Theor. Physik	2		2	2	1	
Physik. Chemie	1	-	2	1	1	-
<i>Jena</i>						
Mathematik	16	8	88	17	24	16
davon Inst. f. Theor. u. Praktische Informatik	2	1	20	3	9	
Physik	14	10	94	30	217	38
davon Theor. Physik	4	3	16	8	3	2
Astrophysik/ Sternwarte	1	1	6	1	4	5
Chemie	15	10	77,5	35,3	130,2	30,5
davon Glaschemie	1	3	10	2	20	4
Biologie ¹⁴⁾	11	10	58	21	71	58
<i>Chemnitz</i>						
Mathematik	11	14	36	26	29	3
Physik	9	9	74	16	45	11
davon Theor. Physik	2	2	5	1	-	1
Chemie	2	3	16	3	18	9

noch: Übersicht 10

Hochschule/ Fachbereich	Profess.	Dozenten	unbefr. Ass. Oberass.	befr. Ass.	techn. ¹⁾ Personal	sonstiges ¹⁾ nichtwiss. Personal
<i>Dresden</i>						
Mathematik ¹⁵⁾	19	14	46	9	11	11
Physik	22	12	70	34	82	16
davon						
Theor. Physik	3	3	11	5		2
Chemie	15	10	70	60	133	16
davon						
Lebensmittel- Chemie	2	-	7	3	9	2
Inst. für Humanbiologie	1	2	3	2		4
Geowissen- schaften ¹⁶⁾						
(Geodäsie/ Kartographie)	5	6	22	7		15
davon						
Planet.Geodäs.	1	-	5	2		-
Geodäsie	2	1	6	-		7
Photogr./FE	-	2	3	5		2
Kartogr./Geogr.	2	3	8	-		6
<i>Freiberg</i>						
Mathematik ¹⁷⁾	8	4	15	5	1	4
davon						
Numerik und Informatik	1	1	2	-	-	-
Physik	4	1	18	5	30	5
davon						
Theor. Physik	1	-	2	1	1	1
Chemie	6	8	21	21	41	6
Geowissen- schaften	12	6	29	12	32	8
davon						
Geophysik	1	-	8	2	1	1
Geologie	6	2	10	6	11	4
Mineralogie/ Geochemie/ Lagerst. Kunde	5	4	11	4	20	3

noch: Übersicht 10

Hochschule/ Fachbereich	Profess.	Dozenten	unbefr. Ass. Oberass.	befr. Ass.	techn. ¹⁾ Personal	sonstiges ¹⁾ nichtwiss. Personal
<i>Leipzig</i>						
Mathematik	13	9	60	8	2	11
davon						
Inform.verarb.	2	0	5	-	-	-
Informatik	5	4	30	2	-	14
Physik ¹⁸⁾	12	21	99	23	92	52
davon						
Theor. Physik	5	6	16	4	1	2
Geowiss.	1		16	5	17	16
Chemie	14	19	81	44	64,4	46,3
davon						
Mineralogie/ Kristallographie	1	3	8	5	8	1
Biologie	8	9	50	12	60	10
davon						
Bot. Garten	-	-	1	-	22	1
Geowissenschaften	1	-	16	5	17	16
davon						
Geophysik	1	-	7	3	-	-
Geologie	-	-	3	-	-	-
Meteorologie	-	-	6	2	-	-
<i>Potsdam</i>						
Mathematik ¹⁹⁾	6	1	10	12	-	2,5
Physik	2	3	15	2	5	2
davon						
Theor. Physik	1	-	4	1	1	-
Chemie	3	3	15 ²⁰⁾	-	17	4
Biologie	4	-	14 ²¹⁾	4	23	5
Umweltwissenschaften	1	1	1	-	-	-
Geowissenschaften (bislang nur Geographie)	5	2	17	4	4	5

1) Bei Stellenbruchteilen: umgerechnet in Vollbeschäftigteneinheiten, 2) zusätzl. 14 Lekt./LHD, 3) zusätzl. 14 Lekt./LHD, 4) zuzügl. 1 Lekt./LHD, 5) zuzügl. 6 Lekt./LHD, 6) incl. Lekt./LHD, 7) zusätzl. 11 Lekt./LHD, 8) incl. 2 sonstige Habilitierte, 9) incl. 2 Forschungsingenieure, 10) befristete und unbefristete Assistenten, 11) zusätzl. 6 Lekt./LHD, 12) zusätzl. 1 Lekt./LHD, 13) zusätzl. 3 Lekt./LHD, 14) einschl. Botanischer Garten, ca. 30 Beschäftigte, 15) zusätzl. 41 Lekt./LHD, 16) Fakultät für Bau-, Wasser-, Forstwesen, 17) zusätzl. 9 Lekt./LHD, 18) 22 Beschäftigte, davon 6 Wissenschaftler, arbeiten in den Observatorien Collm und Zingst, 19) zusätzl. 11,5 Lekt./LHD, 20) zuzügl. 8 Lekt., 21) zuzügl. 2 Lekt. und 3 LHD.

Übersicht 11

Verzeichnis der an den Universitäten der neuen Länder eingerrichteten mathematisch-naturwissenschaftlichen Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft

Berlin

- Algebraische Geometrie und Zahlentheorie
- Röntgenbeugung an Schichtsystemen
- Zellteilungsregulation und Gensubstitution
- Quantenchemie
- Dimensionsreduzierte Halbleiter
- Nichtklassische Strahlung

Dresden

- Mechanik heterogener Festkörper
- Theorie komplexer und korrelierter Elektronensysteme

Halle

- Enzymologie der Peptidbindung
- Synthese, Struktur und Eigenschaften von flüssigkristallinen Systemen

Jena

- CO₂-Chemie
- Physik und Chemie des interstellaren Staubes
- Gravitationstheorie
- Röntgenoptik
- Regulation der DNA-Replikation des bacillus subtilis
- Modulation der Signalübertragung von Wachstumsfaktoren

Leipzig

- Zeitaufgelöste Spektroskopie

Potsdam

- Fehlertolerantes Rechnen
- Partielle Differentialgleichungen und Komplexe Analysis
Nichtlineare Dynamik (in der Astrophysik)

Rostock

- Theoretische Vielteilchensysteme
- Komplexkatalyse
- Asymmetrische Katalyse

Außerdem bestehen in Berlin Außenstellen der Max-Planck-Institute für Extraterrestrische Physik und für Plasmaphysik (IPP), beide Garching.

Übersicht 12

Verzeichnis der Fraunhofer-Einrichtung mit mathematisch-naturwissenschaftlichen Arbeitsrichtungen

Fraunhofer-Einrichtung für angewandte Optik und Feinmechanik, Jena

Fraunhofer-Einrichtung für angewandte Polymerforschung, Teltow-
Seehof

Fraunhofer-Einrichtung für Elektronenstrahl- und Plasmatechnik,
Dresden

Fraunhofer-Einrichtung für Software- und Systemtechnik, Berlin

Fraunhofer-Einrichtung für Werkstoffphysik und Schichttechnologie,
Dresden

Außenstelle für biochemische Ökotoxikologie des Fraunhofer-Instituts
für Umweltchemie und Ökotoxikologie (Schmallenberg), Bergholz-
Rehbrücke

Außenstelle für graphische Datenverarbeitung des Fraunhofer-Instituts
für graphische Datenverarbeitung (Darmstadt), Rostock

Außenstelle für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen des
Fraunhofer-Instituts für Werkstoffmechanik (Freiburg), Halle

Außenstelle für Polymerverbunde des Fraunhofer-Instituts für ange-
wandte Materialforschung (Bremen), Teltow-Seehof

Außenstelle für Pulvermetallurgie und Verbundwerkstoffe des Fraun-
hofer-Instituts für angewandte Materialforschung (Bremen), Dresden

Außenstelle für Luftchemie des Fraunhofer-Instituts für atmosphärische
Umweltforschung (Garmisch-Partenkirchen), Berlin